

Sicherheit 2004

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Jonathan Bennett, Tibor Szvircsev Tresch

Hrsg.: Karl W. Haltiner, Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Condensé	10
Breve Riassunto	11
Abstract	12
Zusammenfassung der Studie „Sicherheit 2004“	13
Résumé de l'étude « Sécurité 2004 »	23
Riassunto del sondaggio “Sicurezza 2004”	33
Summary of the survey “Security 2004”	43
1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2003/2004	53
1.1 Kein Frieden im Irak – Anhalten terroristischer Gewalt	53
1.2 Aussenpolitik: Abschluss der Bilateralen II – Stärkung der zivilen Friedensförderung	55
1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Mehr subsidiäre Einsätze – weniger Geld – erneute Grundsatzdebatten	58
1.4 Innere Sicherheit: Abschluss des Projekts USIS – G8 und WEF als Herausforderungen	60
2 UNTERSUCHUNGSDESIGN	63
3 DATENBASIS	65
4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN	67
4.1 Allgemeines Sicherheitsgefühl	67
4.2 Wahrnehmung der Häufung von Terroranschlägen	68
4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte	71
5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT	77
5.1 Entwicklungsprognose für die Schweiz	77
5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	77
5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeekzeptanz	79

6	VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN	81
6.1	Vertrauensindex	81
6.2	Vertrauen, Sicherheit, Optimismus und aussenpolitische Kooperationsbereitschaft	82
7	ERWARTUNGEN AN STAAT UND POLITIK	87
7.1	Der Staat als Garant für Sicherheit und Freiheit	88
7.2	Formen nationalstaatlicher Integration und Zufriedenheit mit dem Staat	93
7.3	Politische Veränderungsorientierung	98
7.4	Sicherheitswahrnehmung, Staatszufriedenheit und politische Integration – eine Synthese	102
8	ASPEKTE DER INNEREN SICHERHEIT	107
8.1	Die Wahrnehmung der allgemeinen inneren Sicherheit	108
8.2	Die Wahrnehmung der inneren Sicherheit in Bezug auf die Polizei	110
8.3	Einstellungstypen der inneren Sicherheit	114
8.4	Innere Sicherheit – ein Fazit	117
9	ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN	119
9.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	119
9.2	Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	120
9.3	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Europäische Union	122
9.4	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno	123
9.5	Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	125
9.6	Betonung der nationalen Autonomie	126
9.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2004	127
9.8	Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung	130
9.9	Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt	130

10	DIE NEUTRALITÄT	131
	10.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	133
	10.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2004	133
	10.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	139
11	SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION	147
	11.1 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	147
	11.2 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen	148
12	ARMEEREFORM XXI – INFORMATIONSTAND UND AKZEPTANZ	153
13	WEHRSTRUKTUR UND ARMEE	157
	13.1 Armeeakzeptanz und -umfang	157
	13.2 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	162
14	VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN	165
15	SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE	167
	LITERATURHINWEISE	169
	ANHANG I	173
	I Die Qualität der Variablen	173
	II Korrelationen und Koeffizienten	173
	III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	175
	IV Die Clusteranalyse	175
	V Die Korrespondenzanalyse	176
	ANHANG II	179
	I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit, der Neutralitätsauffassung und der Sicherheitsauffassungen	179
	II Korrespondenzanalysen zum Vertrauen in verschiedene Sicherheitsaspekte	185
	ANHANG III	193
	Sicherheit 2004 – Fragebogen und Tabellen mit prozentualen Häufigkeiten	

VORWORT

Die vorliegende Studie „Sicherheit 2004“ ist die sechste Ausgabe der seit 1999 unter dem Titel „Sicherheit“ erscheinenden Studienreihe. Die Studien beruhen auf einem Kern von Fragestellungen und Daten, die bis 1991 und zum Teil noch weiter zurück reichen. Mit jedem Jahresband werden die Zeitreihen länger und kommen dem Studienkonzept, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativerhebungen sichtbar zu machen, näher. Die Herausgeber, die *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich*, hoffen, auf diese Weise den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen.

In bewährter Weise beginnt der Band mit den Zusammenfassungen der wichtigsten Ergebnisse in verschiedenen Sprachen und einer „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“, bevor die 2004 im Februar und Ende März erfolgten Erhebungen analysiert und die Daten im Einzelnen ausgewiesen werden. Neben langjährigen Standardfragen werden jährlich ergänzende Themen aufgegriffen. Im vorliegenden Band wird ausgewählten *Aspekten der inneren Sicherheit* besonderer Raum gewidmet.

Ohne koordinierende Instanz kämen die jährlichen Erhebungen und die Auswertungsstudien nicht zustande. Seit 1999 hat diese Funktion Jonathan Bennett, Assistent an der *Militärakademie an der ETH Zürich*, inne. Mit seinem grossen Engagement und seiner methodologischen und organisatorischen Kompetenz hat er die Studienreihe geprägt, ihm verdankt sie die Regelmässigkeit der Erscheinungsweise und ihre heutige Aufmachung. Mit ihr hat er sich identifiziert, sie bot den Rahmen für seine nun vorliegende Dissertation.* Die Studie 2004 ist die letzte von ihm betreute Ausgabe. Ab 2005 wird Dr. Bennett eine andere Funktion übernehmen. Die Herausgeber bedanken sich an dieser Stelle für die grossartige Aufbauarbeit, die er geleistet hat.

Weiter danken Autoren und Herausgeber Marco Zanoli, Thomas Holderegger und Daniel Trachsler von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik für die Herstellung des Layouts und die Mithilfe bei der Projektkoordination. Sie bedanken sich bei Silvia

* Bennett, J. (im Druck). *Fitting Security into the Swiss Value Landscape*. Bern: Peter Lang.

Rüesch, Elisabeth Matousek und Fabrizio Gilardi für die Anfertigung der Abbildungen sowie die französische und italienische Übersetzung. Für die Durchsicht des Manuskripts und weitere wertvolle Hilfen bedanken sie sich bei Daniel Jetel, Jan-Philipp Kessler, Isabelle Wigert und Reto Wollenmann.

Prof. Dr. Karl W. Haltiner

Militärakademie
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik
der ETH Zürich

KURZZUSAMMENFASSUNG

85% (+3%) der befragten Schweizerinnen und Schweizer geben an, sich „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Allerdings sind nach den Terroranschlägen von Madrid 25% der Ansicht, ihre Sicherheit sei stärker gefährdet als zuvor.

Die Arbeitsplatzsicherheit und die soziale Sicherheit (AHV, ALV) werden als sehr wichtig und gleichzeitig als relativ gefährdet wahrgenommen. Rund sechs von zehn Befragten wünschen sich in diesen Bereichen eine gesteigerte Staatsaktivität.

Die Wirtschaft hat deutlich an Vertrauen gewonnen, während die Armee einiges an Vertrauen eingebüsst hat. Nach wie vor schenken die SchweizerInnen der Polizei am meisten Vertrauen, möchten sie aber umfangmässig nicht ausbauen. Die Verwendung der Armee für polizeiliche Zwecke findet eine knapp mehrheitliche Billigung.

Neun von zehn Befragten fühlen sich im Staat heimatlich geborgen. 70% (+9%) sehen seinen Zweck vorab in der Gewährleistung des materiellen Wohlergehens der Bürgerschaft.

Hohe Priorität wird der Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz zugemessen. Von einer erleichterten Einbürgerung für AusländerInnen will nur eine Minderheit etwas wissen. Allgemein werden zur Gewährleistung der inneren Sicherheit repressive den integrativen Massnahmen eher vorgezogen.

Grossmehrheitlich besteht über alle politischen Lager hinweg der Wunsch nach einer gegenüber heute strengeren Kontrolle des Waffenverkaufs. Die Bereitschaft zu einem EU-Beitritt ist nur bei einem Drittel der SchweizerInnen vorhanden. Knapp die Hälfte der Befragten, und damit mehr als in den Vorjahren, erwartet im Falle eines Beitritts wirtschaftliche Verschlechterungen für die Schweiz.

Sechs von zehn sind der Meinung, die Schweiz sollte einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben. Noch mehr Zustimmung findet die Vorgabe, die Schweiz solle sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen.

Fast 90% der Schweizer StimmbürgerInnen wollen, dass die Schweiz neutral bleibt.

Eine Mehrheit – jedoch deutlich weniger Personen als 2003 – hält die Armee für notwendig. Über die Hälfte der Befragten findet die Verteidigungsausgaben zu hoch. Die Milizarmee wird einer Berufsmarine nach wie vor vorgezogen. 37% bescheinigen der Armee XXI einen guten Start.

CONDENSÉ

L'enquête conduite en 2004 révèle que 85% (+3%) des Suissesses et Suisses interrogés affirment se sentir « très » en sécurité ou « plutôt en sécurité ». Toutefois, après les attentats terroristes de Madrid 25% sont d'avis que leur sécurité est davantage menacée qu'auparavant.

La sécurité de l'emploi et la sécurité sociale (AVS, AC) sont considérées à la fois comme très importantes et relativement menacées. Près de six personnes questionnées sur dix souhaitent que l'Etat se montre nettement plus actif dans ces domaines.

Les relevés montrent que l'économie jouit d'un regain de confiance tandis que l'armée subit une importante baisse de confiance. Comme les années précédentes, les Suissesses et Suisses octroient à la police la valeur de confiance maximale mais n'aimeraient pas que ses effectifs soient augmentés. L'engagement de l'armée dans des missions de police recueille une approbation légèrement supérieure à la moyenne.

Neuf personnes interrogées sur dix se sentent rassurées au sein de l'Etat. Pour 70% (+9%) sa fonction est d'abord de garantir le bien-être matériel des citoyennes et citoyens.

Une grande importance est accordée au contrôle de la proportion des étrangers en Suisse. Seule une minorité des sondés se montre en faveur de la naturalisation facilitée des étrangères et étrangers. Pour garantir la sécurité intérieure on préfère en général plutôt les mesures répressives aux mesures intégratives.

Une large majorité, sans distinction d'appartenance politique, souhaite un contrôle plus sévère de la vente d'armes. Seul un tiers des Suissesses et Suisses se montre en faveur de l'adhésion à l'UE. Près de la moitié des personnes interrogées, soit davantage que les années précédentes, est d'avis que la situation économique de la Suisse s'aggraverait en cas d'adhésion à l'UE.

Six personnes sondées sur dix sont d'avis que la Suisse devrait aspirer à un siège au Conseil de Sécurité de l'ONU. En outre, l'affirmation selon laquelle la Suisse devrait s'engager activement et prioritairement pour les préoccupations de l'ONU recueille une approbation encore plus élevée.

Près de 90% des Suissesses et Suisses veulent que la Suisse reste neutre.

Une majorité – cependant nettement plus faible qu'en 2003 – approuve la nécessité d'avoir une armée. Plus de la moitié des personnes interrogées trouvent que les dépenses pour l'armement sont trop élevées. Comme les années précédentes, l'armée de milice est préférée à l'armée de métier. 37% confirment que l'Armée XXI a pris un bon départ.

BREVE RIASSUNTO

L'85% degli svizzeri intervistati afferma di sentirsi "abbastanza" o "molto sicuro". Dopo gli attacchi terroristici di Madrid, tuttavia, il 25% ritiene che la propria sicurezza sia più in pericolo di prima.

La sicurezza dell'impiego e le assicurazioni sociali (pensione e disoccupazione) sono considerate molto importanti e allo stesso tempo in pericolo. Circa il 60% delle persone intervistate desidera una presenza più attiva dello Stato in questi ambiti.

I cittadini hanno più fiducia nell'economia, ma meno nell'esercito, mentre la fiducia nella polizia è rimasta stabile ad alti livelli, anche se un rafforzamento delle forze dell'ordine non è auspicato. Una stretta maggioranza degli intervistati è d'accordo con l'impiego dell'esercito in missioni di polizia.

Nove cittadini su dieci tra quelli intervistati si sentono a casa in Svizzera. Il 70% (+9%) crede che il fine principale dello Stato sia garantire il benessere materiale dei suoi cittadini.

Il controllo della proporzione di stranieri in Svizzera è un tema importante per i cittadini. Solo una minoranza approva una procedura semplificata di naturalizzazione. In generale, i cittadini preferiscono misure repressive a misure integrative per il mantenimento della sicurezza interna.

Un'ampia maggioranza indipendente dalle preferenze politiche si è pronunciata in favore di controlli più severi sulla vendita di armi. Solo un terzo degli svizzeri è in favore di un'adesione all'Unione europea, che, secondo la metà degli intervistati (una percentuale maggiore rispetto a precedenti sondaggi), risulterebbe in un deterioramento dell'economia.

Il 60% degli intervistati crede che la Svizzera dovrebbe cercare di ottenere un seggio nel Consiglio di sicurezza dell'ONU e una percentuale ancora maggiore ritiene che la Svizzera dovrebbe impegnarsi attivamente per le iniziative dell'ONU.

Quasi il 90% degli svizzeri non vuole abbandonare la neutralità.

Una maggioranza degli intervistati, anche se nettamente meno ampia che nel 2003, ritiene che l'esercito sia necessario, ma più del 50% pensa che le spese militari siano eccessive. L'esercito di milizia continua ad essere preferito ad un esercito di professionisti, e il 37% della popolazione considera positivi i primi effetti della riforma Esercito XXI.

ABSTRACT

85% (+3%) of the surveyed Swiss state that they feel “rather” or “very secure”. However, after the terror attacks of Madrid, 25% believe that their security is more threatened than before.

Security of employment and social security (pensions, unemployment insurance) are considered very important and are at the same time perceived as comparatively endangered. Roughly six out of ten respondents want the state to be more active in these domains.

The economy has clearly gained trust while the military has obviously lost some of its trust. The Swiss continue to have a high level of trust in the police although they do not want to enlarge it. The use of the military for police missions is accepted by a narrow majority.

Nine out of ten surveyed citizens feel at home in the Swiss state. 70% (+9%) believe that the main end of the state is to guarantee the material well-being of its citizens.

High priority is accorded to the control of the share of foreigners in Switzerland. Only a minority supports a simplified naturalisation. In general, repressive measures for guaranteeing domestic security are preferred over integrative ones.

Across all political camps, a large majority in favour of stricter controls of gun sales is found. Only a third of the Swiss are ready to join the EU. Roughly half of the respondents, which is more than in former years, expect a deterioration of the economy in the case that Switzerland join the EU.

Six out of ten believe that Switzerland should seek a seat in the UN security council. Even more support is to be found for the statement that Switzerland should take an active and upfront stance for goals of the UN.

Nearly 90% of Swiss citizens want Switzerland to remain neutral.

A majority – but clearly fewer people than in 2003 – believe the military to be indispensable. More than half say they find defence expenditures too high. The conscript army format continues to be preferred to an all-volunteer force. 37% affirm that the Swiss Army XXI has had a good start.

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE „SICHERHEIT 2004“

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der *Militärakademie an der ETH* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Datenerhebung fand dieses Jahr im Monat Februar telefonisch bei 1200 Personen in allen drei Landesteilen statt.

Aufgrund der Terroranschläge von Madrid wurden einige Fragen in der letzten Märzwoche 2004 erneut einer Stichprobe von 803 StimmbürgerInnen in der deutschen und französischen Schweiz gestellt. Wo sich die Ergebnisse auf diese Zweiterhebung beziehen, wird dies explizit erwähnt.

Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zur Februarerhebung 2003 an. In der Hauptbefragung 2004 beträgt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$. Differenzen zur vorgängigen Erhebung von weniger als $\pm 3\%$ müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Sicherheitsgefühl hat im Vergleich zum Jahr 2003 leicht zugenommen. 85% (+3%) der befragten SchweizerInnen geben an, sich „allgemein“ und „in der heutigen Zeit“ „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Deutlich weniger stark als noch 2003 werden Beeinträchtigungen der eigenen Sicherheitslage durch Terroranschläge befürchtet. So sind im Februar 2004 lediglich 10% (-12%) der Befragten der Ansicht, ihre Sicherheit sei „nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit“ stärker gefährdet. 39% (-4%) bekunden, ihre Sicherheit sei gleich gefährdet wie zuvor und 48% (+18%) sagen aus, diese sei gar nie gefährdet gewesen. Die deutlich abgeschwächte Gefährdungswahrnehmung wird auch für das persönliche Umfeld konstatiert. So vertreten noch 41% (-10%) die Ansicht, ihre Freunde und Bekannten seien „seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt“ ängstlicher geworden. 58% (+14%) wollen keine derartige Veränderung festgestellt haben.

Aufgrund der Terroranschläge von Madrid wurde die Frage nach der eigenen Gefährdungswahrnehmung Ende März erneut gestellt. Die Märzdaten zeigen denn auch einen deutlichen Anstieg der eigenen Gefährdungswahrnehmung, sind doch 25% der Befragten nun der Ansicht, ihre Sicherheit sei stärker gefährdet. Nur noch 28% äussern die Meinung, ihre persönliche Sicherheit sei nie gefährdet gewesen. Eine relative Mehrheit von 42% meint allerdings auch jetzt, die Serie von Terroranschlägen habe auf ihre persönliche Sicherheitslage keinen Einfluss gehabt.

Wichtigkeit von Sicherheitsaspekten: Welche Aspekte von Sicherheit werden als besonders relevant wahrgenommen? Sichere familiäre Beziehungen und Geborgenheit stellen wie schon in den Vorjahren für über die Hälfte der Befragten (55%, -3%) einen ausserordentlich wichtigen Aspekt dar. Dahinter folgen mit vergleichbar grossen Relevanzbeimessungen die soziale Sicherheit (AHV, ALV; für 43% (+4%) „ausserordentlich wichtig“), die Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität (41%, ±0%), die Gewährleistung demokratischer Grundrechte (41%, +7%) und die Arbeitsplatzsicherheit (39%, -1%). Von rund einem Drittel der Befragten werden die Sicherheit des Einkommens (35%, +1%), die Sicherheit vor Terrorismus (34%, -6%) und die ökologische Sicherheit (33%, -1%) als „ausserordentlich wichtig“ betrachtet. Drei von zehn Schweizerinnen und Schweizern messen der Verkehrssicherheit ausserordentliche Wichtigkeit bei (29%, -4%), während jede vierte Person Ruhe und Ordnung besonders stark gewichtet. Die militärische Sicherheit ist für 12% (-4%) der Befragten ausserordentlich wichtig. Drei Sicherheitsaspekte wurden in diesem Jahr erstmals erfragt: Es handelt sich dabei um den Schutz vor Gewalt (für 43% „ausserordentlich wichtig“), die gesicherte Gesundheitsversorgung (41%) und den Schutz vor Drogenmissbrauch (30%).

Gefährdungsgrad von Sicherheitsaspekten: Die Erhebung der Wichtigkeit von Sicherheit wurde durch eine Einschätzung des Gefährdungsgrades jeder der 16 Sicherheitsaspekte ergänzt. Dies erlaubt es, jene Sicherheitsbereiche zu identifizieren, die als sehr relevant und gleichzeitig als gefährdet wahrgenommen werden. Dabei zeigt sich, dass die Arbeitsplatzsicherheit und die soziale Sicherheit (AHV, ALV) jene zwei Themenbereiche darstellen, die sowohl als sehr wichtig wie auch gleichzeitig als relativ stark gefährdet wahrgenommen werden. So sind immerhin 12% bzw. 10% der Befragten der Ansicht, die Arbeitsplatzsicherheit bzw. die soziale Sicherheit sei „ausserordentlich stark gefährdet“.

Erwartete Staatsleistung hinsichtlich verschiedener Sicherheitsaspekte: Es liegt auf der Hand zu vermuten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in jenen Sicherheitsbereichen ein stärkeres Engagement des Staates erhoffen, die sie als wichtig und gleichzeitig als relativ gefährdet betrachten. Im Falle der Arbeitsplatzsicherheit und der sozialen Sicherheit trifft dies eindeutig zu. Rund sechs von zehn Befragten wünschen sich in diesen Bereichen deutlich mehr staatliche Anstrengungen. Ähnlich viele Personen möchten auch

ein grösseres staatliches Engagement im Bereich des Umweltschutzes sehen. Dagegen ist dies interessanterweise bei der Gesundheitsversorgung nicht der Fall. Hier ist vielmehr eine relative Mehrheit von 48% der Befragten der Ansicht, die Leistungen des Staates seien genügend. Auch im Bereich der Einkommenssicherheit ist dies die Auffassung der relativen Majorität. Jedoch ist knapp über die Hälfte der Befragten der Meinung, der Staat müsse den Schutz vor Gewalt und Drogenmissbrauch besser gewährleisten und mehr zur Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen tun. Dies obwohl diese Sicherheitsbereiche nicht zu jenen zählen, die in den Augen der Bevölkerung am stärksten gefährdet sind.

Entwicklungsprognose für die Schweiz und die weltpolitische Lage: Praktisch unverändert im Vergleich zum Vorjahr, aber deutlich geringer als noch 2002, nimmt sich der schweizbezogene Zukunftsoptimismus aus. 68% (+2%) sind bezüglich der nächsten fünf Jahre für die Schweiz „sehr“ oder „eher optimistisch“. Hingegen hat sich die weltpolitische Lageeinschätzung innert Jahresfrist wieder etwas verbessert. 11% (+3%) rechnen mit einer weltpolitischen Entspannung in den nächsten fünf Jahren, während 41% (+7%) von einer gleich bleibenden Situation ausgehen. 46% (–9%) äussern die Befürchtung, die weltpolitische Lage werde in fünf Jahren düsterer und angespannter sein als zum Zeitpunkt der Befragung.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Deutlich an Vertrauen gewonnen hat die Wirtschaft, für die 2003 noch die tiefsten Vertrauenswerte seit 1998 gemessen wurden. Der jetzt ermittelte Vertrauenswert von 5.98 (+0.32) entspricht ziemlich genau dem langjährigen Durchschnitt. Bereits im Jahr 2003 war für die Polizei der höchste je gemessene Vertrauenswert verzeichnet worden. 2004 liegt der Vertrauenswert für die Polizei sogar noch etwas höher (7.23, +0.11). Besser als im Vorjahr schneiden auch die Gerichte ab, deren Vertrauenswerte zur Zeit ebenfalls über dem langjährigen Mittel liegen (6.92, +0.23). Ähnlich wie im Vorjahr fällt die Bewertung von Bundesrat (6.43, +0.03) und Parlament (6.05, –0.05) aus. Sie erreichen eine mittlere Rangposition. Eine ebenfalls nur geringe Veränderung ist in der notorisch tiefen Bewertung der Medien zu konstatieren (4.92, –0.07). Im Vergleich zum Vorjahr deutlich an Vertrauen verloren hat die Armee (6.28, –0.33). Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Militär 2003 einen massiven Vertrauenszuwachs ausweisen konnte und dass der jetzt gemessene Wert noch immer leicht über dem langjährigen Mittel liegt. Dennoch scheint sich die positive Ausstrahlung etwa der Armeereform XXI sowie der insgesamt knapp positiv beurteilten subsidiären Einsätze im Innern in Grenzen zu halten.

Staatsbeziehung: Die aktuelle Verschärfung der Spannung zwischen den staatlichen Aufgaben der Sicherheits- und der Freiheitsgewährleistung im Zuge der Intensivierung der Terrorbekämpfung manifestiert sich auch in den diesjährigen Daten. Zwar liegt der

Wert „Sicherheit“ wie auch jener der „Freiheit“ den Schweizerinnen und Schweizern gleichermaßen am Herzen. So meinen sechs von zehn Befragten, im Falle einer erzwungenen Wahl würden sie die persönliche Freiheit der Sicherheit vorziehen. Ebenso viele sind jedoch auch der Meinung, dass der Terror mit allen Mitteln zu bekämpfen sei, auch wenn dabei die persönliche Freiheit eingeschränkt werden müsste. Gemessen an einem einfachen Index hat sich indessen die Zahl jener, welche im Zweifel auf Sicherheit vor Freiheit setzen, im Vergleich zum Jahr 2002 etwas erhöht. Über dem Mittel ist dies bei älteren Befragten, oberen Bildungsgruppen und der politischen Rechten der Fall.

Neun von zehn Befragten fühlen sich im Staat heimatlich geborgen. Gleichzeitig scheint sich der emotionale Nationalstolz abzuschwächen. Meinten 1983 bloss 29%, es würde ihnen nichts ausmachen, Bürgerin oder Bürger eines anderen Landes zu sein, so sind es nach stetem Anstieg über die 90er Jahre nunmehr 52%. Gleichzeitig hat sich eine instrumentelle Staatsbeziehung, bei der Aspekte der Wohlfahrtssicherung und staatlicher Dienstleistung im Vordergrund stehen, tendenziell verstärkt. Sieben von zehn Befragten, rund 20% mehr als in den 80er und frühen 90er Jahren, sehen den Sinn des Staates vorab in der Gewährleistung des materiellen Wohlergehens der Bürgerschaft. Das Gros der Schweizerinnen und Schweizer kann als echte „SozialstaatsbürgerInnen“ gelten. Dass bei dieser Ausgangslage dem Abbau von Staatsleistungen, wie auch immer er begründet sein mag, zunehmend Widerstand erwächst, ist offensichtlich.

Im Trend leicht ansteigend ist die Forderung nach politischen Reformen: Fast neun von zehn Befragten befürworten die Vorgabe, wonach sich die Politik für neue Ideen einzusetzen habe – eine Forderung, die vor 20 Jahren so nur von drei Vierteln gutgeheissen worden war. Konsequenterweise ist die Zustimmung zur Meinung, es sei „in der Politik besser, bei dem zu bleiben, was man hat“, im gleichen Zeitraum von einer knappen Mehrheit (55%) auf 43% gesunken. Zugenommen hat die Veränderungsorientierung nicht bei Personen, die sich politisch in der Mitte wännen, sondern vorab sowohl bei jenen, die sich links als auch jenen, die sich rechts einstufen. In der gewachsenen Unzufriedenheit an den politischen Polen manifestiert sich eine gewisse Verhärtung des politischen Klimas. Besonders laut rufen diejenigen Personen nach Veränderungen, die eine „harte“ Öffnung der Schweiz postulieren (vgl. Abschnitt *Index der Öffnungsbereitschaft*). Die politische Unzufriedenheit ist gemessen an den vorliegenden Zahlen im langfristigen Trend und im Vergleich zu 2002 gewachsen. Die Zahlen bestätigen erstens jene politische Polarisierung zwischen „Linken“ und „Rechten“, welche an Wahlen und Abstimmungen in den vergangenen beiden Jahren manifest geworden ist. Sie orten zweitens eine divergierende Tendenz im bürgerlichen Lager, die sich heute als Spannungsfeld eher rechtskonservativer, aber staatsnaher und bewahrender Positionen auf der einen und

neoliberaler, staatsferner, aber reformorientierter Tendenzen auf der anderen Seite manifestiert.

Innere Sicherheit / Polizei: Zusätzlich zur Messung des Vertrauens in die Polizei, die zeitstabil die Spitzenposition im Institutionenvertrauen einnimmt, sind 2004 Fragen zur Strategie und zum Umgang mit der Polizeiarbeit im Rahmen der inneren Sicherheit aufgenommen worden. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, der heutige Polizeibestand sei ausreichend (54%), vier von zehn wünschen sich eine Erhöhung überwiegend auch dann, wenn dies mit Mehrkosten verbunden wäre. Unbedeutend ist der Anteil jener, die nach einer Senkung rufen (4%). Bezüglich Schaffung einer nationalen Polizei zusätzlich zu den kantonalen Polizeikörpern ist die Stimmbewölkerung hälftig gespalten. Der Einsatz von Milizsoldaten als Polizeiersatz stösst knapp mehrheitlich auf Akzeptanz (52%).

Unbestritten ist die Intensivierung der polizeilichen Kooperation mit dem Ausland (Einverständnis: 88%). Die Zustimmung vermindert sich deutlich, wenn dies mit einer Souveränitätseinbusse der Schweiz verbunden wäre (56%). Gewünscht wird ein härteres Vorgehen gegen gewaltbereite Demonstranten – in der Romandie sogar überdurchschnittlich – sowie mehr Präsenz in „einzelnen Wohnquartieren und Stadtgegenden“ (je 75%). Auch eine intensiviertere Videoüberwachung öffentlicher Plätze erhält die Billigung von 60% der Befragten.

Kontrolle des Ausländeranteils: Hohe Priorität wird nach wie vor, wenn auch im Vergleich zum Vorjahr leicht abgeschwächt, der Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz zugemessen (72%, -7%). Von einer erleichterten Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer will allerdings nur jede /-r Dritte etwas wissen.

Politischer Extremismus: In etwas höherem Masse als 2003 wird gefordert, dass der Rechtsextremismus stärker zu bekämpfen sei (79%, +5%), während der Bekämpfung des Linksextremismus allgemein und im Vergleich zum Vorjahr geringere Bedeutung zugeschrieben wird (54%, -5%).

Bankgeheimnis: An ihm möchten derzeit 48% so festhalten, wie es heute besteht, 33% sprechen sich für eine gegenüber heute eingeschränktere Variante aus und 16% möchten es ganz aufheben (3% ohne Meinung).

Verschärfung der Waffenkontrolle: Grossmehrheitlich besteht über alle politischen Lager hinweg der Wunsch nach einer gegenüber heute strengeren Kontrolle des Waffenverkaufs in der Schweiz (Total: 85%, Frauen 92%). Dass hier zu Lande fast jeder Soldat eine Waffe und Munition zu Hause hat, findet anders als 1989 nur noch eine Minderheit gut (2004: 46%, 1989: 57%). Die grössten Vorbehalte melden die 18–29-Jährigen (69%), Frauen (Ablehnung 2004: 65%, 1989: 54%), Romands und links stehende Personen an,

während Männer (2004: 59%, 1989: 71%) ebenso wie ältere und rechts stehende Personen dies mehrheitlich gutheissen.

Das auf die innere Sicherheit bezogene Einstellungsprofil variiert nur wenig nach soziologischen Merkmalen und Landesgegenden, wohl aber erheblich nach der politischen Selbsteinstufung: Sich rechts gebende Befragte unterstützen repressive Massnahmen eher als politisch links stehende. Der Glaube daran, die innere Sicherheit sei in erster Linie durch repressive Massnahmen – sprich: den Ausbau von Kontrollen und Überwachung – zu verbessern, ist indes bei einer Mehrheit der Bevölkerung vorherrschend. Dieser Mehrheitsmeinung steht eine Minderheit gegenüber, die eine grössere Sicherheitswirkung über eine integrative Ausländerpolitik und eine moderat auszubauende, aber eher zurückhaltende Polizeipräsenz besser zu erreichen glaubt.

Internationale Kooperationsbereitschaft: An der EU-Skepsis hat sich innerhalb eines Jahres wenig geändert: Zwar ist die generelle Annäherungsbereitschaft an die Union auf 53% (+5%) angestiegen, doch bleibt die Bereitschaft zu einem EU-Beitritt gering (34%, +1%). Dass dabei Ängste vor einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz im Falle eines Beitritts eine Rolle spielen, war bereits im Rahmen früherer Befragungen dargestellt worden. 2004 sind die ökonomischen Bedenken sogar noch stärker ausgeprägt: Mittlerweile sind 48% (2002: 40%) der SchweizerInnen der Ansicht, im Falle eines EU-Beitritts werde sich die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz verschlechtern. 29% (2002: 32%) glauben, ein Beitritt würde die Schweizer Wirtschaftslage nicht tangieren, während 20% (2002: 17%) die Auffassung vertreten, ein Beitritt könnte sich wirtschaftlich günstig auf die Schweiz auswirken. Grosse Unterstützung findet hingegen das Anliegen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU zu intensivieren (69%).

Hingegen hält die Stimmungs-Hausse bezüglich der Uno an. Inzwischen sind 61% (+6%) der Meinung, die Schweiz sollte einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat anstreben. Etwas mehr Zustimmung findet gar die Vorgabe, die Schweiz solle sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Uno einsetzen (64%, +5%). Seit August 1999, als 72% der Befragten sich für Schweizer Uno-Friedenstruppen aussprachen, sind die Zustimmungszahlen dazu rückläufig. Gegenwärtig sprechen sich noch 56% (-3%) der StimmbürgerInnen für diesen sicherheitspolitischen Beitrag der Schweiz aus.

Etwas mehr Unterstützung als im Vorjahr findet dagegen eine Annäherung an die Nato. 36% (+9%) – und damit wieder ähnlich viele wie vor dem transatlantischen Zerwürfnis von 2003 – streben eine solche an. 19% (+3%) sprechen sich für einen Nato-Beitritt aus. 71% (+1%) der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wünschen sich eine Schweiz, die noch intensiver in internationalen Konflikten vermittelt. 78% (+7%) sind ferner der Ansicht, die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Internationalen Roten Kreuzes stärker ins Spiel bringen. Auch einer Erhöhung der Entwicklungshilfe steht man

deutlich positiver gegenüber als noch vor einem Jahr: 56% (+9%) unterstützen eine Erhöhung dieser Ausgaben. Lediglich die Zustimmung zu einer aktiveren Rolle an internationalen Konferenzen ist 2004 rückläufig, wenn auch immer noch recht hoch (69%, -8%). Denkbar ist, dass die enormen Aufwendungen zur Durchführung von Grossanlässen (World Economic Forum, G-8 Gipfel) als Euphoriebremse gewirkt haben.

Wie präsentiert sich die bevölkerungsweite Öffnungsbereitschaft, gemessen an einem seit Jahren erhobenen – auf neun Vorgaben beruhenden – Index? Die „autonomistische“ Grundhaltung, d.h. die Ablehnung einer weiteren Intensivierung der internationalen Beziehungen, hatte sich nach einem Tiefststand im August 1999 wieder erholt und erreichte im Februar 2003 vor Beginn des Irakkrieges mit einem Anteil von 37% einen neuen Höhepunkt. Im April 2003 lag sie dann mit dem nahenden Ende der Invasion im Irak bei 31%. Offensichtlich ist eine Zunahme weltpolitischer Spannungen einem Anstieg des Autonomismus hier zu Lande förderlich. Derzeit, d.h. im Februar 2004, findet die so genannte „weiche“ Form der internationalen Kooperation auf Kosten des „Autonomismus“ wieder den grössten Anklang („Autonomismus“: 30%, -7%; „weiche Öffnung“: 41%, +6%). Die „weiche Öffnungsbereitschaft“ zeichnet sich dadurch aus, dass sie eine Optimierung der internationalen Kooperation anstrebt, dabei aber mit einem Minimum an Souveränitätseinbussen auskommen möchte. Praktisch unverändert zeigt sich im Trend die Zustimmung zu einer „harten Öffnung“ der Schweiz, also einer Kooperationswilligkeit, die auch Minderungen der nationalen Souveränität durch Bündnisbeitritte (EU, Nato) hinzunehmen bereit ist (29%, +1%). Zieht man die gesamte Stichprobe in Betracht und berücksichtigt auch diejenigen Personen, die keinem der drei Kooperationsstypen zugeordnet werden können, so kann gesagt werden, dass 59% der Befragten eine der beiden Formen internationaler Öffnung unterstützen.¹

Neutralität: Die seit jeher hohe Befürwortung der Neutralität liegt im Februar 2004 wiederum auf einem Höchststand wie 1989. Beinahe neun von zehn Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wollen, dass die Schweiz neutral bleibt (89%, ±0%). Weniger stark wird die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität betont. Zwar ist immer noch mehr als die Hälfte der Bevölkerung überzeugt, dass die Schweiz durch ihre neutrale Haltung nicht in internationale Konflikte hinein gezogen werde, aber die Zustimmung zu dieser Aussage ist geringer als 2003 (57%, -4%). Etwas stärkeren Sukkors als im Vorjahr findet dagegen die Vorgabe, die bewaffnete Neutralität trage zur Sicherheit und Stabilität

1 15% der Befragten lassen sich keinem der drei Kooperationsstypen zuordnen. Die Prozentangaben zu den drei Kooperationsstypen beziehen sich deshalb nur auf 1019 Personen.

in Europa bei (46%, +5%). Dennoch ist mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung, die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden (52%, +11%). Mehrheitlich wird eine differenzielle Neutralität befürwortet, bei der die Schweiz im Falle von politischen Konflikten klar für die eine oder andere Seite Stellung beziehen solle, aber bei militärischen Konflikten neutral bleiben müsse (62%).

Die hohe generelle Zustimmung zum Prinzip Neutralität ist somit nicht zu verwechseln mit einer undifferenzierten Befürwortung sämtlicher ihrer Funktionen. Eine Typologie der Neutralitätsauffassungen zeigt nämlich, dass das „traditionalistische“ Neutralitätsverständnis, welches in erster Linie den Ziel- und Identitätscharakter der Neutralität betont, nach einem markanten Anstieg im Vorjahr dieses Jahr auf dem Rückzug ist und seinen langjährigen Abwärtstrend fortsetzt. 25% (-9%) können als „Neutralitätstraditionalisten“ bezeichnet werden. Auf ihre Kosten stieg der Anteil der „Neutralitätspragmatiker“, welche die Neutralität eher unter nüchternen Kosten-Nutzen-Aspekten betrachten, beträchtlich an (33%, +8%). Die „Neutralitätskritiker“ verharren seit 1999 mehr oder weniger auf dem gleichen tiefen Niveau (18%, +1%). Der Anteil jener, die zu einer widersprüchlichen Neutralitätsauffassung neigen, bleibt ebenfalls konstant (24%, ±0%). Im Vergleich zu den letzten Jahren scheint sich eine pragmatische Sicht der Neutralität immer mehr durchzusetzen, ist doch der Anteil der „Neutralitätspragmatiker“ 2004 so hoch wie nie zuvor.²

Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation: In etwa der gleiche Prozentanteil der Befragten wie 2003 ist der Auffassung, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten bestimmt (56%, -2%). Zwischen 1997 und 2000 waren stets rund 60% mit dieser Vorgabe einverstanden. Die Möglichkeit einer nationalen Sicherheitsautonomie wird somit weiterhin kritisch beurteilt.

Im Jahr 2000 fand in der öffentlichen Einstellung zu Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten eine eigentliche Trendwende statt. In diesem Jahr wurde nämlich erstmals nicht der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten Schweizerinnen und Schweizern favorisiert. Daran hat sich in den letzten vier Jahren nichts geändert. Im Februar 2004 bevorzugen 46% (+5%) die Friedenssicherung, während sich 36% (-3%) für den unterstützenden Einsatz aussprechen. Dass Schweizer Soldaten im Ausland auch zu Kampfeinsätzen beigezogen werden könnten, ist weiterhin nur für eine kleine Minderheit

2 16% der Befragten lassen sich keinem der vier Neutralitätstypen zuordnen. Die Prozentzahlen zu den vier Neutralitätstypen beziehen sich deshalb lediglich auf 1007 Personen.

akzeptabel (6%, +1%). Für 10% (-4%) ist jede Art des Engagements von Schweizer Armeeangehörigen ausserhalb der Landesgrenzen abzulehnen, was dem tiefsten Wert seit der ersten Befragung 1993 entspricht. Somit können sich also 88% (+3%) der Schweizer StimmbürgerInnen eine der drei oben genannten Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten vorstellen. Favorisiert wird dabei eindeutig die Friedenssicherung, die zum Selbstschutz auch eine Bewaffnung vorsieht.

Militärische Landesverteidigung: Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee wird als Hinweis auf die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung verstanden. Hier ist gegenüber dem Vorjahr in der Februar-Erhebung ein starker Rückgang zu verzeichnen (58%, -12%). Vor allem die Zustimmung der 18-29-Jährigen ist eingebrochen. Nur noch eine Minderheit von ihnen erachtet die Armee als notwendig (41%, -8%). Auch 1999 hatte übrigens weniger als die Hälfte der Jungen die Armee als notwendig erachtet. Bei den über 60-Jährigen fällt die Zustimmung zur Armee zwar auch etwas geringer aus, dies allerdings auf überdurchschnittlich hohem Niveau (77%, -8%).

In der März-Befragung 2004 steigt das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Schweizer Armee bei der Bevölkerung wieder leicht an (66%), bleibt aber immer noch deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch unter den jungen Erwachsenen hat sich ein Stimmungsumschwung eingestellt, unterstützt im März doch wieder eine Mehrheit die Armee (53%). Möglicherweise erklärt sich der Zustimmungsrückgang in der Februarerhebung 2004 mit zu hohen Erwartungen hinsichtlich der Armee XXI.

Verteidigungsausgaben: Die Meinung, dass für die Verteidigung immer noch „zu viel“ oder gar „viel zu viel“ Geld ausgegeben wird, wird von 54% (2001: 53%) der Bevölkerung geteilt („zu viel“: 35%, „viel zu viel“: 19%). Nur gerade 5% vertreten die Auffassung, das Militär habe zu wenig Geld zur Verfügung.

Miliz und Wehrpflicht: Wie letztes Jahr sind die Befürworterinnen und Befürworter einer Milizarmee gegenüber der Anhängerschaft einer Berufsarmee in der Überzahl, obschon der Anteil jener Personen, die eine Berufsarmee befürworten, auf 43% (+6%) gestiegen ist. Zugunsten der Milizarmee votieren 48% (-5%). Die markanteste Veränderung kann unter den 18-29-Jährigen verzeichnet werden. Nur noch 35% stehen zur Miliz, während die Anhängerschaft einer Berufsarmee deutlich zugenommen hat und in dieser Alterskategorie die Mehrheit stellt (61%, +16%). Dabei kann konstatiert werden, dass vor allem junge Erwachsene, welche die Armee als nicht notwendig erachten, eher eine Berufsarmee fordern.

Armee reform XXI: Bezogen auf die 81%, die schon von der Armee reform gehört haben, meint Ende März etwas mehr als ein Drittel (37%), die Armee XXI sei „sehr“ (3%) bzw. „eher gut“ gestartet, für 24% ist das Gegenteil der Fall. 39% können oder

wollen das nicht beurteilen oder geben keine Antwort. Dabei variiert das Urteil kaum nach soziodemografischen Merkmalen.

Sicherheitspolitisches Interesse: Der Anteil derjenigen, die angeben, sich „sehr“ oder „eher“ für Fragen der nationalen Sicherheit zu interessieren, liegt deutlich höher als 2003 (58%, +7%). Im Gegensatz zu den Vorjahren scheint das Thema Sicherheit die Bevölkerung wieder vermehrt zu interessieren. Dass der Irakkrieg dieses Interesse begünstigt hat, kann als mögliche These gelten. Männer zeigen zeitstabil ein grösseres selbstbekundetes Interesse an Sicherheitspolitik als Frauen (65% versus 52%).

RÉSUMÉ DE L'ÉTUDE « SÉCURITÉ 2004 »

Buts et bases des données

Les études annuelles « sécurité » conduites par l'*Académie militaire à l'ETH de Zurich* en collaboration avec le *Centre de recherche sur la politique de sécurité de l'ETH de Zurich* servent à déterminer les tendances de l'opinion suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives menées annuellement auprès des Suisse(sse)s ayant le droit de vote. Cette année, le relevé des données a été effectué par téléphone au mois de février auprès de 1200 personnes de toutes les régions linguistiques.

Après les attentats terroristes de Madrid, quelques questions furent à nouveau posées au cours de la dernière semaine de mars 2004 à un échantillon de 803 citoyennes et citoyens en Suisse alémanique et en Suisse romande. Les résultats se référant à ce deuxième relevé sont mentionnés explicitement.

Les pourcentages \pm entre parenthèses indiquent la différence par rapport au relevé de février 2003. Pour le relevé principal de 2004, l'erreur éventuelle d'échantillonnage du sondage est de $\pm 3\%$ dans le cas le plus défavorable, pour un degré de fiabilité de 95. Les différences inférieures à $\pm 3\%$ par rapport au relevé précédent doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: Comparé à 2003, le sentiment général de sécurité a légèrement augmenté. 85% (+3%) des Suisse(sse)s interrogés disent se sentir « en général » et « aujourd'hui » « très en sécurité » ou « plutôt en sécurité ». De plus, la crainte que des attentats terroristes puissent porter atteinte à la sécurité individuelle est sensiblement plus faible que l'année passée. Ainsi, en février 2004 seuls 10% (-12%) des personnes interrogées pensent que leur sécurité est davantage menacée « après la série d'attentats de ces derniers temps ». 39% (-4%), affirment que leur sécurité est autant menacée qu'auparavant et 48% (+18%) affirment qu'elle n'a jamais été menacée. Cette perception de la menace nettement plus atténuée se constate également dans l'entourage personnel des personnes interrogées. Par exemple, seuls 41% (-10%) sont d'avis que leurs connais-

sances et amis sont devenus plus anxieux „depuis que le nombre des attentats terroristes dans le monde a augmenté » 58% (+14%) n'ont constaté aucun changement de cet ordre.

En raison des attentats terroristes de Madrid la question relative à la perception de la sécurité individuelle fut à nouveau posée à la fin mars. Les données de mars révèlent que la perception de la menace est nettement plus élevée. Ainsi, 25% des personnes questionnées sont d'avis que leur sécurité individuelle est davantage menacée, alors que seuls 28% affirment encore que celle-ci n'a jamais été menacée. Toutefois, une majorité relative, soit 42%, pense encore à ce moment-là que la série d'attentats terroristes n'a pas eu d'impact sur leur propre sécurité.

Importance des aspects relatifs à la sécurité: Quels sont les aspects de la sécurité considérés comme particulièrement importants? Comme les années précédentes, les relations familiales stables et de bonne qualité ainsi que le sentiment de sécurité constituent des aspects extrêmement importants pour plus de la moitié des personnes interrogées (55%, -3%). Une importance tout aussi grande est octroyée la sécurité sociale (AVS, AC); pour 43% (+4%) « extrêmement important », à la prévention des crimes et de la criminalité (41%, ±0%), à la garantie des droits démocratiques fondamentaux (41%, +7%) et à la sécurité de l'emploi (39%, -1%). Environ un tiers des personnes interrogées considèrent la sécurité du revenu (35%, +1%), la sécurité face au terrorisme (34%, -6%) et la sécurité écologique (33%, -1%) « comme extrêmement important ». Trois Suisse(sse)s sur dix accordent une importance particulièrement grande à la sécurité routière/sécurité des transports (29%, -4%), tandis qu'une personne sur quatre attribue une valeur particulièrement élevée à la sécurité publique. En outre, la sécurité militaire est extrêmement importante pour 12% (-4%) des personnes questionnées. Pour la première fois cette année, trois autres aspects de la sécurité furent intégrés dans notre enquête: la protection contre la violence (pour 43% « extrêmement important »), la sécurité de l'assistance médicale (41%) et la protection contre l'abus de drogues (30%).

Degré de menace pour divers aspects de la sécurité: Les relevés concernant l'importance accordée à la sécurité furent complétés par une évaluation du degré de menace pour chacun des 16 aspects de la sécurité, ce qui permet d'identifier les domaines de la sécurité considérés à la fois comme très importants et menacés. Cette analyse montre que la sécurité de l'emploi et la sécurité sociale (AVS, AC) sont des domaines jugés à la fois comme très importants et relativement fortement menacés. Ainsi, 12%, respectivement 10% des personnes interrogées sont d'avis que la sécurité de l'emploi, respectivement la sécurité sociale sont « très fortement menacée ».

Prestations attendues de l'Etat dans divers aspects de la sécurité: Les relevés de l'enquête permettent de supposer que les citoyennes et citoyens souhaitent que l'Etat s'engage davantage pour les aspects de la sécurité qu'ils considèrent comme importants et

relativement menacés, ce qui est particulièrement évident en ce qui concerne la sécurité de l'emploi et la sécurité sociale. Dans ces domaines, près de six personnes sondées sur dix désirent nettement davantage de garanties de l'Etat. Tout autant de personnes souhaiteraient une intervention plus active de l'Etat pour la protection de l'environnement. Par contre, il est intéressant de constater qu'aucune attente de ce genre n'est formulée quant à la sécurité de l'assistance médicale, domaine où une majorité relative de 48% est d'avis que l'Etat s'engage suffisamment. Cette opinion est aussi partagée par une majorité relative en ce qui concerne la sécurité du revenu. Toutefois, une faible majorité des personnes interrogées pense que l'Etat devrait garantir une meilleure protection contre la violence et l'abus de drogues, et se montrer plus actif dans la lutte contre la criminalité et le crime, bien qu'aux yeux de la population ces aspects de la sécurité ne soient pas les plus menacés.

Evaluation de l'avenir de la Suisse et de la situation internationale: L'optimisme quant à l'avenir de la Suisse, pratiquement inchangé par rapport à l'année précédente, est encore nettement plus bas qu'en 2002. 68% (+2%) des personnes questionnées sont « très » ou « plutôt optimistes » quant à l'avenir de la Suisse pour les cinq prochaines années. Par contre, l'appréciation de la situation internationale est un peu plus positive que l'année précédente. 11% (+3%) s'attendent à une détente dans les cinq prochaines années, alors que 41% (+7%) pensent que la situation restera inchangée. 46% (-9%) pronostiquent pour les cinq prochaines années une situation internationale plus sombre et plus tendue qu'au moment de l'enquête.

Confiance dans les autorités et les institutions: La confiance accordée à l'économie a sensiblement augmenté, alors qu'en 2003 les valeurs qui lui étaient octroyées étaient encore les plus basses relevées depuis 1998. La valeur actuelle 5.98 (+0.32) correspond presque exactement à la moyenne enregistrée depuis des années. Bien qu'en 2003 la police ait déjà obtenu la plus haute valeur jamais mesurée, elle jouit en 2004 d'une confiance encore légèrement plus élevée (7.23, +0.11). Les tribunaux recueillent également des valeurs de confiance supérieures à l'année précédente, dépassant aujourd'hui la moyenne des années passées (6.92, +0.23). L'appréciation du Conseil fédéral (6.43, +0.03) et du Parlement (6.05, -0.05) est restée inchangée par rapport à l'année précédente. Ils se retrouvent au milieu du classement. Un changement minime est également constaté pour les valeurs, notoirement basses, obtenues par les médias (4.92, -0.07). Comparé à l'année précédente, l'armée a subi une importante perte de confiance (6.28, -0.33). Il faut toutefois considérer qu'en 2003 la confiance dans l'armée avait très fortement augmenté et que la valeur mesurée maintenant est encore légèrement supérieure à la moyenne. Cependant, la réforme de l'armée XXI et les engagements subsidiaires en Suisse, approuvés à une majorité serrée, semblent avoir eu un effet positif limité.

Les relations avec l'Etat: Les relevés de cette année reflètent également le durcissement actuel du champ de tensions entre la garantie de la sécurité et la garantie de la liberté individuelle dans le contexte de l'intensification de la lutte contre le terrorisme. Néanmoins, les Suisse(sse)s attachent la même importance à la valeur « sécurité » qu'à la valeur « liberté ». Ainsi, six personnes interrogées sur dix affirment que si elles devaient choisir, elles préféreraient la liberté individuelle à la sécurité. Cependant, un nombre tout aussi élevé de sondés est d'avis que le terrorisme doit être combattu par tous les moyens, même au prix d'une restriction de la liberté individuelle. Néanmoins, mesuré à un index simple, le nombre des personnes qui, en cas de doute, choisiraient la sécurité plutôt que la liberté a en moyenne légèrement augmenté par rapport à 2002. A cette catégorie appartiennent, majoritairement, des personnes âgées, des personnes ayant un niveau de formation supérieur ainsi que des personnes se situant politiquement à droite.

Neuf personnes questionnées sur dix se sentent rassurées au sein de l'Etat. Parallèlement la fierté nationale émotionnelle semble s'affaiblir. Alors qu'en 1983 seuls 29% des personnes questionnées affirmaient que cela ne leur ferait rien d'être citoyennes ou citoyens d'un autre pays, ce taux qui s'est accru au cours des années 90, atteint actuellement 52%. Simultanément, une tendance montre un renforcement de la relation instrumentale avec l'Etat, caractérisée par la prépondérance des aspects relatifs à la sécurité de la prospérité et aux prestations de l'Etat. Pour sept personnes questionnées sur dix, soit pour 20% de plus que dans les années 80 et le début des années 90, l'Etat est le garant du bien-être matériel des citoyennes et citoyens. Dans l'ensemble les Suisse(sse)s peuvent être considérés comme de vrais « citoyennes et citoyens de l'Etat providence ». Il est évident que dans cette situation une résistance accrue se manifeste face à une diminution des prestations de l'Etat, quelque justifiée qu'elle soit.

Une tendance montre que l'exigence de réformes politiques se fait légèrement plus pressante. Près de neuf personnes questionnées sur dix approuvent l'affirmation selon laquelle la politique devrait s'engager pour des idées neuves – une exigence que seuls environ trois quarts des personnes sondées approuvaient il y a 20 ans. Par conséquent, l'opinion selon laquelle en politique il vaut mieux en rester à ce que l'on connaît, qui était approuvée à une faible majorité (55%), a baissé à 43% durant cette même période. Ce changement d'opinion n'a pas augmenté chez les personnes se situant politiquement au centre, mais avant tout chez les personnes se positionnant à gauche et celles qui se considèrent de droite. Dans ce contexte d'insatisfaction accrue, due à la présence de pôles politiques, on constate un certain durcissement du climat politique. Ce souhait de changement est particulièrement fort chez les personnes désirant une ouverture « dure » de la Suisse (voir paragraphe *Index de volonté d'ouverture*). Une tendance à long terme montre que, selon les chiffres actuels, l'insatisfaction politique a augmenté par rapport à 2002.

Premièrement, ces chiffres confirment la polarisation politique entre « gauche » et « droite » qui s'est manifestée ces deux dernières années lors des élections et votations. Deuxièmement, ils témoignent de la division qui règne au sein du camp bourgeois, et qui se manifeste aujourd'hui dans un champ de tensions entre les positions plutôt conservatrices de droite mais proches de l'Etat et traditionalistes d'une part et les tendances néolibérales, plus éloignées de l'Etat mais réformatrices d'autre part.

Sécurité intérieure / police: En 2004, la police, qui occupe la tête du peloton de la confiance accordée aux institutions depuis de nombreuses années, fut l'objet de relevés supplémentaires relatifs à la gestion et à la stratégie des tâches de police dans le cadre de la sécurité intérieure. Une faible majorité de la population est d'avis que les effectifs actuels de la police sont suffisants (54%). Quatre personnes interrogées sur dix désirent une augmentation des effectifs, et pour une majorité, même si cela devait engendrer des coûts supplémentaires, ce que révèlent les relevés de cette question spécifique. Par contre, les partisans d'une réduction des effectifs ne représentent qu'un pourcentage insignifiant (4%). En ce qui concerne la création d'une police nationale pour renforcer la police cantonale les avis sont partagés, partisans et adversaires se retrouvent à égalité. L'engagement de soldats de milice pour soutenir la police est approuvé à une faible majorité (52%).

En outre, le désir d'intensification en matière de collaboration policière avec l'étranger est incontesté (taux d'approbation: 88%). Cette approbation diminue nettement lorsqu'elle est liée à une restriction de la souveraineté (56%). Des procédés plus durs contre les manifestants prêts recourir à la violence, et une présence policière accrue « dans les quartiers habités et zones urbaines » (75% pour chaque affirmation) sont des souhaits formulés envers la police, et exprimés même par une majorité supérieure à la moyenne en Suisse romande. De plus, une surveillance vidéo des lieux publics plus intensive est approuvée par 60% des personnes interrogées.

Contrôle du nombre des étrangers: Une grande importance est encore accordée au contrôle de la proportion des étrangers en Suisse, bien qu'elle soit légèrement plus faible que l'année précédente (72%, -7%). Toutefois, seule une personne interrogée sur trois se montre en faveur de la naturalisation facilitée des étrangères et étrangers.

Extrémisme politique: L'exigence, selon laquelle l'extrémisme de droite doit être combattu avec davantage de vigueur est légèrement plus marquée qu'en 2003 (79%, +5%), alors qu'en général et comparé à l'année précédente la lutte contre l'extrémisme de gauche ne revêt que peu d'importance (54%, -5%).

Secret bancaire: 48% des personnes interrogées aimeraient maintenir le secret bancaire tel quel, 33% se montrent en faveur d'une variante plus restrictive par rapport à aujourd'hui et 16% aimeraient le supprimer (3% sans avis).

Renforcement du contrôle des armes: Une large majorité, sans distinction d'appartenance politique, désire un contrôle plus sévère qu'aujourd'hui de la vente d'armes en Suisse (85%, femmes 92%). Contrairement à 1989, seule une minorité trouve bien que presque chaque soldat ait arme et munition à la maison (2004: 46%, 1989: 57%). Les plus grandes réserves à cet égard sont exprimées par les jeunes âgés de 18 à 29 (69%), par les femmes (refus 2004: 65%; 1989: 54%), par les Suisses romands ainsi que les personnes se situant politiquement à gauche, alors qu'une majorité supérieure à la moyenne, composée d'hommes (2004: 59%; 1989: 71%), de personnes âgées et de personnes affirmant être politiquement de droite est en faveur du maintien de cette tradition.

Le profil décrit par les diverses opinions sur la sécurité intérieure varie peu selon les caractéristiques sociologiques et les régions linguistiques. En revanche, il dépend fortement de l'auto-évaluation politique. Ainsi, les personnes interrogées affirmant être politiquement de droite sont davantage en faveur de mesures répressives que les personnes se situant politiquement à gauche. Cependant, la conviction que la sécurité intérieure devrait être améliorée avant tout par des mesures répressives – soit par une surveillance et des contrôles accrus – prévaut au sein d'une majorité de la population. Face à cette majorité apparaît une minorité qui pense qu'une plus grande efficacité en matière de sécurité peut être obtenue par la pratique d'une politique d'intégration des étrangers et par une présence de la police, modérément accrue mais plutôt discrète.

Volonté de coopération internationale: L'euro-scepticisme n'a guère changé dans l'espace d'une année. Bien que la volonté générale de se rapprocher de l'Union européenne se soit accrue et atteigne 53% (+5%), la volonté d'adhérer à l'Union européenne reste faible (34%, +1%). Nos précédents sondages révélaient déjà que ces relevés reflétaient les craintes relatives aux conséquences négatives d'une adhésion sur le développement économique de la Suisse. En 2004 le scepticisme de nature économique est encore plus marqué. En effet, 48% (2002: 40%) des Suisse(sse)s sondés sont d'avis que la situation économique s'aggraverait en cas d'adhésion de la Suisse à l'UE. 29% (2002: 32%) pensent qu'une adhésion n'aurait pas d'incidence sur l'économie suisse, alors que pour 20% (2002: 17%) une adhésion pourrait avoir des conséquences économiques positives. En revanche, le désir d'intensifier la collaboration économique avec l'UE est largement soutenu (69%).

La cote de popularité dont jouit l'ONU reste élevée. En effet, 61% (+6%) des personnes sondées sont d'avis que la Suisse devrait aspirer à un siège au Conseil de Sécurité de l'ONU. L'affirmation selon laquelle la Suisse devrait jouer un rôle plus actif et placer les préoccupations de l'ONU au premier plan de ses engagements recueille même un taux d'approbation plus élevé (64%, +5%). Depuis août 1999, soit lorsque 72% des personnes sondées étaient en faveur de troupes suisses onusiennes, les taux de cette approbation

baissent. Actuellement 56% (-3%) des citoyennes et citoyens suisses sont encore partisans de cette forme de contribution de la Suisse à la politique de sécurité.

Par contre, un rapprochement de l'OTAN est un peu plus soutenu que l'année précédente, soit par 36% (+9%), ce qui signifie une approbation semblable à celle qui s'était manifestée en 2003 avant la détérioration des relations transatlantiques. 19% (+3%) sont favorables à une adhésion à l'OTAN. 71% (+1%) des citoyennes et citoyens suisses ayant le droit de vote souhaitent que la Suisse s'engage encore davantage dans les conflits internationaux. De plus, 78% (+7%) des personnes sondées sont d'avis qu'il faudrait davantage souligner l'importance de la Suisse en tant que siège du Comité international de la Croix-Rouge. De même, on se montre nettement plus positif qu'il y a une année concernant une augmentation de l'aide au développement est: 56% (+9%) cautionnent une augmentation de ces dépenses. L'approbation d'un rôle plus actif lors des conférences internationales est en régression, bien qu'elle soit encore élevée (69%, -8%). Il est possible que les dépenses très importantes engendrées par l'organisation de grands événements (World Economic Forum, sommet du G8) aient contribué à freiner cette euphorie.

Comment se présente la volonté d'ouverture de la population suisse, mesurée depuis des années à l'aide d'un index de relevés basé sur neuf indicateurs? L'attitude « autonomiste », c'est-à-dire celle qui consiste à refuser une intensification des relations internationales, qui avait atteint son taux le plus bas en août 1999, a regagné du terrain et atteignait en février 2003, c'est-à-dire avant la guerre en Irak, un taux très élevé, soit 37%. En avril 2003, soit vers la fin de l'invasion en Irak, cette attitude était celle de 31% des personnes sondées. Manifestement, les tensions internationales accrues favorisent la montée de l'autonomisme. Actuellement, c'est-à-dire en février 2004 la forme appelée « douce » de coopération internationale l'emporte à nouveau sur l'autonomisme (autonomisme: 30%, -7%; ouverture « douce »: 41%, +6%). La volonté d'ouverture « douce » est caractérisée par un désir d'optimiser la coopération internationale avec des restrictions de souveraineté minimales. Une tendance montre que le taux des partisans de l'ouverture « dure » de la Suisse, soit ceux qui sont prêts à accepter des restrictions de la souveraineté nationale en adhérant à des alliances (UE, OTAN) est presque inchangé (29%, +1%). Prenant en considération l'ensemble de l'échantillon, soit en incluant les personnes ne pouvant être assimilées à aucun des trois types de coopération, on peut conclure que 59% des sondés sont favorables à l'une ou l'autre forme d'ouverture internationale.¹

1 15% des personnes interrogées ne peuvent être assimilées à aucun des trois types de coopération. C'est pourquoi, les pourcentages des trois types de coopération ne se réfèrent qu'à 1019 personnes.

Neutralité: La cote de popularité élevée dont jouit la neutralité depuis des années atteint en février 2004 le taux record de 1989. Près de neuf citoyennes et citoyens suisses veulent que la Suisse reste neutre (89%, $\pm 0\%$), alors que la fonction de la neutralité se référant à la politique de sécurité est moins fortement marquée. Quoique plus de la moitié de la population soit convaincue que, grâce à son attitude neutre, la Suisse ne sera pas impliquée dans les conflits internationaux, l'approbation de cette affirmation est plus faible qu'en 2003 (57%, -4%). Par contre, l'affirmation selon laquelle la neutralité armée contribue à la sécurité et à la stabilité en Europe est légèrement plus soutenue (46%, $+5\%$). Cependant, plus de la moitié des personnes interrogées sont d'avis que la neutralité ne peut plus être assurée militairement avec crédibilité (52%, $+11\%$). Une majorité des sondés est en faveur d'une perception différenciée de la neutralité, c'est-à-dire qu'en cas de conflit politique la Suisse doit prendre clairement position pour l'une ou l'autre des parties, mais rester neutre dans les conflits militaires (62%).

L'approbation élevée du principe de neutralité ne doit pas être confondue avec une approbation non-différenciée de toutes ses fonctions. En effet, une typologie des perceptions de la neutralité montre que la perception « traditionaliste » de la neutralité, soit celle mettant l'accent sur le caractère de finalité et d'identité de la neutralité, est en recul cette année, après avoir joui d'une importante hausse l'année précédente et que cette tendance à la baisse se poursuit depuis de nombreuses années. Selon nos relevés, 25% (-9%) représentent les « traditionalistes » en matière de neutralité. A leurs dépens, on enregistre un accroissement considérable du nombre des « pragmatiques », soit ceux qui considèrent plutôt la neutralité sous l'angle du simple rapport coûts-avantages (33%, $+8\%$). Depuis 1999 le taux de ceux qui représentent l'attitude « critique envers la neutralité » reste bas (18%, $+1\%$). Le nombre de ceux dont la tendance est en faveur d'une perception contradictoire de la neutralité est également demeuré constant (24%, $\pm 0\%$). Comparé aux années précédentes, la perception pragmatique de la neutralité semble s'imposer toujours davantage. En effet, le nombre des « pragmatiques envers la neutralité » n'a jamais été aussi élevé qu'en 2004.²

Coopération internationale en matière de politique de sécurité: L'affirmation selon laquelle la sécurité nationale est toujours davantage déterminée par d'autres pays que par nous-mêmes recueille un taux presque semblable à celui de 2003 (56%, -2%), une opinion

2 16% des personnes interrogées ne peuvent être classées dans aucun des quatre types de neutralité. C'est pourquoi les pourcentages des quatre types de neutralité ne se réfèrent qu'à 1007 personnes.

que partageaient près de 60% des personnes interrogées entre 1997 et 2000. Ainsi, l'autonomie en matière de sécurité nationale continue à être considérée d'un œil critique.

L'an 2000 fut marqué par un renversement de tendance au sein de l'opinion publique concernant les engagements de soldats suisses à l'étranger. En effet, pour la première fois cette année-là, les Suisse(sse)s interrogés accordèrent leur préférence aux engagements de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense, et non aux engagements s'inscrivant iniquement dans le cadre de missions d'appui. Ces quatre dernières années cette approbation est restée inchangée. En février 2004, 46% (+5%) sont favorables aux engagements de maintien de la paix, alors que 36% (-3%) sont en faveur de missions d'appui. L'idée que des soldats suisses participent aussi à des engagements au combat à l'étranger continue de n'être acceptée que par une minorité (6%, +1%). De plus, 10% (-4%) refusent toute forme d'engagement de soldats suisses au-delà des frontières suisses, ce qui représente la valeur la plus basse enregistrée depuis le premier sondage en 1993. Ainsi, 88% (+3%) des citoyen(ne)s suisses peuvent imaginer une des trois formes d'engagement mentionnées ci-dessus. Dans cette appréciation, les missions de maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense sont clairement privilégiées.

Défense nationale: Les relevés concernant la nécessité de l'armée suisse, considérés comme baromètre de l'acceptation de la défense nationale, montrent en février un net recul par rapport à l'année précédente (58%, -12%). L'approbation quant à la nécessité de l'armée s'est surtout effondrée parmi les jeunes âgés de 18 à 29 ans. Seule encore une minorité d'entre eux pense que l'armée est nécessaire (41%, -18%). D'ailleurs déjà en 1999 moins de la moitié des jeunes trouvait que l'armée était nécessaire. Bien que, parmi les personnes âgées de 60 et plus, la nécessité de l'armée recueille une approbation un peu plus faible, celle-ci se situe toutefois à un niveau supérieur à la moyenne (77%, -8%).

Les relevés de notre enquête de mars 2004 montrent une légère augmentation en faveur de la nécessité de l'armée (66%), mais ce taux est encore nettement inférieur à la moyenne enregistrée depuis des années. Un renversement de tendance se manifeste également parmi les jeunes adultes, car en mars une majorité approuve à nouveau la nécessité d'avoir une armée (53%). Le recul enregistré dans les relevés de février 2004 s'expliquerait par les attentes exagérées envers l'Armée XXI.

Dépenses d'armement: L'opinion selon laquelle on dépense encore « trop » ou même « beaucoup trop » d'argent pour la défense est partagée par 54% (2001: 53%) de la population (« trop »: 35%, « beaucoup trop »: 19%). Seuls 5% sont d'avis que l'armée doit avoir moins d'argent à disposition.

Milice et obligation de servir: Comme l'année passée, l'armée de milice compte davantage de partisans que l'armée de métier. Bien que le taux des personnes favorisant une armée de métier ait augmenté et atteigne 43% (+6%), l'armée de milice recueille 48%

(-5%) de sympathisants. Le changement le plus important est constaté chez les jeunes de 18 à 29 ans. Seuls 35% se montrent encore en faveur d'une armée de milice, alors que les partisans d'une armée de métier ont fortement augmenté et sont majoritaires dans cette catégorie d'âge (61%, +16%). Signalons en outre qu'une armée de métier est exigée avant tout par les jeunes adultes qui ne considèrent pas l'armée comme nécessaire.

La réforme de l'armée XXI: En se référant aux 81% des personnes interrogées qui ont déjà entendu parler de la réforme de l'armée, un peu plus d'un tiers des personnes questionnées à la fin mars (37%) sont d'avis que l'armée XXI a « très bien » (3%) respectivement « plutôt bien » commencé, 24% sont d'un avis contraire. 39% ne peuvent ou ne veulent pas porter de jugement ou ne se prononcent pas. Les caractéristiques socio-démographiques ne semblent guère avoir d'impact sur ce jugement.

Intérêt pour la politique de sécurité: Le taux des personnes affirmant s'intéresser beaucoup ou plutôt beaucoup aux « questions de sécurité nationale » est nettement supérieur à 2003 (58%, +7%). Contrairement aux années précédentes, les questions de sécurité semblent à nouveau davantage intéresser la population, ce qui laisserait supposer que la guerre en Irak a ravivé cette curiosité. De plus, on constate depuis des années que les hommes manifestent un plus grand intérêt que les femmes pour la politique de sécurité (65% versus 52%).

RIASSUNTO DEL SONDAGGIO “SICUREZZA 2004”

Finalità e dati

Il sondaggio annuale “Sicurezza” è pubblicato congiuntamente dall’Accademia militare presso il Politecnico federale di Zurigo (ETHZ) e dal Centro di ricerca sulla sicurezza dell’ETHZ al fine di illustrare le tendenze dell’opinione pubblica svizzera sui temi della sicurezza e della politica della difesa. I risultati si basano su sondaggi annuali rappresentativi dell’elettorato svizzero. Nel 2004, il sondaggio è stato effettuato durante il mese di febbraio per mezzo di interviste telefoniche a 1200 persone di tutte le regioni linguistiche.

Per tenere conto degli attacchi terroristici di Madrid, alcune domande sono state di nuovo poste a 803 elettori romandi e svizzero-tedeschi durante l’ultima settimana di marzo. I risultati basati su questo secondo sondaggio sono indicati esplicitamente nel rapporto.

Le percentuali fra parentesi si riferiscono alla differenza rispetto al sondaggio del mese di febbraio 2003. Nel sondaggio principale 2004, il margine di errore è di $\pm 3\%$. Le differenze inferiori al 3% sono dovute al caso e devono essere considerate non significative.

Tendenze

Sensazione di sicurezza e percezione di minacce. La sensazione generale di sicurezza è aumentata leggermente rispetto al 2003. L’85% (+3%) degli intervistati afferma che “in generale” e “attualmente” si sente “abbastanza” o “molto sicuro”. Il timore di attacchi terroristici è meno diffuso rispetto ad un anno fa. Solo il 10% (-12%) crede che la propria sicurezza, “dopo la recente serie di attacchi terroristici”, sia maggiormente minacciata. Il 39% (-4%) afferma che la propria sicurezza è in pericolo come in precedenza, e il 48% (+18%) pensa che essa non sia mai stata minacciata. Questa tendenza si conferma anche fra i conoscenti degli intervistati. Solo il 41% (-10%) ritiene che amici e conoscenti siano diventati più ansiosi “in seguito all’aumento di attacchi terroristici nel mondo”. Il 58% (+14%) non ha riscontrato alcun cambiamento.

A causa degli attacchi terroristici di Madrid, le domande concernenti la percezione della minaccia sono state nuovamente poste ad un campione di elettori alla fine di marzo.

Questi dati indicano un chiaro aumento della percezione della minaccia: il 25% pensa che la propria sicurezza personale sia ora maggiormente in pericolo, mentre solo in 28% afferma che essa non è mai stata minacciata. Una maggioranza relativa del 42%, tuttavia, continua a credere che la serie di attacchi terroristici non abbia alcuna influenza sulla propria sicurezza personale.

L'importanza di vari aspetti della sicurezza. Quali aspetti della sicurezza sono particolarmente importanti per gli intervistati? Come negli anni precedenti, relazioni familiari stabili e un sentimento di protezione sono “molto importanti” per più della metà delle persone (55%, -3%). Seguono le assicurazioni sociali (pensione e disoccupazione), che sono “molto importanti” per il 43% (+4%) degli svizzeri, la protezione dal crimine (41%, ±0%), la garanzia dei diritti democratici (41%, +7%) e la sicurezza dell'impiego (39%, -1%). Circa un terzo degli svizzeri considera “molto importanti” la sicurezza del reddito (35%, +1%), la protezione dal terrorismo (34%, -6%), e la sicurezza ecologica (33%, -1%). Tre persone su dieci attribuiscono una grande importanza alla sicurezza stradale (29%, -4%), mentre il 25% ritiene importanti la legge e l'ordine. Tre nuovi aspetti sono stati presi in considerazione quest'anno: la protezione dalla violenza (“molto importante” per il 43%), la sicurezza del sistema sanitario (41%) e la protezione dall'abuso di stupefacenti (30%).

Livello di minaccia alla sicurezza. La valutazione dell'importanza della sicurezza è stata completata da una misura della percezione della minaccia relativa a vari aspetti della sicurezza, al fine di identificare gli aspetti che sono considerati sia importanti che in pericolo. La sicurezza dell'impiego e delle assicurazioni sociali corrispondono a questo profilo. Ben il 12% e il 10% degli intervistati credono che, rispettivamente, la sicurezza dell'impiego e delle assicurazioni sociali siano “molto in pericolo”.

Aspettative riguardanti il ruolo dello Stato nella sicurezza. Un'ipotesi plausibile è che i cittadini auspichino un ruolo più importante delle istituzioni federali negli ambiti che sono percepiti come importanti e in pericolo. Questa ipotesi è confermata nel caso della sicurezza dell'impiego e delle assicurazioni sociali, per le quali sei persone su dieci richiedono più garanzie da parte dello Stato. Una percentuale comparabile desidera un maggiore impegno delle autorità federali per la protezione dell'ambiente. Tuttavia, è interessante notare che nel caso della sanità, così come in quello della sicurezza del reddito, una maggioranza relativa (48%) crede che l'attività dello Stato sia appropriata. D'altro canto, una leggera maggioranza ritiene che lo Stato dovrebbe migliorare la protezione contro la violenza, l'abuso di stupefacenti e la criminalità, anche se questi aspetti della sicurezza non sono fra quelli maggiormente in pericolo.

Previsioni per il futuro della Svizzera e per la politica internazionale. Le previsioni per la Svizzera indicano un ottimismo stabile rispetto al 2003, nonostante un declino ri-

spetto al 2002. Il 68% (+2%) è “molto” o “abbastanza ottimista” per la situazione della Svizzera nei prossimi cinque anni. La valutazione delle prospettive a livello internazionale è leggermente migliorata rispetto all’ultimo sondaggio. L’11% (+3%) prevede maggiore stabilità nei prossimi cinque anni, mentre il 41% (+7%) non si aspetta grandi cambiamenti. Il 46% (-9%), per contro, ritiene che il contesto politico su scala globale diventerà più teso.

Fiducia nelle autorità e nelle istituzioni. L’economia, che nel 2003 aveva ottenuto il livello più basso di fiducia dal 1998, ha chiaramente recuperato terreno. Il valore di fiducia medio (5.98, +0.32) corrisponde alla media di tutti i sondaggi effettuati finora. Già nel 2003 il livello di fiducia più alto era stato riscontrato per la polizia; nel 2004, esso è addirittura leggermente più elevato (7.23%, +0.11%). Anche la fiducia nei tribunali è aumentata, e si trova ora al di sopra della sua media di lungo periodo (6.92%, +0.23%). La valutazione del Consiglio federale (6.43%, +0.03%) e del Parlamento (6.05%, -0.05%) è simile a quella del 2003.

Il Consiglio federale e il Parlamento si trovano nella posizione mediana. La fiducia nei media, che è notoriamente debole, rimane sostanzialmente invariata (4.92%, -0.07%). La fiducia nell’esercito è invece leggermente più bassa (6.28%, -0.33%), ma questa flessione è dovuta all’eccezionale aumento del 2003. Inoltre, il livello di fiducia attuale si situa leggermente al di sopra della media. Tuttavia, i dati indicano che l’impatto della riforma Esercito XXI e dell’impiego di truppe per missioni ausiliarie di sicurezza interna, che sono state generalmente ritenute positive, è stato molto limitato.

Relazione con lo Stato. La lotta contro il terrorismo implica una tensione crescente tra gli obiettivi di garanzia della sicurezza e quelli di garanzia della libertà. Il sondaggio 2004 conferma la presenza di questa antinomia. Gli svizzeri attribuiscono una grande importanza a entrambi i valori ma, se messi nella condizione di dover scegliere, sei persone su dieci preferiscono la libertà. Tuttavia, la stessa percentuale ritiene che la lotta contro il terrorismo debba essere perseguita con tutti i mezzi, anche a costo di una libertà individuale ridotta. Una semplice misura indica che, rispetto al 2002, più persone preferiscono la sicurezza alla libertà se obbligate a scegliere. Questa evoluzione è particolarmente sostenuta per gli anziani, le persone con titoli di studio superiore e quelle che politicamente si situano a destra.

Nove persone su dieci affermano di sentirsi a casa e protette in Svizzera. D’altro canto, il sentimento di orgoglio nazionale sembra in declino. Mentre nel 1983 solo il 29% affermava che avere un’altra nazionalità non sarebbe stato un problema, la percentuale è aumentata in maniera costante negli anni novanta e ha raggiunto il 52%. Nello stesso tempo, la relazione con lo Stato è diventata più strumentale, e una grande importanza è attribuita ad aspetti come le assicurazioni sociali e i servizi pubblici. Sette persone su dieci

(circa il 20% in più rispetto agli anni '80 e ai primi anni '90) ritengono che il fine principale dello Stato sia garantire il benessere materiale dei cittadini. Gli svizzeri possono essere considerati per la maggior parte "cittadini dello Stato sociale"; in altre parole, la loro integrazione strumentale è buona. In questo contesto le riforme dei servizi pubblici, per quanto giustificate, non possono che incontrare un'opposizione crescente.

La tendenza di lungo periodo è caratterizzata da un aumento della domanda di riforme politiche. Circa nove persone su dieci sono d'accordo con l'affermazione che la politica dovrebbe proporre nuove idee, mentre vent'anni fa questa affermazione era sottoscritta solo dal 75% degli intervistati. Di conseguenza, solo il 43% pensa che in politica lo status quo sia la scelta migliore, contro più del 50% vent'anni fa. La volontà di cambiamento è cresciuta soprattutto fra le persone che politicamente si situano a destra o a sinistra, ma anche fra coloro che si posizionano al centro.

Questa insoddisfazione agli estremi dello scacchiere politico può essere interpretata come la conseguenza di un certo inasprimento del clima politico. Il desiderio di cambiamento è particolarmente forte fra le persone che auspicano un'apertura "decisa" della Svizzera (cf. la sezione *Volontà di cooperazione internazionale*). L'insoddisfazione politica è cresciuta sia rispetto al 2002 che nel contesto della tendenza di lungo periodo. In primo luogo, i dati confermano la polarizzazione tra destra e sinistra che si è manifestata durante le elezioni e votazioni degli ultimi due anni. In secondo luogo, il sondaggio evidenzia una divisione in seno alla destra, caratterizzata da tensioni tra gruppi conservatori e vicini allo stato e gruppi neoliberali meno vicini allo stato e orientati alle riforme.

Sicurezza interna e polizia. Oltre alle domande sulla fiducia nella polizia, il sondaggio comprende alcune domande sulle attività e sulla strategia della polizia nel contesto della sicurezza interna. Una stretta maggioranza della popolazione (54%) ritiene che la polizia abbia sufficiente personale a disposizione. D'altra parte, un'espansione delle forze di polizia è auspicata da quattro persone su dieci, una maggioranza delle quali sarebbe anche disposta ad assumerne il costo. La percentuale di persone che vorrebbero una riduzione del personale di polizia è minima (4%). La popolazione è divisa in due per quanto riguarda la creazione di un corpo di polizia federale, mentre l'impiego di soldati di milizia come sostegno per le forze di polizia è sostenuto da una stretta maggioranza (52%).

L'intensificazione della cooperazione poliziesca internazionale ottiene un consenso pressoché unanime (88%). Questo sostegno diminuisce marcatamente se la cooperazione è associata ad una perdita di sovranità (56%). Azioni più decise contro manifestanti violenti sono ampiamente accettate (75%), con valori addirittura sopra la media nella Svizzera romanda, così come una maggiore presenza della polizia in "alcuni quartieri" (75%). Un uso più intenso della videosorveglianza nei luoghi pubblici è accettato dal 60% degli intervistati.

Controllo della quota di stranieri. Il controllo della quota di stranieri in Svizzera continua ad avere una priorità elevata per i cittadini nonostante una leggera flessione rispetto al 2003 (72%, -7%). Solo uno svizzero su tre è in favore di una procedura di naturalizzazione facilitata per gli stranieri.

Estremismo politico. La domanda di una lotta più decisa contro l'estremismo di destra è leggermente più forte che nel 2003 (79%, +5%), mentre la lotta contro l'estremismo di sinistra è considerata meno importante, anche rispetto al 2003 (54%, -5%).

Segreto bancario. Il 48% degli intervistati vuole mantenere il segreto bancario nella sua forma attuale, mentre il 33% si è pronunciato in favore di una sua limitazione e il 16% vorrebbe eliminarlo del tutto (il 3% è senza opinione).

Rafforzamento del controllo sulle armi. Un'ampia maggioranza indipendente dalle simpatie partitiche sostiene un controllo rafforzato della vendita di armi in Svizzera (85%, donne 92%). Contrariamente al 1989, solo una minoranza approva il fatto che ogni soldato debba conservare a casa fucile e munizioni (2004: 46%; 1989: 57%). I giovani (18-29 anni) (69%), le donne (2004: 65%; 1989: 54%), i romandi e le persone che si situano a sinistra si oppongono fortemente a questa politica, mentre gli uomini (2004: 59%; 1989: 71%), le persone anziane e quelle che si posizionano a destra la sostengono (2004: 59%; 1989: 71%).

Mentre il profilo degli atteggiamenti nei riguardi della sicurezza interna non è legato a caratteristiche sociologiche né regionali, vi sono grandi differenze in relazione con il posizionamento politico degli intervistati. Le persone che si situano a destra tendono a sostenere misure repressive più delle persone di sinistra. La maggioranza della popolazione crede che la sicurezza interna possa essere migliorata soprattutto grazie a misure repressive, come un'estensione dei controlli e della sorveglianza. Tuttavia, una minoranza ritiene che una politica di immigrazione integrativa e un'espansione moderata e discreta della presenza delle forze dell'ordine sarebbero più efficaci.

Volontà di cooperazione internazionale. Lo scetticismo nei confronti dell'UE rimane invariato. La predisposizione ad un'intensificazione dei rapporti con l'UE è aumentata (53%), ma solo una minoranza è pronta ad un'adesione (34%, +1%). Uno dei risultati dei sondaggi precedenti è che gli atteggiamenti negativi nei confronti dell'adesione dipendono in gran parte dalla paura di ricadute negative sull'economia svizzera. Nel 2004 questo timore è ancora cresciuto: il 48% (2002: 40%) degli svizzeri pensa che l'adesione all'UE comporterebbe un deterioramento dello sviluppo economico. Il 29% (2002: 32%) ritiene che l'adesione non avrebbe alcun impatto, mentre solo il 20% (2002: 17%) crede che essa sarebbe positiva per l'economia. D'altra parte, l'intensificazione della cooperazione economica con l'UE gode di un ampio sostegno (69%).

Gli atteggiamenti degli svizzeri nei confronti dell'ONU, invece, continuano ad essere positivi. Il 61% pensa che la Svizzera dovrebbe cercare di ottenere un seggio nel Consiglio di sicurezza, e il 64% ritiene che essa dovrebbe impegnarsi attivamente per le iniziative dell'ONU. Per contro, il sostegno all'invio di truppe svizzere nel quadro di operazioni ONU per il mantenimento della pace è in declino, ed è passato dal 72% in agosto 1999 al 56% (-3%).

Un avvicinamento alla NATO è approvato dal 36% degli intervistati, con una crescita del 9% rispetto al 2003. La percentuale è ora simile a quella osservata prima delle difficoltà dell'Alleanza in seguito a divergenze sull'invasione dell'Irak. Tuttavia, solo il 19% (+3%) sarebbe disposto ad aderire. Per contro, il 71% (+1%) auspica un ruolo più attivo della Svizzera come paese mediatore in caso di conflitti internazionali. Inoltre, il 78% (+7%) ritiene che la Svizzera dovrebbe approfittare maggiormente della presenza del Comitato internazionale della Croce rossa. Il sostegno ad un aumento del budget per l'aiuto allo sviluppo è più forte rispetto ad un anno fa (56%, +9%). Per contro, rispetto al 2003 meno persone auspicano un ruolo più attivo nell'organizzazione di conferenze internazionali, anche se il sostegno rimane abbastanza forte (69%, -8%). Questa diminuzione è probabilmente dovuta agli sforzi profusi nell'organizzazione di importanti conferenze nel 2003, come il Forum economico di Davos e il G8.

La volontà di apertura a livello svizzero è stata misurata per diversi anni con un indice composto di nove indicatori. Qual è la situazione attuale? L'atteggiamento "autonomista" (rifiuto di ogni intensificazione delle relazioni internazionali), era aumentato dopo il minimo raggiunto in agosto 1999 e aveva raggiunto il 37% in febbraio 2003, prima dell'invasione dell'Irak, per poi scendere al 31% in aprile dello stesso anno, quando l'invasione era ormai imminente. Questa tendenza lascia supporre che gli atteggiamenti autonomisti si rafforzino con l'aumento di tensioni su scala globale. In febbraio 2004, l'atteggiamento di "apertura prudente" era maggioritario in Svizzera (41%), e ha conosciuto un aumento (+6%) a scapito dell'atteggiamento autonomista (30%, -7%). Le persone che sono in favore di un'apertura prudente vogliono una buona cooperazione internazionale ma solo se la perdita di sovranità è limitata. L'atteggiamento "apertura decisa" implica una disposizione a rinunciare ad alcuni aspetti della sovranità nazionale, come in caso di adesione a organizzazioni internazionali (UE, NATO), e rimane a livelli inalterati (29%, +1%). Se si tiene conto anche delle persone che non possono essere assegnate a nessuna di queste tre

categorie, si può dire che il 59% degli intervistati si è pronunciato in favore di una delle due forme di cooperazione internazionale.¹

Neutralità. In febbraio 2004, il sostegno alla neutralità ha raggiunto un apice comparabile a quello del 1989. Quasi nove elettori su dieci vogliono che la Svizzera rimanga neutrale (89%, $\pm 0\%$), anche se la funzione di politica di sicurezza sembra meno centrale. Più della metà della popolazione continua a credere che la neutralità protegga la Svizzera da conflitti internazionali, ma questo punto di vista è espresso da meno persone rispetto al 2003 (57%, -4%). D'altro canto, gli intervistati che ritengono che la neutralità armata dia un contributo alla stabilità e alla sicurezza dell'Europa sono più numerosi rispetto all'anno scorso (46%, $+5\%$). Più del 50% degli svizzeri, tuttavia, pensa che l'esercito non sia più in grado di salvaguardare la neutralità in modo credibile (52%, $+11\%$). Una maggioranza approva una neutralità differenziale che permetta alla Svizzera di schierarsi in caso di controversie politiche, ma che non pregiudichi la sua neutralità nei conflitti militari (62%).

Il forte sostegno al principio generale di neutralità non deve essere confuso con un assenso indistinto a tutte le sue funzioni. Una tipologia di posizioni sulla neutralità mostra che la concezione "tradizionale" della neutralità come fine in sé e come elemento identitario è in declino nel 2004, e continua la sua tendenza discendente dopo un aumento nel 2003. Solo il 25% (-9%) della popolazione appartiene alla categoria "tradizionalisti", mentre la proporzione di "pragmatici", che giudicano la neutralità in base a un calcolo di costi e benefici, è sorprendentemente aumentata fino a raggiungere il 33% ($+8\%$). La percentuale di "critici", per contro, è stabile ai livelli del 1999 (18%, $+1\%$), così come quella delle persone che hanno una posizione contraddittoria sulla neutralità (24%, $+1\%$). Considerato che il numero di "pragmatici" ha raggiunto un nuovo massimo nel 2004, l'atteggiamento prevalente sulla neutralità sembra essere quello pragmatico.²

Aspetti di politica di sicurezza della cooperazione internazionale. Una percentuale della popolazione simile a quella del 2003 crede che la sicurezza nazionale sia sempre più influenzata da altri paesi (56%, -2%). Dal 1997 al 2000, questa percentuale era del 60%. Sembra quindi che gli svizzeri continuino ad avere un'opinione critica sulle possibilità di autonomia nazionale nell'ambito della politica di sicurezza.

- 1 Il 15% degli intervistati non corrisponde a nessun tipo di cooperazione. Le percentuali per le tre categorie si riferiscono quindi solo a 1019 persone.
- 2 Il 16% degli intervistati non può essere assegnato a nessuno dei quattro tipi di neutralità, le cui percentuali si riferiscono quindi a solo 1007 persone.

L'evoluzione dell'opinione pubblica riguardo alla partecipazione di soldati svizzeri a missioni internazionali aveva subito una svolta nel 2000, quando per la prima volta gli intervistati sostennero la partecipazione di soldati armati (a scopo di autodifesa) a operazioni di mantenimento della pace. Questa tendenza si è confermata nei quattro sondaggi successivi. In febbraio 2004, il 46% (+5%) si è pronunciato in favore di operazioni di mantenimento della pace, mentre il 36% (-3%) approva le missioni di sostegno. Un'implicazione di soldati svizzeri a operazioni di combattimento rimane accettabile solo per una piccola minoranza (6%, +1%), e il 10% (-4%) rifiuta qualsiasi tipo di attività di soldati svizzeri all'estero. Questa percentuale è la più bassa da quando il sondaggio fu effettuato per la prima volta nel 1993. L'88% (+3%) della popolazione approva quindi almeno una delle tre forme di partecipazione di soldati svizzeri a missioni all'estero, tra le quali il mantenimento della pace (con soldati armati a scopo di autodifesa) è quella che ottiene maggiori consensi.

Difesa nazionale militare. Le risposte concernenti la necessità dell'esistenza dell'esercito svizzero sono interpretate come indicatori dell'approvazione della politica di difesa, che sembra mostrare un declino (58%, -12%). Il sostegno all'esercito si è molto indebolito, specialmente fra i giovani (18-29 anni). Come nel 1999, solo una minoranza (41%, -18%) considera che l'esercito sia necessario. Fra le persone di 60 anni o più, per contro, la proporzione di coloro che pensano che l'esercito non possa essere abolito è sopra la media, nonostante una leggera flessione rispetto al 2003 (77%, -8%).

Il sondaggio di marzo 2004 indica che la percentuale di cittadini che ritiene che l'esercito sia necessario rimane al di sotto della media di lungo periodo (66%), nonostante un leggero aumento che è stato osservato anche fra i giovani adulti, di cui una maggioranza è nuovamente in favore dell'esercito (53%). È possibile che il debole livello di approvazione riscontrato durante il sondaggio di febbraio 2004 sia dovuto ad aspettative eccessive nei confronti della riforma Esercito XXI.

Spese per la difesa. Il 54% della popolazione (2001: 53%) ritiene che le spese militari siano eccessive ("eccessive": 35%; "decisamente eccessive": 19%). Solo il 5% crede che l'esercito abbia un budget troppo ridotto.

Esercito di milizia e servizio militare obbligatorio. Come nel 2003, i sostenitori dell'esercito di milizia (48%, -5%) sono più numerosi delle persone che preferiscono un esercito di professionisti, la cui proporzione è però aumentata (43% +6%). Il cambiamento più sorprendente è stato osservato fra i giovani (18-29 anni), che per il 35% approvano l'esercito di milizia, mentre un esercito professionale è auspicato da una percentuale crescente (61%, +16%), e in particolare da coloro che ritengono che l'esercito non sia necessario.

Riforma Esercito XXI. Alla fine di marzo, più di un terzo (37%) degli intervistati che erano a conoscenza della riforma dell'esercito (81%) ritenevano che l'inizio della riforma fosse stato "molto buono" (3%) o "abbastanza buono", mentre il 24% ha manifestato la propria insoddisfazione. Il 39% non ha espresso alcuna opinione. Il giudizio rimane stabile tra le varie categorie sociodemografiche.

Interesse per la politica di sicurezza. Rispetto al 2003 vi è stato un incremento della percentuale di persone che si considerano molto o abbastanza interessate alle "questioni di sicurezza nazionale" (58%, +7%). Gli uomini hanno espresso un maggior interesse (65%; donne: 52%). Contrariamente agli anni precedenti, l'interesse della popolazione per la sicurezza nazionale è nuovamente cresciuto. La guerra in Irak ha probabilmente avuto un ruolo determinante.

SUMMARY OF THE SURVEY “SECURITY 2004”

Aims of the Survey and its Database

The annual survey “Security”, published jointly by the Military Academy at the ETH Zurich and the Center for Security Studies of the ETH Zurich, aims to highlight trends in public opinion on Switzerland’s security and defence policy. They are based on representative surveys of the Swiss voting population. In 2004, the survey was carried out in February by telephone interviews among 1200 persons from all three language regions.

Because of the terrorist attacks of Madrid, some questions were posed again to a sample of 803 voters in German and French speaking Switzerland in the last week of March. Whenever reported results are based on this second survey, it will be explicitly mentioned.

The \pm -percentages in brackets refer to the survey of February 2003. In the main survey 2004, the largest possible margin of error is $\pm 3\%$. Differences smaller than $\pm 3\%$ must be attributed to chance and considered insignificant.

Trends and Tendencies

Feeling of security and threat perception: The general feeling of security has increased slightly compared to the year 2003. 85% (+3%) of the surveyed Swiss state that “in general” and “currently” they feel “rather” or “very secure”. Threats to one’s personal security through terrorist attacks are feared clearly less frequently than a year ago. Thus, only 10% (-12%) believe their security – “after the series of terrorist attacks in recent times” – to be “more strongly threatened”. 39% (-4%) state that their security is “equally threatened” now as before, and 48% (+18%) say their security has “never been threatened at all”. This clearly weakened perception of threat is also noted in respondents’ personal environment. Only 41% (-10%) hold the opinion that their friends and acquaintances have become more anxious “since the increase in terrorist attacks around the world”. 58% (+14%) have not noticed any such change.

As a consequence of the terrorist attacks of Madrid, questions concerning threat perception were posed again at the end of March. In fact, the March 2004 data show a clear increase in personal threat perception, with 25% indicating that their personal secu-

rity was now more threatened, and only 28% stating that it had never been threatened. A relative majority of 42%, however, continue to believe that the series of terrorist attacks has not had an influence on their personal security situation.

The importance of different aspects of security: What aspects of security are perceived as particularly relevant? As in former years, secure family relations and a feeling of shelter are “extremely important” to more than half of the surveyed persons (55%, -3%). This is followed by the aspects social security (retirement pensions, unemployment insurance; “extremely important” to 43% (+4%)), security against crime (41%, ±0%), guarantee of democratic rights (41%, +7%), and security of employment (39%, -1%). Roughly a third of the persons surveyed consider security of income (35%, +1%), security against terrorism (34%, -6%), and ecological security (33%, -1%) as “extremely important”. Three out of ten Swiss attribute great importance to traffic security (29%, -4%) while 25% find law and order particularly important. Three security aspects were considered for the first time in 2004: They include security against violence (“extremely important” to 43%), secure health care (41%), and protection from drug abuse (30%).

Level of threat to security: The assessment of the importance of security was complemented by a measurement of the perceived threat to the different aspects of security. This allows an identification of those security aspects that are simultaneously considered relevant and threatened. In doing so, it becomes clear that security of employment and social security represent those two aspects that are perceived both as very important and comparatively threatened. Accordingly, as many as 12% and 10%, respectively, of the surveyed persons believe that security of employment and social security are “very strongly threatened”.

Expected state provisions concerning security: It is a likely hypothesis that citizens hope for more federal activity in those areas of security that they consider both important and relatively threatened. In the case of employment and social security this turns out to be true. With regard to these two domains of security, roughly six out of ten persons surveyed demand more provisional activity by the state. A similar number of persons would like to see a stronger federal commitment concerning the protection of the environment. Interestingly, however, this is not the case with regard to health care. Rather, in this domain, a relative majority of 48% believes that the state is doing enough in this regard. This is also the view of the relative majority concerning the security of income. However, somewhat more than half of the persons surveyed believe that the state should improve its protection from violence and drug abuse and should do more to fight crime, even though respondents do not consider these aspects of security to be the most threatened.

Predictions for Switzerland's future and the development of world politics: Optimism concerning Switzerland shows hardly any change compared to 2003. However, its level is

clearly lower than in 2002. 68% (+2%) are “very” or “rather optimistic” concerning Switzerland’s situation in the next five years. The assessment of the worldwide political situation has become somewhat more optimistic since the last survey. 11% (+3%) count on calmer world political developments in the next five years while 41% (+7%) expect an unaltered situation. 46% (–9%) predict that the global political situation will become more sinister and tense in the course of the next five years.

Trust in authorities and institutions: The economy, which in 2003 showed the lowest level of trustworthiness since 1998, has improved its showing. The mean value of trustworthiness (5.98, +0.32) is equal to the average value across all surveys carried out so far. Already in 2003, the highest ever level of trustworthiness was measured for the police. In 2004, the measured value is even slightly higher (7.23, +0.11). Judicial courts have also improved their showing, and their current value of trust is above the long-time average (6.92, +0.23). The assessment of the federal council (6.43, +0.03) and the parliament (6.05, –0.05) is similar to that of 2003. They hold a median position in the ranking of trustworthiness. The notoriously low evaluation of the trustworthiness of the media shows only little alteration as well (4.92, –0.07). Compared to 2003, the military has clearly lost some of its trustworthiness (6.28, –0.33). However, it needs to be acknowledged that the military showed a massive increase in trustworthiness in 2003. Moreover, the level of trustworthiness measured in 2004 is still slightly above average. Nevertheless, the positive radiance of the army reform XXI and of the domestic subsidiary missions that were rated, on the whole, as rather successful, seems very limited indeed.

Relationship with the state: In the course of the intensified fight against terrorism, an increasing tension has developed between the opposite federal aims of guaranteeing both security and freedom. The values “security” and “freedom” are equally dear to the Swiss. Thus, if forced to choose, six out of ten respondents would prefer personal freedom to security. However, equally many persons hold the opinion that terrorism must be fought by all means, even if personal freedom has to be restricted. According to a simple index, the number of those preferring security to freedom, when in doubt, has risen somewhat compared to 2002. This is especially true for older respondents, the higher educational strata and respondents who consider themselves political rightists.

Nine out of ten say they feel at home and sheltered in the state of Switzerland. At the same time, national pride seems to be in decline. While in 1983 only 29% stated that they would not mind being a citizen of another country, this number, after a steady increase in the 1990s, has risen to 52%. Simultaneously, an instrumental relationship with the state, emphasizing aspects of welfare and federal services, is on the rise. Seven out of ten respondents, roughly 20% more than in the eighties and early nineties, see the main objective of the state in the guarantee of the material well-being of its citizens. The major-

ity of Swiss can be called true “welfare state citizens”. Taking this into account, it seems obvious that a reduction of federal services, regardless of its motives, is met with increasing resistance.

As a long-term trend, the demand for political reform is increasing: Nearly nine out of ten respondents agree with the proposition that politics should commit itself to new ideas – which, 20 years ago, was approved by only 75%. As a consequence, the opinion that in politics it is better to stick to the status quo has decreased over the same period from a narrow majority to 43%. The readiness for change has not increased in those persons who position themselves in the political centre but above all both in those who place themselves on the left and in those who consider themselves rightists.

The deepened dissatisfaction at the political poles can be seen as the expression of a certain roughing-up of the political climate. Persons demanding an “unambiguous” opening-up of Switzerland call especially loudly for change (see the section *Readiness for international cooperation*). In the long-term trend and compared to 2002, political dissatisfaction has grown. The data confirm firstly the political polarisation between “left” and “right”, which became apparent in elections and votes in the past two years. Secondly, they localise a division in the rightist camp, which is characterised by tensions between a conservative but state-near position, on the one hand, and neo-liberal, that is, state-distant but reform-oriented tendencies, on the other.

Domestic security / Police: In addition to measuring the level of trust in the police, a number of questions on the regime and strategy of police work in the framework of domestic security were posed. A narrow majority of the population believes the current size of the police corps to be sufficient (54%). Four out of ten wish for an expansion of the police corps – for the most part even if this results in higher costs. The share of those who call for a downsizing is all but neglectable (4%). With regard to the establishment of a national police corps the voting population is divided in half. The use of militia soldiers as a replacement of the police is accepted by a narrow majority (52%).

The intensification of international police cooperation is uncontested (rate of agreement: 88%). This support wanes markedly if cooperation is linked with a loss of Swiss sovereignty (56%). Tougher action against violent demonstrators is widely accepted (75%), even above average in French speaking Switzerland, as is a stronger police presence in “certain neighbourhoods and city quarters” (75%). An intensified video surveillance of public squares is accepted by 60% of respondents.

Control of the share of foreigners: The control of the share of foreigners in Switzerland remains a high priority (72%, -7%), although somewhat less so than in 2003. Only one in three Swiss supports a facilitated naturalisation of foreigners.

Political extremism: To a somewhat greater extent than in 2003, it is demanded that rightist extremism be fought more strongly (79%, +5%). On the other hand, the fight against leftist extremism is considered less important in general and compared to 2003 (54%, -5%).

Banking secrecy: 48% want to keep up the banking secret in its current form, 33% speak out for a restricted version of the banking secret and 16% want to abolish it altogether.

Intensified gun control: A large majority of respondents across all political camps wishes for stricter control of gun sales in Switzerland (total: 85%; women: 92%). Other than in 1989, only a minority approves of the fact that almost every militia soldier keeps a gun and ammunition at home (2004: 46%, 1989: 57%). The strongest reservations are voiced by the 18–29 year-olds (69%), women (disapproval 2004: 65%; 1989: 54%), French speaking Swiss, and political leftists, while men (2004: 59%; 1989: 71%) as well as older persons and political rightists are largely in favour of this policy.

The profile of attitudes towards domestic security varies only slightly according to sociological characteristics and regional attributes. However, large differences in attitude become apparent in relation to the political self-assessment of respondents: Those who position themselves to the right support repressive measures more strongly than those who localise themselves to the left of the centre. The belief that domestic security can be improved first and foremost through repressive measures – that is, an extension of controls and surveillance – is dominant in a majority of the population. This majority opinion is opposed by a minority who believes that a more effective security can be better attained through an integrative immigration policy and a moderately expanded but discreet police presence.

Readiness for international cooperation: The scepticism concerning the EU remains practically unaltered. While the general readiness for an approach of the European Union has risen to 53% (+5%), the willingness to join the EU is still low (34%, +1%). It was pointed out in earlier surveys that fears of a negative economic development of Switzerland in the case of joining the EU play a role in forming this attitude. In 2004, these economic fears are even more prominent: By now, 48% (2002: 40%) of the Swiss hold the opinion that joining the EU would deteriorate the economic development in Switzerland. 29% (2002: 32%) believe that joining the EU would not impact the economic situation in Switzerland while 20% (2002: 17%) take the view that joining the EU could have a positive economic effect on Switzerland. An intensification of economic cooperation with the EU, on the other hand, is strongly supported (69%).

On the other hand, the positive attitude towards the United Nations continues. By now, 61% (+6%) think that Switzerland should strive for a seat in the UN security council. The statement that Switzerland should commit itself actively and prominently to UN objectives is met with even more approval (64%, +5%). Since August 1999, when 72% were in favour of Swiss UN peacekeeping troops, support for this matter has been declining. Currently, 56% (-3%) of the voting population support this Swiss security policy contribution.

An approach of NATO is more strongly supported than a year ago. 36% (+9%) – a figure similar to that before the transatlantic difficulties of 2003 – are in favour of it. 19% (+3%) speak out in favour of actually joining NATO. 71% (+1%) of voters want Switzerland to be a more active mediator in international conflicts. 78% (+7%), moreover, voice the opinion that Switzerland should make more of hosting the International Red Cross. An increase of developmental aid is met with clearly more approval than a year ago. 56% (+9%) support an augmentation of these expenditures. Lone the approval of a more active role in setting out international conferences is somewhat lower in 2004, although it is still fairly strong (69%, -8%). It is conceivable that this is an effect of the enormous efforts undertaken in organizing large events (World Economic Forum, G-8 summit).

How does the nationwide readiness for an opening of Switzerland – measured for many years with an index of nine items – present itself? The “autonomist” attitude, that is, the refusal of any further intensification of international relations, had recovered from its all-time low in August 1999 and reached a share of 37% in February 2003, before the war in Iraq. In April of 2003, with the imminent end of the invasion of Iraq, it was at 31%. Apparently, an increase of global tension enhances “autonomism” in Switzerland. Currently, that is, in February 2004, the so-called “cautious” form of international cooperation is most favoured – at the cost of the number of “autonomists” (“autonomism”: 30%, -7%; “cautious openers”: 41%, +6%). The readiness for “cautious cooperation” is characterized by aiming for an optimal international cooperation while sacrificing as little Swiss sovereignty as possible. Approval of an “unambiguous opening” of Switzerland, that is, a willingness for cooperation including subtractions from national sovereignty by way of joining international unions (EU, NATO), is practically unaltered (29%, +1%). With regard to the total sample, that is, when those persons are taken into account who cannot

be allocated to one of the three types of cooperation, it can be stated that 59% of respondents support one of two types of international cooperation.¹

Neutrality: In February, 2004, support for neutrality remains at a peak level, comparable to 1989. Nearly nine out of ten Swiss voters want Switzerland to remain neutral (89%, $\pm 0\%$). The security policy function of neutrality, on the other hand, is less strongly stressed. While more than half of the population continue to believe that it is thanks to its neutrality that Switzerland is not involved in international conflicts, the support for this viewpoint is weaker than in 2003 (57%, -4%). The statement, however, that armed neutrality is a contribution to Europe's stability and security is more strongly supported than a year ago (46%, $+5\%$). Nevertheless, more than half of the respondents are of the opinion that neutrality can no longer be credibly protected by the military (52%, $+11\%$). The majority supports a differential neutrality, according to which Switzerland should take sides in the case of political struggles but must stay neutral in military conflicts (62%).

The strong support for the general principle of neutrality is not to be confused with an indifferent support for all of its functions. Rather, a typology of positions on neutrality shows that the "traditional" understanding of neutrality, which conceives of neutrality above all as an end in itself and an instigator of identity, is in decline this year, after a marked rise last year, and continues its long-term downward trend. 25% (-9%) of respondents can be called "neutrality traditionalists". At their cost, the share of "neutrality pragmatists", who view neutrality from a sober "costs and benefits" perspective, has risen to a remarkable 33% ($+8\%$). The "neutrality critics" have remained at the same low level since 1999 (18%, $+1\%$). The share of those who tend to have a contradictory perspective on neutrality is also constant (24%, $+1\%$). Considering that the share of "neutrality pragmatics" in 2004 is as high as never before, a pragmatic view of neutrality seems to prevail.²

Aspects of security policy in international cooperation: A similar percentage as in 2003 believes that national security is increasingly determined by other states (56%, -2%). From 1997 to 2000, a steady 60% were in agreement with this assertion. Thus, the possibility of national autonomy in security matters is still viewed critically.

The year 2000 marked an actual change of trend concerning the public attitude on international missions of Swiss soldiers. It was then that for the first time not mere sup-

1 15% of respondents cannot be allocated to any of the three types of international cooperation. The percentages concerning the three types of cooperation are therefore based on only 1019 respondents.

2 16% of respondents cannot be allocated to any of the four neutrality types. The percentages concerning the four neutrality types are therefore based on only 1007 respondents.

portive missions but peacekeeping missions, including an armament for self-defensive purposes, were preferred by the public. This has not changed in the course of the last four years. In February 2004, 46% (+5%) prefer peacekeeping while 36% (-3%) opt for the supportive missions. An involvement of Swiss soldiers in combat missions is still only acceptable to a small minority (6%, +1%). 10% (-4%) refuse any kind of involvement of Swiss soldiers out-of-territory – the lowest number since the first survey was taken in 1993. Thus, 88% (+3%) accept one of three forms of out-of-territory missions for Swiss soldiers. Of these three, peacekeeping, including an armament for self-defensive purposes, is clearly preferred.

National military defence: Questions concerning the necessity of the Swiss military are interpreted as indicators of the acceptance of Swiss national defence. With this in mind, a decline can be noted (58%, -12%). The support among the 18 to 19 year-olds, especially, has faltered. Only a minority among them considers the military necessary (41%, -18%). In 1999, too, less than half of the young had considered the military necessary. Among those aged 60 and above, the agreement with the necessity of the military is also somewhat lower, albeit at an above average level (77%, -8%).

In the March 2004 survey, the awareness of the necessity of the Swiss military is somewhat on the rise again among the population (66%) but remains clearly below the long-term average. Among the young adults, as well, a change of mood seems to have taken place, given that in March a majority is supporting the military again (53%). It is possible that the low level of support in the survey of February 2004 is related to overly high expectations concerning the new Army XXI.

Defence expenditures: The opinion that still too much money is spent on defence is shared by 54% of the population (“too much”: 35%, “way too much”: 19%). Only 5% believe that the military has too little money at its disposition.

Militia and mandatory military service: As in 2003, supporters of the militia military outweigh supporters of a professional army even though the share of those who favour the latter has risen to 43% (+6%). 48% (-5%) are in favour of the militia army. The most striking change can be registered among the 18 to 29 year-olds. Only 35% support the militia while the number of supporters of a professional army has clearly grown and constitutes a majority in this age category (61%, +16%). It can be noted that especially young adults, who do not consider the military necessary, are in favour of a professional military.

Army reform XXI: Of the 81% who have heard of the army reform at the end of March more than a third (37%) believe that the Army XXI has started “very” (3%) or “rather well” while 24% believe the opposite to be true. 39% chose not to comment. The assessment hardly varies according to socio-demographic characteristics.

Interest in security policy: The share of those who state that they are “rather” or “very interested” in matters of national security is clearly greater than in 2003 (58%, +7%). Other than in preceding years, the topic of security seems to interest the population more strongly again. It is a plausible hypothesis that the Iraq war has raised this interest. Men show a greater self-stated interest in security policy than women (65% versus 52%).

1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2003/2004

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft wie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Es ist anzumerken, dass die Chronologie auch Ereignisse erfasst, die *nach* der Datenerhebung stattgefunden haben. Diesen Ereignissen kann selbstverständlich keine meinungsbildende Wirkung auf die Resultate der vorliegenden Studie zugesprochen werden. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält.¹

1.1 Kein Frieden im Irak – Anhaltende terroristische Gewalt

Der Irakkrieg und seine langfristigen lokalen, regionalen und globalen politischen Folgen dominierten nach dem überraschend schnellen Ende der umfassenden militärischen Kampfhandlungen die Agenda der internationalen Politik im Berichtszeitraum (Juni 2003–Mai 2004). Den Frieden im Nachkriegsirak herzustellen hat sich als schwieriger erwiesen, als den Krieg zu gewinnen. Schon kurz nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen nahmen auf der lokalen Ebene die Aktivitäten der bewaffneten Oppositionskräfte in Quantität und Qualität zu. Im September und Oktober 2003 schwoll die Zahl der Anschläge auf über 40 pro Tag an, womit von einem eigentlichen Guerillakrieg gegen die Besatzungsmächte gesprochen werden konnte. Vor diesem Hintergrund mussten sich die USA zu einer beschleunigten „Irakisierung“ und „Internationalisierung“ des Transformationsprozesses im Irak entscheiden. Nach wochenlangen kontroversen Debatten nahm

1 <http://www.ssn.ethz.ch> (Stand: 14.06.2004).

der Uno-Sicherheitsrat die Resolution über die politische Neuordnung des Iraks einstimmig an (8.6.2004). Kurz vor der Machtübergabe an eine souveräne Übergangsregierung (30.6.2004) prägte immer noch das blutige Spiel mit der öffentlichen Sicherheit den Alltag des Landes. Dem Irak steht ein langwieriger Prozess der Stabilisierung bevor.

Auf der regionalen Ebene war bisher nur wenig von US-Präsident Bushs optimistischer Vision zu sehen, dass die Reform des Iraks eine demokratische und marktwirtschaftliche Transformation der ganzen arabischen Welt in Gang setzen werde. Zwar stieg der Reformdruck auf die arabischen Regime im vergangenen Jahr in der Tat stark an. Die Reformpolitik ging aber beispielsweise in Saudi-Arabien mit vermehrter Unsicherheit einher. Die Verantwortung für ansteigende Spannungen in arabischen Staaten wurde dabei unter Hinweis auf die Palästinafrage weiterhin gerne auf fremde Schultern projiziert. Die Verschlimmerung des israelisch-palästinensischen Konflikts nach anfänglichen Hoffnungsschimmern im Zeichen der „Road Map“ war denn auch Anlass zur Besorgnis.

Mit Blick auf die globalen politischen Folgen des Krieges war entscheidend, dass den USA der Übergang in die Nachkriegsphase gründlich missglückte. Dazu kommt die Tatsache, dass im Irak bis heute keine Massenvernichtungswaffen gefunden wurden und eine Kooperation zwischen Al Qaida und dem Irak nicht bestätigt werden konnte. Die Regierungen Bush und Blair mussten sich denn auch den Vorwurf gefallen lassen, diffuse nachrichtendienstliche Informationen selektiv zur Rechtfertigung vorgefasster politischer Entscheide herangezogen zu haben. Die politischen Folgen waren unübersehbar: Die politische und moralische Autorität der USA hat international stark gelitten.

Die Anschläge in Riad (8.11.2003) und in Istanbul (15.11.2003) machten deutlich, dass die Lösung der anstehenden politischen Fragen im regionalen und globalen Rahmen auch in Zukunft durch terroristische Taktiken extremistischer Gruppierungen erschwert werden wird. Der globale Handlungsspielraum von bin Ladens Al Qaida schien zwar auf Grund der amerikanischen Fahndungserfolge eingeschränkt. Die Attentate in Afghanistan und im Irak beweisen aber, dass das Netzwerk in einer dezentralisierten Form weiterhin aktiv ist und über einen beachtlichen Pool von Rekrutierungswilligen verfügt.

Der Terroranschlag in Madrid (11.03.2004) machte schlagartig deutlich, dass auch Europa vom globalen Terrorismus fundamental-islamistischer Prägung und seinen politischen Folgen direkt betroffen ist. Am 11. März 2004 forderte eine Serie koordinierter Bombenanschläge in Madrider Vorortszügen zur morgendlichen Hauptverkehrszeit rund 200 Todesopfer und an die 1 200 Verletzte. Die spanische Regierung Aznar beschuldigte zuerst die Separatistenorganisation ETA der Urheberschaft. Schon bald aber erhärtete sich der Verdacht, dass islamistische Terroristen hinter dem Blutbad steckten. Die Anschläge hatten einen wesentlichen Einfluss auf die spanischen Wahlen (14.03.2004), bei denen die Partei des abtretenden konservativen Ministerpräsidenten Aznar, der eine

ausgeprägt USA-freundliche Irak-Politik betrieben hatte, eine deutliche Niederlage erlitt. Der neue Ministerpräsident Rodriguez Zapatero kündigte umgehend den Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak an.

Mit den Madrider Anschlägen erreichte die Gefahr des globalen Terrorismus den europäischen Raum. Beinahe zeitgleich rückte Europa als Folge des Erweiterungsprozesses näher an die instabilen Regionen des Nahen und Mittleren Ostens heran. Am 1. Mai 2004 wuchs die EU von 15 auf neu 25 Mitglieder. In einem historischen Schritt stiessen Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, die Slowakei, Ungarn, Slowenien, Zypern (nur der griechische Teil) und Malta zur Union. Mit 455 Millionen BürgerInnen ist die EU somit der grösste Wirtschaftsraum der Welt.

Die aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Debatte in der Schweiz nahm zwar von den Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten nur am Rande Notiz, sie konnte sich aber weder den Rückwirkungen der EU-Erweiterung noch den Ereignissen in Madrid entziehen. Im Nachgang zu den Bombenanschlägen von Madrid erklärte Bundesrat Schmid nach einer Sitzung des Sicherheitsausschusses des Bundesrates, es sei für die Schweiz „keine neue kurzfristige Gefährdung“ erkennbar und die getroffenen Schutzmassnahmen seien ausreichend (23.03.2004). Damit hielt die Regierung an der Feststellung fest, wonach die Schweiz kein primäres Ziel des internationalen Terrorismus sei. Gleichwohl ist unverkennbar, dass die Zunahme der subsidiären Einsätze der Armee im strategischen Rahmen wachsender asymmetrischer Bedrohungen zu verstehen ist. Dominierte das inhaltlich und geografisch erweiterte Bedrohungsspektrum im Zeichen des globalen Terrorismus die Debatte auf der Ebene der Verteidigungspolitik und der inneren Sicherheit, so bildete im Bereich der Aussenpolitik die EU-Erweiterung die zentrale Herausforderung.

1.2 Aussenpolitik: Abschluss der Bilateralen II – Stärkung der zivilen Friedensförderung

Von entscheidender Bedeutung für die schweizerische Europadebatte waren die Bundesratswahlen vom 10. Dezember 2003. In einem für schweizerische Verhältnisse deutlichen Umbruch der politischen Kräfteverhältnisse wurde die seit 1959 bestehende „Zauberformel“ gesprengt. Anstelle der amtierenden Ruth Metzler wählte eine Mehrheit der Bundesversammlung im dritten Wahlgang Christoph Blocher (Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement), dessen Wahl von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) unter Androhung eines Ganges in die Opposition gefordert worden war. Für den zurücktretenden Kaspar Villiger setzte sich Hans Rudolf Merz (Eidgenössisches Finanzdepartement)

gegenüber Christine Beerli durch. Der Bundesrat setzt sich neu aus zwei Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei (SP), zwei Mitgliedern der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), zwei Mitgliedern der Schweizerischen Volkspartei (SVP) und einem Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) zusammen. Der damit verbundene Rechtsrutsch und die Tatsache, dass nur noch eine Frau im Bundesrat Einsitz nahm, führte zu Demonstrationen in Bern und Zürich.

Anfang 2004 traf sich die neu zusammengesetzte Landesregierung zu einer Klausursitzung, um über die Ziele der laufenden Legislatur zu beraten (28.1.2004). Dabei fiel die Entscheidung, das EU-Beitrittsgesuch aufrechtzuerhalten, jedoch in den kommenden vier Jahren auf Beitrittsverhandlungen zu verzichten. Damit fokussierte sich die politische Aufmerksamkeit auf den Abschluss der bilateralen Verhandlungen, die seit Juni 2002 zu ursprünglich zehn, nach Abkopplung der Dienstleistungsthematik noch zu neun Dossiers der Bilateralen II geführt worden waren. In sechs Dossiers (verarbeitete Agrarprodukte, Statistik, Umwelt, Ruhegehälter, Zugang zu Medien und Bildungsprogrammen) hatten die Verhandlungen relativ rasch abgeschlossen werden können.

Im Juni 2003 wurde als nächstes wichtiges Etappenziel in den Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU eine politische Einigung bei der Zinsbesteuerung erreicht, die auf dem Grundsatz eines Steuerrückbehalts basierte (Quellenbesteuerung). Trotz dieser Einigung blieb das Bankgeheimnis der Hauptstreitpunkt der zahlreichen weiteren Verhandlungsrunden, da es im Kontext des Schengen-Dossiers (Abbau der Grenzkontrollen gekoppelt an Justiz- und Polizeikooperation) erneut auf den Tisch kam. Insbesondere die Frage des Informationsaustauschs bei Fiskaldelikten entwickelte sich zum zentralen Hindernis für einen Abschluss der Bilateralen II, da die Schweiz auf dem vereinbarten Parallelismus des zeitgleichen Abschlusses der Verhandlungen in allen Dossiers beharrte. Der Ton der Verhandlungen verschärfte sich in der Schlussphase. Viele Schweizer BürgerInnen nahmen denn auch sowohl die von der EU vorgesehenen Zölle auf Reexporte als auch die zeitweise verschärfte Grenzkontrollen Deutschlands als Druckmittel im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen wahr.

Das Dossier „Schengen“ war nicht nur in den Verhandlungen mit der EU, sondern auch innenpolitisch sehr umstritten. Der neue Bundesrat lehnte die Forderung des neuen Justizministers Blocher nach einem „Schengen light“ ab (31.3.2004). Blocher verlangte, auf Schengen entweder ganz zu verzichten oder einen nur teilweisen Beitritt anzustreben. Mit Letzterem wollte Blocher auf die Öffnung der Landesgrenzen verzichten, während der Anschluss an die europäische Fahndungsdatenbank und eine beschränkte Polizeizusammenarbeit vorgesehen gewesen wäre. Nach dieser Klärung der bundesrätlichen Position kam es zum Durchbruch in den Verhandlungen mit Brüssel, als der Ausschuss der ständigen Vertreter der 25 EU-Mitgliedstaaten im Grundsatz die Gesamtheit der auf dem

Tisch liegenden Verhandlungsergebnisse billigte (13.5.2004). Der Schweiz gelang es dabei mittels einer Ausnahmeklausel, ihr Bankgeheimnis vorerst auch bei einer allfälligen Weiterentwicklung des Schengen-Acquis zu schützen. Doch Luxemburg, das um eine Benachteiligung des eigenen Finanzplatzes fürchtete, setzte in einem Kompromissvorschlag durch, dass sich die EU bei einer Entwicklung in diese Richtung um das Mitziehen der betroffenen Drittstaaten bemühen müsste. Es ist denn auch nicht auszuschliessen, dass das Schweizer Bankgeheimnis zu einem späteren Zeitpunkt erneut unter Druck kommen wird.

Mitte Mai schlossen Delegationen des Bundesrates (Deiss, Calmy-Rey, Merz) und der EU in Brüssel die Verhandlungen um die bilateralen Verträge mit ihrer Unterschrift ab (19.05.2004). Politisch dürften die Bilateralen jedoch weiterhin nicht vom Tisch sein. Zurzeit ist noch nicht entschieden, ob die Bilateralen II einem obligatorischen Referendum unterstellt werden und ob sie einer allfälligen Abstimmung in Paketform oder getrennt unterstellt werden sollen. Während sich FDP, CVP und SP erfreut über den Abschluss der Verhandlungen zeigten, zog die SVP das Referendum sowohl gegen die Bilateralen II als auch gegen die Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens in Betracht. Letzteres ist im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung zu sehen, da neben dem Freihandelsabkommen von 1972 und dem Versicherungsabkommen von 1989 auch die sieben bilateralen Abkommen der ersten Runde auf die neuen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Beim Abkommen über die Personenfreizügigkeit war jedoch die Aushandlung einer Übergangsfrist notwendig, die eine kontrollierte Öffnung der Arbeitsmärkte ermöglichen soll. Diese beträgt sieben Jahre, das heisst die Schweiz kann den Zugang von ArbeitnehmerInnen noch bis am 30. April 2011 beschränken.

Der Bundesrat beurteilte die EU-Erweiterung grundsätzlich positiv. Bundespräsident Deiss bezeichnete sie als endgültige Überwindung der Spaltung Europas durch den Kalten Krieg und damit als wichtigen Beitrag zur Sicherheit, Stabilität und Prosperität in Europa. Gedanken machte man sich aber gerade auch in den Medien über das verringerte Gewicht der Schweiz im Verhältnis zum nun noch in verstärktem Masse dominanten politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht in Europa. Auch wenn die Meinungen auseinandergehen, ob der Weg des Bilateralismus ausgereizt oder dieser noch ausbaufähig sei, so muss doch realistischlicherweise davon ausgegangen werden, dass die Schweiz vermehrt als „Quantité négligeable“ betrachtet werden und je länger desto weniger auf Sonderlösungen pochen können wird.

Vor dem Hintergrund der steigenden Bedeutung komplexer und transnationaler Risiken mit Ursprung weit ausserhalb Europas erweiterte auch die Schweiz ihr Engagement im Bereich der zivilen Friedensförderung. Als zweite Instanz billigte der Ständerat den Rahmenkredit für Massnahmen zur zivilen Friedensförderung und zur Stärkung der Men-

schenrechte von 220 Millionen Franken für eine Laufzeit von vier Jahren (17.12.2003). Auch das entsprechende Bundesgesetz wurde gutgeheissen. Bereits einen Tag zuvor hatte der Ständerat den Rahmenkredit für zivile Friedensförderung des VBS gebilligt (16.12.2004), der vom Nationalrat schon im März 2003 verabschiedet worden war. Die Massnahmen zur zivilen Friedensförderung durch das VBS konzentrieren sich auf die drei Genfer Zentren sowie auf das „International Relations and Security Network – ISN“ der ETH Zürich.

Im Bereich der zivilen Friedensförderung rückte die Schweiz zudem mit zwei publizitätswirksamen Engagements ins Rampenlicht der internationalen Aufmerksamkeit. So wurde Anfang Dezember die so genannte „Genfer Initiative“, ein privat ausgehandeltes, nicht offizielles Dokument, in Genf im Beisein von Bundesrätin Calmy-Rey verabschiedet. Weiter fanden auf dem Bürgenstock Ende April 2004 Verhandlungen über den „Annan-Plan“ zur Wiedervereinigung Zyperns statt, die allerdings letztlich am Nein der Inselgriechen scheiterten.

1.3 Verteidigungs- und Armeepolitik: Mehr subsidiäre Einsätze – weniger Geld – erneute Grundsatzdebatten

Anlässlich einer Feier wurde Mitte Dezember die Armee 95 in die Armee XXI überführt (16.12.2003). Mit Beginn des neuen Jahres setzte der Bundesrat die Änderungen des Militärgesetzes in Kraft, nachdem diese am 4. Oktober 2002 vom Parlament und in der Abstimmung vom 18. Mai 2003 vom Volk genehmigt worden waren. Damit verfügte die Armee über die notwendigen rechtlichen Grundlagen und eine klare innenpolitische Legitimationsbasis für die Umsetzung des anspruchsvollen und umfassenden Reformprozesses der Armee. Zeitgleich erhielt die Armee mit Korpskommandant Christophe Keckeis ihren ersten Chef der Armee (CdA). Mitte März 2004 startete die erste Rekrutenschule der neuen Armee.

Vier Monate nach dem Start der Armee XXI nahm der Chef der Armee eine vertiefte Standortbestimmung vor und sprach von einem „Image-Problem“ (11.05.2004). Obwohl die Konzeption und Konstruktion der Armee prinzipiell stimmten, hänge die Glaubwürdigkeit der Armee von einigen Schwierigkeiten im Personalbereich ab, die als Pannen wahrgenommen würden. Diese organisatorischen Schwierigkeiten wurden Anfang des Jahres durch wenig kohärent wirkende Stellungnahmen in den Medien und eine zwischen VBS-Vorsteher Schmid und CdA Keckeis schlecht aufeinander abgestimmte Kommunikation überlagert.

In der Öffentlichkeit war eine gewisse Verunsicherung festzustellen, wie den seit der Publikation des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 (SIPOL B 2000) eingetretenen Veränderung im strategischen Umfeld der Schweiz am besten Rechnung getragen werden sollte und wie sich der anhaltende Wandel im internationalen Umfeld auf die Armeeaufträge und deren gegenseitiges Verhältnis auswirken würde. Kritisiert wurde unter anderem, dass die Schweiz das Schwergewicht bezüglich Einsatzdoktrin und Strukturen nach wie vor auf die Landesverteidigung im herkömmlichen Sinne lege. Das grosse Gewicht auf subsidiäre Einsätze löste teilweise ebenfalls Unbehagen aus, weil solche Einsätze bisweilen auch als Legitimationsstrategie der Armee auf Kosten ziviler Instrumente gedeutet wurden. Für zusätzlichen Wirbel sorgten im April 2004 Presseberichte um weitere Planungsschritte im Bereich der Armee, die das Bild einer „Zwei-Klassen-Armee“ an die Wand malten.

Mit der Präsentation des Pilotberichts zur Überprüfung der Zielsetzungen der Armee gemäss Artikel 149 b des Militärgesetzes wurden diese punktuellen Medienmeldungen in den Rahmen eines kontinuierlichen Reformprozesses der Armee gestellt, der einen aktiven und nüchternen Dialog zwischen Politik und Militär erfordert. Bundesrat Schmid hielt fest, dass sich gegenüber der ursprünglichen Planung für die Armee XXI zwei Faktoren verändert hätten: Die Armee müsse mehr subsidiäre Einsätze leisten, und sie habe weniger Geld (19.4.2004). Für den VBS-Chef stellen sich damit in absehbarer Zukunft sowohl die Frage nach Anpassungen des Leistungsprofils, vor allem bei der Verteidigungsfähigkeit, als auch die Frage nach der Zukunft des Wehrmodells (Schweizer Milizsystem).

Die sich akzentuierende Finanzknappheit verstärkte die bereits während der Vernehmlassung ersichtliche Schlagseite zugunsten einer Umsetzung der Kooperationsstrategie im Inland durch den abrupten Abbruch des Vorhabens einer Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz (USIS) im November 2002. Aus Kostengründen entschied der Bundesrat, die vorhandenen sicherheitspolizeilichen Lücken auf Bundesstufe vorerst mit Armeekräften zu schliessen, wobei allerdings ein Grossteil der geleisteten Dienstage für Logistikaufgaben verwendet wurde. Der verstärkte Einsatz der Armee zur subsidiären Unterstützung ziviler Kräfte für Grenz-, Konferenz- und Objektschutz drohte damit vom Ausnahme- zum Regelfall zu werden. Kurzfristig ist diese Mehrbelastung der Armee durch subsidiäre Einsätze nicht zu umgehen. Langfristig stellt sich allerdings die Frage, wann die Polizeikräfte auf Stufe Kanton und/oder Bund ausgebaut werden sollen und ob das Aufgabenspektrum der Armee im Bereich Raumsicherung und subsidiäre Sicherheitseinsätze um Anti-Terroraufgaben erweitert werden soll.

Es ist davon auszugehen, dass moderne Streitkräfte im sicherheitspolizeilichen Bereich enger mit Polizeikräften zusammenarbeiten werden – und zwar sowohl im inner-

staatlichen als auch im internationalen Einsatz. Entscheidend wäre allerdings, dass die Zunahme subsidiärer Einsätze im strategischen Rahmen zunehmender asymmetrischer Bedrohungen präsentiert und verstanden wird, die einen komplementären Einsatz mit situationsgerechten Mitteln zur internationalen Krisenbewältigung verlangen. Bereits im vergangenen Sommer genehmigte der Ständerat denn auch die Verlängerung des Swisscoy-Einsatzes im Kosovo bis Ende 2005 (10.6.2003). Im Herbst folgte auch der Nationalrat dem Antrag des Bundesrates (22.9.2004). Anfang 2004 gab es Pressemeldungen, dass im Finanzdepartement aus Spargründen der Einsatz der Swisscoy über 2005 hinaus in Frage gestellt werde. Dagegen wehrte sich das VBS, indem es einen allfälligen Rückzug als falsches aussenpolitisches Signal bezeichnete.

1.4 Innere Sicherheit: Abschluss des Projekts USIS – G8 und WEF als Herausforderungen

Im November 2002 erlitt das ambitionöse USIS-Reformprogramm einen abrupten Halt. Der Bundesrat entschied, vorerst auf einen Ausbau der Polizeikräfte zu verzichten und stattdessen der Armee weitere sicherheitspolizeiliche Aufgaben im Inneren zu übertragen. In der Folge leistete die Schweizer Armee anlässlich des G8-Gipfels im französischen Evian einen Grosseinsatz mit 4 500 Personen, um die Sicherheit des Gipfels garantieren zu können (1.–3.6.2003). Ende Juli 2003 wurde eine ausserparlamentarische Expertenkommission eingesetzt, um den Einsatz der Sicherheitskräfte zu evaluieren. In ihrem 80-seitigen Schlussbericht stellte sie im Mai 2004 den Behörden in Genf und Bern ein ambivalentes Zeugnis aus. Dabei kritisierte sie vor allem die mangelnde Einsatzkoordination, das späte Engagement des Bundes und die unklare Polizeidoktrin.

Vom 21.–25. Januar 2004 fand das World Economic Forum (WEF) mit ca. 2 000 Teilnehmenden wiederum wie gewohnt in Davos statt. Mit rund 3 600 aufgebotenen Soldaten leistete die Schweizer Armee zahlenmässig ihren bisher grössten subsidiären Einsatz zugunsten der Sicherheit des Forums. Der Einsatz verlief reibungslos. In Davos kam es zu keinen nennenswerten Zwischenfällen, in Chur fand eine bewilligte Demonstration mit geringen Sachschäden statt und in Bern kam es zu Ausschreitungen militanter WEF-Gegner mit Sachbeschädigung. Insgesamt beliefen sich die Sicherheitskosten des WEF auf rund 8.8 Millionen Franken.

Im Frühling 2004 hiess der Bundesrat die vier Anträge des Schlussberichts „USIS IV“ gut (24.3.2004). Damit wurde die Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz formell zu Ende geführt. Überprüft wurden die Bereiche Botschaftsschutz, Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr, Personenschutzaufgaben und Konferenzschutz.

Beim Botschaftsschutz soll die Armee die stationären Bewachungsaufgaben dauerhaft übernehmen, Intervention und mobile Kontrollen aber weiterhin der Polizei überlassen. Beim Luftverkehr sprach sich der Bundesrat für den Abschluss bindender Leistungsvereinbarungen mit den involvierten Polizeikörpern aus. Bei Personenschutzaufgaben soll die Polizei durch subsidiäre Einsätze von Angehörigen der Militärpolizei unterstützt werden. Beim Konferenzschutz nahm der Bundesrat zur Kenntnis, dass der Schweizer Sicherheitsapparat in der Lage ist, jährlich das Eineinhalbfache der für das WEF 2003 zur Verfügung gestellten Kapazitäten zu leisten.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verwischung der Grenze zwischen innerer und äusserer Sicherheit, der mittelfristig absehbaren Rolle des Militärs bei subsidiären Einsätzen und den entsprechenden Erfahrungen im Rahmen des G8-Gipfels lancierte Bundesrat Schmid Ende 2003 die Diskussion um die Bildung eines Sicherheitsdepartements. Dabei geht es ihm um die Zusammenfassung der geteilten Verantwortlichkeiten im Bereich der Inneren Sicherheit, wo die involvierten Stellen heute im EJPD, im VBS und im EFD angesiedelt sind. Die Initiative wurde von verschiedenen Seiten teilweise heftig kritisiert, wobei vor einer zu grossen Machtkonzentration, einer Militarisierung der Sicherheit und einem Eingriff in die kantonale Polizeihochheit gewarnt wurde. Zurzeit prüft eine Arbeitsgruppe der betroffenen drei Departemente unter dem Vorsitz Bundesrat Blochers das weitere Vorgehen. Der Gesamtbundesrat dürfte sich voraussichtlich Mitte 2004 mit diesem Thema beschäftigen.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit mehr als zehn Jahren führen die Dozentur für Militärsoziologie der *Militärakademie an der ETH Zürich* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich* in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur Wahrnehmung von Themen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und verschiedene Auffassungen von Neutralität,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Dies betrifft 2004 mehrere Fragen zur Rolle und zum Umfang der Polizei, insbesondere im Hinblick auf einen möglichen Beitritt zu Schengen. Ferner werden Fragen, die das Staatsverständnis der SchweizerInnen untersuchen und grösstenteils 2002 erstmals gestellt wurden, erneut aufgegriffen.

3 DATENBASIS

Die Daten 2004 beruhen in erster Linie auf einer Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1200 Schweizer StimmbürgerInnen aus allen drei Landesteilen. Die Interviews wurden vom 7. Januar bis 9. Februar durch das Befragungsinstitut ISOPUBLIC durchgeführt. Aufgrund des Terroranschlags von Madrid vom 11. März 2004 wurden Fragen zur Sicherheitsbefindlichkeit und zur Wahrnehmung der Terrorgefährdung in einer kleiner angelegten Zweitbefragung erneut gestellt. Diese Zweitbefragung fand vom 22.–28. März 2004 bei 803 Schweizer StimmbürgerInnen aus der deutschen und französischen Schweiz statt. Die Interviews der Zweitbefragung übernahm das Befragungsinstitut DEMOSCOPE.

Die Stichprobenauswahl erfolgte in beiden Fällen nach der „Random-Quota“-Methode. Ergebnisse der Märzbefragung sind im Text gekennzeichnet, andernfalls handelt es sich um Ergebnisse der Februarbefragung.

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$ (Februarbefragung) bzw. 3.5% (Märzbefragung).

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant.

Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

Die Prozentdifferenzen in Klammern geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung von Februar 2003 an.

4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

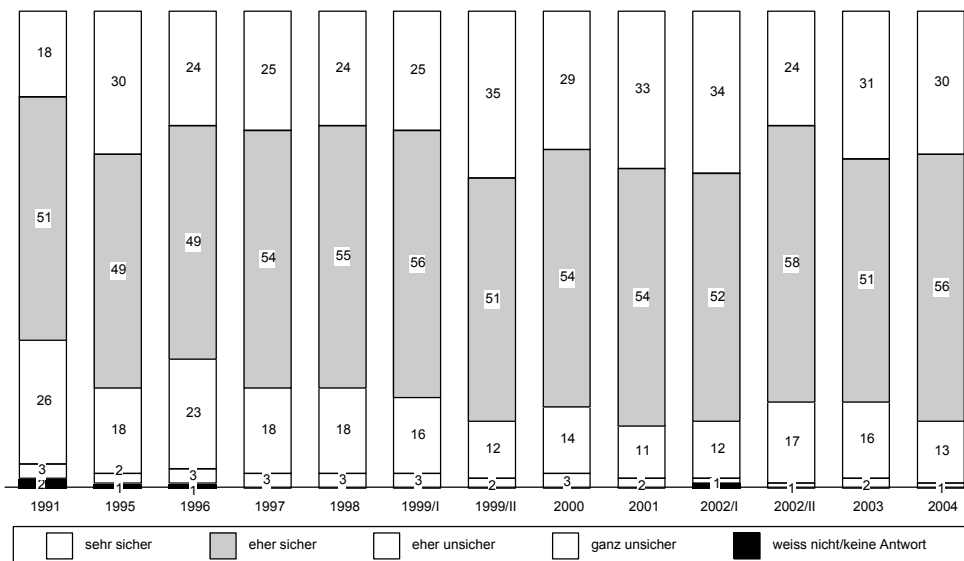
4.1 Allgemeines Sicherheitsgefühl

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Das allgemeine Gefühl der Sicherheit hat sich im Vergleich zum Februar 2003 leicht verstärkt. 86% (+4%) der befragten SchweizerInnen geben an, sich „allgemein“ und „in der heutigen Zeit“ „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Dabei muss allerdings beachtet werden, dass die Antwortkategorie „sehr sicher“ nicht häufiger als im Februar 2003 gewählt wird, sondern nach wie vor von 30% der Befragten. Der „Sicherheitszuwachs“ bezieht sich also auf den Bereich „eher sicher“ und sollte deshalb mit einer gewissen Zurückhaltung interpretiert werden.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

„Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Hattiner SI/371/04/P6/th

Männer geben häufiger als Frauen an, sich „sehr“ oder „eher sicher“ ($CC=0.16$) zu fühlen und Angehörige oberer Bildungsschichten haben im Durchschnitt ein stärker ausgeprägtes Sicherheitsgefühl als Personen mit einem tieferen Bildungsniveau ($\gamma=0.22$). Auch ist ein Unterschied nach politischer Selbsteinstufung feststellbar: Befragte, die sich als politisch eher links stehend einstufen, geben sich insgesamt sicherer als Personen aus der politischen Mitte oder dem rechten Spektrum ($CC=0.15$). Nicht sehr stark aber dennoch signifikant ist der Zusammenhang zwischen Sicherheitsgefühl und Alter der befragten StimmbürgerInnen. Ältere Menschen zeigen sich der Tendenz nach etwas unsicherer als jüngere Personen ($\gamma=0.10$).

4.2 Wahrnehmung der Häufung von Terroranschlägen

Im Februar 2004 fühlen sich nur wenige Befragte persönlich durch Terror bedroht. So sind lediglich 10% (-12%) der Ansicht, ihre Sicherheit sei „nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit“ „eher mehr gefährdet“. 38% (-5%) bekunden, ihre Sicherheit sei „gleich gefährdet“ wie zuvor und 48% (+18%) sagen aus, ihre Sicherheit sei nie gefährdet gewesen (siehe Tabelle 4.1). Diese im Vergleich zum Februar 2003 deutlich abgeschwächte Gefährdungswahrnehmung wird auch für das persönliche Umfeld konstatiert. So vertreten noch 41% (-10%) die Ansicht, ihre Freunde und Bekannten seien durch die Häufung von Terroranschlägen eher ängstlicher geworden. 58% (+14%) wollen keine derartige Veränderung festgestellt haben (siehe Tabelle 4.2). Zwischen der Einschätzung der persönlichen Gefährdungslage und dem Sicherheitsgefühl besteht der zu erwartende Zusammenhang ($CC=0.22$).

Aufgrund der Terroranschläge von Madrid wurde die Frage nach der eigenen Gefährdungswahrnehmung Ende März 2004 erneut gestellt. Die Märzdaten zeigen denn auch einen deutlichen Anstieg der eigenen Gefährdungswahrnehmung, sind doch 25% der Befragten nun der Ansicht, ihre Sicherheit sei stärker gefährdet, während nur noch 28% die Meinung äussern, ihre Sicherheit sei nie gefährdet gewesen. Eine relative Mehrheit von 42% meint allerdings, die Serie von Terroranschlägen habe auf ihre persönliche Sicherheitslage keinen Einfluss gehabt (siehe Tabelle 4.1).

Wie aus Tabelle 4.1 hervorgeht, wurde kurz nach den Anschlägen von New York im September 2001 ein Zusammenhang zur persönlichen Sicherheit oder zum Sicherheitsgefühl des nahen sozialen Umfelds relativ selten hergestellt. Im Februar 2003 wurde dies dann vermehrt getan, möglicherweise bedingt durch die Erfahrung, dass Terrorismus keine lokal beschränkte Gefahr darstellt, sondern auch SchweizerInnen – etwa in Tourismusdestinationen – treffen kann. Eine denkbare Ursache dieses verzögerten Effektes sind auch die erst im Laufe der Zeit wirksam gewordenen wirtschaftlichen Folgen des 11. Sep-

tembers 2001. Im März 2004 ist das Bewusstsein eigener Terrorgefährdung jedenfalls demjenigen von Februar 2003 wieder sehr ähnlich.

Tabelle 4.1

Wahrgenommene Veränderungen der persönlichen Sicherheit seit dem 11. September

„Meine persönliche Sicherheit ist seit den Anschlägen in New York vom 11. September 2001...				
	2002	2003	2004/ I*	2004/ II*
...eher mehr gefährdet als vorher.“	11%	22%	10%	25%
...etwa gleich gefährdet wie vorher.“	47%	43%	38%	42%
...eher weniger gefährdet als vorher.“	4%	4%	3%	4%
„Meine Sicherheit war gar nie gefährdet.“	36%	30%	48%	28%
weiss nicht / keine Antwort	2%	1%	1%	1%

*...nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit...“

Auch die Einschätzung der Befindlichkeit des Umfelds steht in Zusammenhang mit dem eigenen Sicherheitsgefühl: Personen, die sich selbst als unsicher bezeichnen, tendieren dazu, auch ihren Freundes- und Bekanntenkreis als ängstlicher einzuschätzen (Februar 2004: $\rho=0.34$).

Tabelle 4.2

Wahrgenommene Veränderung des Sicherheitsgefühls im Freundes- und Bekanntenkreis seit den Anschlägen vom 11. September 2001

„Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit den Anschlägen in New York vom 11. September 2001 ängstlicher geworden.“			
	Februar 2002	Februar 2003	Februar 2004*
trifft völlig zu	11%	20%	8%
trifft eher zu	29%	31%	33%
trifft eher nicht zu	26%	26%	32%
trifft gar nicht zu	31%	18%	26%
weiss nicht / keine Antwort	3%	5%	1%

*...seit der Häufung der Terroranschläge in der Welt...“

Wenn wir nun der Frage nachgehen, ob verschiedene soziale Gruppen ihre Sicherheitslage unterschiedlich einschätzen, so finden wir Differenzen in Abhängigkeit des Bildungsgrades der befragten Personen. Wer lediglich einen obligatorischen Schulabschluss hat, gibt häufiger als Personen mit Berufs-, Mittel- oder Hochschulabschluss an, sich durch die Häufung terroristischer Anschläge in letzter Zeit selbst stärker gefährdet zu fühlen (Februar 2004: CC=0.11; März 2004: CC=0.13).

Personen mit tieferem Bildungsgrad sagen zudem häufiger als Personen aus höheren Bildungsschichten aus, dass ihr privates Umfeld als Folge der Terroranschläge ängstlicher geworden sei (CC=0.17). Ältere Personen (ab 60 Jahren) berichten ebenfalls häufiger als jüngere, in ihrem Umfeld eine Verängstigung festzustellen (CC=0.21), genauso wie Frauen dies häufiger tun als Männer (CC=0.13). Personen, die sich politisch eher nach links orientieren, sagen dagegen seltener aus, in ihrem Umfeld eine Verunsicherung wahrzunehmen (CC=0.13) als Befragte, die sich der politischen Mitte zuordnen bzw. sich nach rechts orientieren.

Es ist also festzustellen, dass sich die sozialen Gruppen nicht in erster Linie in der selbstbekundeten Gefährdung durch Terrorismus unterscheiden. Hingegen nehmen sie das Sicherheitsklima in ihrem Umfeld unterschiedlich wahr. Dies hängt möglicherweise damit zusammen, dass es leichter fällt, über Verunsicherungen anderer zu berichten, als eine eigene Verunsicherung einzugestehen.

* * *

Fazit: Die Anschläge von Madrid fanden just zu einem Zeitpunkt statt, als nur noch eine geringe terrorbezogene Bedrohungswahrnehmung in der Schweizer Bevölkerung zu konstatieren war. Die Anschläge haben zu einem deutlichen Anstieg des Gefährdungsbewusstseins geführt – vergleichbar jenem vom Februar 2003.

4.3 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Sicherheitsaspekte

Welche Aspekte von Sicherheit werden als besonders relevant wahrgenommen? Um dieser Frage nachzugehen, hatten die Befragten die Möglichkeit, auf einer Skala von 1 („völlig unwichtig“) bis 10 („ausserordentlich wichtig“) anzugeben, welche Facetten von Sicherheit ihnen besonders am Herzen liegen. „Sichere familiäre Beziehungen und Geborgenheit“ stellen wie in den Vorjahren für über die Hälfte der Befragten (55%, -3%) einen ausserordentlich wichtigen Aspekt dar. Dahinter folgen mit vergleichbar grossen Relevanzbeimessungen die „soziale Sicherheit“ (AHV, ALV; für 43% (+4%) „ausserordentlich wichtig“), die „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ (41%, ±0%), die „Gewährleistung demokratischer Grundrechte“ (41%, +7%) sowie die „Arbeitsplatzsicherheit“ (39%, -1%). Von rund einem Drittel der Befragten werden die „Sicherheit des Einkommens“ (35%, +1%), die „Sicherheit vor Terrorismus“ (34%, -6%) und die „ökologische Sicherheit“ (33%, -1%) als ausserordentlich wichtig betrachtet. Drei von zehn SchweizerInnen messen der „Verkehrssicherheit“ ausserordentliche Wichtigkeit bei (29%, -4%), während jede vierte Person „Ruhe und Ordnung“ stark gewichtet. Die „militärische Sicherheit“ ist für 12% (-4%) der Befragten ausserordentlich wichtig.

Drei Sicherheitsaspekte wurden in diesem Jahr erstmals erfragt: Es handelt sich dabei um den „Schutz vor Gewalt“ (für 43% „ausserordentlich wichtig“), die „gesicherte Gesundheitsversorgung“ (41%) und den „Schutz vor Drogenmissbrauch“ (30%). Tabelle 4.3 zeigt die Veränderung von 2002 bis 2004 auf.

Anders als in bisherigen Erhebungen wurde 2004 auch erfasst, ob Personen bestimmte Sicherheitsaspekte als besonders gefährdet betrachten. Am häufigsten wird die „Arbeitsplatzsicherheit“ als „ausserordentlich gefährdet“ betrachtet – dies von immerhin 12% der Befragten. 10% sind der Meinung, die „soziale Sicherheit“ (AHV, ALV) sei in diesem Masse gefährdet. Im Bereiche „Umweltschutz/ökologische Sicherheit“ nehmen 9% der Befragten eine ausserordentliche Gefährdung der Sicherheit wahr, während 8% sich durch „Kriminalität und Verbrechen“ stark gefährdet fühlen. Die finanzielle Sicherheit – nämlich die „Sicherheit des Einkommens“ – scheint 8% prekär. Der mit Abstand als am wichtigsten bezeichnete Sicherheitsaspekt – die „Sicherheit familiärer Beziehungen, Geborgenheit“ – wird von 8% der Befragten als sehr gefährdet erachtet. Jeweils 7% wollen eine starke Sicherheitsgefährdung in den Bereichen „Drogenmissbrauch“, „Gewalt“ und „Terrorismus“ ausmachen. 6% der Befragten sehen die „demokratischen Grundrechte“ in Gefahr, während konträr dazu 5% glauben, „Ruhe und Ordnung“ seien gefährdet. Am wenigsten gefährdet scheint den SchweizerInnen die „militärische Sicherheit“. Lediglich 4% erkennen hier ein Gefährdungspotenzial.

Tabelle 4.3

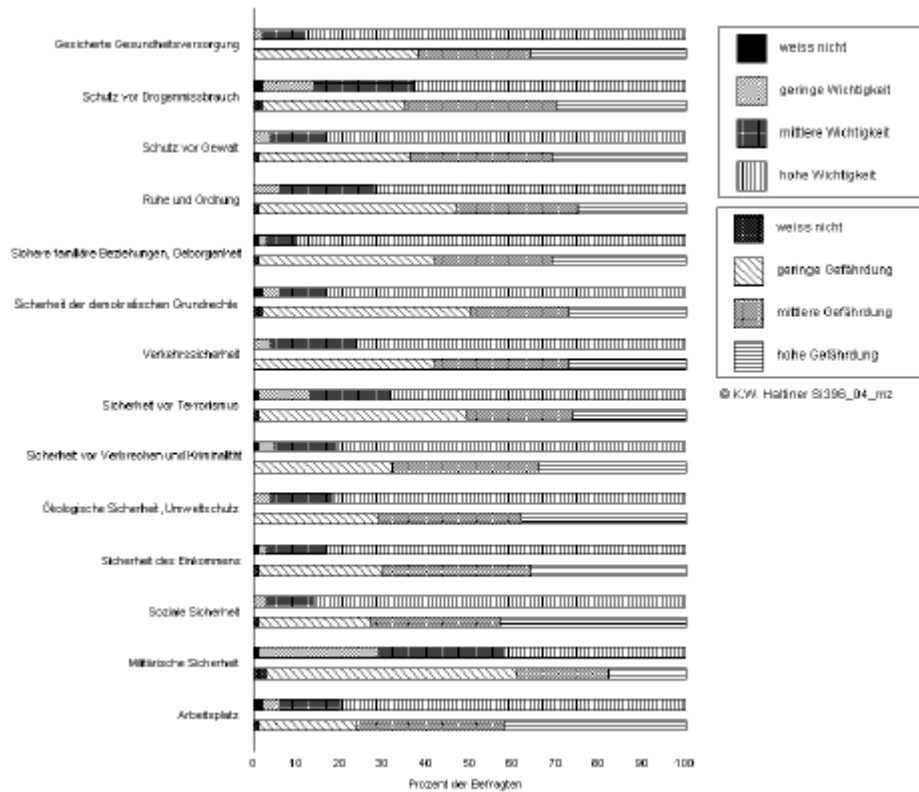
Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen (in Klammern Differenz zum Vorjahr)

Sicherheitsaspekt	Relative Häufigkeit			
	2002/I	2002/II	2003	2004
Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	55% (-1%)	58% (+3%)	58% (±0%)	55% (-3%)
Schutz vor Gewalt	-	-	-	43%
Gesicherte Gesundheitsversorgung	-	-	-	41%
Sicherheit vor Verbrechen	36% (-6%)	38% (+2%)	41% (+3%)	41% (±0%)
Sicherheit vor Terrorismus	36%	36% (±0%)	40% (+4%)	34% (-6%)
Soziale Sicherheit (z.B. AHV, ALV)	36% (-4%)	39% (+3%)	39% (+0%)	43% (+4%)
Sicherheit der demokratischen Grundrechte	36% (-4%)	34% (-2%)	34% (±0%)	41% (+7%)
Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	32% (-5%)	36% (+4%)	34% (-2%)	33% (-1%)
Sicherheit des Arbeitsplatzes	34% (-2%)	35% (+1%)	40% (+5%)	39% (-1%)
Sicherheit des Einkommens	35% (-1%)	35% (±0%)	34% (-1%)	35% (+1%)
Schutz vor Drogenmissbrauch	-	-	-	30%
Verkehrssicherheit	30% (±0%)	30% (±0%)	33% (+3%)	29% (-4%)
Ruhe und Ordnung	26% (+1%)	25% (-1%)	27% (+2%)	25% (-2%)
Militärische Sicherheit	16% (±0%)	13% (-3%)	16% (+3%)	12% (-4%)

Abbildung 4.2 stellt die Relevanz- der Gefährdungseinschätzung gegenüber. Dies erlaubt es, jene Aspekte von Sicherheit zu identifizieren, die nicht nur für wichtig gehalten werden, sondern für die man auch einen beträchtlichen Gefährdungsgrad wahrnimmt. Die „soziale Sicherheit“ (AHV, ALV) und die „Arbeitsplatzsicherheit“ sind jene zwei Aspekte, die als wichtig, aber in nicht zu unterschätzendem Ausmass auch als gefährdet wahrgenommen werden. Es folgen die „ökologische Sicherheit/der Umweltschutz“, eine „gesicherte Gesundheitsversorgung“ und die „Einkommenssicherheit“.

Abbildung 4.2

Wichtigkeit und Gefährdungsgrad verschiedener Aspekte von Sicherheit (in Prozent)¹

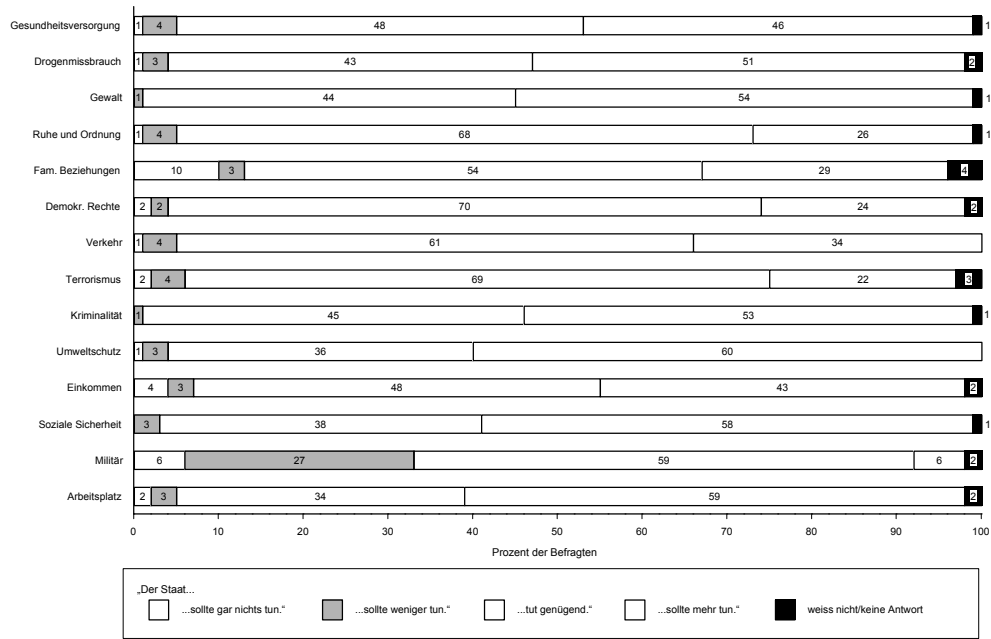


Das Mass an Gefährdung wird für alle erhobenen Aspekte von Frauen signifikant höher eingeschätzt als von Männern. Besonders deutlich ist dies für die Bereiche „ökologische Sicherheit/Umweltschutz“ und „Drogenmissbrauch“ der Fall. So vergeben 35% der Frauen beim Schutz vor Drogenmissbrauch zwischen acht und zehn Punkten gegenüber nur 25% der Männer (CC=0.12). 41% der weiblichen Befragten sind der Ansicht, die ökologische Sicherheit sei stark gefährdet (mindestens acht von zehn Gefährdungspunkten), während dies nur 35% der Männer so sehen (CC=0.11).

1 Als „gering“ wird der Wertebereich 1–4 klassifiziert, von „mittlerer“ Wichtigkeit bzw. Gefährdung zeugen die Werte 5 und 6, während die Werte 7–10 als „hoch“ bezeichnet werden.

Abbildung 4.3

Ausmass des erwünschten staatlichen Engagements in verschiedenen Sicherheitsbereichen



SI 397_04_P13_J8

Regelmässig zeigen sich auch Effekte nach dem Bildungsgrad der Befragten. Personen aus tieferen Bildungsschichten neigen zu einer verstärkten Wahrnehmung der Gefährdung in allen Bereichen mit Ausnahme der „sozialen Sicherheit“, der „Arbeitsplatzsicherheit“, der „Gesundheitsversorgung“ und der „Einkommenssicherheit“. Auch das Alter der Befragten ist nicht unerheblich für die Gefährdungseinschätzung. So sehen jüngere Befragte (18–29-Jährige) die „soziale Sicherheit“ als gefährdeter an als Personen höheren Alters. Umgekehrt sind es die älteren BürgerInnen, die die Terrorismusgefahr stärker gewichten. Interessanterweise findet sich hingegen kein Altersunterschied in der Bewertung der Gefährdung durch „Verbrechen und Kriminalität“. In einigen Sicherheitsbereichen zeigen sich unterschiedliche Gefährdungswahrnehmungen entsprechend der politischen Selbsteinstufung der Befragten. Wer sich eher rechts positioniert, sieht ein grösseres Gefahrenpotenzial für die Bereiche „militärische Sicherheit“, „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“, „Terrorismus“, „Schutz vor Gewalt“ und „Schutz vor Drogenmissbrauch“.

Können wir nun sagen, dass sich die BürgerInnen in jenen Sicherheitsbereichen, die sie als wichtig und gleichzeitig als relativ gefährdet betrachten ein stärkeres Engagement des Staates erwarten? Im Falle der „Arbeitsplatzsicherheit“, der „sozialen Sicherheit“ und der „ökologischen Sicherheit/dem Umweltschutz“ trifft dies eindeutig zu. Rund sechs von zehn Befragten wünschen sich in diesen Feldern einen aktiveren Staat. Dagegen ist dies interessanterweise bei der „Gesundheitsversorgung“ so nicht der Fall. Hier ist vielmehr eine relative Mehrheit von 48% der Befragten der Ansicht, der Staat tue genügend. Auch im Bereich der Einkommenssicherheit ist dies die Auffassung der relativen Majorität. Jedoch sind knapp über die Hälfte der Befragten der Meinung, der Staat müsse den „Schutz vor Gewalt und Drogenmissbrauch“ besser gewährleisten und mehr zur Bekämpfung von „Kriminalität und Verbrechen“ tun. Dies obwohl diese Sicherheitsbereiche nicht zu den fünf am meisten gefährdeten zählen.

* * *

Fazit: Die Arbeitsplatzsicherheit und die sozialen Sicherungssysteme werden am häufigsten als sehr wichtig und gleichzeitig als relativ stark gefährdet wahrgenommen. Dementsprechend wird in diesen Feldern nach vermehrter staatlicher Aktivität gerufen. Ein stärkeres Engagement des Staates wird darüber hinaus auch im Umweltschutz gefordert. Ferner wünscht man sich stärkere staatliche Sicherheitsbemühungen in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention und im Bereich des Drogenmissbrauchs, obwohl die Gefährdungswahrnehmung bezüglich dieser Aspekte weniger stark ausgeprägt ist.

5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT

5.1 Entwicklungsprognose für die Schweiz

Der landesbezogene Zukunftsoptimismus ist im Vergleich zum Februar 2003 praktisch unverändert (68%, +2%; siehe Abbildung 5.1). Damit bewegt er sich deutlich über den Werten, die im Dezember 2002 und im Februar 2003 gemessen wurden, bleibt aber weit unter dem Ausmass der Jahre 2001 und 2002. Damals sagten 78% bzw. 75% der Befragten, sie seien bezüglich der nächsten fünf Jahre für die Schweiz „sehr“ oder „eher optimistisch“. Zwischen 1996, als sich letztmals weniger als die Hälfte der Befragten optimistisch äusserte, und 2001 war der Zukunftsoptimismus stetig angewachsen.

Die Entwicklungsprognose für die Schweiz fällt nicht in allen Landesteilen gleich aus. Vielmehr zeigt sich die deutsche Schweiz zu fast drei Vierteln optimistisch (72%, +3%), während in der französischsprachigen Schweiz (59%, $\pm 0\%$) und im Tessin (52%, -6%) die entsprechenden Anteile deutlich geringer sind.

Besonders auffallend sind in diesem Jahr die Prognoseunterschiede zwischen den verschiedenen politischen Meinungslagern. Während Personen, die nach eigenem Bekunden links der Mitte stehen nur zu 54% eine optimistische Zukunftsprognose für die Schweiz wagen, sind es im Zentrum 71% und auf der politischen Rechten 72%, die mit Optimismus in die Zukunft blicken (CC=0.16).

5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

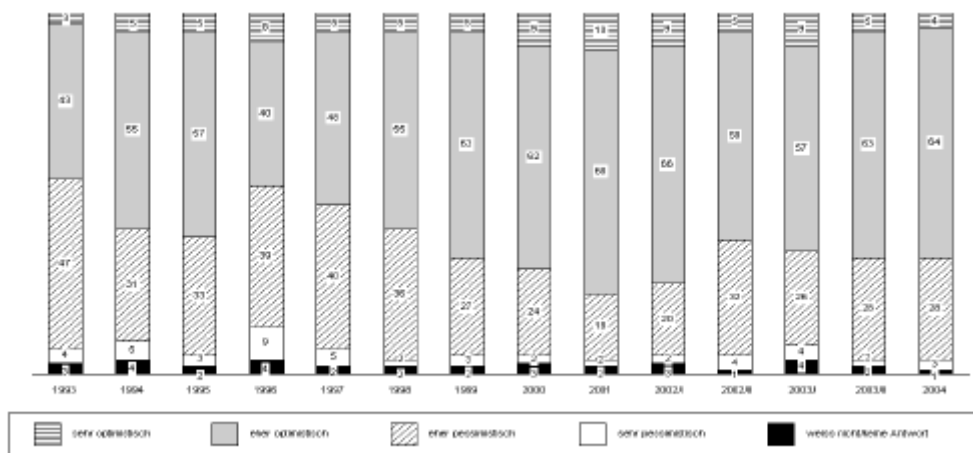
Die weltpolitische Lage wird im Februar 2004 etwas positiver beurteilt als vor Jahresfrist (siehe Abbildung 5.2). 11% (+3%) glauben, dass sie sich in den nächsten fünf Jahren entspannt. Dagegen sind 46% (-9%) der Meinung, das weltpolitische Klima werde sich in diesem Zeitraum verschlechtern. 41% rechnen mit einer gleichbleibenden Situation. 2003 war aufgrund des Irakkrieges im April eine zweite Erhebung durchgeführt worden, in der überraschenderweise 16% der Befragten eine weltpolitische Entspannung prognostiziert hatten. Im Vergleich zu dieser Marke, die wohl unter dem Eindruck einer vermeintlich geklärten Situation im Irak zustande gekommen war, hat der weltpolitische Optimismus abgenommen.

Wer die Zukunft der Schweiz optimistisch beurteilt, tendiert auch eher zu einer positiven Einschätzung der weltpolitischen Lage (CC=0.30). Weibliche Befragte sind 2004 leicht häufiger unter denjenigen zu finden, die eine düstere Zukunftsprognose abgeben (49% der Frauen versus 42% der Männer). Auch nach persönlicher politischer Positionierung werden Unterschiede sichtbar. Während Personen, die sich als „links stehend“ bezeichnen zu 50% von einer Verdüsterung ausgehen, sind es rechts der Mitte 41%.

Abbildung 5.1

Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

„Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?“
(Angaben in Prozent)

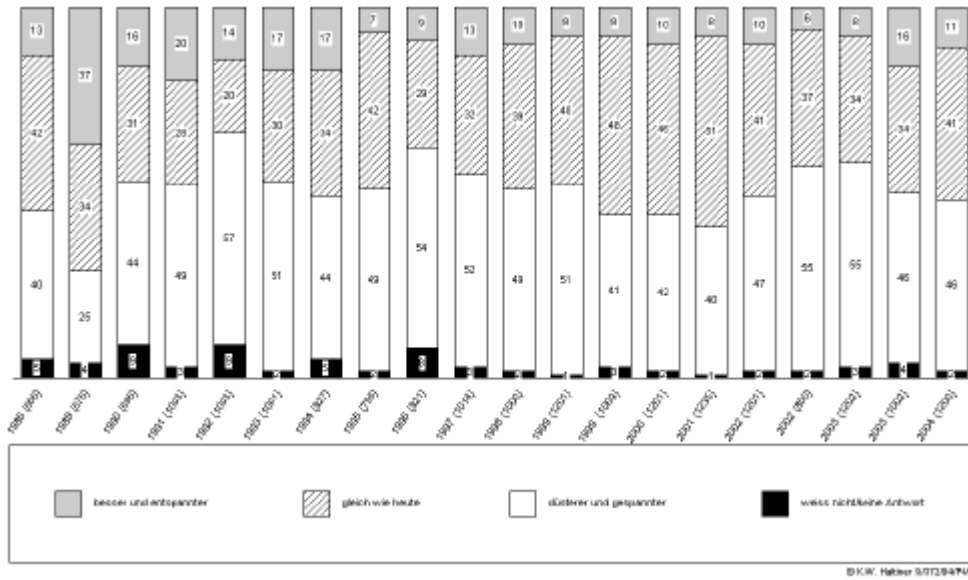


O.H.W. Helber 8/9704/445

Abbildung 5.2

Einschätzung der weltpolitischen Lage

„Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?“ (Angaben in Prozent)



5.3 Bedrohungswahrnehmung und Armeeakzeptanz

Die Einschätzung der Notwendigkeit der Armee weist keine Zusammenhänge zur landesbezogenen Zukunftseinschätzung oder zur Beurteilung der weltpolitischen Lage auf. Unter den pessimistisch Gestimmten lassen sich also nicht mehr ArmeebefürworterInnen finden als unter denjenigen Personen, die zuversichtlich in die Zukunft blicken. Dasselbe gilt auch für allfällige Zusammenhänge zwischen der bevorzugten Wehrform und den Zukunftsprognosen. BefürworterInnen einer Milizarmee sind weder zuversichtlicher noch pessimistischer, was die nähere Zukunft der Schweiz bzw. der Weltpolitik angeht.

6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

6.1 Vertrauensindex

Zwischen dem Vertrauen in verschiedene Behörden und Institutionen und dem Sicherheitsempfinden der Bevölkerung besteht eine Wechselwirkung. So tragen vertrauenswürdige Institutionen dazu bei, dass sich BürgerInnen sicherer fühlen. Umgekehrt sind Personen, die sich sicher fühlen auch eher bereit, Vertrauen zu schenken. Auf einer Skala von 1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 10 „volles Vertrauen“ hatten die Befragten die Möglichkeit, ihre Vertrauensbekundungen vorzunehmen. Über die verschiedenen Bewertungen gibt Tabelle 6.1 summarisch Auskunft.

Tabelle 6.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997 – 2004

Mittelwerte auf einer Skala 1–10 (1= kein Vertrauen, 10= volles Vertrauen)

	1997	1998	1999	2000	2001	2002/I	2002/II	2003	2004	Saldo 03/04	Durchschnitt
Bundesrat	5.49	5.82	6.45	6.26	6.90	6.45	6.16	6.40	6.43	+0.03	6.26
Eidg. Parlament	5.17	5.37	5.90	5.76	6.32	6.15	5.83	6.10	6.05	-0.05	5.85
Gerichte allg.	–	6.34	–	6.42	6.74	6.59	6.51	6.69	6.92	+0.23	6.55
Polizei	6.47	6.54	6.70	6.80	6.99	7.05	6.85	7.12	7.23	+0.11	6.86
Armee	6.13	6.18	6.14	6.27	6.37	6.37	5.77	6.61	6.28	-0.33	6.24
Medien	4.84	4.80	4.79	4.71	4.96	4.89	4.99	5.00	4.92	-0.08	4.88
CH-Wirtschaft	5.60	5.65	6.26	6.08	6.76	6.06	5.73	5.66	5.98	+0.32	5.98

© K. W. Haltiner 397/04

Alle Vertrauenswerte liegen im Februar 2004 über dem langjährigen Durchschnitt. Eine Ausnahme stellt lediglich die Wirtschaft dar, die sich jedoch mit knapp sechs von zehn Vertrauenspunkten wieder auf durchschnittlichem Niveau bewegt. Ein relativ deutlicher Vertrauensverlust ist für die Armee zu konstatieren, doch bleibt der gemessene Vertrauenswert immer noch über dem langjährigen Mittel. Ferner ist zu berücksichtigen, dass der 2003 für die Armee gemessene Vertrauenswert weit überdurchschnittlich war, so dass mit

einem gewissen Vertrauensschwund beinahe gerechnet werden musste. Dennoch muss konstatiert werden, dass das Imageproblem der neuen Armee XXI auch hier sichtbar wird und die Gefahr einer Negativspirale nicht ausgeschlossen werden kann. Von der Aufbruchstimmung, die nach der klaren Annahme der Armee reform am 18. Mai 2003 zu spüren war, ist nicht mehr viel übrig geblieben.

Zum achten Mal in Folge erhält die Polizei von den Schweizer StimmbürgerInnen die höchsten Vertrauenswerte: Mit 7.23 Vertrauenspunkten (+0.11) wird der aus dem letzten Jahr stammende Höchstwert erneut übertroffen. Über dem Durchschnitt und im Vergleich zum letzten Jahr praktisch unverändert liegen die Vertrauenswerte von Bundesrat (6.43, +0.03) und Parlament (6.05, -0.05). Deutlich an Vertrauen zugelegt haben die Gerichte (6.92, +0.23) – dies zum zweiten Mal in Folge. Von allen zur Beurteilung vorgelegten Institutionen schneiden die Medien auch in diesem Jahr erneut am schlechtesten ab (4.92, -0.08).

Zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehen bezüglich des Vertrauens teilweise deutliche Unterschiede. So wird dem Militär (?=0.32), der Polizei (?=0.21) und auch dem Bundesrat (?=0.18) von älteren Personen mehr Vertrauen geschenkt als von jüngeren (?=0.32). Die Armee ist es auch, welche die politischen Lager am deutlichsten spaltet: Rechts der Mitte ist man eher geneigt, ihr zu vertrauen als bei der politischen Linken (CC=0.30). Neben der Armee vertrauen links Stehende auch der Polizei weniger als rechts Stehende (CC=0.18). Eine Umkehrung bisheriger Verhältnisse ist bezüglich des Zusammenhangs zwischen politischer Selbsteinstufung und dem Vertrauen in Bundesrat und Parlament zu konstatieren: Waren es 2003 noch die links stehenden Befragten, die Bundesrat und Parlament signifikant mehr Vertrauen schenkten als die Rechten, verhält es sich inzwischen genau umgekehrt. Die Rechte ist gegenwärtig eher geneigt, dem Bundesrat (CC=0.21) und dem Parlament (CC=0.12) zu vertrauen.

6.2 Vertrauen, Sicherheit, Optimismus und ausserpolitische Kooperationsbereitschaft

Es ist plausibel anzunehmen, dass das Vertrauen in Institutionen und Behörden Zusammenhänge zum Sicherheitsgefühl und zum Zukunftsoptimismus aufweist, dass also Sicherheitsgefühl, Zukunftsoptimismus und Vertrauensstärke voneinander abhängig sind. Denkbar ist ferner, dass auch die ausserpolitische Kooperationsbereitschaft vom Vertrauen in landeseigene Institutionen tangiert wird. Stellvertretend für andere mögliche Zusammenhänge sollen deren drei hier näher betrachtet werden. Tabelle 6.2 zeigt die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Vertrauensgrössen einerseits und dem allge-

meinen Sicherheitsgefühl, dem schweizbezogenen Zukunftsoptimismus sowie – als Kerngrösse der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft – der EU-Beitrittswilligkeit andererseits.

Am engsten sind die Zusammenhänge zwischen den Vertrauensvariablen und dem landesbezogenen Zukunftsoptimismus. Wer Vertrauen hat, ist optimistischer, und wer optimistisch ist, schenkt auch eher Vertrauen. Besonders eng sind 2004 die Zusammenhänge zwischen dem Zukunftsoptimismus und dem Vertrauen in den Bundesrat bzw. die Schweizer Wirtschaft ($r=0.38$ bzw. $r=0.41$).

Das Sicherheitsgefühl steht ebenfalls mit den meisten Vertrauensvariablen in Zusammenhang. Eine Ausnahme stellt jedoch das Vertrauen ins Militär dar, welches vom Sicherheitsgefühl unabhängig ist, was die Messungen der beiden vorangegangenen Jahre bestätigt.

Die Einstellung zu einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz steht ebenfalls in einem statistisch signifikanten Zusammenhang zu verschiedenen Vertrauensvariablen. Auffallend ist jedoch, dass, anders als in den Vorjahren, kein Zusammenhang mehr zwischen dem Vertrauen in den Bundesrat bzw. in das Parlament und der EU-Beitrittsfrage festzustellen ist. Bis anhin standen höhere Vertrauenswerte in beide Instanzen mit einer stärkeren Befürwortung des EU-Beitritts in Beziehung. Daraus ist zu schliessen, dass EU-BeitrittsgegnerInnen dem Bundesrat und dem Parlament grösseres Vertrauen schenken als in den Jahren 2001–2003. Stärker als im Vorjahr zeigt sich das Negativverhältnis von Armeevertrauen und EU-Beitrittswilligkeit. Wer der Armee stark vertraut, tendiert in der Regel zu einer Ablehnung des EU-Beitritts.

Tabelle 6.2

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, der Zukunftseinschätzung für die Schweiz und der Befürwortung eines EU-Beitritts (?-Koeffizienten) in den Jahren 2001–2004

	Sicherheitsgefühl				Zukunftsoptimismus				Befürwortung EU-Beitritt			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
Bundesrat	0.20	0.17	0.14	0.21	0.24	0.24	0.28	0.38	0.14	0.14	0.20	-0.05 n.s.
Eidg. Parlament	0.14	0.16	0.14	0.19	0.24	0.26	0.26	0.30	0.11	0.13	0.15	0.04 n.s.
Polizei	0.006 n.s.	0.05 n.s.	0.04 n.s.	0.14	0.17	0.12	0.16	0.24	-0.08	-0.05 n.s.	0.03 n.s.	-0.09 n.s.
Armee	-0.11	-0.03 n.s.	-0.05 n.s.	-0.05 n.s.	0.08 n.s.	0.08 n.s.	0.15	0.22	-0.23	-0.19	-0.03 n.s.	-0.27
Gerichte	0.15	0.15	0.14	0.29	0.17	0.15	0.17	0.25	0.12	0.05 n.s.	0.11	0.08 n.s.
Medien	0.04 n.s.	0.08 n.s.	0.01 n.s.	0.09	0.11	0.11	0.07 n.s.	0.13	0.14	0.06 n.s.	0.16	0.19
CH-Wirtschaft	0.13	0.14	0.04 n.s.	0.14	0.24	0.25	0.20	0.41	0.05 n.s.	-0.03 n.s.	0.05 n.s.	-0.10

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

© K.W. Haltiner Si/418/04

Eine einfache Korrespondenzanalyse² veranschaulicht im Überblick die Zusammenhänge zwischen soziodemographischen Daten und dem Mass des Vertrauens, das den verschiedenen Behörden und Institutionen geschenkt wird. Dabei werden zwei Messzeitpunkte, nämlich die Jahre 2003 und 2004, berücksichtigt. Das Jahr 2003 stellt dabei den Referenzzeitpunkt dar. Die eingetragenen Pfeile verdeutlichen somit die „Positionswechsel“, die sich im Verlauf des einen Jahres – verglichen mit der Referenzgrösse 2003 – ergeben haben (siehe Abbildung 6.1).

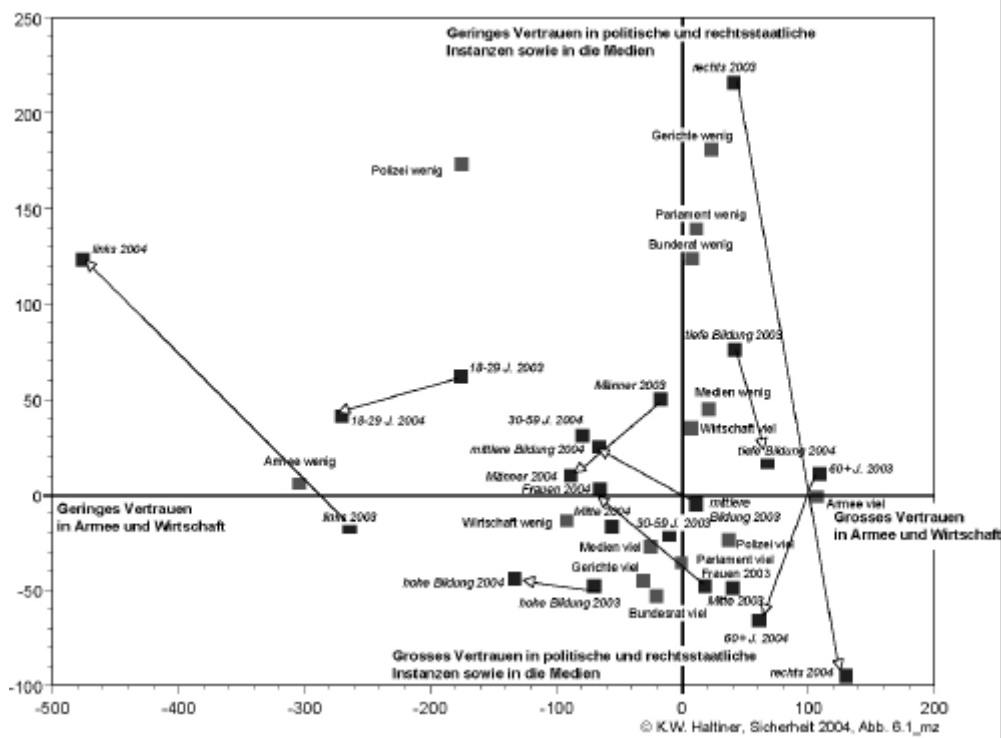
Die waagrechte Dimension trennt die verschiedenen sozialen Gruppen bezüglich des Vertrauens, das sie der Armee schenken. So sehen wir links vom Ursprung des Koordina-

2 Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse im Allgemeinen sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

tensystems jene Kreise, welche sich durch wenig Vertrauen ins Militär auszeichnen, während sich rechts vom Nullpunkt diejenigen sozialen Gruppen befinden, die der Armee grösseres Vertrauen schenken. Wie sich unschwer erkennen lässt, befinden sich in armeekritischer Umgebung überdurchschnittlich viele junge Personen (Altersgruppe 18–29 Jahre) und politisch links Stehende.

Abbildung 6.1

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse der Vertrauensbeurteilungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemographischer Gruppenzugehörigkeit in den Jahren 2003 und 2004



Bemerkungen: Es wurden lediglich die Wertebereiche 1–4 (wenig Vertrauen) und 7–10 (viel Vertrauen) berücksichtigt.

Dagegen sind es vor allem rechts stehende Personen sowie ältere BürgerInnen, die der Armee grosses Vertrauen entgegen bringen. Deutlich weniger stark ausgeprägt – aber von der Tendenz her gleichartig – manifestieren sich die Verhältnisse bezüglich des Ver-

trauens in die Wirtschaft: Auch hier (auf der Waagrechten sichtbar) sind es vornehmlich jüngere und eher links stehende gesellschaftliche Gruppen, die wenig Vertrauen aufbringen und umgekehrt eher ältere und sich rechts der Mitte positionierende soziale Gruppen, die vertrauensvoll sind.

Auf der Senkrechten bildet sich die Vertrauensskala für alle verbleibenden Institutionen ab (Polizei, Medien, Gerichte, Bundesrat, Parlament). Oberhalb des Ursprungs sind jene Befragtengruppen anzusiedeln, die all diesen Institutionen eher wenig Vertrauen schenken. Unterhalb des Nullpunktes sind die Vertrauensbekundungen stärker ausgeprägt. Die Senkrechte verdeutlicht auch eindruckliche Positionsverschiebungen gewisser sozialer Gruppen. Besonders drastisch sind die Lageveränderungen nach politischer Selbsteinstufung. So konnten 2003 jene Personen, die sich „rechts“ einstufen, dem gegenüber Bundesrat, Parlament, Gerichten und Medien eher misstrauischen Lager zugerechnet werden. Umgekehrt gehörten Personen mit tendenziell „linker“ politischer Orientierung zwar zum eher armee- und wirtschaftskritischen Pol, zeigten sich aber gegenüber Bundesrat, Parlament, Gerichten und Medien vertrauensvoller als die Rechte. Diese Verhältnisse zeigen sich 2004 grundlegend anders. Während sich an der Einstellung zu Armee und Wirtschaft wenig geändert hat, ist es nun die Rechte, die sich in der Nähe des Pols „Grosses Vertrauen in politische und rechtsstaatliche Institutionen sowie die Medien“ befindet, während die Linke ein deutlich geringeres Vertrauen gegenüber diesen Instanzen aufweist. Somit lässt sich der politische Rechtsrutsch der Bundesratswahl vom 10. Dezember 2003 korrespondenzanalytisch eindrücklich belegen.

Auch in den verschiedenen soziodemographischen Gruppen zeigen sich interessante Veränderungen zwischen den beiden Messzeitpunkten. Das politische Bern hat bei der älteren Generation (ab 60 Jahren) und in den unteren Bildungsschichten an Vertrauen gewonnen. Unter den weiblichen Befragten und im mittleren Bildungs- und Altersspektrum ist hingegen der Tendenz nach ein Vertrauensverlust zu konstatieren.

* * *

Fazit: Während 2003 festzuhalten war, dass die Rechte gegenüber Bundesrat, Parlament und Gerichten deutlich misstrauischer eingestellt war, so hat sich dieses Bild inzwischen gründlich verändert. Wer sich als politisch „rechts“ einstuft, bringt diesen Institutionen gegenwärtig mehr Vertrauen entgegen als die Linke. Letztere hat sich deutlich vom vertrauensvollen Pol entfernt und zeigt gegenüber Bundesrat und Parlament nun ein grösseres Misstrauen als die Rechte.

7 ERWARTUNGEN AN STAAT UND POLITIK

Es darf angenommen werden, dass die klassischen Staatsfunktionen – nämlich die Gewährleistung von rechtsstaatlicher Sicherheit und Gewaltfreiheit und das wohlfahrtsstaatliche Grundversorgungsangebot zur Verbesserung der allgemeinen Lebenschancen (Bildung, Gesundheits- und Sozialvorsorge, öffentliche Infrastrukturen allgemein) – die Wahrnehmung von Sicherheit relativ unmittelbar beeinflussen. Der Staat in seiner Form als Nation kann ein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln, das sich symbolisch in der „Wir“-Gemeinschaft konkretisiert und dadurch identitäts- und sicherheitsstiftend zu wirken vermag. Als Wohlfahrtseinrichtung erbringt er eine Grosszahl basaler Dienstleistungen, an denen er gemessen werden kann. Erwartungen und Ansprüche an den Staat – und damit die Zufriedenheit mit erbrachten Staatsleistungen – dürften in der Bürgerschaft je nach politischer Orientierung variieren.

Mit einer Reihe von Vorgaben, die in einer 1983 durchgeführten Erhebung erstmals verwendet und in der Studie „Sicherheit 2002“ vertieft analysiert wurden, soll folgenden Fragen nachgegangen werden:³

- Wie gestaltet sich unter dem Eindruck gesteigener Bedrohung der inneren Sicherheit das Spannungsfeld „Sicherheit versus Freiheit“? Hat der Staat in erster Linie die individuelle Freiheit zu gewährleisten oder für die allgemeine Sicherheit zu sorgen? Diese Fragestellung interessiert vor allem deswegen, weil sich seit einiger Zeit die Klagen über eine angeblich steigende staatliche Regelungsdichte mehren.
- Welches Bild machen sich SchweizerInnen vom Staat? Wie sehr sieht man ihn als Dienstleistungseinrichtung, die für das Wohlergehen der BürgerInnen zu sorgen hat, wie sehr identifiziert man sich affektiv mit dem Nationalstaat?
- Wie reformfreudig oder -fordernd zeigen sich die verschiedenen Bevölkerungsgruppen? Wo herrscht Wille zur Veränderung, wo eine Bewahrungshaltung vor? In welcher Beziehung stehen Veränderungsorientierung und Sicherheitswahrnehmung zueinander?

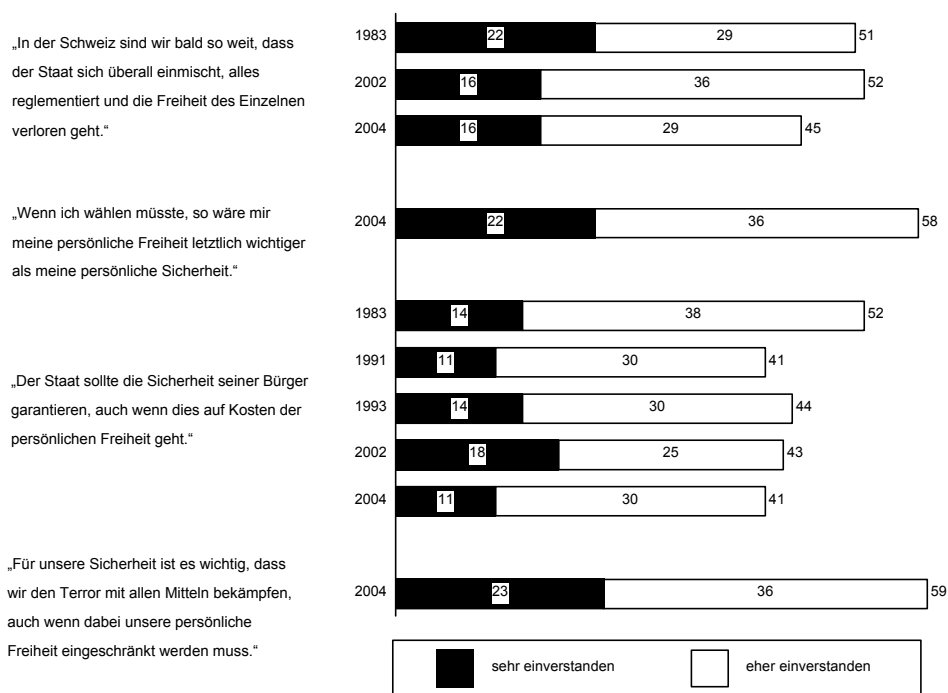
3 Vgl. dazu die theoretischen Vorbemerkungen in der Studie „Sicherheit 2002“ (Haltiner, Wenger, Bennett, Szvircev, 2002).

7.1 Der Staat als Garant für Sicherheit und Freiheit

Das Dilemma „Freiheit versus Sicherheit“ hat in letzter Zeit vor allem deswegen eine Zuspitzung erfahren, weil die meisten Staaten der westlichen Hemisphäre als Folge der gestiegenen Terrorbedrohung ihre Sicherheits- und Kontrollmassnahmen auf Kosten der Bewegungsfreiheit verschärft haben.

Abbildung 7.1

Staatsfunktionen in der öffentlichen Wahrnehmung: Sicherheit versus Freiheit
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/712/04/P2/sr

Wir erschliessen das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit mit vier Fragen. Zwei davon wurden erstmals 1983 und seither vereinzelt erneut gestellt. Zwei sind unter dem Eindruck der Terror-Ereignisse der letzten Jahre für die Erhebung 2004 formuliert worden (siehe Abbildung 7.1). Danach stimmt 1983 und 2002 eine knappe Mehrheit der Befragten der Feststellung zu, dass die individuelle Freiheit unter einer überstarken Re-

gulierung leide. In der Erhebung dieses Jahres ist aus der knappen Mehrheit jener, die einen Freiheitsverlust geltend machen, eine knappe Minderheit geworden (45%). Die Angst vor Freiheitseinbussen als Folge wachsender staatlicher Regulierung scheint sich also abgeschwächt zu haben. Umgekehrt aber liegt die Zustimmung zur Vorgabe, der Staat solle die Sicherheit seiner BürgerInnen auch dann garantieren, wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit gehe, seit Beginn der neunziger Jahre relativ stabil bei etwas über 40% – dies nach einer knapp mehrheitlichen Zustimmung vor 21 Jahren. Daraus einen klaren Trend ableiten zu wollen, wäre vermessen.

Auf die zwar grundsätzlich, aber abstrakt und hypothetisch gestellte Frage nach einer Priorisierung würden 58% der Befragten den Wert „Freiheit“ dem der „Sicherheit“ vorziehen. Gleichzeitig erklären sich jedoch ebenso viele (59%) zur Hinnahme von Freiheitseinbussen als Folge der Verstärkung von Sicherheitsmassnahmen gegen den Terror bereit (siehe Abbildung 7.1). Gemessen am Anspruch auf Prinzipienreinheit liegt hier ein Widerspruch vor: Beide Werte werden, auch wenn sie als sich gegenseitig ausschliessend formuliert werden, von Mehrheiten eingefordert. Offensichtlich werden die beiden Werte in weiten Bevölkerungskreisen nicht als gegensätzlich empfunden, sondern als öffentliche Güter, die beide vom Staat zu garantieren sind. Dies wird sichtbar, wenn die Häufigkeiten der ersten und der dritten Vorgabe in Abbildung 7.1, unter Verzicht auf jene, die die eine oder andere Vorgabe nicht beantwortet haben, zu einem Index zusammengezogen werden (siehe Tabelle 7.1):⁴

- Fast die Hälfte der Befragten (46%) vermag 2004 wie schon 2002 (53%) keinen Widerspruch zwischen den beiden Vorgaben zu erkennen und bejaht beide „sehr“ oder „eher“. Der Anteil Unentschiedener hat sich aber seit 2002 um 7% reduziert.
- Als „*Sicherheitsdominante*“ lassen sich jene bezeichnen, die der Sicherheitsgewährleistung etwas Vorrang einräumen und die Freiheitsgefährdung auf Grund einer erhöhten Regelungsdichte bestreiten. Die „*Sicherheitsdominanten*“ haben innerhalb der letzten zwei Jahre anteilmässig deutlich zugenommen (27%, +8%).
- Als „*Freiheitsdominante*“ sind jene einzustufen, die Freiheitseinschränkungen durch eine wachsende Regelungsdichte beklagen und die Sicherheitsschaffung

4 Ein Index vereinigt mehrere Variablen auf sich. Dadurch kann der Gehalt einer Attitüde besser erfasst werden. Ebenso werden statistische Ausreisser, die sich bei einer einzelnen Variable einstellen können, tendenziell gemildert.

auf Kosten der Freiheit konsequent ablehnen. Ihr Anteil hält sich im Vergleich zu 2002 stabil bei 28% bzw. 27%.

Verteilte sich das Gewicht zwischen Freiheit und Sicherheit 2002 noch zugunsten der ersteren, so besteht nunmehr Ausgeglichenheit. Die Betonung der Staatsfunktion „Sicherheit“ hat sich also innert zwei Jahren deutlich verstärkt. Dieser „Sicherheitsschub“ ist fast ausnahmslos über alle soziologischen Merkmalsgruppen und Parteinahmen hinweg zu beobachten (siehe Tabelle 7.1). Männer unterscheiden sich in der Bevorzugung einer der beiden Staatsfunktionen nicht signifikant von Frauen. Indes haben sich in der Romandie und in der jüngsten Generation der Befragten (den 18–29-Jährigen) die Gewichte deutlich in Richtung einer stärkeren Sicherheitsgewährleistung durch den Staat verschoben, dies unter gleichzeitig abnehmender Betonung der Freiheitsfunktion.⁵ Markant fällt der einseitige Zuwachs für mehr Sicherheit unter den ab 60-Jährigen aus (+15%). Ähnliches gilt für die oberen Bildungsgruppen (+11%), die im Gegensatz zum Jahr 2002 keine Differenzen zu den mittleren und unteren Bildungsgruppen mehr aufweisen. Deutlich fällt die Zunahme der Sicherheitsgewichtung bei Personen aus, die sich politisch rechts einstuften (+14%). War 2002 die relative Betonung von Sicherheit auf der linken Seite des politischen Spektrums ausgeprägter als auf der rechten, so haben sich die Verhältnisse 2004 umgekehrt. Während die Sicherheitsbetonung auf der linken Seite nicht zugenommen hat, ist auf der rechten Seite fast eine Verdoppelung zu konstatieren. Der Zusammenhang zwischen selbstbekundeter politischer Stellung und Freiheits- bzw. Sicherheitsdominanz kann indessen statistisch nicht als gesichert gelten.

Dass sich die stereotype Zuordnung „Links=Sicherheit/rechts=Freiheit“ verwischt hat, wenn sie in dieser Eindeutigkeit überhaupt jemals vorhanden war, zeigt sich aber schon darin, dass in den Forderungen der Parteien des rechten Spektrums (etwa der Schweizerischen Volkspartei) die öffentliche Sicherheit einen mindestens ebenso zentralen Stellenwert einnimmt wie die Erhaltung bürgerlicher Freiheiten. Zu fragen bliebe, was die unterschiedlichen Gruppierungen dabei unter „Sicherheit“ verstehen.

5 Es ist denkbar, dass die 2002 diesbezüglich stark von der Durchschnittsverteilung abweichenden Häufigkeiten unter den RomandEs (5%/54%/41%) teilweise durch einen statistischen Ausreisser zu erklären ist. Dieser Schluss drängt sich mit Blick auf die 2004 erfolgte Annäherung der Werte der RomandEs an die Mittelwerte auf. Für die Befragten italienischer Muttersprache ist im Auge zu behalten, dass der möglich Stichprobenfehler bei rund 50 Befragten maximal $\pm 15\%$ betragen kann.

*Tabelle 7.1
Sicherheitsdominante versus Freiheitsdominante. Kombination der Variablen „Freiheitsgewährleistung“ und „Sicherheitsschaffung“ (Angaben in Prozent)*

	Total		Alter			Bildung			Politische Stellung			Geschlecht			Muttersprache		
	2002	2004	18-29	30-49	50+	kef	mittel	hoch	links	Mitte	rechts	M	F	d	f	i	
Sicherheitsdominante	19	27	20	24	21	24	20	16	24	23	16	20	20	24	5	30	28
Freiheit und Sicherheit	53	46	50	52	47	54	52	57	54	55	57	53	46	51	54	45	46
Betonende Freiheitsdominante	28	27	30	23	24	22	28	27	22	22	27	27	26	25	41	25	26
	(11084)	(12209)	(1786)	(214)	(611)	(670)	(226)	(231)	(147)	(170)	(261)	(539)	(251)	(760)	(239)	(281)	(54)
			CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 n.s.	CC 2002 0.21	CC 2002 0.21	CC 2004 n.s.
			CC 2004 0.17	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.	CC 2004 n.s.

n.s. = nicht signifikant

Eigentlich würde man erwarten, dass zwischen den Ansprüchen an den Staat und der eigenen Sicherheits- bzw. Bedrohungslage dahingehend ein Zusammenhang besteht, dass diejenigen, die sich persönlich unsicher wähnen, vor allem die staatliche Sicherheitsfunktion unterstreichen, während diejenigen, welche sich eher sicher fühlen, zur Betonung der Freiheitsfunktion neigen. Dieser Zusammenhang lässt sich aber durch die vorliegenden Daten wie schon 2002 nur schwach und statistisch nicht signifikant nachweisen, weil über alle Merkmalsgruppen hinweg ein Zuwachs an Sicherheitsbetonung zu verzeichnen ist. Offensichtlich wird die persönliche Sicherheitsphare nur schwach mit dem gezeigten Spannungsfeld in den Staatsfunktionen verknüpft. Es scheint also – und das bestätigt den Befund von 2002 – durchaus nicht so zu sein, dass man persönliche Sicherheitsdefizite direkt auf den Staatsbedarf projiziert.

Tabelle 7.2

Der Zusammenhang zwischen Sicherheitsdominanz und dem Vertrauen in verschiedene Institutionen (Kontingenz Koeffizienten)

Behörde	Sicherheitsdominanz und Behordenvariablen	
	2002	2004
Bundesrat	0.19	0.16
Parlament	0.17	0.16
Gerichte	0.14	0.16
Polizei	0.21	0.14
Armee	0.17	0.16

Bemerkungen: CC = Kontingenz Koeffizient

Anders verhält es sich diesbezüglich mit dem Vertrauen in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen und – wie in Kapitel 8 gezeigt wird – der Einstellung zu Aspekten der inneren Sicherheit. Wie Tabelle 7.2 zu entnehmen ist, sind alle Zusammenhänge zwischen dem Vertrauen in die Behörden und der Betonung von Sicherheit signifikant. Die „Sicherheitsdominanten“ vertrauen in höherem Masse als die „Freiheitsdominanten“ den staatlichen Institutionen. Die Zusammenhänge 2004 sind etwas schwächer und ausgeglichener als jene von 2002, weil sich die Sicherheitsbetonung seither generellverstarkt hat. Hier manifestiert sich die vorher vermisste direkte Projektion des eigenen Sicherheitsempfindens auf den Staat.

* * *

Fazit: Freiheit und Sicherheit haben in der Bevölkerung einen in etwa gleich hohen Stellenwert. Die grosse Mehrheit möchte die Realisierung des einen Wertes nicht auf Kosten des anderen verwirklicht wissen. Gleichzeitig ist aber im Vergleich zu 2002 eine deutliche Zunahme an Sicherheitsbetonung festzustellen.

7.2 Formen nationalstaatlicher Integration und Zufriedenheit mit dem Staat

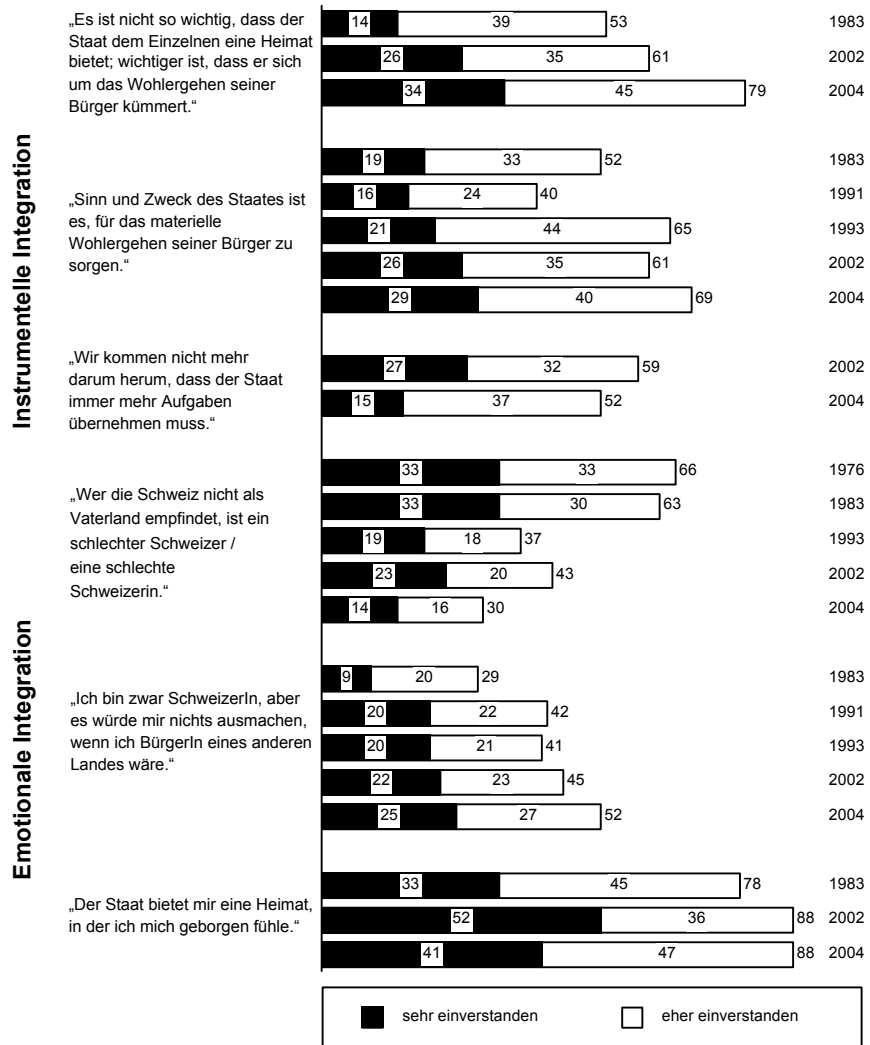
Für einige grundsätzliche Überlegungen zum Wandel im Verhältnis zum Staat verweisen wir auf die Studie „Sicherheit 2002“. Konstatiert wurde dort eine veränderte Integration des Einzelnen in den modernen Staat, die weniger von einem emotional belegten „Wir“-Verhältnis als vielmehr von Erwartungen an die staatlichen Dienst- und Transferleistungen geprägt wird. Der Staat ist, wie man mit Blick auf sein Leistungspotenzial und die früher eher „vaterstaatliche“ Beziehung feststellen darf, in vielfacher Hinsicht zu einem „Mutterstaat“ geworden.⁶

Die in die Erhebung aufgenommenen Indikatoren erfassen zwei Komponenten des Staatsbildes (siehe Abbildung 7.2): Zum Einen ist dies die eher instrumentell-nutzenorientierte Seite, wo der Staat vorab als Garant der materiellen Wohlfahrt und des allgemeinen Wohlergehens gesehen wird. Zum Anderen wird die Rolle des Nationalstaates als die eines Identitätsstifters im Sinne einer emotionalen Beziehung verstanden, innerhalb derer der Wert der Zugehörigkeit zur Nation Schweiz im Vordergrund steht. Wir sprechen dabei von instrumentellen und emotionalen Aspekten der Staatsintegration. Beide haben normativen Charakter. Das heisst, in den Vorgaben manifestieren sich die Soll-Erwartungen an den Staat.

6 Vgl. dazu Haltiner et al. (2002), S. 73, die Studien von Klages & Herbert (1983) sowie Klages, Franz & Herbert (1987). Ferner zur nationalen Integration in der Schweiz: Frei & Kerr (1974) und Meier-Dallach, Hohermuth & Walther (2003). Meier-Dallach, H. P., Hohermuth, S., Walther, Th. (2003).

Abbildung 7.2

Formen nationalstaatlicher Integration (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/716/04/P4/th

Abbildung 7.2 zeigt einen im Zeitverlauf leicht, aber relativ stetig zunehmenden Grad an instrumenteller Integration. War es in den Achtziger- bzw. frühen Neunzigerjahren noch rund die Hälfte der Befragten, welche den Sinn des Staates vor allem in der materiellen Wohlstandssicherung sahen, so sind das neuestens je nach Fragestellung (obere Fragen in Abbildung 7.2) sieben bis acht von zehn Personen. Folgerichtig gehen auch Mehrheiten der Befragten (2002: 59%, 2004: 52%) davon aus, dass der Staat immer mehr Aufgaben zu übernehmen habe.

Das Gros der SchweizerInnen kann als echte „SozialstaatsbürgerInnen“ gelten, d.h. als instrumentell gut integriert. Der Grad an instrumenteller Staatsorientierung hat sich über die letzten 20 Jahre zudem erhöht. Dass bei dieser Ausgangslage dem Abbau von Staatsleistungen, wie immer er auch begründet sein mag, zunehmend Widerstand erwächst, ist offensichtlich.

Bei den drei Vorgaben, die die emotionale Integration indizieren, liegen die Dinge weniger klar. Eine eher traditionalistische Identifikation mit der Schweiz als Vaterland scheint seit Erhebungsbeginn 1983 deutlich im Rückgang begriffen zu sein. Man kann sich in zunehmendem Mass auch vorstellen, BürgerIn eines anderen Landes zu sein – 2004 zum ersten Mal mehrheitlich. Doch warnt die mit 88% im Vergleich zu 2002 stabil hohe Zustimmung zur Geborgenheit durch heimatliche Zugehörigkeit vor dem voreiligen Schluss, die emotionale Identifikation schwäche sich generell ab. Eher manifestiert sich hier ein Nationalgefühl, das weniger ausschliessenden und ausgrenzenden Charakter hat, als dies in früheren Zeiten der Fall war. Diese Entwicklung deckt sich mit den Ergebnissen von Eurobarometer-Erhebungen, die das Aufkommen von mehrstufigen Identitäten belegen.⁷ Man identifiziert sich nicht nur mit der eigenen Nation bzw. subnationalen Einheiten (Kanton, Land), sondern in zunehmenden Masse auch mit der Region. ZürcherInnen fühlen sich gleichzeitig als SchweizerInnen und EuropäerInnen. Dies würde zugleich erklären, warum man sich durchaus auch eine andere als die bestehende Staatsbürgerschaft vorstellen kann und warum Personen, die das eigene Land nicht als „Vaterland“ empfinden heute weniger mit sozialer Stigmatisierung rechnen müssen.

7 Eurobarometer, Report No. 56, April 2002, S. 14ff. Online zugänglich unter: http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb56/eb56_en.htm (Stand: 29.6.2004).

Tabelle 7.3

Formen staatlicher Integration nach soziodemographischen Merkmalen

(Angaben: Kontingenz Koeffizienten, CC)

	Sprachregion		Geschlecht		Alter		Polit. Stellung		Bildung			
	2002	2004	2002	2004	2002	2004	2002	2004	2002	2004		
Instrumentelle Integration	Staat soll sich um Wohlergehen der BürgerInnen kümmern, Heimat weniger wichtig		0.20	0.10	n.s.	n.s.	0.13	0.16	n.s.	n.s.	0.16	0.14
	Staatszweck ist das materielle Wohlergehen der BürgerInnen		0.12	0.35	0.10	n.s.	0.20	0.16	0.12	n.s.	0.21	0.22
	Staat muss mehr Aufgaben übernehmen		0.22	0.19	n.s.	0.17	0.15	0.17	0.13	0.19	0.20	0.13
Emotionale Integration	Wer die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, ist ein schlechter Schweizer		0.48	0.16	n.s.	0.10	0.18	0.25	0.16	0.29	0.17	0.20
	Es würde mir nichts ausmachen, BürgerIn eines anderen Landes zu sein		0.19	0.27	n.s.	n.s.	0.21	0.18	0.22	0.22	0.12	0.17
	Staat bietet heimatliche Geborgenheit		0.12	0.16	n.s.	n.s.	0.17	0.19	n.s.	0.17	n.s.	0.17

Bemerkungen: n.s. = nicht signifikant

Unter den soziodemographischen Merkmalen, welche sowohl die instrumentelle wie auch die emotionale Staatsbeziehung in erster Linie prägen, ragen die Sprachzugehörigkeit, der Bildungsgrad, das Alter und die politische Selbsteinstufung der Befragten heraus (siehe Tabelle 7.3).⁸ Die Richtung der Zusammenhänge hat sich gegenüber 2002 nicht verändert, einzig die Zusammenhangswerte variieren, ohne dass daraus klare Tendenzen sichtbar würden:

8 Die prozentualen Häufigkeiten nach den soziodemographischen Merkmalen können den Tabellen im Anhang entnommen werden: Fragen 13.6, 13.12–13.15, 13.17.

- Obwohl etwas schwächer ausgeprägt als 2002 geben sich die lateinischen SchweizerInnen tendenziell etwas patriotischer als die DeutschschweizerInnen. Gleichzeitig sind sie aber auch toleranter gegenüber jenen, die sich eine Bürgerschaft in einem anderen Land vorstellen könnten. Sie neigen zugleich stärker als Letztere dazu, dem Staat mehr Aufgaben übergeben zu wollen (CC=0.19) und insbesondere die Wohlfahrtsfunktion des Staates zu betonen (Deutschschweiz: 60% (-5%), französische Schweiz 91% (+36%), italienische Schweiz 92% (+16%), (CC=0.35)). Dabei ist der Zuwachs an instrumenteller Staatsintegration in der Romandie gegenüber 2002 beachtlich, unbesehen darum, dass die lateinische Bürgerschaft ohnehin instrumentell wie emotional stärker integriert ist als die deutschschweizerische.
- Die unterste Bildungsgruppe ist wie schon 2002 deutlich staatsgläubiger als die oberen beiden. Sie fordern vom Staat eine verbesserte Aufgabenerfüllung und Wohlfahrtsförderung (siehe Tabelle 7.3) und geben sich patriotischer als die höheren Bildungsgruppen. So können sich Personen mit lediglich obligatorischer Schulbildung erheblich seltener vorstellen, BürgerInnen eines anderen Landes zu sein und sie brandmarken deutlicher als andere solche, die in der Schweiz nicht ihr Vaterland sehen. Für neun von zehn Personen aus der untersten Bildungsgruppe besteht der Sinn und Zweck des Staates primär darin, für das individuelle Wohlergehen seiner BürgerInnen zu sorgen. Dagegen teilt nur etwas mehr als die Hälfte aus der obersten Bildungsgruppe diese Ansicht.
- Die emotionale Identifikation mit der Schweiz variiert stärker als die instrumentelle nach dem Alter der Befragten. Während die jüngste Befragtengruppe wie schon 2002 zu fast 60% keine Mühe bekundet, sich selbst als BürgerIn eines anderen Landes vorzustellen, kann sich dies unter den ab 60-Jährigen nur eine Minderheit von 40% vorstellen (CC=0.18). Erstere stufen Personen, die in der Schweiz nicht ihr Vaterland zu sehen bereit sind, seltener als schlechte SchweizerInnen ein als dies die ab 60-Jährigen tun, wobei sich die Altersunterschiede gegenüber 2002 noch leicht verstärkt haben (CC= 0.25; 2002: CC=0.18). Die jüngste und die älteste Altersgruppe pochen indes gleichermaßen stärker auf die materielle Wohlstandssicherung durch den Staat als die mittleren Generationen. Dass der Staat mehr Aufgaben übernehmen müsse, ist dagegen vor allem eine von zwei Dritteln der jüngsten Altersgruppe erhobene Forderung, die von der mittleren nur noch knapp mehrheitlich und von den ab 60-Jährigen nur noch minderheitlich geteilt wird (CC=0.19).

- Anders als 2002 variieren die Staatsbeziehungen 2004 etwas stärker nach der politischen Orientierung. Personen, die sich politisch rechts einstufen, bekunden emotional stärkere Bindungen an die Schweiz als politisch nach links orientierte Befragte. Während unter Letzteren beispielsweise bloss 11% Mühe mit Personen bekunden, die die Schweiz nicht als „Vaterland“ sehen, liegt der Anteil unter Ersteren bei 45% (CC= 0.29). Links Stehende möchten dem Staat hingegen mehrheitlich mehr Aufgaben übertragen (55%) – ein Postulat, das auf der rechten Seite nur bei 38% Zustimmung findet. Alles in allem hat die Polarisierung zwischen den politischen Lagern hinsichtlich der Funktion des Staates in den letzten beiden Jahren zugenommen.

* * *

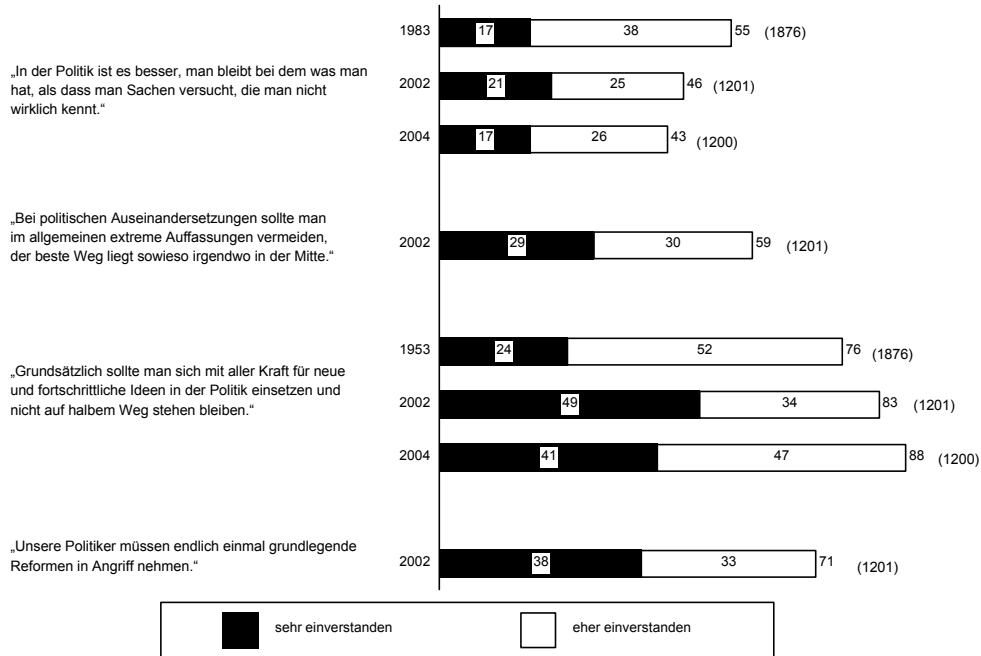
Fazit: Gegenüber 2002 zeigt sich keine grundsätzliche Veränderung. In den Fragen nach dem Ideal des Staates und der Nation manifestiert sich ein hohes Mass an Verbundenheit mit dem schweizerischen Staatswesen. Man erwartet von ihm Kompetenz in der materiellen Daseinsvorsorge und will es dafür in die Pflicht nehmen. Gleichzeitig bestehen zu ihm durchaus intakte emotionale Bindungen, man bekennt sich zur „heimatstiftenden“ Funktion des Staates, interpretiert aber die nationale Identität weniger aus- und abgrenzend als früher. Diesbezüglich bestehen Differenzen zwischen „rechts“ und „links“, die sich in den vergangenen Jahren eher verschärft haben. Die Linke sieht im Staat erwartungsgemäss eher den Leistungsstaat als die Rechte, die dazu neigt, das Nationale zu betonen. Auch der Befund, wonach die staatliche Integration erheblich nach den Bildungsschichten und damit letztlich nach den Sozialschichten variiert, bestätigt sich erneut. Die Chancen der oberen Bildungsschichten, sich staatsunabhängig und selbstbestimmt zu bewegen, sind allgemein besser als diejenigen der weniger Gebildeten, die sich gemessen an ihren Lebenschancen in die soziale Peripherie gedrängt wähnen und eher auf staatliche Unterstützung angewiesen sind.

7.3 Politische Veränderungsorientierung

Die Rückführung politischer Einstellungen auf eine eher bewahrende bzw. eher veränderungswillige Tendenz dient in der Regel dazu, politische Positionen und Meinungen in einen breiteren Kontext zu stellen. In die vorliegende Erhebung sind einige diesbezügliche Fragen mit dem Ziel aufgenommen worden, das Staatsbild und weitere sicherheitspolitische Meinungen vor dem Hintergrund dieser politischen Orientierungsdimension sichtbar zu machen. Wiederum vergleichen wir die aktuellen Zahlen mit Erhebungen aus dem Jahre 1983 und 2002 (Haltiner, et al., 2002).

Abbildung 7.3

Politische Veränderungsorientierung (Angaben in Prozent)



© K.W. Hattiner Si722/04/P1/sr

Unter den Schweizer Stimmberechtigten hat in den letzten 21 Jahren die politische Veränderungshaltung eher zu-, die Bewahrungshaltung eher abgenommen (siehe Abbildung 7.3). Fand die Ansicht, in der Politik sei es „besser, bei dem zu bleiben, was man habe, als Sachen zu versuchen, die man nicht wirklich kenne“, 1983 noch eine Mehrheitszustimmung von 55%, so liegt die entsprechende Unterstützung in diesem Jahr nur noch bei 43%, also 3% unter dem Wert von 2002. Indes billigt eine deutliche Mehrheit von 88% – 5% mehr als 2002 und 12% mehr als 1983 – die Meinung, es gelte, sich „mit aller Kraft für neue und fortschrittliche Ideen einzusetzen und nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben“. Auch wenn offen bleibt, was unter Veränderung konkret zu verstehen ist, so manifestiert sich in den Zahlen eine klare Zunahme des politischen Veränderungswillens im Vergleich zu 1983.

*Tabelle 7.4
Veränderungs- versus Bewährungsorientierung (Angaben in Prozent)*

	Total		Geschlecht		Muttersprache			Alter			Bildung		Polit. Stellung			In Kooperationsg.																			
	2004	2002	M	F	D	F	I	16-20	31-50	65+	kei	mittel	hoch	links	Mitte	rechts	keine Öffnung	keine Öffnung	keine Öffnung																
Kontingenz für politische Veränderung	45	42	45	41	51	33	31	30	31	35	32	31	47	48	55	54	30	36	65	53	31	35													
Inkongruenz	45	43	44	43	41	44	37	50	55	43	35	41	40	58	55	42	56	52	32	27	43	55	53												
Kontingenz für politische Bewahrung	6	5	5	5	5	6	7	4	4	7	5	4	6	4	5	4	4	12	12	3	1	3	4	12											
N	1100	1137	531	566	569	541	776	628	229	288	51	43	235	207	643	280	286	178	851	429	688	274	334	155	589	635	645	200	236	228	249	312	406	273	300
CC			n.s./n.s.		n.s./0.10			0.22/0.17			0.28/0.18		0.28/0.18			0.28/0.18			0.37/0.25																

n.s.=nicht signifikant

Werden die erste und die dritte Vorgabe in Abbildung 7.3 zu einem Index der politischen Veränderungsorientierung zusammengefasst, findet sich zunächst ein hohes Mass an Inkonsistenz im Antwortverhalten. So haben 43% (-3%) der auf beide Vorgaben Antwortenden auch beide Vorgaben gutgeheissen oder beide abgelehnt (siehe Tabelle 7.4). Es ist gewiss nicht falsch, daraus auf eine gewisse Verunsicherung unter der Stimmbürgerschaft hinsichtlich der grundsätzlichen Frage nach Veränderungen zu schliessen. Der Anteil an konsequent „Veränderungswilligen“ liegt indes mit 52% (+4%) deutlich über dem der konsequent „Bewahrenden“ mit 5% (-1%). Der Nettozuwachs an Veränderungsorientierung gegenüber 2002 ist zwar moderat, aber signifikant. Der stärkste Zuwachs an Veränderungsabsicht findet sich unter den Personen, die sich links einstufen (+9%), unter den 18–29-Jährigen (+9%) sowie den oberen Bildungsgruppen (+5%). Auch fordern die DeutschweizerInnen mehr Veränderungen als die beiden lateinischen Sprachregionen, und dies sowohl gemessen an absoluten Prozentzahlen (57% gegenüber 38% bzw. 35%) wie auch am Zuwachs gegenüber 2002 (+7%). In der Romandie ist gegenüber 2002 sogar eine Abnahme zu verzeichnen (-5%), die allerdings statistisch zufällig sein könnte. Interessant ist die Verteilung bei sich „rechts“ einstufenden Personen: Obwohl ihr Anteil an „Bewahrungsorientierten“ mit 12% deutlich über dem Mittel liegt und gegenüber 2002 stabil geblieben ist, hat unter ihnen zugleich der Anteil „Veränderungswilliger“ zugenommen (+6%). Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die einfache Formel „rechts=bewahrend, links=reformwillig“ noch weniger Gültigkeit als früher besitzt.

Eine wichtige Quelle politischer Unzufriedenheit hierzulande stellt zweifellos die Frage der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz dar (vgl. Kapitel 9). Der höchste Anteil an Befragten, die nach Veränderungen rufen, finden sich unter den „harten Öffnungswilligen“, unter jenen Personen also, die unter Hinnahme allfälliger Souveränitätseinbussen nach einer weiter als heute gehenden internationalen Kooperation der Schweiz rufen. Komplementär dazu findet sich mit 12% eine über dem Mittel liegende Quote an Bewahrenden unter den „Autonomisten“, also jenen, die sich gegen weitere Öffnungsschritte zur Wehr setzen.

Ein Teil der in Abbildung 7.4 ausgewiesenen Zunahme der Veränderungshaltung dürfte durchaus mit dem in den letzten beiden Jahrzehnten gestiegenen allgemeinen Bildungsniveau zu erklären sein. Schliesslich bestätigt sich auch der bekannte Sachverhalt, wonach sich jüngere Personen in der Regel progressiver und innovativer geben als ältere. Die ab 60-Jährigen fordern bloss zu einem Drittel politische Veränderungen (37%, +4%), die 18–29-Jährigen hingegen zu 61% (+9%).

* * *

Fazit: Die politische Unzufriedenheit hat gemessen an den vorliegenden Zahlen im langfristigen Trend und im Vergleich zu 2002 zugenommen. Die Zahlen bestätigen vor allem jene politische Polarisierung zwischen „links“ und „rechts“, die in Wahlen und Abstimmungen in den vergangenen Jahren manifest geworden ist.

7.4 Sicherheitswahrnehmung, Staatszufriedenheit und politische Integration – eine Synthese

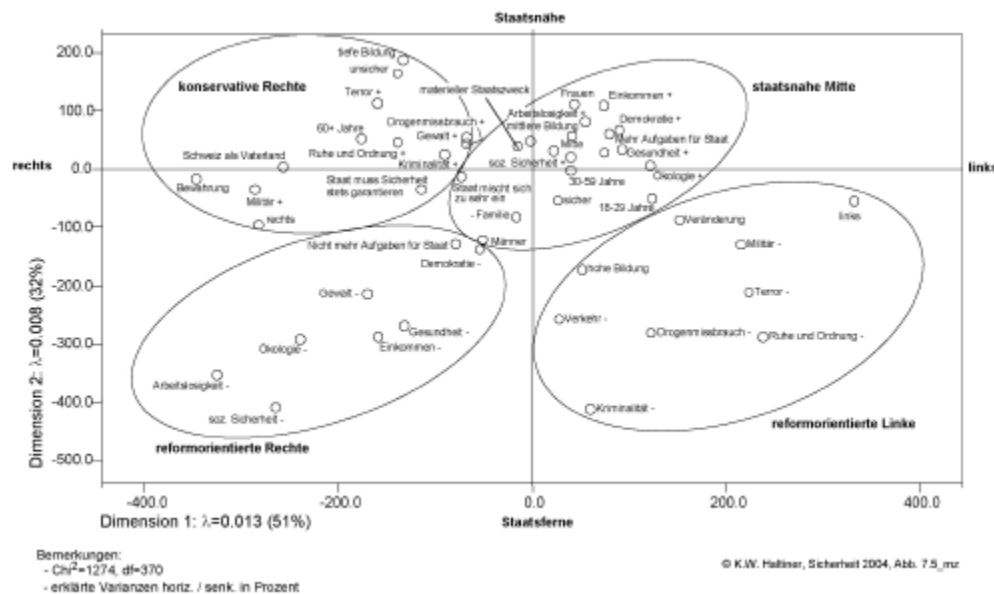
Antwortverteilungen auf einzelne Fragen und ausgewählte Zusammenhänge zu anderen Fragen sind wichtig, beleuchten aber immer nur Teilaspekte von möglichen Einstellungsmustern. Zur Ermittlung eines abschliessenden Gesamtbildes „Staatsbeziehung“ dürfte es deshalb aufschlussreich sein zu fragen, wie sich einzelne Einstellungsaspekte in Bezug auf den Staat in politische Weltbilder einfügen lassen. Als geeignetes multivariates Verfahren bietet sich die einfache Korrespondenzanalyse an (vgl. Anhang II), mittels derer sich Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Aspekten räumlich, hier auf einer Ebene, abbilden lassen. Wenn sich zwei Aussagen ähnlich sind, das heisst, wenn sie in einem engen Zusammenhang stehen, so liegen sie in der räumlichen Darstellung nahe beieinander. Zwei Aussagen, die eine Art Gegensatzpaar bilden, liegen nach ihrem Grad der Gegensätzlichkeit weit auseinander, sind also unähnlich. Man könnte die solcherart erhaltene zweidimensionale Darstellung mit einer Karte vergleichen, die eine „Einstellungslandschaft“ wiedergibt.

Wenn wir die wichtigsten der in diesem Abschnitt analysierten Erwartungen an den Staat und die politische Veränderungsorientierung einerseits sowie die im Kapitel 4 analysierten Forderungen an den Staat zwecks Gewährleistung der Sicherheit andererseits synthetisch in einer solchen multivariaten Darstellung zusammenfassen, so ergibt sich das in Abbildung 7.4 dargestellte Bild. Dabei spannt sich eine Art Koordinatennetz mit einer horizontalen und einer senkrechten Achse auf. Die Horizontale bestimmt sich durch die politische Selbsteinstufung „Links-Mitte-Rechts“ und die mit ihr statistisch eng korrelierende Dimension „Bewahrung versus Veränderung“. Die waagrechte Achse ist die dominierende, sie erklärt 51% der Varianz. Die senkrechte Achse bestimmt sich durch den Grad an Staatsnähe in der oberen Hälfte, bzw. Staatsferne in der unteren. Genauer ausgedrückt, definiert sie sich durch die Frage danach, ob der Staat in bestimmten sicherheitswichtigen Lebenssegmenten wie Einkommen, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Ökologie usw. mehr (+) oder weniger (–) tun sollte. Während sich die Forderungen nach „mehr Staat“ im oberen Feld gruppieren und Staatsnähe indizieren, konzentrieren sich unterhalb der horizontalen Achse die Forderungen nach „weniger Staat“, dadurch Staats-

ferne indizierend. Die Senkrechte fällt statistisch weniger ins Gewicht, erklärt aber dennoch weitere 32% der Varianz.

Abbildung 7.4

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte der Sicherheitswahrnehmung, Staats- und Politikbeziehung sowie der politischen Integration nach soziodemographischen Daten



Es lassen sich in Abbildung 7.4 vier Komplexe bzw. Kerne von Einstellungen ausmachen, die unterschiedliche Weisen gesellschaftlicher und politischer Integration in die schweizerische Gesellschaft beschreiben (Ellipsen):

- Im Kreis um den Koordinatenursprung gruppieren sich Einstellungsmerkmale, die die *staatsnahe politische Mitte* charakterisieren. Sie wird getragen von den 30–59-Jährigen und den mittleren Bildungsschichten. Diese „staatsnahe Mitte“ fühlt sich sicher und ist in hohem Masse instrumentell integriert, d.h. sie sieht den wichtigsten Staatszweck in der Wohlstandssicherung. Deshalb hält man es hier auch für unausweichlich, dass der Staat zusätzliche Aufgaben zu übernehmen habe. Vom Staat wird ein hohes Mass an Sicherheitsgarantien verlangt, zugleich aber auch an Freiheitsgewährleistung. Beide Werte rangieren hoch, wenngleich in der Haltung, die zunehmende Staatseinmischung beschränke die Freiheit, ein

unterschwelliges Unbehagen sichtbar wird. „Mehr Staat“ im Hinblick auf Familienpolitik wünscht man sich denn auch nicht. Ein „Mehr“ wird hingegen im Bereich der sozialen Sicherheit verlangt, jenem Aspekt also, der im Sorgenbarometer der SchweizerInnen ganz oben rangiert. „Mehr Staat“ wünscht man sich ferner in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in der Einkommenssicherung sowie im Kampf gegen steigende Gesundheitskosten. Die Ökologie, gegen den linken Pol tendierend, gehört als Wert heute offenbar auch zum Forderungskatalog der politischen Mitte. Bemerkenswert ist ferner, dass die Sicherung der demokratischen Grundrechte, auch dies traditionell eher ein linkes Anliegen, sich ebenfalls als eines der politischen Mitte erweist. Offenbar wird der Sicherung der plebiszitären Rechte hohe Priorität beigemessen in einer Zeit, in der sich die kritischen Stimmen über die potenziell blockierende Wirkung der ausgebauten Volksmitsprache mehren und man den Wohlfahrtsstaat mehr als früher gefährdet sieht. Ferner scheint sich die politische Mitte, nicht zuletzt mit Blick auf einen EU-Beitritt und damit verbundene Souveränitätseinbussen, der Bedeutung der eigenen politischen Kultur erst recht gewahr zu werden. Der politischen Mitte geht es im sozialen und plebiszitären Bereich alles in allem um die Besitzstandswahrung. Vor diesem Hintergrund werden die ablehnenden Abstimmungsergebnisse zur Steuer- und AHV-Reform erklärbar.

- Im rechten unteren Quadranten streuen Einstellungen, die sich unter dem Rubrum *reformorientierte Linke* zusammenfassen lassen. Die typischen VertreterInnen dieses politischen Weltbildes gehören der jungen Generation an, verfügen über eine hohe Bildung und rufen konsequent nach politischen Reformen unter Ablehnung von Kompromissen. In der Forderung nach „weniger Staat“ beim Militär, der Terror- und Kriminalitätsbekämpfung sowie in der Gewährleistung von „Ruhe und Ordnung“ manifestiert sich die Ablehnung eines Ordnungsstaates, der erhebliche Mittel in die Sicherheit investiert. Man fühlt sich sicher und nimmt diesbezügliche Staatsanstrengungen als unangemessen und repressiv, letztlich freiheitsbedrohend, wahr. In der Ablehnung von „mehr Staat“ in der Verkehrssicherheit dürfte sowohl eine ökologisch motivierte Kritik an der Verkehrspolitik allgemein wie auch eine Skepsis gegenüber der staatspolitischen Relevanz dieses Anliegens zum Ausdruck kommen. Dem „Sicherheitsstaat“ fühlen sie sich unverbunden und fern.

Die in Abbildung 7.4 links platzierten, der politischen Rechten zuzuordnenden Einstellungen sind nicht homogen. Sie lassen sich in zwei Gruppen bündeln, eine staatsnahe, konservative und eine staatsferne, reformorientierte Rechte:

- Die typischen VertreterInnen der *konservativen Rechten* gehören überdurchschnittlich häufig den unteren Bildungsgruppen an und bewegen sich zumeist im Altersspektrum ab 60 Jahren aufwärts. Charakteristisches Kennzeichen dieser Gruppe ist ihre Unsicherheit – eine Unsicherheit die eine physische, mentale und eine politische Komponente umfassen dürfte. Entsprechend prägt ein starkes Sicherheitsverlangen das Verhältnis zum Staat. Der Staat soll vorab Sicherheits- und Ordnungsstaat sein. Er soll für „Ruhe und Ordnung“ sorgen und, stärker als dies derzeit der Fall ist, Gewalt, Terror, Drogenmissbrauch und die Kriminalität ganz allgemein bekämpfen. Zusätzlich soll auch mehr für das Militär getan werden. In der Masse, in der der Staat Geborgenheit und Heimatlichkeit vermittelt, ist er „Vaterland“. Ein ausgeprägt emotionales Verhältnis verbindet sich hier mit hohem Nationalstolz. Man glaubt an eine Politik, in der es besser ist, am „Bewährten“ festzuhalten, als Neues zu versuchen.
- Demgegenüber definiert sich eine *reformorientierte Rechte* vorwiegend über die Forderung nach „weniger Staat“. Den Staat will man hier zurückbinden, es sollen ihm weniger, nicht mehr Aufgaben überbunden werden. Insbesondere im sozialen und im wirtschaftlichen Bereich (Arbeitslosigkeit, Einkommen, Gesundheit) soll die Staatsaktivität eingedämmt werden. Die Ökologie wird nicht als erstrangige Staatsaufgabe begriffen. Auch betreffend der Mittel zur Gewaltprävention soll Zurückhaltung geübt werden. Man fühlt sich diesbezüglich nicht verunsichert. Schliesslich meint man hier, die Schweiz habe letztlich eher ein Zuviel als ein Zuwenig an Demokratie, was sich letztlich reformhemmend auswirke. Das hier als „reformorientierte Rechte“ bezeichnete Meinungsbild liegt auf der Linie des Neoliberalismus.

Diese politische Landkarte überrascht nicht. Sie verortet relativ präzise jene Positionen, die in den letzten Jahren als Folge parteipolitischer Verschiebungen neu artikuliert wurden. Insbesondere macht sie jene Spaltung im bürgerlichen Lager sichtbar, die sich im Spannungsfeld „Schweizerische Volkspartei (SVP) versus Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und Christlichdemokratische Volkspartei (CVP)“ heute im politischen Tagesgeschäft manifestiert. Die staatsnahe Rechte erwartet vor allem Sicherheit und Traditionswahrung, die reformorientierte, neoliberale Rechte hingegen fordert Staatsabbau und mehr Markt. Erstere wird kaum alle Forderungen nach Staatsabbau mittragen, die im politischen Alltag auch von Exponenten des eher konservativen politischen Lagers zu hören sind. Zugleich macht die vorliegende Analyse sichtbar, in welchem Ausmass sich das staatstragende politische Zentrum im schweizerischen Staat mittlerweile als Garant für wohlverworbene soziale Ansprüche sieht, auf die man ohne grossen Leidensdruck nicht verzichten will. Hier offeriert sich den Linksparteien ein Unterstützungspotenzial. Die

Schweiz unterscheidet sich offensichtlich nicht von anderen europäischen Demokratien, in denen sich ebenfalls keine Mehrheiten dafür finden lassen, anhaltende Wachstumsschwächen mit Staatsabbau zu bekämpfen.

8 ASPEKTE DER INNEREN SICHERHEIT

Wie im vorangehenden Kapitel gezeigt wurde, hat sich der Anteil jener SchweizerInnen, die der Staatsfunktion „Sicherheit“ gegenüber jener der „Freiheitsgewährleistung“ notfalls den Vorzug geben würden, innerhalb der letzten zwei Jahre leicht, aber signifikant erhöht. Darin deutet sich eine in den letzten Jahren gestiegene Sensibilisierung für die innere Sicherheit an.

In Zusammenhang mit dem Projekt USIS¹ und dem angestrebten Beitritt zum Schengen-Abkommen haben sich Auseinandersetzungen über die Zuständigkeiten von Bund und Kantonen für die innere Sicherheit verschärft. Ferner scheint die seit ein paar Jahren zu beobachtende Zunahme an Jugendkriminalität und an allgemeiner Gewaltneigung die Bevölkerung in wachsender Masse zu verängstigen. Vandalismus und gewalttätige Demonstrationen ebenso wie Formen des politischen Extremismus nehmen offenbar zu. Zugleich sind lauter werdende ausländerskeptische Töne in breiten Bevölkerungskreisen nicht zu überhören. Sie manifestieren sich in vermehrten Klagen über delinquente AusländerInnen, Forderungen nach einem härteren Durchgreifen im Asylwesen und einer nachhaltigeren Unterbindung des Drogenhandels ausländischer Dealer. Ebenso zeugt die anhaltende Diskussion um die Kompetenz von Gemeindeversammlungen bei der Einbürgerung von AusländerInnen von der erhöhten Sensibilität in diesem Bereich. Nimmt man die offensichtlich gestiegene Polarisierung im parteipolitischen Feld als Messgrösse, so scheinen sich die Spannungen im Bereich der inneren Sicherheit verschärft zu haben.

Durch die Zunahme der Assistenzdienste für die innere Sicherheit wird die Armee mehr und mehr in die Rolle des Polizeisubstituts gedrängt. In den Medien häufen sich zugleich Meldungen über die arbeitszeitliche Überbelastung der kommunalen und kantonalen Polizeikorps. Darin wird ein sich verschlechterndes Verhältnis zwischen Auftrag und verfügbaren personellen und finanziellen Mitteln bei den inneren Ordnungskräften

1 Als gemeinsames Projekt von Bund und Kantonen unter der Leitung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) und der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) hatte USIS (Überprüfung des Systems der Inneren Sicherheit der Schweiz) zum Ziel, das gesamte System der inneren Sicherheit der Schweiz zu überprüfen, Mängel des heutigen Systems aufzudecken sowie Reorganisationsvorschläge und Lösungsansätze aufzuzeigen. Die Resultate der Überprüfung wurden in mehreren Berichten festgehalten (www.usis.ch; Stand: 23. März 2004).

evident. Die innere Sicherheit hat, nicht zuletzt auch unter der gestiegenen Terrorbedrohung (vgl. Kapitel 4), auf Kosten der äusseren an Bedeutung gewonnen.

Wie präsentiert sich nun angesichts dieser Dynamik die Stimmungslage in der schweizerischen Bevölkerung in Bezug auf die innere Sicherheitslage? Wie werden ausgewählte Aspekte der inneren Sicherheit – etwa die Rolle von und der Bedarf an Polizeikräften, die Ausländerpolitik, der Schutz vor gewaltbereiten DemonstrantInnen und die Bekämpfung des Extremismus – beurteilt? Die diesjährige Erhebung gibt der Einschätzung der inneren Sicherheitslage in der öffentlichen Meinung grösseren Raum als die Studien zuvor. Die politische Aktualität hat dabei die Auswahl entsprechender Fragen für die diesjährige Erhebung im Wesentlichen bestimmt.

Im ersten Teil dieses Kapitels wird auf allgemeine Aspekte der inneren Sicherheit eingegangen, der zweite Teil fragt speziell nach der Einschätzung der Rolle der Polizei. Abschliessend wird eine Typologisierung verschiedener Sicherheitsauffassungen vorgenommen.

8.1 Die Wahrnehmung der allgemeinen inneren Sicherheit

Gemessen am Grad der Zustimmung zur entsprechenden Vorgabe rangiert eine verbesserte Waffenkontrolle im Bedürfnis nach mehr innerer Sicherheit hoch. Während im Bericht „Sicherheit 2003“ die Billigung eines Waffenausfuhrstopps, „auch wenn daraus wirtschaftliche Nachteile erwachsen“, erfragt wurde und im Ausmass von zwei Dritteln Zustimmung erhielt, zielt die diesjährige Frage nach der strengeren Kontrolle des Verkaufs von Waffen auf den innerstaatlichen Bereich ab. Die überwiegende Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist „sehr“ oder „eher“ einverstanden, dass der Waffenverkauf hier zu Lande stärker kontrolliert werden sollte (85%; siehe Tabelle 8.1). Signifikante Unterschiede bestehen bezüglich der politischen Selbsteinstufung, wobei links stehende Befragte dieser Vorgabe wesentlich stärker zustimmen (91%) als sich politisch rechts Positionierende (76%). Zudem möchten vor allem Frauen den Waffenverkauf in der Schweiz strenger kontrolliert wissen (92%).

Tabelle 8.1

Das Einverständnis mit Aussagen zur inneren Sicherheit (in Prozent; in Klammern 2003)

„Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass...	Einverständnis "sehr" und "eher" %	Selbsteinstufung		
		links	Mitte %	rechts
<i>Waffenkontrolle</i>				
• ... in der Schweiz der Verkauf von Waffen strenger als heute kontrolliert wird.“	85	91	88	76
<i>Bekämpfung des Extremismus</i>				
• ... wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen.“	79 (73)	90 (75)	81 (74)	66 (70)
• ... wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.“	54 (60)	35 (39)	56 (61)	64 (76)
<i>Ausländer</i>				
• ... wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.“	73 (79)	41 (55)	74 (79)	90 (93)
• ... wir Ausländer bei uns leichter als heute einbürgern könnten.“	37	67	37	17
<i>Überwachung des öffentlichen Raumes</i>				
• ... auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.“	60	43	61	67

© K. W. Haltiner Si799/04/th

Anhaltend hoch rangiert in den Augen der Bevölkerung ferner die Ausländerfrage. 73% (-6%) der Befragten stimmen der Vorgabe zu, unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit sei der Ausländeranteil vermehrt unter Kontrolle zu halten. Dabei sind die Links-rechts-Gegensätze erheblich: Während sich als rechts orientiert bezeichnende Personen darin zu 90% (-3%) eine Bedrohung sehen, ist diese Meinung auf der linken Seite erheblich weniger verbreitet. Hier unterstützt nur eine Minderheit eine stärkere Kontrolle, deutlich weniger als im Vorjahr (41%, -14%). Im Mittel begrüßen bloss 37% der SchweizerInnen eine erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen aus Sicherheitsüberlegungen heraus. Während politisch links Orientierte diese zu 67% fordern, vermögen sich politisch rechts positionierende Befragte darin kaum einen Sicherheitsgewinn zu erkennen (17%). Die

Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz wird offensichtlich über alle politischen Lager hinweg als wichtige sicherheitspolitische Aufgabe eingeschätzt, doch über die Strategie divergieren die Meinungen in hohem Masse. Die RomandEs halten weniger von einer verstärkten Kontrolle der Zahl der AusländerInnen als die DeutschschweizerInnen (61% bzw. 77%), die 18–29-jährigen Befragten weniger als die ab 60-Jährigen (65% bzw. 83%), die unterste Bildungsgruppe mehr als die oberste (85% bzw. 62%). Anders als in der Deutschschweizer Bevölkerung erachtet es die Hälfte der WestschweizerInnen unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit für sinnvoll, AusländerInnen erleichtert einzubürgern.

Obwohl das Problem des politischen Extremismus nach wie vor als gross eingestuft wird, divergieren die Meinungen bezüglich der Prioritäten. Der Rechtsextremismus wird dieses Jahr stärker als sicherheitsgefährdend wahrgenommen (79%, +4%) als im Vorjahr, hingegen nimmt die subjektive Gefährdung durch den Linksextremismus deutlich ab (54%, –6%). Es besteht ein die politischen Lager übergreifender Konsens über die potenzielle Virulenz rechtsextremer Kreise. Bezüglich des Linksextremismus variieren die Meinungen stärker. Während Befragte, die sich selbst als rechts stehend einstufen, hier Gefahr wittern (64%), ist das links kaum der Fall (35%). Die Bekämpfung politischer Extreme, sei dies auf rechter oder linker Seite, findet in der italienischen Schweiz und der Westschweiz weniger Zustimmung.

Um die Intensivierung der Überwachung öffentlicher Räume mit technischen Mitteln ist zumindest in den Medien eine breite Diskussion entbrannt. Unsere einzige diesbezügliche Frage indiziert entsprechende Einstellungen. Drei Fünftel der Bevölkerung erklären sich damit einverstanden, öffentliche Plätze und öffentliche Verkehrsmittel vermehrt mittels Video zu überwachen. Diese wegen der potenziellen Beschneidung der persönlichen Freiheit nicht unumstrittene Massnahme wird einzig von politisch links stehenden über dem Mittel kritisiert. Überdurchschnittlich wird sie hingegen von den unteren Bildungsschichten und älteren Personen gebilligt.

8.2 Die Wahrnehmung der inneren Sicherheit in Bezug auf die Polizei

Eine knappe Mehrheit von 54% ist der Ansicht, dass der Polizeibestand auf dem heutigen Niveau bleiben sollte, vier von zehn Personen wünschen sich eine zahlenmässige Erhöhung der Polizeikräfte. Eine Reduktion des Polizeibestandes in der Schweiz kommt hingegen für die Bevölkerung nicht in Frage. Nur 4% der Befragten wünschen sich weniger PolizistInnen. Dabei unterstützen überdurchschnittlich stark politisch rechts stehende und Personen aus tieferen Bildungsschichten eine Erhöhung des Polizeibestandes. Sollte die Vergrösserung der Polizei mit Mehrkosten verbunden sein, ändert sich die entsprechende Meinungsverteilung kaum. Von jenen Befragten, welche eine Erhöhung des Be-

standes fordern, unterstützen 93% die Vorgabe selbst dann, wenn die Erhöhung mit zusätzlichen Kosten verbunden wäre. Es zeigt sich also, dass die beträchtliche Minderheit der Schweizer Bevölkerung, welche zu einer Vergrößerung der Polizei „Ja“ sagt, auch gewillt wäre, die damit entstehenden Mehrkosten in Kauf zu nehmen. Alles in allem aber sind die SchweizerInnen mehrheitlich nicht der Meinung, die inneren Sicherheitskräfte müssten verstärkt werden, wie das angesichts des diesbezüglich schärferen Tons zwischen den politischen Parteien eigentlich zu erwarten wäre.

Gespalten ist die Bevölkerung bei Fragen der hoheitlichen Kompetenzen, die u.a. Gegenstand der erwähnten USIS-Untersuchungen waren. Insbesondere interessiert die Einstellung gegenüber der Schaffung eines Bundespolizeikorps, ein Anliegen, das im Zusammenhang mit USIS diskutiert worden ist. Genau die Hälfte aller Befragten, nämlich 50%, könnte sich mit einem Bundespolizeikorps „sehr“ (16%) oder „eher“ (34%) einverstanden erklären. Soziodemographische Unterschiede können keine konstatiert werden, höchstens die leicht positivere Beurteilung dieser Vorgabe durch politisch rechts Stehende. Nichts von der Schaffung einer nationalen Polizei hält eine allerdings beachtliche Minderheit von 47% der Befragten, wobei einzig Personen aus tieferen Bildungsschichten signifikant überdurchschnittlich dagegen votieren (52%).

Aus Spargründen werden statt einer Aufstockung der Polizei vermehrt Milizsoldaten zur Unterstützung und Bewältigung polizeilicher Aufgaben eingesetzt (sogenannte subsidiäre Einsätze). Diesen Entscheid des Bundesrates unterstützen 52% der Bevölkerung, 46% sind dagegen. Schwach signifikante Differenzen lassen sich bezüglich der politischen Selbsteinstufung, der Generationen und der Sprachregionen ausmachen. So befürworten eher die ab 60-Jährigen (61%) und politisch rechts Stehende (63%) den Einsatz von Milizsoldaten für polizeiliche Zwecke. Skeptisch hingegen geben sich vor allem politisch links stehende Befragte und solche aus der Westschweiz und dem Tessin.

Was wird von der polizeilichen Arbeit erwartet? Und: Was wird in Zeiten transnationaler Verschmelzung innerer und äusserer Sicherheitsbelange in Europa an grenzüberschreitender Kooperation hier zu Lande hingenommen? Vor allem letztere Frage hat mit Blick auf die Bilateralen Verträge II mit der EU, insbesondere dem geplanten Beitritt zu den Abkommen von Schengen und Dublin, an innenpolitischer Aktualität gewonnen.

Der Ausbau der Zusammenarbeit mit der Polizei anderer Staaten ist, wie schon letztes Jahr, prinzipiell unumstritten (88%, -3%; siehe Tabelle 8.2). In diesem Punkt herrscht über die verschiedenen politischen Lager hinweg Einigkeit. Sollte aber die schweizerische Unabhängigkeit durch diese Zusammenarbeit der Polizei mit unseren europäischen Nachbarn beschnitten werden, so können sich nur noch 56% der Befragten dafür erwärmen. Politisch links Positionierte akzeptieren eine mögliche Souveränitätseinbusse leichter als politisch rechts stehende Befragte (69% bzw. 52%). Besonders deutlich wird die

Meinungsspaltung im Zusammenhang mit unserem Index „Öffnungsbereitschaft“ (vgl. Kapitel 9): Während die „harten Öffnungswilligen“ zu 75% an einer Intensivierung der internationalen Polizeikooperation auch im Falle von Souveränitätseinbussen festhalten, sind es bei den „weichen“ nur 56%. „Autonomisten“ lehnen sie in diesem Fall mehrheitlich, d.h. zu 60%, ab. Zieht man in Betracht, dass durch einen Beitritt der Schweiz zum Schengen-Abkommen gewisse Souveränitätseinschnitte hinzunehmen wären, so hätte eine entsprechende Abstimmung im Februar 2004 nur knappe Erfolgchancen gehabt.

Weitere Fragen unserer Erhebung gelten der Präsenz und dem Verhalten der inneren Sicherheitskräfte, nämlich einerseits dem Umgang der Polizei mit DemonstrantInnen und andererseits dem gewünschten Umfang an Polizeipräsenz im öffentlichen Raum. Beide Themenkreise indizieren Haltungen und Erwartungen grundsätzlichen Charakters gegenüber wichtigen Bereichen polizeilicher Arbeit. Ihrer Bedeutung entsprechend wurden sie in der Erhebung mit einer positiv und einer negativ formulierten Vorgabe vorgelegt. Wie aus Tabelle 8.2 ersichtlich, wünschen sich drei Viertel der Befragten mehr Polizeipräsenz in Wohnquartieren und Stadtgebenden und ein härteres Durchgreifen gegen gewaltbereite DemonstrantInnen. Die Gegenvorgaben erfahren Ablehnung, der Verzicht auf mehr Präsenz weniger als die Forderung nach Zurückhaltung bei Demonstrationen. In Letzterer spiegelt sich die gespaltene Meinung hinsichtlich der Wirksamkeit einer repressiven versus einer eher deeskalierenden Vorgehensweise. Sowohl politisch links wie rechts stehende Befragte unterstützen ein härteres Vorgehen der Polizei gegen gewaltbereite Demonstranten und eine erhöhte Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgebenden. Dennoch differieren die Antworten nach dem Links-rechts-Muster. Während die rechte Seite grossmehrheitlich die Vorgaben gutheisst, ist das auf der linken Seite nur etwas mehr als die Hälfte. Wer sich links positioniert, setzt zudem eher auf potenziell deeskalierende Zurückhaltung, als wer sich rechts positioniert.

Neben der politischen Links-rechts-Einstufung als Unterscheidungskriterium differieren die Vorgaben je nach Region. So befürworten Befragte aus der Westschweiz tendenziell überdurchschnittlich stark repressive Massnahmen und sind besonders deutlich dagegen, dass sich die Polizei als Ordnungsmacht zurückhält. Während eine Mehrheit der DeutschweizerInnen es eher begrüßen würde, wenn sich die Polizei bei Demonstrationen so weit wie möglich zurückhält (59%), unterstützen nur gerade 22% der RomandEs diese Vorgabe. Zugleich treten sie mehr als die DeutschscheizerInnen dafür ein, die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum zu erhöhen (86%). Ähnliche Einstellungsmuster lassen sich auch im Tessin feststellen.

Alles in allem wünscht sich die Bevölkerung eine Verbesserung der inneren Sicherheit durch mehr internationale Zusammenarbeit, erhöhte Polizeipräsenz und ein repressi-

veres Vorgehen der Sicherheitskräfte, ohne indessen die Aufstockung der dafür benötigten Ressourcen ebenso konsequent zu fordern.

Tabelle 8.2

Das Einverständnis zu Aussagen zur inneren Sicherheit in Bezug auf die Polizei (Prozentangaben, in Klammern Werte aus dem Jahr 2003)

„Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass...	„sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent			
	alle	links	Mitte	rechts
<i>Internationale Polizeikooperation</i>				
... unsere Polizei enger mit der Polizei anderer Staaten zusammenarbeitet.“	88	84 (88)	89 (92)	89 (89)
„Unsere Polizei sollte auch dann enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenarbeiten, wenn wir SchweizerInnen dabei etwas von unserer Unabhängigkeit aufgeben müssen.“	56	69	55	52
<i>Kontrollen und Überwachung</i>				
... die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgebieten erhöht wird.“	75	62	75	83
„Auf eine grössere Polizeipräsenz in Städten und Dörfern sollte verzichtet werden, denn sie kann provozierend wirken.“	32	49	33	20
<i>Vorgehen gegen gewaltbereite Demonstranten</i>				
... die Polizei gegen gewaltbereite Demonstranten härter durchgreift.“	75	51	76	91
... sich die Polizei bei Demonstrationen so weit wie möglich zurückhält.“	48	75	47	36

© K.W. Haltiner SI/780/04/ts

8.3 Einstellungstypen der inneren Sicherheit

Um die Haltung der SchweizerInnen hinsichtlich der inneren Sicherheit genauer erfassen zu können, fragen wir nach typischen Einstellungs- bzw. Orientierungsmustern. Dabei stützen wir uns auf die folgenden vier Indikatoren der inneren Sicherheit:

Demzufolge kann die innere Sicherheit erwirkt werden durch...

- 1 *Kontrolle und Überwachung:*
Zwei Fragevorgaben zur stärkeren Kontrolle der AusländerInnen und zur Einstellung zu höherer Polizeipräsenz
- 2 *Bekämpfung politischer Extreme:*
Zwei Fragevorgaben zum Rechts- und Linksextremismus
- 3 *Potenzielle Beschränkung der Freiheit:*
Zwei Fragevorgaben zur Terrorismusbekämpfung und zur Überwachung per Video
- 4 *Integration und Deeskalation:*
Zwei Fragevorgaben zur Einbürgerung von AusländerInnen und zur polizeilichen Zurückhaltung bei Demonstrationen

Jedem Sicherheitsindikator sind zwei Fragevorgaben zugeordnet. Um die erhaltenen Antworten auf diese Vorgaben zur inneren Sicherheit (siehe Tabelle 8.1 und 8.2) besser darstellen zu können, wird ein Typologisierungsverfahren analog der internationalen Kooperationstypologie angewendet (vgl. Anhang I, Abschnitt IV). Dabei werden acht Vorgaben verwendet (siehe Abbildung C und Tabelle V in Anhang II).

Nimmt man ein Verfahren, das sich vor allem für grosse Fallzahlen eignet, so lassen sich als optimale Lösung zur Erklärung der Varianz drei Typen herausfiltern (K-Means-Verfahren). 1032 (86%) der 1200 Befragten können dabei eindeutig je einem Typ zugeordnet werden. Die drei Meinungstypen lassen sich folgendermassen charakterisieren:²

- „*Repressive*“ (36%): Sie stellen anteilmässig die grösste Gruppe. Charakteristisch für sie ist die konsequente Forderung nach mehr Kontrolle und Überwachung bei gleichzeitiger Hinnahme von Einschränkungen der persönlichen Freiheit, wenn damit grössere Sicherheit erkaufte werden kann. Überaus deutlich befürworteten sie die Bekämpfung des politischen Extremismus jedweder Provenienz wie auch eine stär-
- 2 14% der Befragten lassen sich keinem Typus zuordnen. Die Prozentzahl nennt deshalb den Anteil jener Personen, welche einem Typus zugeordnet werden können (N=1032).

kere Kontrolle des Ausländeranteils in der Schweiz. Eine erhöhte Polizeipräsenz in Quartieren wird stark befürwortet. Schwer tun sich die „Repressiven“ mit integrativen Massnahmen. So sehen sie keinen Sicherheitsgewinn in einer erleichterten Einbürgerung von AusländerInnen. Geteilter Meinung sind sie einzig in der Frage, ob sich die Polizei bei Demonstrationen zurückhalten soll. Alles in allem geht dieser Typus davon aus, dass innere Sicherheit nur über repressive Massnahmen wirksam gewährleistet werden kann.

Personen dieses Typus decken überdurchschnittlich stark das Alterssegment der ab 60-Jährigen und der tieferen Bildungsschichten ab. Ferner ist der Anteil der „Repressiven“ in der Deutschschweiz überproportional verbreitet. Ihre politische Ausrichtung reicht von der Mitte bis nach rechts.

- „*Gemässigt Repressive*“ (31%): Auch dieser Typus setzt bei der inneren Sicherheit auf repressive Massnahmen. „Gemässigt Repressive“ befürworten überaus deutlich, den Ausländeranteil zu kontrollieren und die Polizeipräsenz zu erhöhen. Von einer erleichterten Einbürgerung von AusländerInnen versprechen sie sich keinen Zuwachs an innerer Sicherheit, ebenso wenig von polizeilicher Zurückhaltung gegenüber gewaltbereiten Demonstranten. Gleichzeitig misst jedoch dieser Typus der Bekämpfung des politischen Extremismus keine hohe Priorität bei. Auch für ein Mehr an Videoüberwachung wollen sie keine Begeisterung aufbringen, können damit aber leben. Freiheitsbegrenzenden Massnahmen gegenüber ist dieser Typus somit eher skeptisch. Man befürwortet mehr repressive Massnahmen, möchte aber dafür die eigene Freiheit nicht ohne weiteres opfern.

VertreterInnen dieses Typs finden sich überdurchschnittlich oft unter jungen Erwachsenen, unter sich politisch rechts positionierenden Befragten, in der französischsprachigen Schweiz und im Tessin sowie in ländlicher Umgebung.

- „*Liberale*“ (33%): Die „Liberale“ lehnen die Kontroll- und Überwachungsfunktion des Staats mehr oder weniger klar ab. Für ihre Vorstellung von Sicherheit ist es nicht wichtig, dass der Linksextremismus bekämpft wird. Hingegen sind sie fest überzeugt, der Rechtsextremismus stelle derzeit eine Gefahr dar, die bekämpft werden müsse. Sie sehen in integrativen und deeskalierenden Massnahmen einen grösseren Sicherheitsgewinn als in repressiven. So sind sie der Meinung, die erleichterte Einbürgerung von AusländerInnen hätte einen positiven Einfluss auf die innere Sicherheit. Eben solches versprechen sie sich aus der Zurückhaltung der Polizei gegenüber gewaltbereiten DemonstrantInnen. Im Ausbau von Videoüberwachungen sehen sie noch stärker als der Typus des „gemässigt Repressiven“ eine potenzielle Beschneidung ihrer persönlichen Freiheit und lehnen ihn daher ab.

Überdurchschnittlich vertreten sind die „Liberalen“ unter den 18–29-Jährigen, im urbanen Umfeld und in den höheren Bildungsschichten. Nicht überraschend bezeichnen sich Personen dieses Typus in überdurchschnittlichem Masse als links stehend.

Das typologische Profil lässt sich differenzieren, indem weitere Einstellungsmerkmale einbezogen werden. So glauben deutlich mehr Befragte des Typus „Repressive“ (52%) und „gemässigt Repressive“ (41%) als Folge des gestiegenen Terrorrisikos unter eigenen Freunden und Bekannten eine erhöhte Ängstlichkeit feststellen zu können, als bei den „Liberalen“ (26%). Dies darf zumindest als Hinweis darauf gelten, dass die seit den Anschlägen in New York verschärfte Bedrohungslage Forderungen nach „härterem Durchgreifen“ im Rahmen der inneren Sicherheit förderlich sein dürfte (CC=0.23). Die „Repressiven“ sind zudem deutlich stärker unter den „Sicherheitsdominanten“ (vgl. Kapitel 7) zu finden als die „Liberalen“. Und während 74% der „Liberalen“ als politisch veränderungsorientiert gelten können, trifft das auf die beiden repressiven Typen nur minderheitlich zu (je 43%). Dieser Zusammenhang (CC=0.29) macht die bewahrende Grundhaltung, die sich im Wunsch nach mehr Kontrollen und Überwachung manifestiert, besonders deutlich. So erstaunt denn auch nicht, dass die beiden der Repression zuneigenden Typen innerer Sicherheit ein deutlich höheres Vertrauen in Polizei, Armee und Bundesrat aufweisen als der „liberale“ Typus (siehe Tabelle 8.3).³

Tabelle 8.3: Vertrauen in Behörden nach Typen „Innere Sicherheit“ (Prozentangaben)

	„Hohes“ Vertrauen in Prozent			CC
	Repressive	Gemässigt Repressive	Liberale	
Polizei	80	76	64	0.16
Armee	66	60	30	0.31
Gerichte	65	66	69	n.s.
Bundesrat	59	56	49	0.11
Parlament	43	47	38	n.s.

n.s. = nicht signifikant

3 Bezüglich des Vertrauens ins Parlament und die Gerichte unterscheiden sich die Typen nur marginal.

8.4 Innere Sicherheit – ein Fazit

Gemessen an der Intensität der Zustimmung schreibt die Bevölkerung einer Intensivierung der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit eine erstrangige Bedeutung zu, möchte diese aber möglichst ohne Beschneidung eigener Souveränität erreichen. Die Wahrscheinlichkeit einer Ablehnung eines allfälligen „Schengen“-Referendums (und somit einer Zustimmung zu internationaler Polizeikooperation) dürfte daher eher gering sein. Ebenso sieht die Bevölkerung grossmehrheitlich Handlungsbedarf bei der Waffenkontrolle. Unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit wird ferner die Kontrolle des Ausländeranteils hier zu Lande als prioritär eingestuft. Der Bekämpfung des Rechtsextremismus wird über alle politischen Lager hinweg hohe Bedeutung beigemessen, im Linksextremismus wird derzeit eine geringere Gefahr gesehen. Zugleich wünscht man sich mehr Polizeipräsenz und allgemein ein härteres Durchgreifen gegen Gefährdungen der inneren Sicherheit, vor allem wenn dabei Gewalt und Gewaltandrohungen mit im Spiel sind.

Die Wahrnehmung der inneren Sicherheit variiert – nicht unerwartet – in erster Linie und fast durchwegs signifikant entlang der politischen Selbsteinstufung, also auf der Links-rechts-Dimension. Dabei gilt, dass die integrativen Bemühungen in der Ausländerpolitik von linker Seite eher Unterstützung erfahren, während sich die Rechte hier kritischer gibt und mehr auf Kontrolle und Überwachung setzt.

Das Bild wird noch differenzierter, wenn nach Meinungstypen gefragt wird. Dabei lassen sich derzeit etwa drei gleich grosse Einstellungslager ausmachen. Die Überzeugung, dass die innere Sicherheit in erster Linie durch repressive Massnahmen, d.h. durch den Ausbau von Kontrollen und Überwachung, zu verbessern sei, ist bei zwei Dritteln vorherrschend. Diese Zweidrittelsmehrheit ortet Repressionsdefizite und ruft nach der starken Hand des Staates. Das eine Drittel ist dabei auch bereit, um der Sicherheit willen notfalls Einschränkungen in der persönlichen Freiheit hinzunehmen, das zweite Drittel würde solche nur sehr widerwillig akzeptieren. Alles in allem ist somit der Ruf nach mehr Repression zur Erhöhung der inneren Sicherheit in der Schweiz derzeit verbreitet. Dieser Mehrheitsmeinung steht eine Drittels-Minderheit gegenüber, die eine grössere Sicherheitswirkung über eine integrative Ausländerpolitik und eine moderat auszubauende, aber eher zurückhaltende Polizeipräsenz besser zu erreichen glaubt. Beim Einsatz der Armee für polizeiliche Zwecke ist die Bevölkerung gespalten.

Wie weit dieses repressionsorientierte Stimmungsbild eine Folge der in den letzten Jahren entstandenen inneren und äusseren Entwicklungsdynamik darstellt, lässt sich mangels Daten nicht sagen. Einiges, wie etwa der Zuwachs an allgemeiner Sicherheitsbetonung, deutet aber in diese Richtung.

9 ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN

9.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

Die aussenpolitische Kooperationsbereitschaft lässt sich mit einer Einzelfrage nicht angemessen beurteilen. Dieser Tatsache wird im Rahmen der Befragungsreihe „Sicherheit“ seit längerem Rechnung getragen, indem die Kooperationsbereitschaft über einen so genannten Index, also eine Zusammenstellung mehrerer Indikatoren, erfasst wird (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Diesem Index, bestehend aus insgesamt 20 Variablen, liegt die Überlegung zugrunde, dass sich eine maximale Öffnungsbereitschaft bzw. ein stark ausgeprägter Autonomiewunsch als Extreme eines Kontinuums verstehen lassen. Innerhalb dieses Kontinuums sind demnach auch mildere Ausprägungsformen sowohl der Autonomie wie der Öffnung denkbar. Maximal Öffnungsbereite zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beitritte zu supra- bzw. internationalen Institutionen wie der EU und der Nato befürworten und sich eine Schweiz wünschen, die sich innerhalb der Uno stark engagiert. Eine abgemilderte Form der Öffnungsbereitschaft liesse sich dadurch charakterisieren, dass man etwa der Uno durchaus wohlwollend gegenüber steht, hingegen von einem EU- geschweige denn einem Nato-Beitritt nichts wissen will. Als Autonomismus kann jene Haltung definiert werden, die jeglicher Art von internationaler Kooperation kritisch gegenüber steht und generell danach trachtet, das aussenpolitische Engagement der Schweiz zu minimieren.

Eine besondere Rolle kommt in der Frage der aussenpolitischen Öffnungsbereitschaft der Neutralitätseinstellung zu. So ist eine Aufgabe der Neutralität lediglich für maximal Öffnungsbereite denkbar, während Personen, die auf einer maximalen Unabhängigkeit der Schweiz beharren, auch an einem traditionellen Neutralitätsverständnis festhalten wollen.

Für jene BürgerInnen, die eine differenzierte Öffnungsbereitschaft an den Tag legen, sind auch verschiedene Varianten des Neutralitätsverhaltens denkbar – so zum Beispiel klare Stellungnahmen der offiziellen Schweiz in politischen Konflikten bei gleichzeitiger Zurückhaltung im Falle von militärischen Auseinandersetzungen.

Abbildung 9.1 stellt das oben geschilderte Kontinuum zwischen Autonomie und Öffnung grafisch dar.

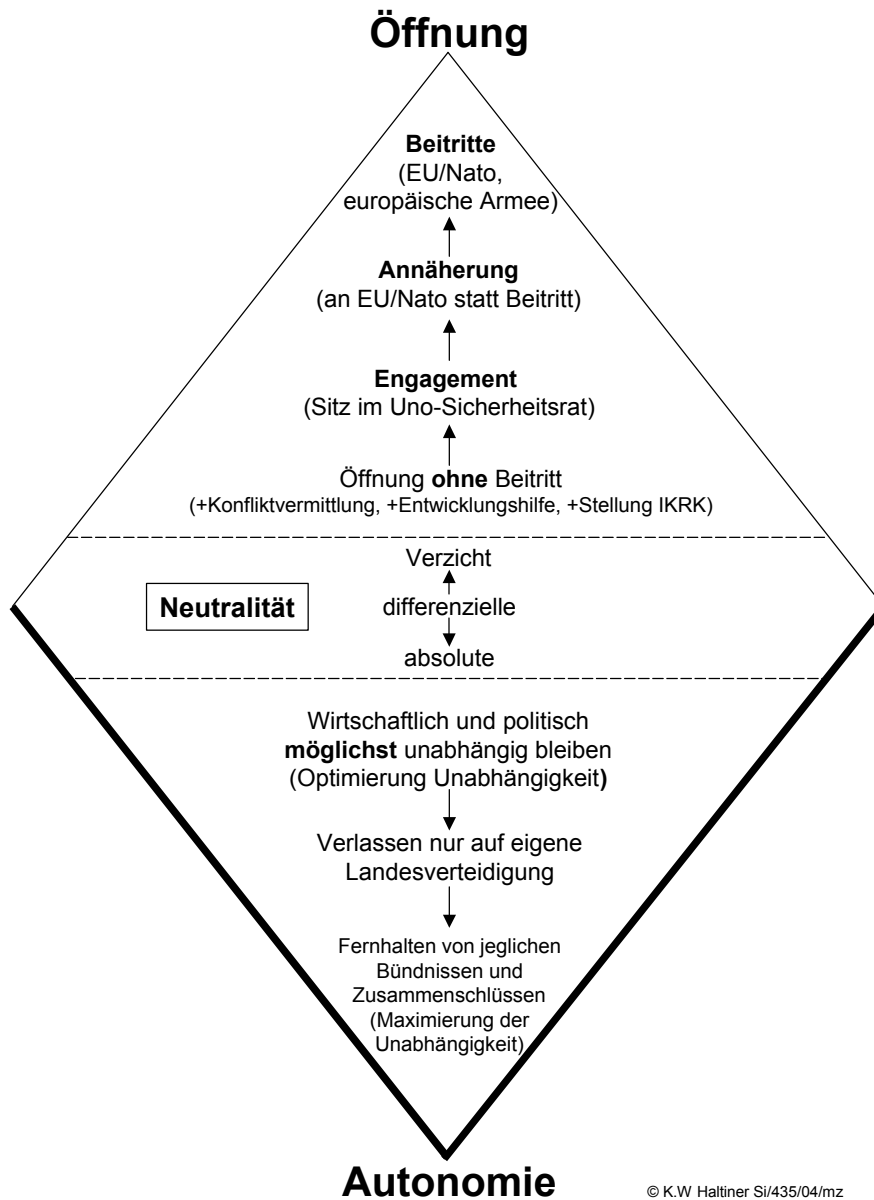
9.2 Die 20 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 20 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Bereitschaft zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung oder Beitritte zur EU (siehe Abbildung 9.2) und zur Nato,
- Bereitschaft zu einem verstärkten Engagement innerhalb der Uno (siehe Abbildung 9.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildungen 9.5),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 10.1, Kapitel 10),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 9.6).

Abbildung 9.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximalem Autonomismus



9.3 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Europäische Union

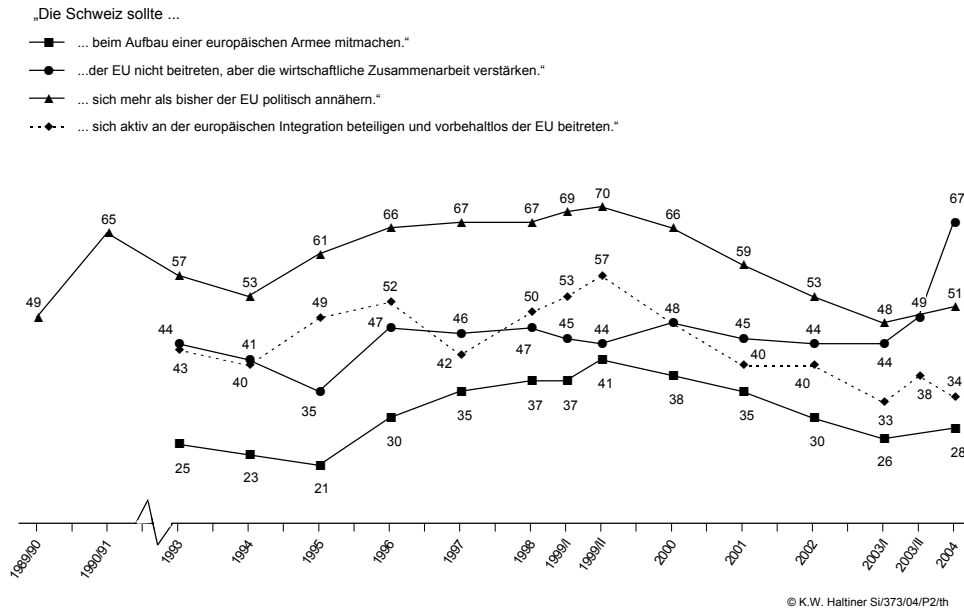
Die Bereitschaft zur politischen Annäherung an die EU zeigt sich im Februar 2004 verglichen zum Vorjahr leicht erholt. 52% (+4%) befürworten die Annäherung, was allerdings immer noch ein deutlich geringerer Anteil ist als noch 2001 (59%) oder gar 1999 (69%). Einen Beitritt zur EU kann sich dagegen nach wie vor nur jede(r) Dritte vorstellen (34%, +1%). Nachdem der Beitritt zwischen 1997 und 1999 (57%) mehrheitsfähig war, liegt die Zustimmung seither mit rückläufiger Tendenz wieder unter 50%. Während die Beitrittsbereitschaft in der deutschen Schweiz stagniert (27%, -2%), hat sie in der Romandie wieder deutlich zugenommen (52%, +9%). Eine Mittelposition nimmt die italienische Schweiz ein (43% Zustimmung). Etwas höher als vor Jahresfrist ist die Zahl der jungen Befragten (18–29 Jahre), die einen EU-Beitritt wünschen. Sie liegt gegenwärtig bei 35% (+6%).

Eine Mehrheit für einen EU-Beitritt (57%) gibt es lediglich unter denjenigen, die sich als politisch links stehend einstufen. Ansonsten herrscht selbst in sozialen Gruppen, die als relativ EU-freundlich gelten (Junge, obere Bildungsschichten) Skepsis vor.

Kaum Vorbehalte gibt es hingegen bezüglich einer intensivierten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU. Eine solche wird breit befürwortet (67%).

Abbildung 9.2

Europäische Integration (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



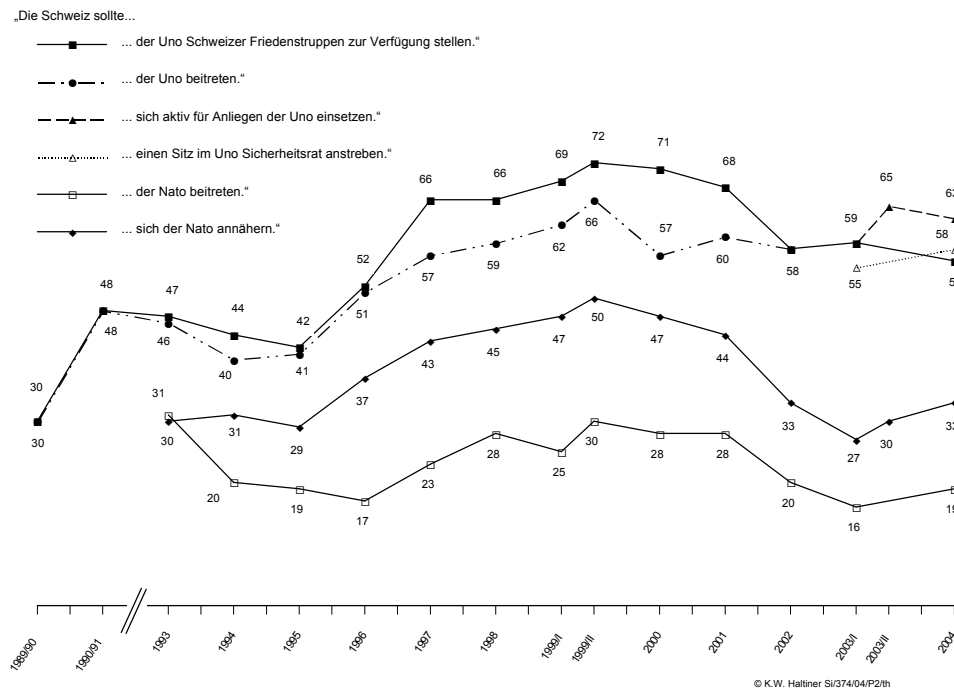
9.4 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato und erhöhtes Engagement in der Uno

Nach einem harten Abstimmungskampf wurde am 3. März 2002 die Volksinitiative für den Uno-Beitritt mit 55% Ja-Stimmen angenommen. 2003 wurden deshalb erstmals zwei neue Fragen zum Verhältnis Schweiz-Uno aufgenommen. Dabei zeigte sich, dass die Uno über relativ viel Kredit in der Schweizer Bevölkerung verfügt, wurden doch sowohl die Zielsetzung eines Sitzes im Uno-Sicherheitsrat als auch der aktive Einsatz der Schweiz für Anliegen der Uno deutlich befürwortet. 2004 liegen die dementsprechenden Zustimmungswerte sogar noch etwas höher. 58% (+3%) sprechen sich dafür aus, dass die Schweiz sich um einen Sitz im Sicherheitsrat bemüht. Fast zwei Drittel (63%, +4%) der SchweizerInnen meinen zudem, die Schweiz solle sich „aktiv und an vorderster Front“ für Anliegen der Uno einsetzen. Die Befürwortung eines starken Schweizer Engagements für die Weltorganisation ist bei Frauen (65%) etwas stärker ausgeprägt als bei Männern (60%).

Relativ deutlich fallen wiederum die Unterschiede zwischen der Deutsch- und Welschschweiz aus. Sind es in der Romandie drei von vier Befragten (77%, +7%), die wünschen, dass die Schweiz sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzt, erklären sich in der Deutschschweiz lediglich 57% (+2%) mit dieser Vorgabe einverstanden.

Abbildung 9.3

Einstellung zu Uno/Nato (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



In den oberen Bildungsschichten (Hochschulabschluss) sind es ebenfalls überdurchschnittlich viele Befragte, die möchten, dass sich die Schweiz für Uno-Anliegen engagiert (73%). Wenig Anklang findet das Engagement in Sachen Uno bei denjenigen, die sich selbst als rechts stehend bezeichnen. Sie stimmen der Vorgabe, wonach die Schweiz sich für Anliegen der Uno einsetzen solle, lediglich mit 46% zu. Befragte mit rechter politischer Gesinnung sind es auch, die als Einzige einen Sitz der Schweiz im Uno-Sicherheitsrat ablehnen (Zustimmung lediglich 47%).

Dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellt, wird seit Mitte der 1990er Jahre mehrheitlich gutgeheissen. Allerdings liegt die gegenwärtige Zustimmung

von 56% (-3%) deutlich unter den Werten, die zwischen 1997 und 2001 gemessen wurden.

Die insgesamt doch recht positiven Einstellungen zur Weltorganisation nehmen sich im internationalen Vergleich durchaus bemerkenswert aus. Eine vom Pew Research Center in 20 Ländern und bei über 16 000 Personen ab 18 Jahren im Mai 2003 durchgeführte Erhebung zeigt nämlich auf, dass die Uno nach Kriegsende im Irak fast durchwegs als „weniger bedeutend“ angesehen wird als vor Kriegsbeginn.⁴

Während die Annäherungsbereitschaft an die Nato 2003 auf einem Tiefpunkt angelangt war, ist 2004 eine leichte Erholung zu erkennen. Im Februar sprechen sich 33% (+6%) für eine Annäherung ans Nordatlantische Bündnis aus – gleich viele wie 2002. An der Tatsache, dass ein Nato-Beitritt nur für wenige Schweizer BürgerInnen in Frage kommt, hat sich hingegen nichts geändert. Lediglich 19% (+3%) können sich die Schweiz als Nato-Mitglied vorstellen. Die Haltung zur Nato-Annäherung variiert kaum nach soziodemographischen Merkmalen, einzig Angehörige höherer Bildungsschichten zeigen sich etwas Nato-freundlicher und befürworten eine Annäherung zu 39%.

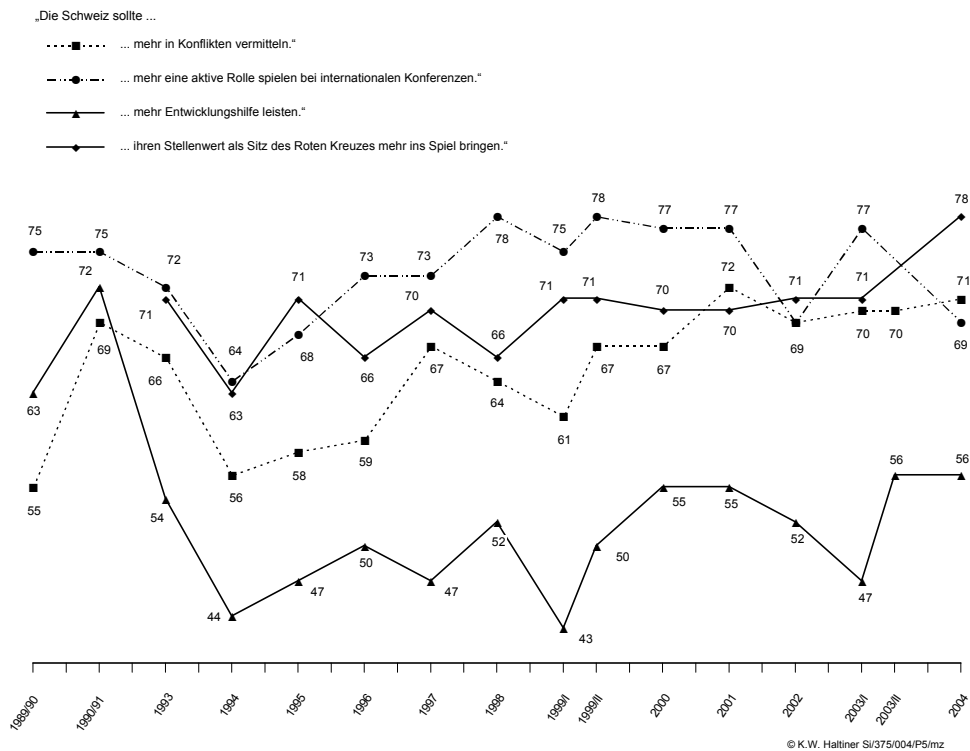
9.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Sieben von zehn SchweizerInnen sind damit einverstanden, dass die Schweiz in internationalen Konflikten zu vermitteln versucht (71%, +1%). Ähnlich viele Befragte, aber deutlich weniger als noch vor Jahresfrist, befürworten zudem eine aktive Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen (69%, -8%). Die diesbezüglich rückläufige Zustimmung könnte ihre Ursache in den enormen Aufwendungen für die kürzlich in der Schweiz durchgeführten Grossveranstaltungen haben (WEF, G-8-Gipfel). Mehr als drei Viertel der SchweizerInnen fordern hingegen, die Schweiz solle ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes stärker ins Spiel bringen. Deutlich über 50%, und damit mehr Personen als im Februar 2003, sprechen sich ferner für eine Erhöhung der Entwicklungshilfe aus (56%, +9%).

4 Zugänglich unter: <http://people-press.org/reports/display.php3?ReportID=185> (Stand: 26.5.2004).

Abbildung 9.4

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen („weiche“ Kooperation – Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)

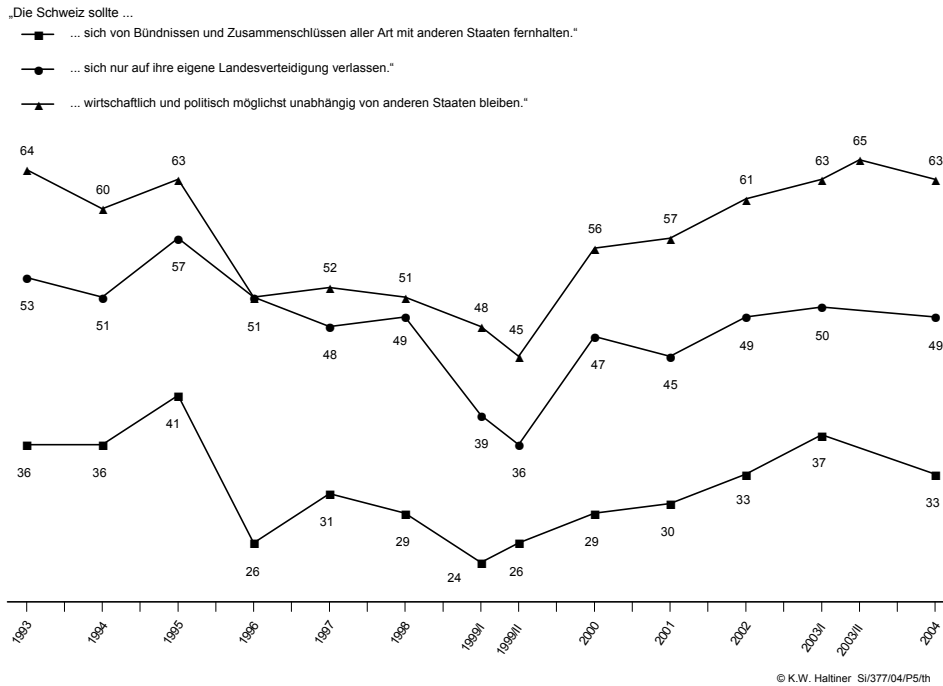


9.6 Betonung der nationalen Autonomie

Nach wie vor sind rund zwei Drittel der Befragten der Ansicht, die Schweiz solle „wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben“ (63%, ±0%). Zum Vergleich: Im August 1999 vertraten lediglich 45% diese Ansicht. Immerhin jede(r) Zweite (49%, -1%) ist der Ansicht, die Schweiz habe sich lediglich „auf ihre eigene Landesverteidigung zu verlassen“. Die zugespitzte Aussage, wonach die Schweiz „sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten“ fernzuhalten habe, findet die Zustimmung von 33% (-4%).

Abbildung 9.5

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



9.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993–2004

Die aussenpolitische Öffnungsbereitschaft der SchweizerInnen wird mit insgesamt 20 Fragen beleuchtet (vgl. Abschnitte 9.2–9.6). Neun besonders stark differenzierende Fragen werden seit mehreren Jahren dazu verwendet, eine so genannte Kooperationstypologie zu bilden. Diese Typologie unterscheidet drei charakteristische Haltungen gegenüber der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz.

Als „harte Öffnungswillige“ können Personen bezeichnet werden, welche eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz selbst unter Inkaufnahme gewisser Souveränitätseinbussen befürworten. Sie unterstützen nicht nur einen EU-, sondern auch einen Nato-Beitritt der Schweiz. Die Schweizer Neutralität halten sie für ein Auslaufmodell und plä-

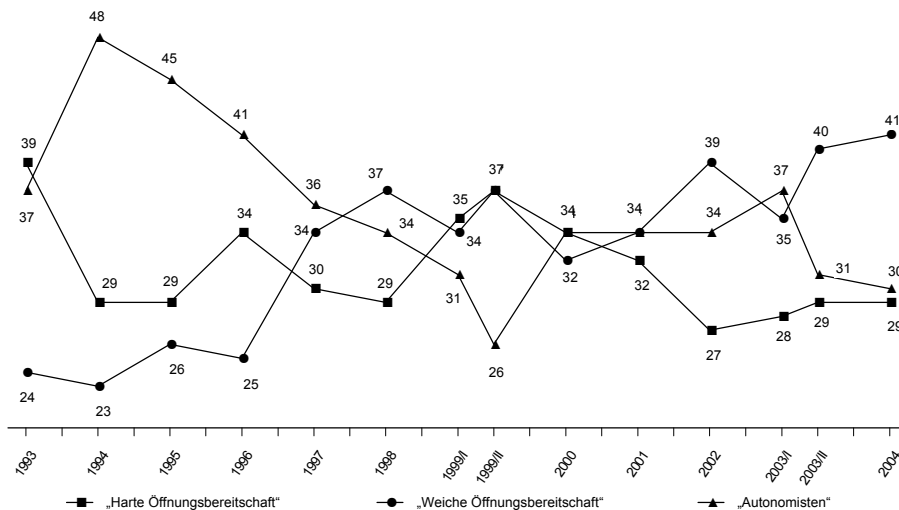
dieren für ihre Aufgabe. Selbstredend verlangen sie ein verstärktes Schweizer Engagement in der Uno.

Die diametral entgegengesetzte Haltung wird von den so genannten „Autonomisten“ eingenommen. Sie lehnen nicht nur EU- und Nato-Beitritt ab, sie sprechen sich auch für eine nur aufs Notwendigste begrenzte Kooperation mit diesen Institutionen aus. Nach dem gegen ihren Willen erfolgten Beitritt zur Uno konzentrieren sie sich auf die Verhinderung eines verstärkten Engagements innerhalb der Weltorganisation und bekämpfen Bestrebungen der Schweiz, einen Sitz im Uno-Sicherheitsrat zu erlangen.

„Weiche Öffnungswillige“ sind zwischen den beiden eben geschilderten Kooperationsstypen anzusiedeln. Der aussenpolitischen Kooperation stehen sie grundsätzlich positiv gegenüber, insbesondere was die Uno angeht. Einen EU- oder gar einen Nato-Beitritt lehnen sie allerdings ab. Man könnte auch sagen, dass die „weichen Öffnungswilligen“ eine maximale Kooperation bei minimaler Souveränitätseinbusse wünschen.

Abbildung 9.6

Die Kooperationsstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993–2002
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/395/04/P3/th

Wie bereits erwähnt, wurden aufgrund des Irakkriegs 2003 zwei Erhebungen durchgeführt, eine im Februar, eine zweite im April. Während im Februar die „autonomistische“ Grundhaltung mit 37% anteilmässig obenaus schwang, galt dies im April für die „weiche Öffnungsbereitschaft“. Die – vermeintliche – weltpolitische Entspannung gegen Kriegsende hatte also eine Zunahme der „weichen Öffnungsbereitschaft“ und eine Abnahme des „Autonomismus“ zur Folge. Im Februar 2004 zeigen sich die Messwerte denjenigen der Aprilerhebung 2003 sehr ähnlich. 30% (-7%)⁵ der Befragten zeigen ein Antwortverhalten, das als „autonomistisch“ bezeichnet werden kann. Den Gegenpol bilden diejenigen 29% (+1%), die eine „harte Öffnung“ der Schweiz favorisieren. Am häufigsten wird eine „weiche Öffnung“ angestrebt, nämlich von 41% (+6%) der Befragten.

Abbildung 9.7

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? – aussenpolitische Kooperationstypen im Vergleich



5 Die Differenzen beziehen sich auch in diesem Abschnitt auf die Februarerhebung 2003.

9.8 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung

Wie setzen sich die Kooperationstypen soziodemographisch zusammen? Autonomisten und „harte Öffnungsbereite“ können besonders gut nach Kriterien der politischen Selbsteinstufung getrennt werden. Wer sich selbst als rechts stehend bezeichnet, neigt weit häufiger dem „Autonomismus“ zu als jemand, der sich dem linken politischen Spektrum zuordnet (51% versus 7%). Aus der politischen Mitte gehören 28% dem „autonomistischen“ Typ an. Weiter bestehen Unterschiede je nach Bildungsgrad der Befragten. Personen mit einem Hochschulabschluss werden seltener den „Autonomisten“ zugerechnet als Personen mit mittlerer oder lediglich obligatorischer Bildung (22% versus 34% bzw. 35%). Dagegen bekennen sich 62% der Linken zu einer „harten Öffnung“ der Schweiz, was im mittleren politischen Spektrum nur von 27% unterstützt wird und rechts der Mitte nur die Gunst von 13% findet. Entsprechend ihrer moderaten politischen Selbsteinstufung können Angehörige der politischen Mitte am häufigsten den „weichen Öffnungsbereiten“ zugeordnet werden (45%). 27% von ihnen fordern allerdings auch eine „harte“ politische Öffnung und 28% verfügen über eine „autonomistische“ Grundhaltung.

9.9 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Es liegt auf der Hand, dass sich die drei Kooperationstypen in ihrer Haltung zu einem allfälligen EU-Beitritt unterscheiden. Dabei sind die Differenzen zwischen den „harten Öffnungswilligen“ und den „Autonomisten“ besonders drastisch. Während die „harten Öffnungswilligen“ einem EU-Beitritt praktisch uneingeschränkt zustimmen (90%), lehnen „Autonomisten“ einen solchen ebenso vehement ab (94%). Die „weichen Öffnungswilligen“ befinden sich in dieser Frage übrigens in engerer Nachbarschaft zu den Autonomisten als zu den „harten Öffnungswilligen“, befürworten doch auch unter ihnen nur 14% einen EU-Beitritt.

10 DIE NEUTRALITÄT

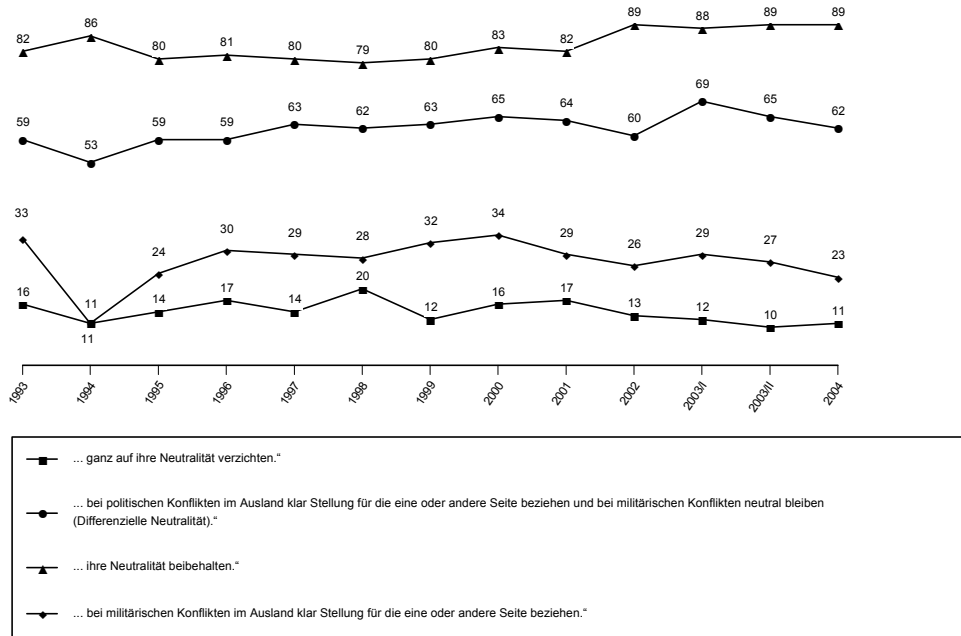
Seit 2002 bewegt sich die Zustimmung zur Neutralität auf einem noch nie da gewesenen Niveau. Mit 89% (+1%) wird das hohe Niveau der Zustimmung zur Neutralität wiederum belegt. Als Prinzip der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik wird sie zu Beginn des neuen Jahrtausends stärker akzeptiert als zu Beginn der neunziger Jahre (siehe Abbildung 10.1). Ihre Billigung variiert aber vor allem nach der politischen Einstellung und dem Alter der Befragten. Die ab 60-Jährigen stehen weiterhin fast geschlossen hinter dem Prinzip (92%, ±0%), die jungen Erwachsenen dagegen halten unterdurchschnittlich stark an ihr fest, dies aber auf hohem Niveau (83%). Die grösste Differenz existiert zwischen sich politisch links positionierenden Befragten (77%) und politisch rechts Stehenden (96%; CC=0.24).

Es erstaunt nicht, dass wenn nur jede zehnte Person ganz auf die Neutralität verzichten möchte (11%). Somit bestätigt sich der schon letztes Jahr entdeckte mutmassliche Zusammenhang zwischen einem Anstieg der Bedrohungswahrnehmung und dem Erstarren traditioneller Werte. Statistisch zwar immer noch signifikant unterschiedlich, nähern sich die Sprachregionen in der Frage nach dem Neutralitätsverzicht zunehmend an. Nur noch 15% (-4%) der Befragten aus der französischsprachigen und 16% (-11%) aus der italienischsprachigen Schweiz hegen Skepsis gegenüber der Neutralität. Analog zur Beibehaltung der Neutralität lassen sich gemäss politischer Einstellung bezüglich Neutralitätsverzicht Differenzen bei der Beurteilung erkennen. Politisch links Stehende befürworten zu 25% (+1%) die Abschaffung der Neutralität, wohingegen rechts Stehende die Aufhebung der Neutralität kaum befürworten (7%, -1%).

Die Zustimmung zur differenziellen Neutralität – ermittelt mit der Aussage „Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben“ – bewegt sich im langjährigen Mittel (62%, -7%; siehe Abbildung 10.1). Der kurzfristige Auftrieb bei der Einstellung zur differenziellen Neutralität durch den Irakkrieg hat sich wieder abgeschwächt. Deutlich wird dies in der differenziellen Gutheissung der Neutralität nach dem Grad der nationalen Öffnungsbereitschaft: Obwohl die „weichen Öffnungsbereiten“ (vgl. Kapitel 9, Index der Kooperationsbereitschaft) eine differenzielle Neutralität weiter am stärksten unterstützen (76%, -7%), hat sich ihre Zustimmung 2004 vermindert. Dass die „Autonomisten“ nur noch in der traditionellen Neutralität die für sie bestimmende Marschrichtung der Schweizer Politik sehen und der differenziellen Neutralität nicht mehr mehrheitlich zustimmen, zeigt sich im Februar 2004 sehr deutlich (40%, -17%).

Abbildung 10.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität: „Die Schweiz sollte... (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



© K. Haltiner Si/376/04/P8/th

Die De-facto-Aufhebung der Neutralität – d.h. die Auffassung, dass die Schweiz auch in militärischen Konflikten klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen sollte – erreicht 2004 mit 23% (–6%) die tiefste Zustimmung seit 1994. Am ehesten unterstützen die „harten Öffnungswilligen“ (44%, –8%) gefolgt von sich politisch links positionierenden Befragten (34%, –9%), eine völlige Abkehr von dieser Maxime schweizerischer Aussenpolitik. Die deutliche Abnahme in der Zustimmung zu einer De-facto-Aufhebung der Neutralität auf der linken politischen Seite zeigt, dass durch den Irakkrieg eine Verunsicherung in Bezug auf ihre politische Bewertung entstanden ist. Die Rückbesinnung auf das neutrale Abseitsstehen bei militärischen Konflikten wird in Krisenzeiten über alle politischen Lager hinweg salonfähig.

Das Prinzip „Neutralität“ geniesst in der Schweiz offensichtlich eine ungebrochen hohe Zustimmung. Die Werte bewegen sich auf dem selben Niveau wie zu Zeiten des Kalten Krieges, als es die staatstragende Maxime par excellence verkörperte.

10.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. Die StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Funktionen der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Art von Vorteilen bzw. Nachteilen die SchweizerInnen mit der Neutralität in Zusammenhang bringen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei wie folgt:

1 *Solidaritätsfunktion:*

Gute Dienste als Vermittler in Konflikten (Zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 10.2).

2 *Identitätsfunktion:*

Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität und symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“ (Zwei Fragevorgaben gemäss Abbildung 10.3)

3 *Sicherheitspolitische Funktion:*

Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa und militärische Schutzwirkung. (Drei Fragevorgaben gemäss Abbildung 10.4)

Zusätzlich wird erhoben, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt (eine Fragevorgabe gemäss Abbildung 10.2).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Bei der Formulierung der Fragen musste zudem beachtet werden, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. Wir haben jene Neutralitätsmeinungen erhoben, die es uns ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (vgl. Abschnitt 10.3) zu bilden.

10.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993–2004

Wie die Abbildungen 10.2 bis 10.4 zeigen, stossen vor allem die Solidaritäts- und die Identitätsfunktion in der Bevölkerung auf hohen Konsens. Alle positiv formulierten Aussagen werden klar gutgeheissen, alle negativen Formulierungen hingegen abgelehnt. Seit zehn Jahren bewegen sich die Werte auf demselben Niveau. Zeigt sich diesbezüglich hohe Stabilität, so ist das bei der sicherheitspolitischen Schutzfunktion nicht der Fall. Diese

folgt in ihrem Zyklus der wahrgenommenen Bedrohungsintensität. D.h., in Zeiten wachsender Bedrohungswahrnehmung steigt ihre Wertschätzung (2002–2003), um bei abnehmender Bedrohungswahrnehmung wieder zu sinken. 2004 ist noch eine Minderheit der Meinung, dass die bewaffnete Neutralität zu Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne (46%, –7%).

10.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

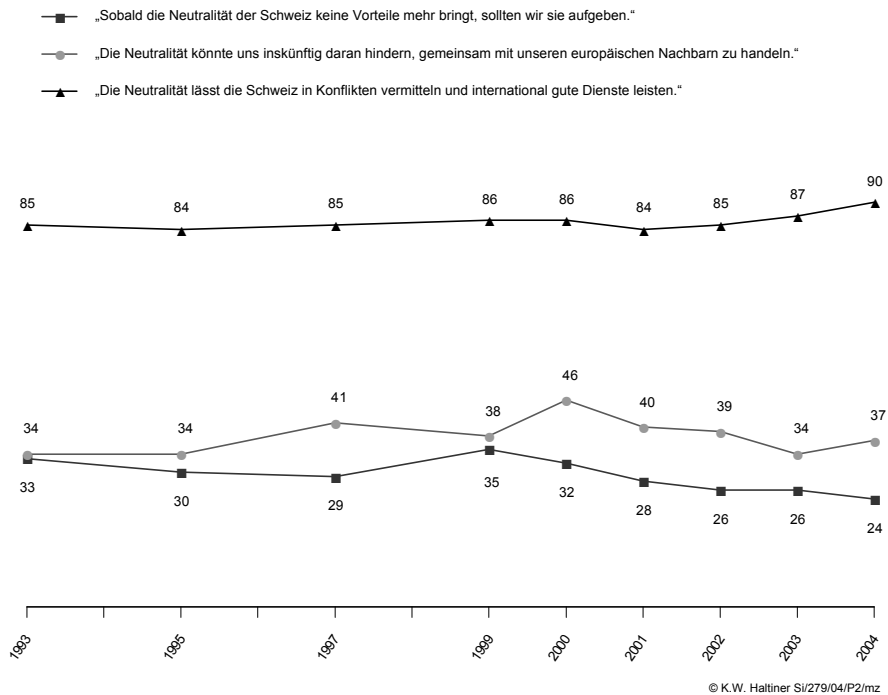
Noch nie zuvor zeigten sich so viele SchweizerInnen überzeugt, dass dank der Neutralität die Schweiz dazu prädestiniert sei in Konflikten zu vermitteln und international gute Dienste zu leisten (90%, +3%; siehe Abbildung 10.2). Die „Genfer“ Friedensinitiative, die während der Erhebung medienwirksam war, mag dazu beigetragen haben.⁶ Die positiv formulierte Solidaritätsfunktion wird in den verschiedenen soziodemographischen Gruppen mehr oder weniger gleich bewertet. Es treten nur minimale signifikante Unterschiede bezüglich Alter auf. Die „harten Öffnungswilligen“ sind deutlich kritischer (85%, +1%) als die „weichen Öffnungswilligen“ und die „Autonomisten“ (95%, +3% bzw. 92%, +1%; CC=0.20).

Nur eine Minderheit sieht in der Neutralität der Schweiz ein Hindernis für gemeinsames europäisches Handeln (37%, +3%). Offensichtlich bildet nach Ansicht der Bevölkerungsmehrheit die Neutralität kein Hemmnis für die europäische Zusammenarbeit. Befragte aus der Westschweiz (46%), die 18–29-Jährigen (47%) wie auch politisch links positionierte Befragte (46%) sind diesbezüglich am kritischsten. Nur die „harten Öffnungswilligen“ betrachten die Neutralität mehrheitlich als Hemmschuh für solidarisches Handeln im europäischen Raum (52%, –3%).

6 Nach zweijähriger Vorarbeit haben am 1. Dezember 2003 eine israelische und eine palästinensische Delegation auf privater Basis, aber mit der Unterstützung der offiziellen Schweiz, einen Vertrag unterschrieben, der bezüglich pender Streitpunkte Kompromisse vorschlägt.

Abbildung 10.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität (Angaben in Prozent)



Ob die Neutralität als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird oder ob man ihr in der Durchschnittsbevölkerung finalen Charakter zuschreibt, wird durch die Aussage „Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben“ erfragt. Die Vorgabe wird von einem Viertel (24%, -2%) gebilligt. Besser könnte das bedingungslose Festhalten an der schweizerischen Staatsmaxime wohl nicht zum Ausdruck kommen. Diese Vorgabe variiert nach dem Alter ($\gamma=0.22$). So sind die 18–29-Jährigen eher der Meinung, dass die Neutralität aufzugeben sei (36%), wenn sie keine Vorteile mehr biete, während die ab 60-Jährigen diese Vorlage nur zu 20% befürworten. Befragte aus der Romandie zeigen eher einen klaren Pragmatismus, würden doch 41% die Neutralität aufgeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Diese Meinung teilt nur ein Fünftel der DeutschweizerInnen.

Die Neutralität wird weiterhin in hohem Masse als Wert an sich betrachtet. Die Überzeugung, dass die Neutralität den Guten Diensten unseres Landes besonders förderlich sei, ist ungebrochen.

10.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

Drei Viertel der SchweizerInnen verbinden die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken (75%, +3%; siehe Abbildung 10.3). Dabei assoziieren vor allem politisch rechts Stehende die Neutralität mit der Schweiz (84%). Deren Haltung erweist sich über die letzte Dekade hinweg als äusserst stabil. Kritischer gegenüber der Verbindung von Neutralität und Staatsgedanken sind sich politisch links positionierende Personen (60%, -7%).

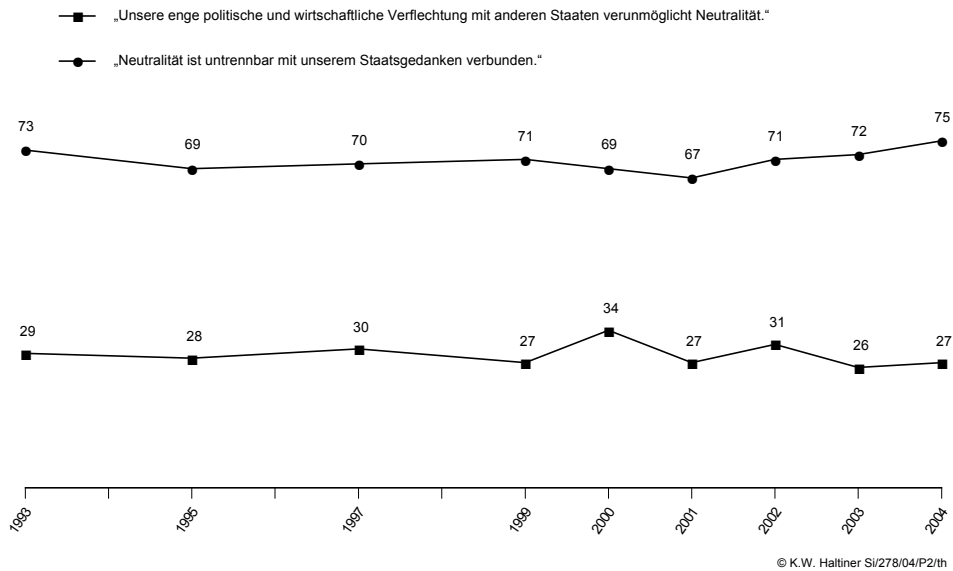
„Harte Öffnungswillige“ haben ihre früher kritische Haltung gegenüber der Neutralität zu Beginn des neuen Jahrtausends revidiert. Sie identifizieren sich wieder in zunehmendem Masse mit der Neutralität. Erklärten sich 2001 bloss 44% mit der Verbindung zwischen Neutralität und Staatsgedanken einverstanden, so sind es derzeit 60% (+1%).⁷

Es erstaunt deshalb nicht, wenn nur eine kleine Minderheit (27%, +1%) glaubt, die enge politische und wirtschaftliche Verflechtung der Schweiz mit anderen Staaten verunmögliche echte Neutralität. Diese negative Beurteilung der Identitätsfunktion findet relativ starken Anklang bei den 18–29-Jährigen (37%) und bei den sich politisch links positionierenden Befragten (38%, +3%). Aber auch in diesen beiden soziodemographischen Gruppen stimmen nur Minderheiten zu.

7 „Weiche Öffnungswillige“: 83%, -1%; „Autonomisten“: 89%, +2%; CC=0.31.

Abbildung 10.3

Die Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität (Angaben in Prozent)



10.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

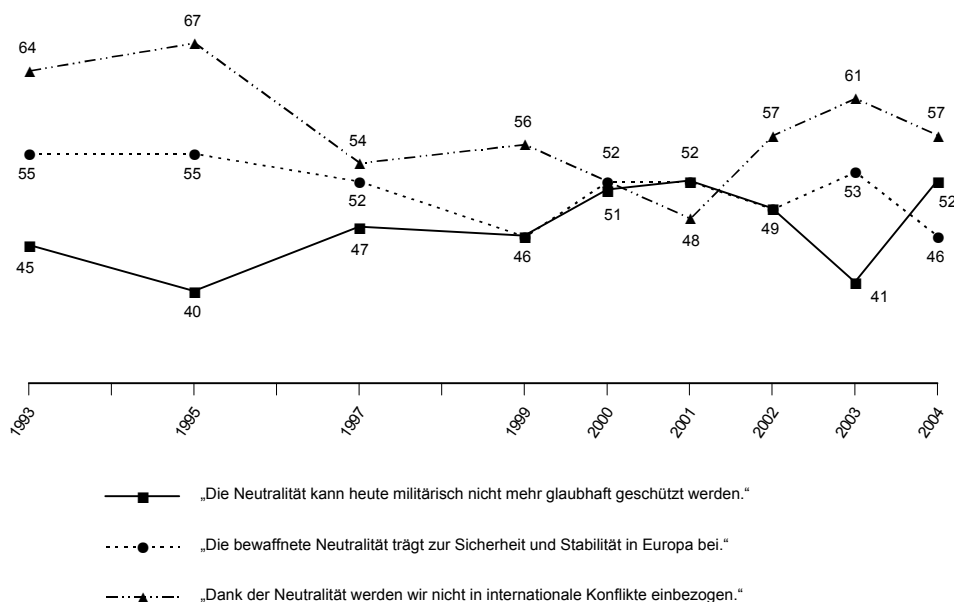
Die Tendenz der Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität verläuft anders als jene der Identitäts- und der Solidaritätswirkung. Während sich letztere Funktionen relativ stabiler Akzeptanz erfreuen, verlor erstere in den Augen der Bevölkerung nach 1993 stetig an Glaubwürdigkeit und machte einer kritischeren Sicht Platz (siehe Abbildung 10.4). Dieser Trend erfuhr nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA eine eigentliche, ja eine dramatische Wende. Die früheren Zweifel verfliegen mit der steigenden Bedrohungswahrnehmung und machten erneut dem Glauben an einen „Schutz durch Neutralität“ Platz. Die SchweizerInnen meinten durch ihre Neutralität nicht in internationale Konflikte einbezogen zu werden. Dies zu 61% im Jahre 2003, während noch im Januar 2001 der Zweifel überwogen hatte (Zustimmung 48%). Gegenläufig dazu verschwand die Skepsis gegenüber der Chance, die Neutralität notfalls auch militärisch schützen zu können, wieder. Diese Renaissance der Schutzfunktion im schweizerischen Meinungsbild scheint 2004 vorbei zu sein, die Skepsis ist dieses Jahr wieder in Zunahme begriffen: Waren es im Vorjahr noch 61%, die an eine neutralitätsbewirkte Schonung der Schweiz glaubten, so sind es dieses Jahr 57% (-4%) der Befragten.

Meinten letztes Jahr 53%, die Neutralität leiste einen Beitrag zur europäischen Stabilität, so sind es heuer nur noch 46% (-7%). Und waren letztes Jahr nur noch 41% der Überzeugung, die Neutralität lasse sich militärisch schützen, so ist es jetzt wieder eine Mehrheit von 52% (+11%).

Die Unterschiede nach soziodemographischen Merkmalsgruppen sind über alle drei Vorgaben in Abbildung 10.4 hinweg konstant: Einerseits sind Personen mit tiefer Schulbildung und politisch rechter Einstellung, sowie im geringeren Masse ältere Befragte und TessinerInnen vom dissuasiven Faktor der Neutralität überzeugt. Andererseits bezweifeln vor allem sich politisch links Positionierende wie auch – auf tieferem Niveau – höher Gebildete, Personen aus der französischsprachigen Schweiz und die jüngeren Befragten die Schutzwirkung der Neutralität.

Abbildung 10.4

Die Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität („sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



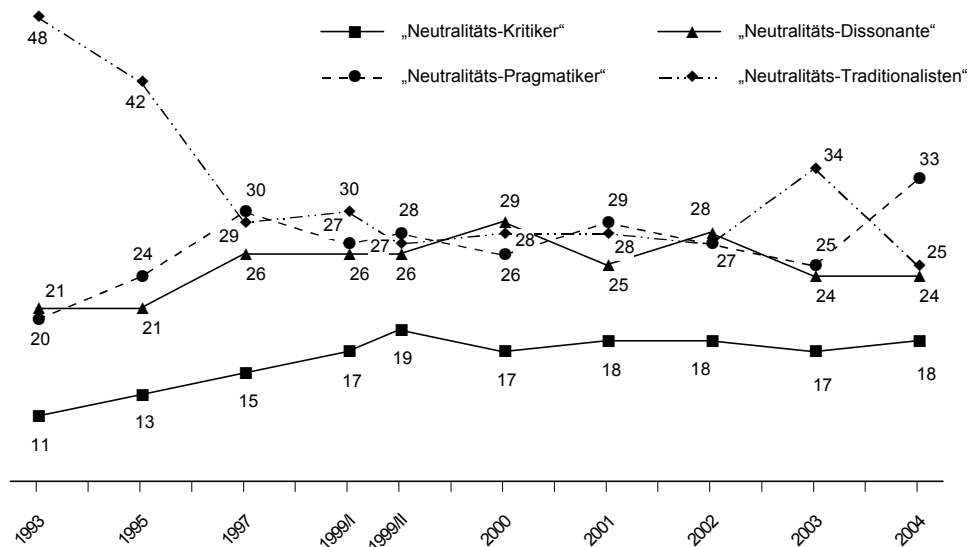
© K.W. Haltiner Si/277/04/P3/th

10.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie im Falle der aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft kann auch bezüglich den Neutralitätsauffassungen erwartet werden, dass sich mit Hilfe einer Clusterbildung die verschiedenen Auffassungen von Neutralität besser differenzieren lassen (vgl. Abbildung B im Anhang II). Eine befriedigende Lösung zur Erklärung der Varianz bildet eine Vier-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1200 Befragten deren 1007 eindeutig zuordnen. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

Abbildung 10.5

Die Neutralitätsauffassungen (Typen) und ihre anteilmässigen Veränderungen 1993–2004 (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/262/04/P6/th

- „Neutralitätskritiker“: Personen dieses Meinungstyps stehen der Solidaritätsfunktion ambivalent gegenüber und lehnen die Identitätsfunktion und besonders die sicherheitspolitische Funktion deutlich ab (vgl. Abbildung B im Anhang II). Sie bezweifeln die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, die ihrer Meinung nach nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und bestreiten, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibe. Hingegen stimmen sie den negativen Neutralitätsfunktionen zu. Eine nützlichkeitsorientierte Be-

wertung der Neutralität billigen sie knapp, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Sie meinen, wenn auch wiederum knapp, dass unsere enge internationale Verflechtung Neutralität verunmögliche. „Kritiker“ halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung wahrzunehmen. Aus ihrer Sicht entspricht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten – nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarisches Handeln – nicht mehr.

Der Typus des „Neutralitätskritikers“ hat sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2004 von 11% auf 18% ([15%]⁸; +1%) aller typologisierungsfähigen Befragten erhöht (siehe Abbildung 10.5). Seit 1999 ist sein Anteil an den Neutralitätstypen unter leichten Schwankungen stabil geblieben.

- „*Neutralitätspragmatiker*“: Sie glauben an eine internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität (vgl. Abbildung B im Anhang II). Auch der Identitätsfunktion stimmen sie klar zu. Gegenüber der sicherheitspolitischen Schutzwirkung sind sie hingegen kritischer eingestellt. Sie glauben nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität vor Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen könne. Diese Meinung teilen sie mit den „Neutralitätskritikern“. Uneins sind sie sich in der Beurteilung, ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne. Die „Neutralitätspragmatiker“ betrachten die Neutralität nicht nur nützlichkeitsorientiert. So würden sie sie nicht aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Auch glauben sie nicht, dass die Neutralität uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern könne. Ebenso wenig teilen sie die Meinung, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Anwendung der Neutralität. Die „Pragmatiker“ sehen den Sinn der schweizerischen Neutralität also primär in ihrer Solidaritäts- und Identitätsfunktionen. An der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität hegen sie Zweifel.

8 16% der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1 200 Personen angegeben.

Die „Neutralitätspragmatiker“ haben im Beobachtungszeitraum 1993–2004 von 20% auf 33% ([28%]; +8%) der Befragten zugenommen. Damit stellen sie wie 1997, 1999 und 2001 anteilmässig die grösste Gruppe unter den Neutralitätstypen.

- „*Neutralitätsdissonante*“: Personen dieses Auffassungstyps beantworten sowohl die positiven wie auch fast alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (vgl. Abbildung B im Anhang II), sie antworten also widersprüchlich. Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität ist in dieser Meinungsgruppe unbestritten. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typus jedoch auch den gegenteiligen Vorgaben zu, nämlich die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden und sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten. Sie würden auch nicht auf die Neutralität verzichten, wenn klar wäre, dass diese der Schweiz keine Vorteile mehr brächte. In dieser Widersprüchlichkeit manifestiert sich ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen. Personen dieser Auffassungsrichtung sehen offenbar gewisse Probleme für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional an ihr festhalten. Sie sind sich der Widersprüchlichkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Oder aber sie sind sich ihrer gegensätzlichen Haltung gar nicht bewusst, sind tendenziell apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt.

Anteilmässig vergrössert sich die Gruppe der „Neutralitätsdissonanten“ im Zeitraum 1993–2004 von 21% auf 24% ([20%]; ±0%). Über die Zeit erreicht dieser Typ im Mittel einen Anteil von einem Viertel der Schweizer Bevölkerung.

- „*Neutralitätstraditionalisten*“: Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion unter den „Traditionalisten“ eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Sie nehmen alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen ganz klar jegliche Negativaussagen ab (vgl. Abbildung B im Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet. Der Glaube an die der Neutralität zu verdankenden Gelegenheiten für Gute Dienste im internationalen Umfeld ist ungebrochen. „Traditionalisten“ lehnen die Vorgabe, wonach die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte, klar ab. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität weisen sie ebenfalls deutlich zurück. Auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine

Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben. Der Neutralität wird eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und sie wird wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Sie ist aus der Sicht der „Traditionalisten“ eng mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden.

Im Zeitverlauf 1993–2004 ist der Anteil der „Neutralitätstraditionalisten“ gesunken, nämlich von 48% auf 25% ([21%]; –9%; siehe Abbildung 10.5). Nach dem vor Jahresfrist aussergewöhnlich hohen Anteil bewegen sich die Werte wieder unter dem langjährigen Mittel.

Im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die Anteile der einzelnen Neutralitätsauffassungen verändert. Vor allem verlieren die „Traditionalisten“ gegenüber den „Neutralitätspragmatikern“ an Boden. Der Typus des „Kritikers“ vermochte zu Beginn der neunziger Jahre an Einfluss zu gewinnen, stagniert aber seit 1999 auf tiefem Niveau. Allgemein grosse Zustimmung erhalten die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen der Neutralität, die nur von den „Kritikern“ hinterfragt werden. Die „Pragmatiker“ sind quantitativ auf dem Vormarsch.

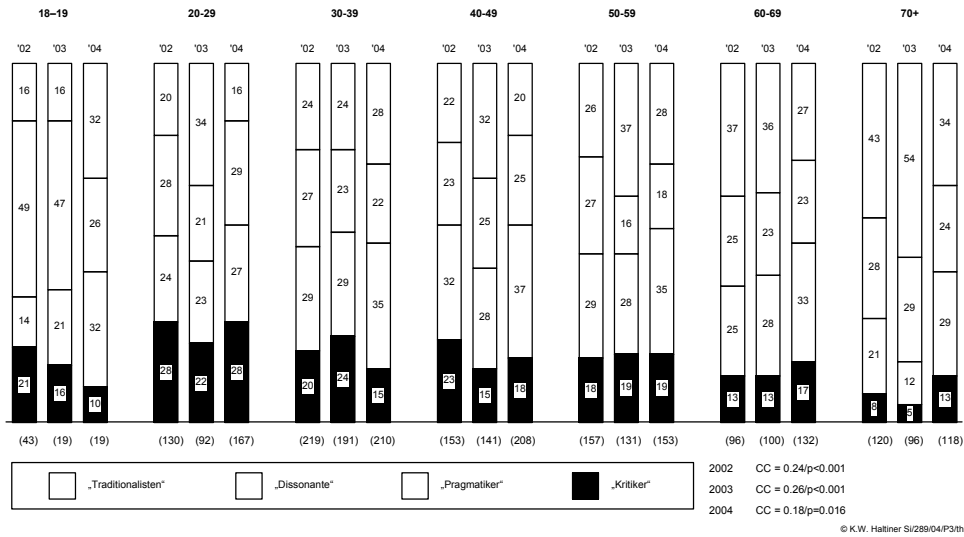
10.3.1 Die Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen

In den Abbildungen 10.6 bis 10.8 werden die Neutralitätstypen aufgeschlüsselt nach ausgewählten soziodemographischen Eigenschaften dargestellt. Die Verteilung der Neutralitätstypen auf die Merkmale Alter, Bildung und Sprachregion unterscheidet sich signifikant.

Der Zusammenhang zwischen dem Alter und den verschiedenen Typen der Neutralitätsauffassung hat sich 2004 abgeschwächt ($CC=0.18$, $p=0.016$). Dennoch gilt als Tendenzaussage: je älter die Befragten, desto höher ihre Unterstützung für eine „traditionalistische“ Neutralitätsauffassung (siehe Abbildung 10.6). Der Anteil der „Pragmatiker“ ist indes auch in den höheren Alterskategorien gestiegen.

Abbildung 10.6

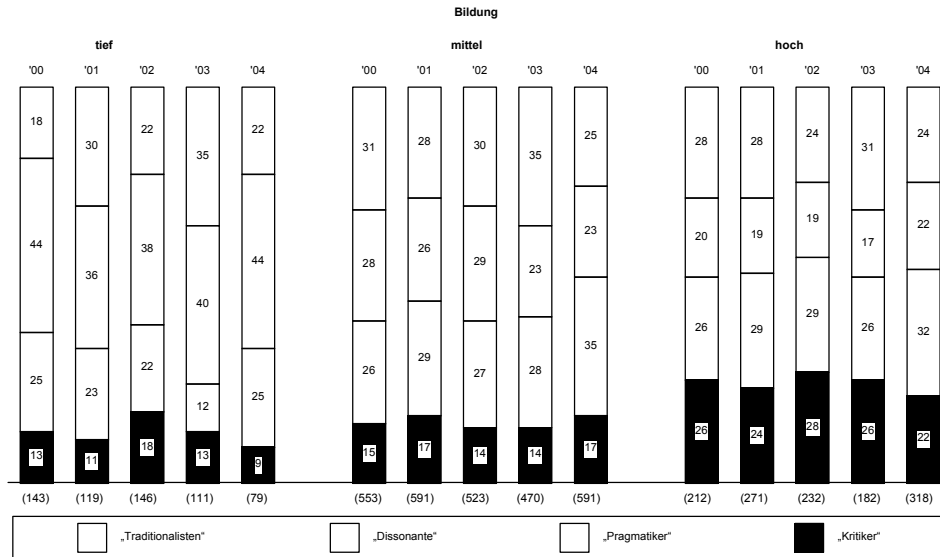
Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)



In den unteren Bildungsschichten ist die Verunsicherung bei der Beurteilung der Neutralität notorisch: Die „Dissonanten“ überwiegen (siehe Abbildung 10.7). Die traditionalistische Sicht ist bei mittleren Bildungsschichten gewichtig vertreten. Tendenziell steigt hier der Anteil an „Pragmatikern“. In den oberen Bildungsgruppen dominieren die pragmatische und die kritische Neutralitätssicht, ohne dass ein Trend über die Zeit sichtbar ist. Eine gewisse Renaissance des Traditionalismus ist in der jüngeren Generation zu beobachten. Ob es sich hier um einen Trend oder ein begrenztes Phänomen handelt, wird man erst in den kommenden Jahren sehen.

Abbildung 10.7

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal „Bildung“
(Angaben in Prozent)

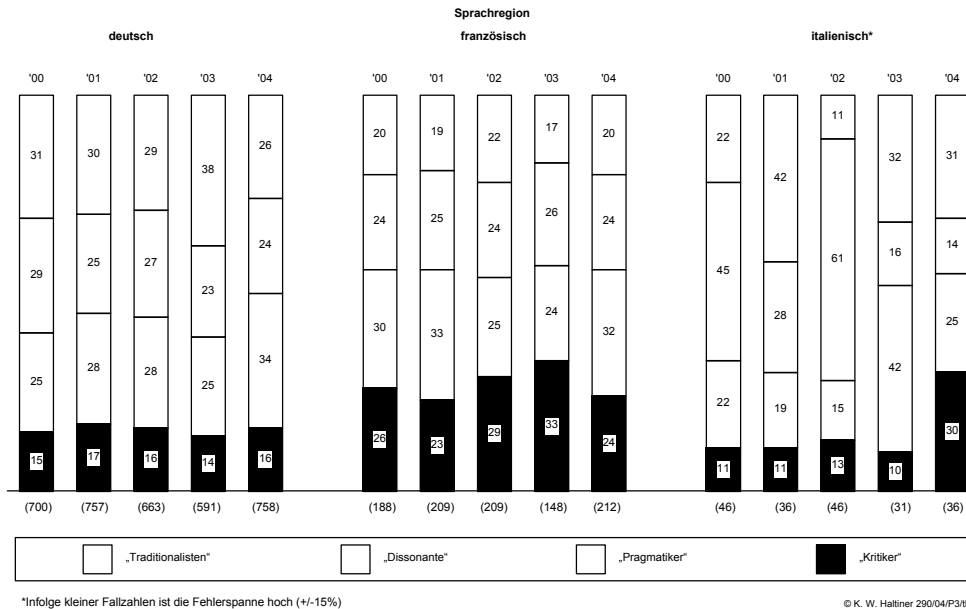


© K. W. Haltiner 290/04/P3/1h

Der Traditionalismus in Sachen Neutralität ist in der deutschen Schweiz gewichtiger vertreten als in der lateinischen (siehe Abbildung 10.8). Die „Kritiker“ finden sich anteilmäßig vor allem unter den RomandEs. Es scheint indes, als sei der Pragmatismus über alle Sprachregionen hinweg eher im Zunehmen begriffen.

Abbildung 10.8

Neutralitätsauffassungen nach dem soziodemographischen Merkmal „Sprachregion“
(Angaben in Prozent)



Es bestehen auch Differenzen zwischen den politischen Einstellungen ($CC=0.26$), die hier nicht grafisch dargestellt sind. Dem „Kritikertypus“ lassen sich 37% (+3%) der sich links positionierenden Personen zuordnen, wohingegen nur 8% ($\pm 0\%$) der politisch rechts stehenden diese Meinung teilen, aber zugleich deren 38% (-12%) sich zur traditionellen Sichtweise bekennen. Demgegenüber unterstützen nur 14% (-3%) der politisch links stehenden Befragten die enge Auffassung der Neutralität.

* * *

Fazit: Nach wie vor variieren die Neutralitätsauffassungen nach dem Alter, der Bildung, der Sprachregion und der politischen Einstellung. Die jüngere Alterskohorte beurteilt zwar die Neutralität weiterhin kritischer als die ab 60-Jährigen, aber die Unterschiede scheinen kleiner zu werden. Eine stärkere Hinwendung zu einer „pragmatischen Sichtweise“ der Neutralität macht sich in der Schweizer Bevölkerung breit. Am bekanntesten Muster, wonach die mittlere Altersgeneration und Personen mit hohem Bildungsstand sich überdurchschnittlich neutralitätskritisch geben, während ältere Personen und die

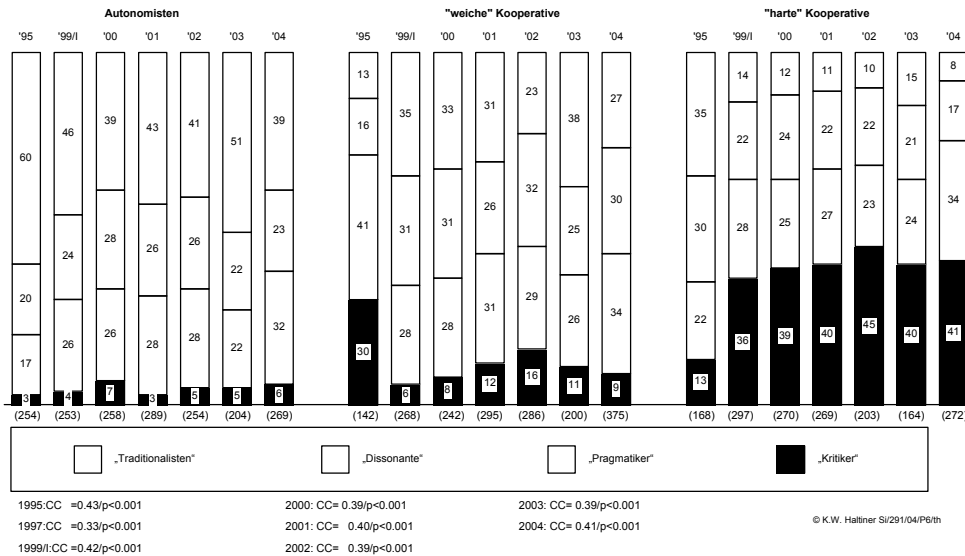
deutsche Schweiz sich weiterhin eher dem „Neutralitätstraditionalismus“ verpflichtet fühlen, hat sich nichts geändert. Zugleich gibt es Hinweise dafür, dass Männer der Tendenz nach eine „traditionalistischere“ Auffassung teilen, hingegen Frauen in ihrem Antwortverhalten dissonanter scheinen.

10.3.2 Der Zusammenhang zwischen der Neutralitätseinstellung und der Haltung zur aussenpolitischen Kooperation

Personen mit einer „autonomistischen“ Auffassung der Schweizer Aussenpolitik vertreten auch deutlich eine „traditionalistische“ Neutralitätsauffassung (39%, -12%; siehe Abbildung 10.9). Zugleich bestätigt sich auch dieses Jahr – und in zunehmendem Masse – die Tendenz, wonach eine „harte aussenpolitische Öffnung“ mit einer „traditionalistischen“ Neutralitätsauffassung unvereinbar ist. Nur 8% (-7%) der „harten Kooperationswilligen“ teilen eine „traditionalistische“ Neutralitätssicht, während 41% (+1%) neutralitätskritisch eingestellt sind. Generell sind die verschiedenen Kooperationstypen seit 1999 ziemlich konstant in ihrer Auslegung der Neutralität.

Abbildung 10.9

Neutralitätsauffassungen nach Kooperationstypen (Angaben in Prozent)



11 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

11.1 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung ist der Ansicht, die nationale Sicherheit werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt (56%, -2%; siehe Abbildung 11.1). Diese Meinung bleibt im Zeitverlauf relativ stabil. Dies gilt über alle soziodemographischen Merkmalsausprägungen hinweg. Besonders skeptisch gegenüber der schweizerischen Sicherheitsautonomie eingestellt sind Personen mit einer selbst bekundeten linken politischen Einstellung (64%, -2%), die Romandie (65%, ±0%) sowie Befragte aus höheren Bildungsschichten (62%, -5%). Der Anteil jener, die nicht einverstanden sind, dass die Sicherheit der Schweiz immer mehr von anderen Staaten bestimmt werde, steigt um 10% auf 40%.

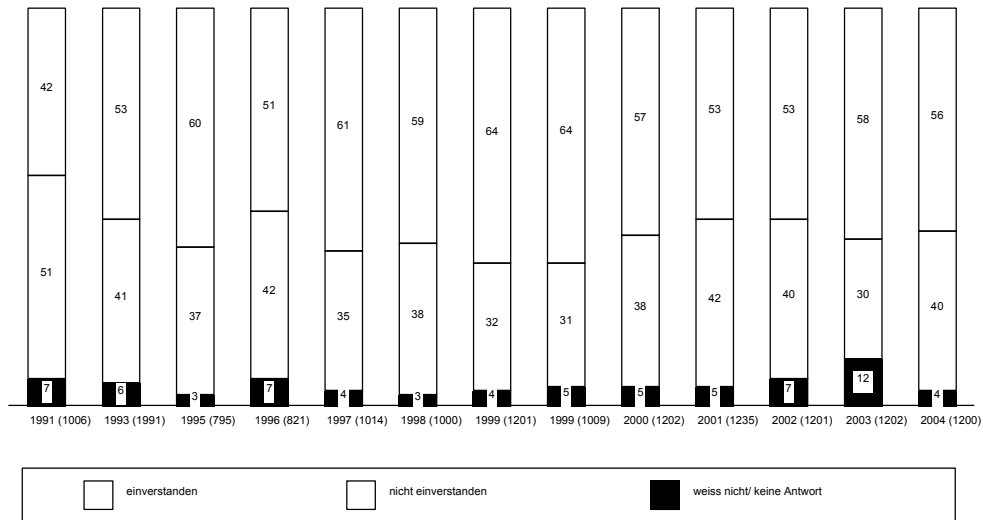
Waren 2003 zwischen den Kooperationstypen keine Unterschiede auszumachen, so glauben die „Autonomisten“ jetzt wieder an die Sicherheitsautonomie der Schweiz. Dies entspricht in der Konsequenz ihrer wieder gestiegenen Neutralitätsbetonung.

Die grössten Meinungsdivergenzen in Bezug auf die sicherheitspolitische Fremdbestimmung der Schweiz finden sich nach den Neutralitätstypen (CC=0.19). „Neutralitätskritiker“ bestreiten konsequenterweise eine nationale Sicherheitsautonomie deutlich (68%, -8%). Aber auch – wie letztes Jahr – zweifelt eine knappe Mehrheit der „Neutralitätstraditionalisten“ an der autonomen Sicherheit (52%). Daran, dass der Kleinstaat Schweiz die Fähigkeit zum Selbstschutz besitzt, glaubt somit in der Schweiz nur eine Minderheit.

Abbildung 11.1

Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.“



© K.W. Haltiner Si379/04/P4/1s

11.2 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

Die Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“⁹ wird seit 1993 gestellt (siehe Abbildung 11.2). Damit soll die Bereitschaft zur sicherheitspolitischen internationalen Kooperation gemessen werden, ohne diese auf eine bestimmte Organisation, wie z.B. die Uno oder die Nato, zu beziehen. Diesbezüglich fand 2000 eine eigentliche Trendwende statt. Erstmals wurde nicht mehr der rein unterstützende, sondern der friedenssichernde Einsatz, der eine Bewaffnung zum Selbstschutz vorsieht, von den befragten Personen favorisiert. Diese Neubewertung hält sich seither. So hat sich im langfristigen

9 Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“

Trend die Akzeptanz von Einsätzen nichtkombattanter Art mit Bewaffnung zum Selbstschutz seit 1993 stetig erhöht. Im Februar 2003 sprach sich zum ersten Mal eine absolute Mehrheit der Befragten für die waffenunterstützte Friedenssicherung aus. Diese Zustimmung hat sich – wahrscheinlich aufgrund des Irakkriegs – kurzfristig verringert, wurde doch im April 2003 der waffengestützten friedenssichernden Aufgabenerfüllung wieder etwas grössere Skepsis entgegengebracht. Dieses Jahr sind bei steigender Tendenz wieder 46% (+5% gegenüber April 2004) mit dem Waffenschutz bei friedenssichernden Einsätzen einverstanden. Die prinzipielle Ablehnung von militärischen Friedenseinsätzen reduzierte sich seit 1997 klar und fluktuiert seither um einen Achtel des befragten Stimmvolkes (11%, -3%). Die Haltung, sich unter keinen Umständen in bewaffneten Konflikten zu engagieren, ist somit einer kleinen Minderheit vorbehalten. Auch das andere Extrem, die Schweiz solle sich an Kampfeinsätzen beteiligen, findet bei den SchweizerInnen kaum Anklang. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von 6% (+1%) kann sich eine solche Option vorstellen. Für bloss unterstützende Einsätze (ohne bewaffneten Selbstschutz) äussern sich 36% (-3%) positiv.

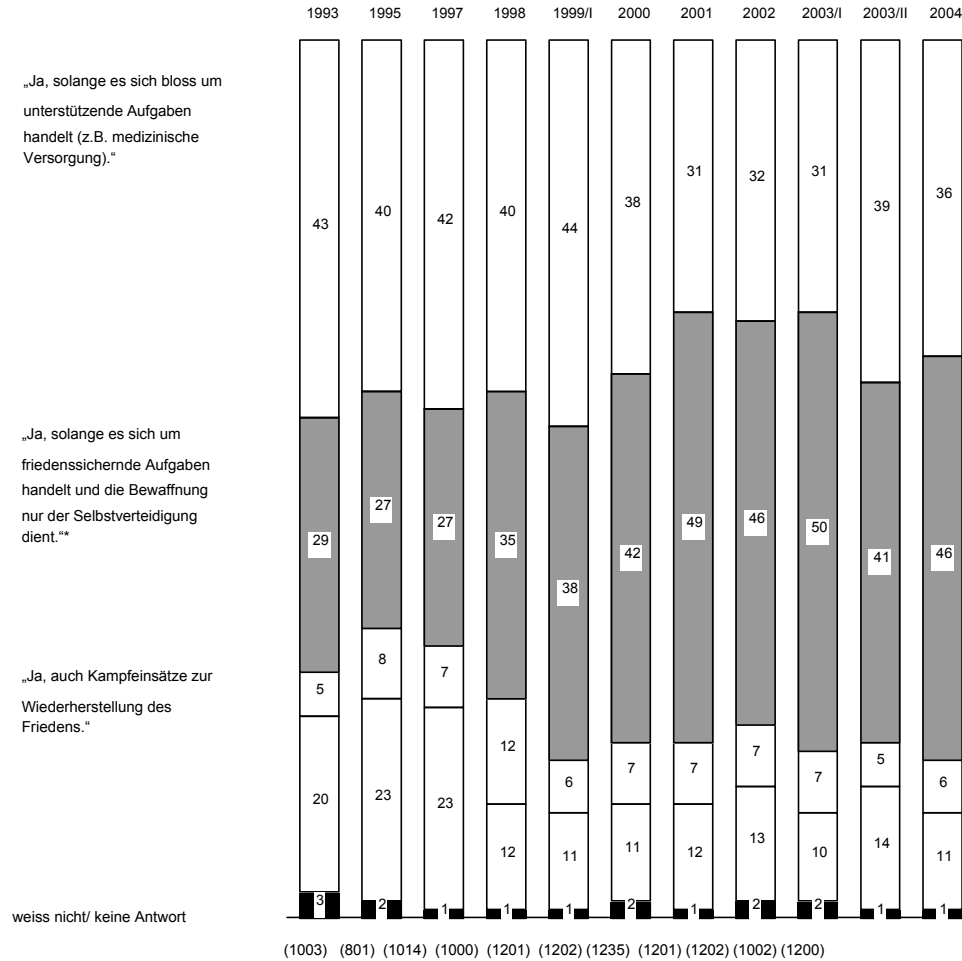
Somit kann die im Bericht „Sicherheit 2003“ aufgeworfene Frage, ob die Skepsis gegenüber bewaffneten Auslandseinsätzen direkt durch den Irakkrieg beeinflusst wurde und nur kurzfristige Auswirkungen zeitigte, oder ob sich eine langfristige Tendenz abzuzeichnen beginnen würde, eher mit der erstgenannten Erklärung beantwortet werden.

Für zum Selbstschutz bewaffnete, friedenssichernde Operationen sprechen sich vor allem Befragte aus der deutschsprachigen Schweiz (50%), Personen mit einer linken politischen Einstellung (59%) und solche mit einer höheren Bildung (52%) aus. Ferner unterstützen Männer friedenssichernde Einsätze mit Bewaffnung zur Selbstverteidigung stärker als Frauen (51% zu 42%). Sowohl die „harten“ wie auch die „weichen Öffnungsbereiten“ befürworten mehrheitlich friedenssichernde Einsätze (57% bzw. 53%). Überdurchschnittlich skeptisch gegenüber dem militärischen Auslandengagement mit Waffen geben sich weiterhin Personen ab 60 Jahren (15%), politisch rechts Stehende (19%) und vor allem SchweizerInnen mit einer geringeren Bildung (21%).

Abbildung 11.2

Auslandeinsatz von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)

„Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“



*bis 1998: Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt.

Das Schwergewicht auf bloss unterstützende Einsätze legen in erster Linie Befragte aus der französischsprachigen Schweiz (48%) sowie Frauen (45%). Es überrascht nicht, dass die „Autonomisten“ einen über dem Mittel liegenden Ablehnungsanteil an jedwelchen

Auslandeinsätzen aufweisen (22%). Bemerkenswert ist dennoch, dass sowohl sich als rechts einstuftende Personen wie auch „Autonomisten“ die Auslandeinsätze der Armee prinzipiell grossmehrheitlich wohlwollend beurteilen – dies im Gegensatz zu einzelnen rechten Parteien.

Ein weiterer Hinweis darauf, was die Bevölkerung hier zu Lande vom eigenen militärischen Friedensengagement hält, ergibt sich aus der Zustimmung zur regelmässig gestellten Vorgabe, die Schweiz solle der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen (siehe Abbildung 9.3, Kapitel 9). Während in der ersten Hälfte der neunziger Jahre dafür zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheit zustande kam, ist die Billigung seit 1997 nie mehr unter die 50%-Schwelle gesunken. Dies ist auch 2004 der Fall. Eine Mehrheit von 56% (-3%) der SchweizerInnen erklärt sich damit einverstanden, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte. Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Zustimmung aber etwas gesunken. Weiterhin eher ablehnend eingestellt sind sich politisch rechts positionierende Befragte. Waren vergangenes Jahr von ihnen 52% mit Schweizer Uno-Friedenstruppen einverstanden, sind es heuer 47%. Dafür heissen politisch linke Kreise (75%, +12%) und die 18–29-Jährigen (66%) wieder besonders stark die Schweizer Unterstützung von Uno-mandatierten Missionen gut.

Differenzen hinsichtlich der Uno-Friedenstruppen bestehen weiterhin nach den drei internationalen Kooperationstypen ($CC=0.41$). Eine klare Mehrheit der „harten Öffnungswilligen“ (77%, -7%) ist der Überzeugung, dass die Schweiz auf Anfrage der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte, wohingegen nur eine Minderheit der „Autonomisten“ diese Sichtweise gutheisst (30%, -9%).

* * *

Fazit: Nach einer kurzen skeptischen Phase vor dem Irakkrieg letztes Jahr billigt die Schweizer Bevölkerung 2004 wiederum grossmehrheitlich Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten. Geteilter Meinung ist man über die Form solcher Operationen. Die Unterstützung der Uno durch Schweizer Friedenstruppen stösst auf Zuspruch, allerdings scheint sich dieser in Zeiten zunehmender Bedrohungswahrnehmung (z.B. Irakkrieg) jeweils etwas abzuschwächen. Von einer stillen, aber soliden, wenn auch mittlerweile etwas indifferenten Akzeptanz für die schweizerischen Friedenseinsätze im Ausland kann gesprochen werden. Neutralität und Allianzfreiheit stellen heute in den Augen der Bevölkerungsmehrheit keine Hindernisse mehr dar für militärische, bewaffnete Friedenssicherungsoperationen, sofern diese sich an den beiden aussenpolitischen Maximen orientieren. Die Zahlen machen zugleich deutlich, dass revolutionäre Ausbauschritte rasch an die Grenzen öffentlicher Billigung stossen würden.

12 ARMEEREFORM XXI – INFORMATIONSTAND UND AKZEPTANZ

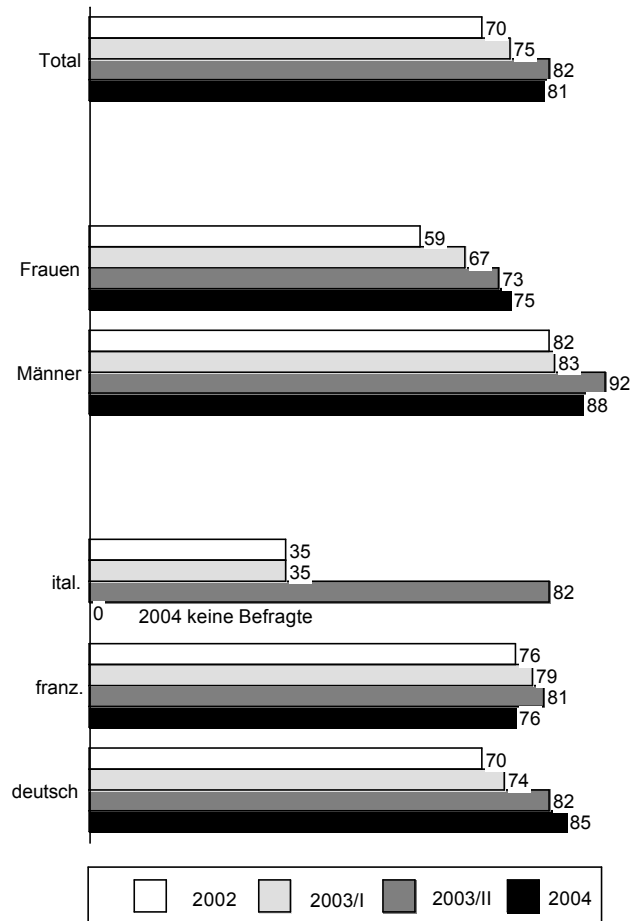
In den Befragungen 2002–2004 wurde der Informationsstand der Bevölkerung zum Reformprojekt „Armee XXI“ ermittelt. Dabei richtete sich das Interesse einerseits auf den Stand der Kenntnisse, andererseits wurde aber auch die Akzeptanz der Reform erfragt. Allgemein ist festzustellen, dass sich zwischen April 2003 und April 2004 der Kenntnisstand zur Armee reform XXI nicht wesentlich verändert hat (siehe Abbildung 12.1).¹ Einen Monat vor der Abstimmung vom 18. Mai 2003 gaben etwas mehr als acht von zehn Befragten an (82%), vom Umstrukturierungsvorhaben Kenntnis genommen zu haben. Dieser Kenntnisstand ist 2004 praktisch unverändert (81%). Geschlechtsspezifische Unterschiede treten weiterhin klar zu Tage: Männer bekunden häufiger, von der Armee reform gehört zu haben als Frauen (88% versus 75%). Die Differenz ist aber weniger markant als 2003. Unterschiede nach den Sprachregionen treten im April 2004 wieder klarer zu Tage, nachdem letztes Jahr diese praktisch verschwunden waren. Nicht überraschend, variiert der Kenntnisstand je nach Bildungsgrad stark. Andere soziodemographische Unterschiede, insbesondere nach Altersgruppen, existieren nicht mehr. Nach Einführung der Armee XXI auf den 1. Januar 2004 haben somit vier von fünf SchweizerInnen von der Reform Kenntnis genommen.

1 Die Fragen zur Armee XXI wurden nur in der Nachbefragung im April 2004 gestellt.

Abbildung 12.1

„Armee XXI“ – Kenntnisstand (Anteil Ja in Prozent)

„Im Moment ist eine Armee reform, die so genannte ‚Armee XXI‘, im Gang. Haben Sie schon davon gehört, gesehen, gelesen?“



© K. Haltiner Si/731/04/P3/ts

Die Meinungen darüber, ob der Start der neuen Armee gelungen sei, sind geteilt. Von den 81%, die schon von der Armee XXI gehört, gesehen oder gelesen haben, sind nur 37% überzeugt, dass das Projekt gut gestartet sei. Dabei sind Männer positiver eingestellt als Frauen (42% versus 32%). Frauen können sich weniger ein Bild der neuen Armee machen, geben doch 45% von ihnen an, diese Frage nicht beantworten zu können. Ge-

samthaft sind 38% der Befragten unschlüssig über den Erfolg der Anfangsphase der Armee XXI und können sich nicht entscheiden, ob die Reform gut oder schlecht gestartet sei. In der Beurteilung der Armee XXI ist die Schweizer Bevölkerung offensichtlich abwartend. Eine zahlenmässig nicht unbeträchtliche Minderheit hat noch kein klares Bild.

13 WEHRSTRUKTUR UND ARMEE

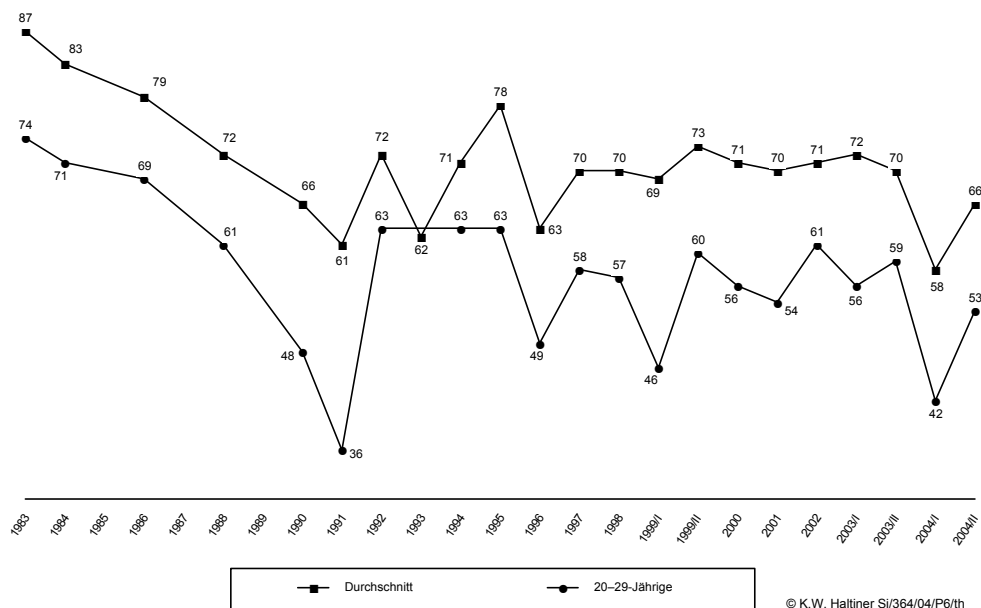
In diesem Kapitel wird die Akzeptanz der Armee in der Schweiz im Trend von 1983–2004 analysiert, der gewünschte Umfang der Verteidigung eruiert und die Beurteilung der Wehrstruktur, insbesondere die Frage nach der Wehrpflicht oder einer Berufsarmee, untersucht.

13.1 Armeeakzeptanz und -umfang

Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in der Studienreihe „Sicherheit“ als Indikator für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt.

Abbildung 13.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee („sehr“ und „eher notwendig“ in Prozent)



Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% konnte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre ein steter Rückgang der Armeebefürwortung beobachtet werden (siehe Abbildung 13.1). Nach dem bisherigen Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1986 wieder auf dem Niveau von 78%. Nach einem erneuten „Taucher“ um 15 Prozentpunkte 1996 pendelte sie seit 1997 im Bereich von 70% ein. Die 73-prozentige, nur schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einer stärkeren Akzeptanz der Sicherheitspolitik zu erklären, die im Gefolge des Kosovo-Krieges auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al., 1999).

Während in den letzten Jahren die SchweizerInnen die Armee unverändert auf hohem Niveau für notwendig hielten (70%–72%), sackt die Befürwortung in der Februar-Befragung 2004 auf einen Tiefststand von 58% (–14%). Die Armee scheint unter den 20–29-Jährigen massiv an Vertrauen eingebüsst zu haben, sieht doch nur noch eine Minderheit von ihnen die Schweizer Armee als notwendig an (42%, –17%). Nur am Ende des Kalten Krieges war der Support für die Armee unter den jungen Erwachsenen geringer. Allgemein verläuft die Akzeptanzrate der 20–29-Jährigen im langjährigen Trend jeweils deutlich unter dem Mittel.

Bis April 2004 hat die Akzeptanz wieder zugenommen, bleibt aber immer noch unter dem langjährigen Durchschnitt. Auch unter den jungen Erwachsenen hat sich ein Stimmungsumschwung eingestellt, unterstützt doch im April 2004 wieder eine – wenn auch schwache – Mehrheit die Armee (53%). Eine mögliche Erklärung für den „Taucher“ bietet sich in übertriebenen Erwartungen an die Armee reform einerseits und den Schlagzeilen über Pannen insbesondere in der Personalplanung im ersten Quartal 2004 andererseits an. Der Einbruch der Akzeptanz wäre dann als Enttäuschungseffekt zu deuten.

Deutlich unterdurchschnittliche Zustimmung findet die Armee – auch dies der langjährige Normalfall – bei SchweizerInnen, die sich als politisch links einstufen. Nur eine kleine Minderheit (28%, –18%; April 2003: 38%) unter ihnen erachtet die Armee als notwendig. Weiterhin liegt die Armeekzeptanz auch bei den WestschweizerInnen unter dem Bevölkerungsmittel.

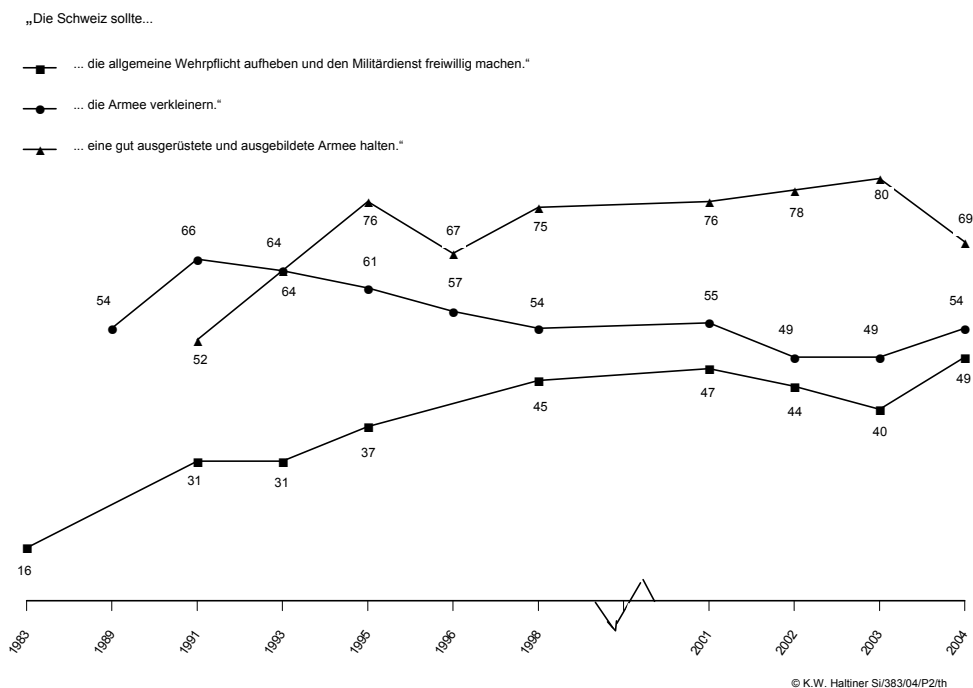
Mit der sinkenden Militärakzeptanz korrespondiert die ebenfalls verminderte Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten (69%, –11%, siehe Abbildung 13.2). Seit 1998 wurde diese Vorgabe noch nie so kritisch beurteilt. Überdurchschnittlich identifizieren sich politisch rechts Stehende (86%, –3%), die ältere Generation (80%, –9%) und die „Neutralitätstraditionalisten“

(87%, -2%) mit einer modernen Schweizer Armee. Ebenfalls, aber auf tieferem Niveau, billigen Männer die Modernisierung der Armee eher als Frauen (74% bzw. 65%).

Die Armeeeakzeptanz steht somit zeitkonstant im klassischen Spannungsfeld zwischen Links und Rechts, zwischen Jung und Alt, zwischen Romandie und Deutschschweiz und neuerdings auch zwischen den Geschlechtern, wobei sich die Pole je nach innen- und aussenpolitischer Lageentwicklung einmal stärker, einmal schwächer akzentuieren.

Abbildung 13.2

Armeenumfang und Wehrstruktur („sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



Im Gegensatz zum letzten Jahr spricht sich heuer eine Mehrheit der Befragten für eine Verkleinerung der Armee aus (54%, +5%). Trotz der durch die Armee XXI erfolgten Reduktion des Bestandes scheint der Bedarf nach einer nochmaligen Senkung des Trup-

penbestandes gegeben. Eine zunehmende Differenz lässt sich hier zwischen politisch linker und rechter Wahrnehmung in Bezug auf die Grösse der Armee konstatieren.² „Neutralitätskritiker“ (79%) und die „harten Öffnungsbereiten“ (75%) wünschen sich grossmehrheitlich eine kleinere Armee. Ferner sind höher Gebildete (60%, -7%) und auch die wehrtragende Kohorte der 18–29-Jährigen (70%) überdurchschnittlich der Meinung, dass nochmals eine Verkleinerung stattfinden sollte. Auch Frauen befürworten stärker als früher die Verkleinerung der Schweizer Armee (53%, +14%). Für den heutigen Armeenumfang stehen vor allem die ab 60-Jährigen, sich politisch rechts Positionierende sowie Personen aus den tieferen Bildungsschichten ein.

Die Tradition, dass hier zu Lande fast jeder Milizangehörige eine Waffe und Munition zu Hause hat, ist heute nicht mehr unumstritten. Während 1989 eine Mehrheit diese typisch schweizerische Regelung guthiess (57%), hat sich das Zustimmungsverhältnis 2004 gekehrt: Nur noch eine Minderheit, wenn auch eine grosse, billigt die Tradition (vgl. Tabelle 13.1). Mehrheitlich gutgeheissen, wenn auch zum Teil weniger stark als 1989, wird sie von Männern (58%, -13%), der älteren Generation (65%, -9%) und von sich als rechts bzw. bürgerlich einstuftenden Personen (67%, -10%). „Sehr“ oder „eher schlecht“ finden 2004 besonders sich als links Einstufende (73%, +28%), die jüngste Befragtengeneration (69%, +14%) und Frauen (64%, +10%), dass der Schweizer Soldat seine Waffe und Munition zu Hause aufbewahrt. Gewechselt von der Billigung zur Missbilligung hat die mittlere Altersgruppe (gut: 1989: 61%; 2004: 41%) und die politische Mitte (gut: 1989: 53%; 2004: 43%). Offenbar bahnt sich hier ein generationeller Einstellungswandel an. Ein Wandel, der möglicherweise vor dem Hintergrund der seit längerem steigenden Kriminalitätsrate und der zunehmenden gesellschaftlichen Gewaltneigung gesehen werden muss. Die gestiegene Skepsis gegenüber der Heimaufbewahrung von Ordonnanzwaffen deckt sich mit dem Ruf nach einer strengeren Kontrolle des Waffenverkaufs in der Schweiz (vgl. Kapitel 8). Der entsprechende statistische Zusammenhang macht das deutlich (CC=0.40).

2 Links 81% (+11%), Mitte 55% (+8%), rechts 37% (-8%), CC=0.32.

Tabelle 13.1

Armeebewaffe zu Hause

„In der Schweiz hat fast jeder Soldat eine Waffe und Munition zu Hause. Was meinen Sie dazu? Ist das sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?“ (Angaben in Prozent)

	Total		Mann		Frau		18-29 (18-34)*		30-39 (35-54)*		50 + (55-74)*		links „rot-grün“**		Mitte		rechts „bürgerlich“**	
	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004	1989	2004
Sehr oder eher gut	57	46	71	58	45	33	44	29	61	41	74	65	53	25	53	43	77	67
Sehr oder eher schlecht	41	53	28	40	54	64	55	69	37	57	24	33	46	73	46	54	23	33
Wissen nicht/KA	2	2	1	2	1	3	1	2	2	2	2	2	2	2	2	3	0	0
Statistischer Test***			CC=0.291, p<0.001						CC=0.268, p<0.001						CC=0.287, p<0.001			

13.2 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee trotz Einbrüchen im Grad der Akzeptanz unbestritten ist, trifft das für die Wehrform nicht zu. In der Frage, wie die Armee sich personell rekrutieren soll, sind sich die Befragten seit Mitte der neunziger Jahre nicht mehr einig.

Im Zentrum steht nicht nur die Frage, wie die Bevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung denkt – also hinsichtlich Wehrpflicht oder Freiwilligkeit –, sondern auch, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleisten kann. Hier geht es letzten Endes um Miliz versus Freiwilligkeit. In unserer Erhebung wird seit 1983 die Einstellung zur Miliz versus Berufsarmee erfragt (siehe Abbildung 13.3), seit 1991 in unregelmässigen Abständen die Frage nach der Freiwilligkeit des Militärdienstes. Dabei gilt 2004: Wer auf die Wehrpflicht verzichten möchte, aber die Beibehaltung der Armee gutheisst, befürwortet eine Berufsarmee. Wer die Milizarmee auch für die Zukunft als bessere Lösung der Landesverteidigung betrachtet, steht im Allgemeinen auch hinter der allgemeinen Wehrpflicht, somit hinter dem Prinzip der Zwangsrekrutierung. Der Zusammenhang ist hoch signifikant ($CC=0.38$).

Fast die Hälfte der Bevölkerung unterstützt 2004 die Vorgabe, die allgemeine Wehrpflicht solle aufgegeben und der Militärdienst als freiwillig erklärt werden (49%, +9%; siehe Abbildung 13.2). Die Befürwortung der Freiwilligkeit des Militärdienstes erlebt somit einen enormen Zuspruch im Vergleich zum letzten Jahr und erreicht die höchste je gemessene Zustimmung seit Beginn der Fragestellung 1983. Die bis 2001 steigende Tendenz, mit Unterbrüchen 2002 und 2003, wird somit weitergeführt. Für eine Freiwilligenarmee votieren eine klare Mehrheit in der französischsprachigen Schweiz (65%, $\pm 0\%$), die politisch links stehenden (58%, -1%), die „Neutralitätskritiker“ (71%, +11%) sowie die jüngste Altersgruppe (67%, +14%). Vor allem unter den 18–29-Jährigen wird der Aufhebung der Wehrpflicht – wie erstmals 2001 – stark zugestimmt. Die früher konstatierte „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung dürfte in dieser Alterskategorie wieder klar bestimmend sein. Wie schon 2001 fordern Frauen die Suspendierung der Wehrpflicht stärker als Männer (54%, +14% versus 43%, +2%). Wiederum fällt hier die Geschlechterdifferenz auf, die schon hinsichtlich der Frage nach der Notwendigkeit der Armee zu Tage trat.

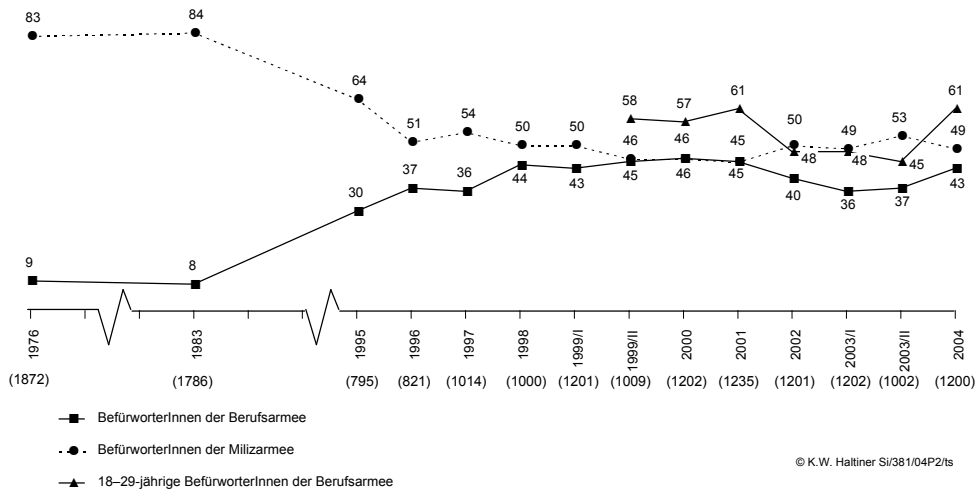
Auch die in den neunziger Jahren gewachsene Sympathie für eine Berufsarmee wächst in der Schweizer Bevölkerung wieder (siehe Abbildung 13.3). Konnte zwischen 1998 und 2001 eine steigende Tendenz zur Befürwortung einer Berufsarmee festgestellt werden, bewegten sich die Zustimmungswerte 2000–2003 – wie andere traditionelle Werte auch (Neutralität, Autonomie) – wieder auf dem Niveau von Mitte der neunziger Jahre.

Im Februar 2004 befürworteten nun wieder 43% der Befragten eine Berufsarmee. Dies bedeutet eine Zunahme der Zustimmung um 7% gegenüber dem Vorjahr. Die Mehrheit der militärtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen wünscht sich eine Abkehr von der Miliz (61%, +16%). Damit ist die in den Vorjahren gemessene 60%-Billigung für eine Berufsstreitkraft in dieser Altersgruppe wieder vorhanden. Es ist offenbar vor allem die wehrtragende Alterskohorte, die immer weniger Sinn in der allgemeinen Wehrpflicht sieht.

Abbildung 13.3

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

„Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?“



Zudem scheint es, dass die Forderung nach einer Berufsarmee wieder mehr ein „linkes“ Anliegen ist, nachdem letztes Jahr der Befürworteranteil in diesem politischen Segment stark eingebrochen war. Einer Professionalisierung wird von linker Seite zu 48% (+14%), von rechter Seite zu 41% (+5%) zugestimmt. Doch nach wie vor sind die Unterschiede innerhalb der Links-rechts-Einstufung nicht signifikant: Personen aus der französischen Schweiz sind nicht nur über dem Mittel, sondern auch mehrheitlich der Ansicht, dass eine Berufsarmee unsere Landesverteidigung besser sicherstellen könnte als die Milizarmee (55%, -2%). Die kriegerischen Ereignisse im Irak und auch die Diskussionen über Abwehrmassnahmen im Terrorbereich scheinen in der Westschweiz die Einstellung zum

Schweizer Wehrsystem nicht wie in der Deutschschweiz beeinflusst zu haben, ist doch die Befürwortung einer Berufsarmee dort relativ zeitstabil.

Bevorzugt wird eine Berufsarmee auch von jenen, die eine Verkleinerung der Armee fordern ($CC=0.31$), sowie jenen, die sich eine Annäherung an die Nato wünschen.

* * *

Fazit: Die Aufhebung der Wehrpflicht und die Einführung einer Berufsarmee geniessen in der Schweiz im Vergleich zu den Vorjahren wieder grössere Sympathien. Wie weit das dem europaweiten Trend zuzuschreiben ist und wie weit dem Enttäuschungseffekt im Zusammenhang mit gewissen Startschwierigkeiten der Armee XXI, lässt sich den Daten nicht entnehmen. Vermutlich dürfte beides eine Rolle spielen.

14 VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN

Trotz Sparbemühungen seitens des Verteidigungsdepartements und der Neuorganisation der Armee ist mehr als die Hälfte der Befragten im Februar 2004 der Meinung, die Schweiz gebe „zu viel“ bzw. „viel zu viel“ für ihre Verteidigung aus (54%, siehe Abbildung 14.1). 38% (-1%) halten die Ausgaben für „gerade richtig“ und nur 5% (+1%) sind überzeugt, die Schweiz gebe „zu wenig“ bzw. „viel zu wenig“ Geld für die Verteidigung aus.

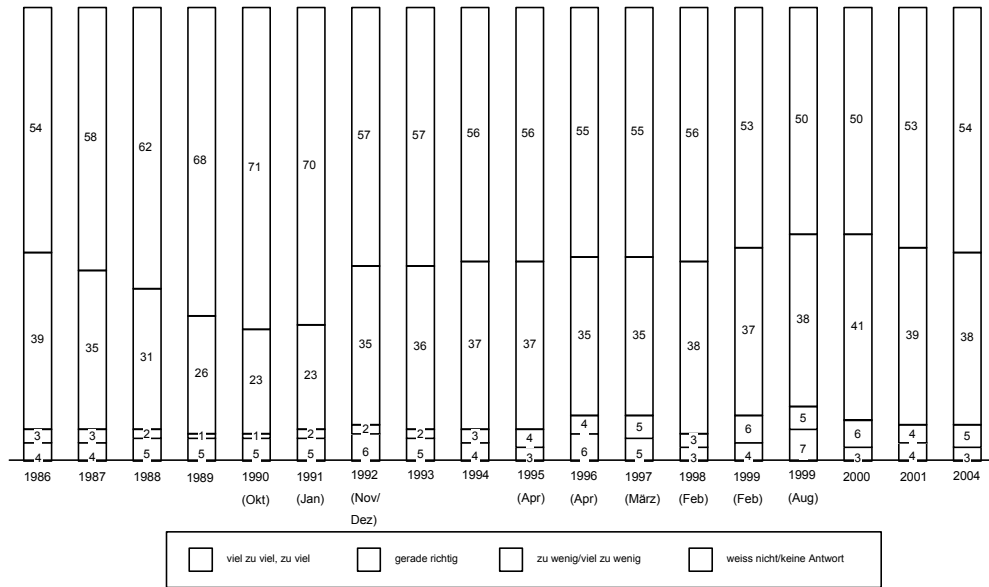
Somit bleibt der 2001 schon festgestellte leichte Wiederanstieg in der Rüstungsausgabenkritik erhalten, bleibt aber unter dem Mittel der Jahre 1992–1998. Während von 1986 bis 1991 die Zahl derjenigen, welche die Armee knapper halten wollten, deutlich zunahm und die Rüstungskritik 1990 mit 71% einen Höhepunkt erreichte, ist seit 1992 eine Stabilisierung in der Ausgabenkritik auf tieferem Niveau eingetreten. Der vorläufige Tiefpunkt wurde 2000, im Jahr der Abstimmung über die so genannte Umverteilungsinitiative, erreicht. Die Terroranschläge seit 2001 haben in der Schweizer Bevölkerung nicht dazu geführt, dass sie für höhere oder zumindest gleich hohe Verteidigungsausgaben plädiert. Ein Zusammenhang zwischen der Forderung nach höheren Verteidigungsausgaben und der eigenen Terrorangst – oder auch der subjektiv wahrgenommenen Terrorangst im Bekanntenkreis – besteht nicht.

Überdurchschnittlich hoch ist – und zwar als Konstante über die Jahre hinweg – die Kritik an den Rüstungsausgaben bei politisch links orientierten Personen (83%), bei den 18–29-Jährigen (69%) und etwas schwächer auch bei Frauen (58%) und in der welschen Schweiz (62%). Bei den ab 60-jährigen SchweizerInnen und den sich politisch rechts positionierenden Befragten herrscht die Mehrheitsmeinung vor, dass die Ausgaben der Schweiz für die Verteidigung derzeit „gerade richtig“ lägen (51% bzw. 52%). Wer der Meinung ist, die Schweiz gebe „zu viel“ für die Verteidigung aus, befürwortet auch überdurchschnittlich hoch eine Verkleinerung der Armee (CC=0.56).

Abbildung 14.1

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Angaben in Prozent)

„Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?“



© K.W.Haltiner SI/380/04/th

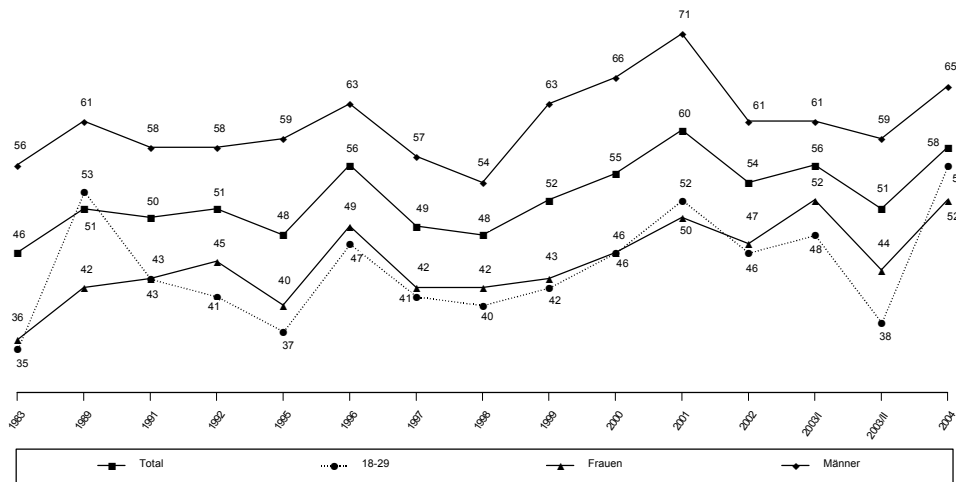
15 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitspolitischen Geschehen von hoher politischer Bedeutung. Seit dem 11. September 2001, den nachfolgenden Kriegen in Afghanistan und Irak und der Bedrohung durch den weltweiten Terrorismus hat die Frage der Sicherheit und der Sicherheitspolitik in den Medien eine vergleichsweise hohe Gewichtung erhalten. Es kann somit erwartet werden, dass die stärkere Medialisierung das allgemeine Interesse an Sicherheitspolitik in der Schweiz beeinflusst.

Abbildung 15.1

„Sehr“ bzw. „recht starkes“ sicherheitspolitisches Interesse (Anteil „sehr“ und „recht stark“ in Prozent)

„Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?“



© K.W. Halliner SI/422/04/P5/1h

Gegenüber der April-Befragung 2003 hat das Interesse an der Sicherheitspolitik allgemein zugenommen (58%, +7%, siehe Abbildung 15.1). Die Übersättigung an sicherheitspolitischen Informationen dürfte letztes Jahr nach dem Irakkrieg ein Abflauen des Interesses in der Schweizer Bevölkerung bewirkt haben. Werden die Werte der Hauptbefragung im Februar 2003 mit den diesjährigen Zahlen verglichen, so zeigt sich eine gewisse Stabilität (+2%).

Zwei Beobachtungen sind hervorzuheben. *Erstens*: Noch nie bekundeten die 18–29-Jährigen ein derart grosses Interesse an sicherheitspolitischen Fragen wie dieses Jahr (56%, im Vergleich zur Februarbefragung 2003 ein Anstieg um 8%). Nach dem Irakkrieg im April 2003 brachen die Werte in dieser Alterskohorte sogar noch stärker ein (38%), um sich dieses Jahr überproportional zu erhöhen. Über die Gründe darüber kann man nur spekulieren. Für die These, wonach sich junge Erwachsene besonders im Falle direkter Betroffenheit sicherheitspolitischen Ereignissen mehr zuwenden als gewöhnlich, gibt es eine gewisse Plausibilität. So waren insbesondere die „Jungen“ von der Armeeabschaffungsinitiative betroffen und sie sind es auch dieses Jahr von der Armee XXI.

Zweitens: Der Anteil der Frauen, die sich sicherheitspolitisch interessieren, bleibt auf relativ hohem Niveau konstant. Im Februar 2003 wie auch dieses Jahr ist das Interesse der Frauen an sicherheitspolitischen Fragen so hoch wie noch nie seit der ersten Messung 1983 (52%). Die Abnahme im April 2003 scheint somit nur kurzfristig gewesen zu sein. Dennoch, Männer geben sich weiterhin interessierter (65%, +4%) als Frauen. Zudem verschwindet der regionenspezifische Unterschied heuer. Auch die französischsprachigen SchweizerInnen weisen einen überaus grossen Interessenanstieg auf (54%, +10%). Weiterhin gilt, dass politisch rechts stehende gegenüber politisch links stehenden Befragten ein grösseres Interesse an Sicherheitspolitik zeigen. Zugleich sind Personen mit einer „traditionalistischen“ Neutralitätsauffassung (vgl. Kapitel 10) überdurchschnittlich interessiert (72%).

Zwischen dem sicherheitspolitischen Interesse und der Frage, ob man von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angegangen werde – mithin der Meinungsführerfunktion –, besteht ein hochsignifikanter Zusammenhang. Personen, die „öfters“ um ihre politische Meinung gefragt werden, interessieren sich zu 80% (+1%) „recht“ bzw. „sehr stark“ für Sicherheitspolitik. Demgegenüber zeigen Befragte, die angeben, „nie“ um politischen Rat gebeten zu werden, bloss zu 35% (±0%) ein sicherheitspolitisches Interesse. Es gilt deshalb: Die erhöhte Beschäftigung mit sicherheitspolitischen Belangen kann als Ausdruck eines überdurchschnittlichen Interesses für Politik ganz allgemein gesehen werden. Dies bestätigten schon frühere Studien.

LITERATURHINWEISE

- Bacher, J. (1994). *Clusteranalyse*. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W., Weiber, R. (1990). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung* (6. Aufl.). Berlin: Springer.
- Blasius, J. (2001). *Korrespondenzanalyse*. München; Wien: R. Oldenbourg.
- Bortz, J. (1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung*. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). *Statistik. Für Sozialwissenschaftler* (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bortz, J., Döring, N. (2002). *Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler* (3., überarb. Aufl.). Berlin: Springer.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1991). *Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Frei, D., Kerr, H. (1974). *Wir und die Welt. Pädagogische Rekrutenprüfungen 1974*. Bern: EDMZ.
- Greenacre, M. (1990). *SimCA User's Manual*. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).
- Haltiner, K.W. (1994). *Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung*. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). *Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule*, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). *Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule*, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1998). *Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule*, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Spillmann, K.R. (1994). *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). *Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1997). *Sicherheit '97*. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J., Szvircev T. (1999). *Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2000). *Sicherheit 2000 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2001). *Sicherheit 2001 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2002). *Sicherheit 2002 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev, T. (2003). *Sicherheit 2003 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETHZ und Militärakademie an der ETHZ.
- Haltiner, K.W., Wenger, A., Bennett, J., Szvircev Tresch, T. (2002). Gebildete fühlen sich sicherer. *Tages-Anzeiger*, Nr. 303, S. 7.
- Kindhauser, E. (2003). Schweiz vs. USA. Permafrost. *Weltwoche*, Nr. 6.03, S. 10–13.
- Klages, H., Franz, G., Herbert, W. (1987). *Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Meier-Dallach, H. P. , Hohermuth, S., Walter, Th. (2003). *isola elvetica. Das Bild der Schweiz im Zeitalter der Globalisierung*. Zürich / Chur: Rüegger Verlag.

- Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff, H., Rüegg, W. (1982). *Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer*. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.
- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). *Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). *Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). *Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“*. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. *NZZ*, Nr. 219, 21./22. September.
- Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: *Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift*. Frauenfeld.
- Stadelmann, J., Haltiner, K.W. (1992). *Motivationsstudie '91*. Bern: Stab GA.

ANHANG I

I Die Qualität der Variablen^I

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, wird als Skala bezeichnet. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine, deren Zahlen lediglich „Grösser-kleiner“-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass).

In dieser Studie wird ausschliesslich mit Nominal- und Ordinalvariablen gearbeitet.

II Korrelationen und Koeffizienten^{II}

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich so genannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, spricht man von einem positiven Zusammenhang. Eine negative Korrelation er-

I Nach Bortz (1984) und Bortz / Döring (2002).

II Nach Bortz (1984), Bortz / Döring (2002), Meyer / Haltiner / Hofer / Iff / Rüegg (1982).

gäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit der Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszugehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ oder „wichtiger als...“) der so genannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich des Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und $+1$.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Eine festgestellte Korrelation ist also in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde dies in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1 200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Stimmbevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, nicht mehr als gering zu veranschlagen.

III Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem k-l- χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zustande gekommen sind.

IV Die Clusteranalyse^{III}

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: Die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. D.h., das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster wird vorgegeben. Es wird dann versucht, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; man verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

III Nach Bortz (1989), Bacher (1994).

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER, welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich aber nicht ein konkretes sondern nur ein künstliches Objekt vorzustellen. Man könnte sich das als Sonnensystem visualisieren. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Die Clusteranalyse erzeugt zwei wichtige Informationen: Jedem einzelnen Clusterzentrum wird ein Wert zugeordnet und jedes Objekt wird einem Cluster zugeteilt. Daraus ergibt sich die Clusterzugehörigkeit, die als eine neue Variable betrachtet werden kann, mit der sich arbeiten lässt.

V Die Korrespondenzanalyse^{IV}

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse nominalskalierter Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, d.h. voneinander unabhängige Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die *Inertia* erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Häufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – so genannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese

IV Nach Greenacre (1990) und Blasius (2001).

Profile entsprechen der Zellgröße dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunktes. Jeder Variablen wird aufgrund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnensumme ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse fließt dagegen in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Hauptkomponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berechnet die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet. Einen sehr guten deutschsprachigen Überblick zur Korrespondenzanalyse bietet Blasius (2001).

ANHANG II

I Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit, der Neutralitätsauffassung und der Sicherheitsauffassungen

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h. es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten des Jahres 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft, die Neutralitäts- und die Sicherheitsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.¹

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationsbereitschaft“, „Neutralitätsauffassung“ und „Sicherheitsauffassung“ für die Daten 2004 numerisch wiedergegeben (Tabellen I, III und V) und durch die Abbildungen A, B und C grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2003 abgebildet (Tabellen II und IV).

I Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tabelle I

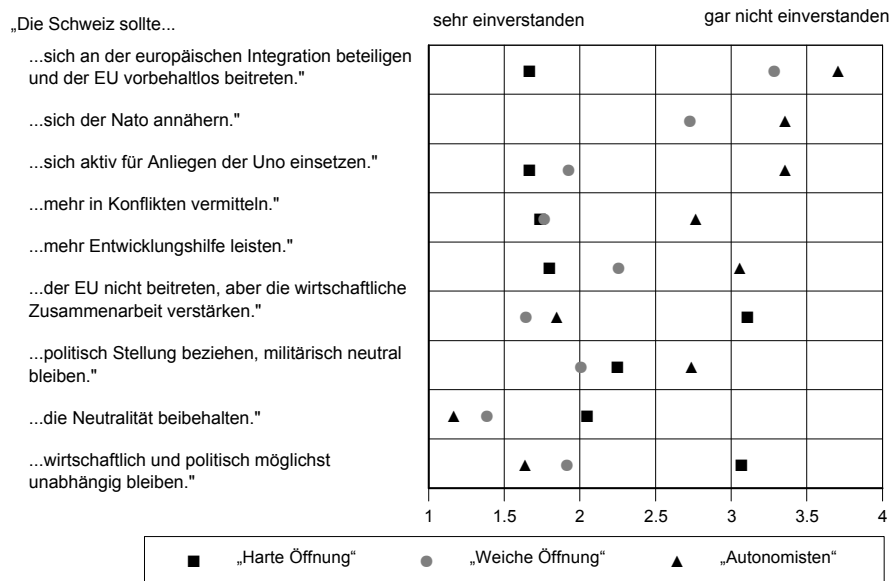
Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2004

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.66*	3.28	3.70
...sich der Nato annähern.“	2.51	2.72	3.35
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“	1.66	1.92	3.35
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.73	1.76	2.76
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	1.79	2.25	3.05
...der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.“	3.10	1.64	1.84
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	2.24	2.00	2.73
...die Neutralität beibehalten.“	2.04	1.38	1.16
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	3.06	1.91	1.63

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2004



© K. W. Haltiner Si/529/04/P3/mz

Tabelle II

Typologie der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit 2003

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte Öffnung“)	Zentrum Cluster 2 („Weiche Öffnung“)	Zentrum Cluster 3 („Autonomisten“)
„Die Schweiz sollte... ...sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten.“	1.71*	3.08	3.67
...sich der Nato annähern.“	2.34	2.76	3.54
...sich aktiv für Anliegen der Uno einsetzen.“	1.52	1.83	3.11
...mehr in Konflikten vermitteln.“	1.58	1.71	2.54
...mehr Entwicklungshilfe leisten.“	2.00	2.22	3.13
...dem EWR, nicht aber der EU beitreten.“	3.20	1.55	3.00
...politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben.“	1.95	1.76	2.43
...die Neutralität beibehalten.“	2.05	1.27	1.20
...wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben.“	2.83	1.96	1.60

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle III

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2004

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
• Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.25*	1.68	1.54	1.25
• Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	2.93	2.07	1.71	1.31
• Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.07	2.82	1.92	1.61
• Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.27	2.97	2.05	1.93
• Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschätzt werden	1.75	2.41	2.12	3.12
• Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	2.13	3.31	2.75	3.61
• Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.26	3.19	2.60	3.41
• Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.91	3.26	2.11	3.43

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2004 (Mittelwerte)

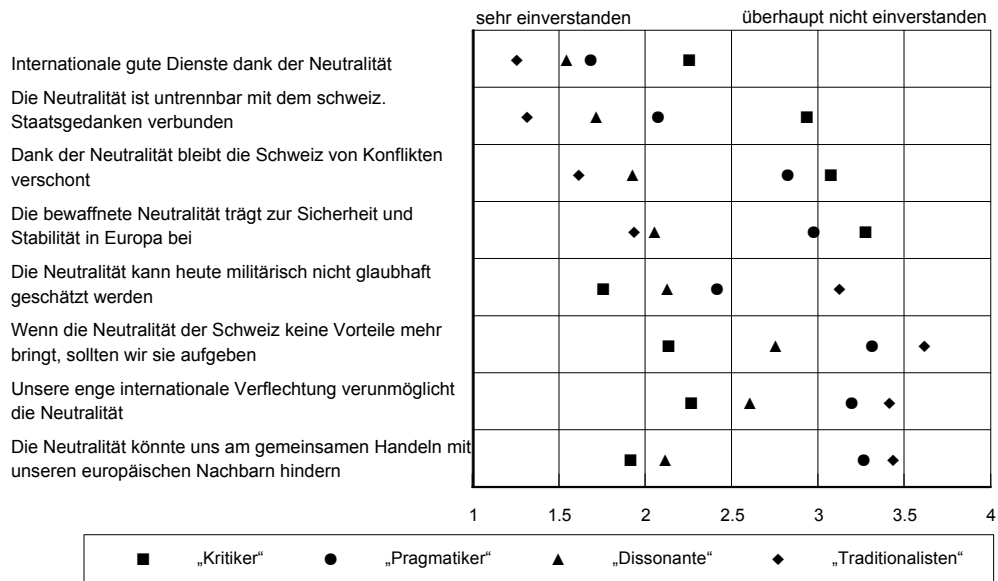


Tabelle IV

Typologie der Neutralitätsauffassungen 2003

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
• Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.33*	1.40	1.50	1.29
• Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.17	1.77	1.61	1.38
• Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.23	2.73	1.69	1.53
• Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.23	3.18	1.85	1.68
• Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.99	2.38	2.14	3.27
• Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.92	3.69	2.67	3.56
• Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.40	3.27	2.35	3.59
• Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.96	3.34	1.97	3.46

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

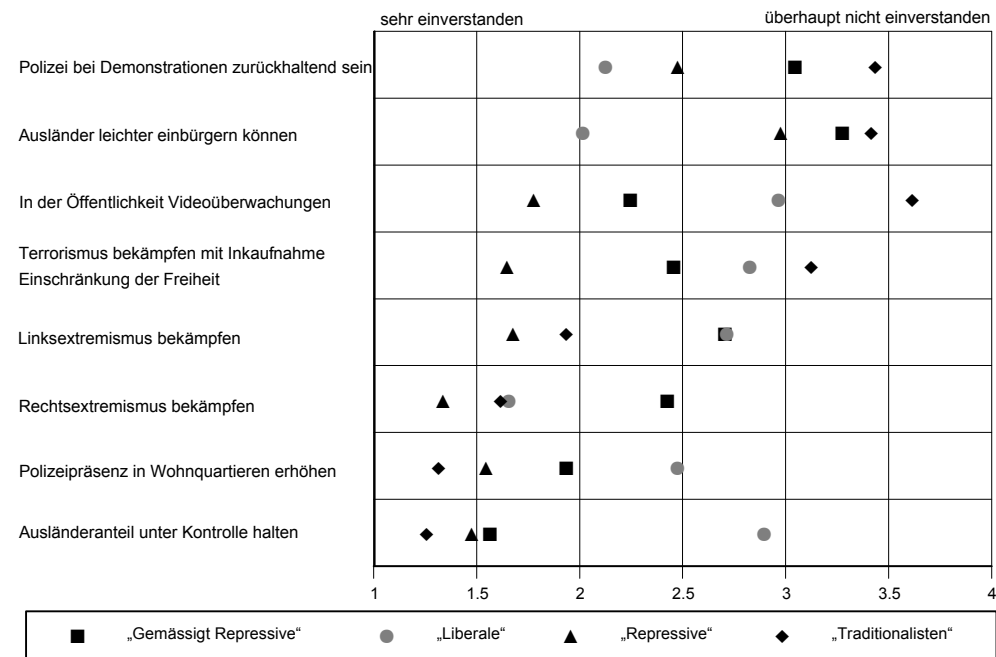
Tabelle V

Typologie der Sicherheitsauffassungen 2004

Variable	Zentrum Cluster 1 („Gemässigt Repressive“)	Zentrum Cluster 2 („Liberaler“)	Zentrum Cluster 3 („Repressive“)
• Ausländeranteil unter Kontrolle halten	1.56	2.89	1.47
• Polizeipräsenz in Wohnquartieren erhöhen	1.93	2.47	1.54
• Rechtsextremismus bekämpfen	2.42	1.65	1.33
• Linksextremismus bekämpfen	2.70	2.71	1.67
• Terrorismus bekämpfen mit in Kaufnahme Einschränkung der Freiheit	2.45	2.82	1.64
• In der Öffentlichkeit Videoüberwachungen	2.24	2.96	1.77
• Ausländer leichter einbürgern können	3.27	2.01	2.97
• Polizei bei Demonstrationen zurückhaltend sein	3.04	2.12	2.47

Abbildung C

Typologie der Sicherheitsauffassungen



© K.W. Haltner Si/800/04/P2/mz

II Korrespondenzanalysen zum Vertrauen in verschiedene Sicherheitsaspekte

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 6 und Kapitel 7 angegeben. Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse findet sich in Abschnitt V des Anhangs I. Dort wird auch auf weiterführende Literatur verwiesen.

Tabelle V

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse der Vertrauensbekundungen in verschiedene Behörden und Institutionen nach soziodemografischer Gruppenzugehörigkeit in den Jahren 2003 und 2004

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	pw	pv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 ma	102	305	104	269	64	356	48	403	78	329	194	124	112	232	2720
2 fr	79	363	82	304	62	380	36	449	65	373	216	136	145	194	2884
3 a1	26	96	25	75	17	108	25	106	32	71	60	36	42	72	791
4 a2	102	375	111	322	67	442	38	494	88	390	221	162	149	236	3197
5 a3	53	197	50	176	42	186	21	252	23	241	129	62	66	118	1616
6 ti	39	114	43	104	34	116	15	163	28	147	69	59	41	83	1055
7 mi	109	403	107	340	71	449	53	514	75	425	258	149	165	253	3371
8 ho	31	144	34	122	21	163	16	165	40	124	83	49	47	83	1122
9 li	23	102	22	83	19	100	16	97	42	61	49	37	52	43	746
10 Mi	104	445	108	381	67	492	45	577	75	478	249	168	152	286	3627
11 re	39	82	44	76	34	95	19	120	17	110	81	31	40	65	853
sum	707	2626	730	2252	498	2887	332	3340	563	2749	1609	1013	1011	1665	21982

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: ma=Männer, fr=Frauen, a1=18–29-Jährige, a2=30–59-Jährige, a3=ab 60-Jährige, ti=obligatorische Schulbildung, mi=Mittelschulabschluss / Berufsmatur, ho=Hochschulabschluss, li=politisch links stehend, Mi=politisch in der Mitte stehend, re=politisch rechts stehend.

Die Spaltenvariablen lauten in voller Länge: bw=wenig Vertrauen in den Bundesrat, bv=grosses Vertrauen in den Bundesrat, pw=wenig Vertrauen in das Parlament, pv=grosses Vertrauen in das Parlament, gw=wenig Vertrauen in die Gerichte, gv=grosses Vertrauen in die Gerichte, zw=wenig Vertrauen in die Polizei, zv=grosses Vertrauen in die Polizei, aw=wenig Vertrauen in die Armee, av=grosses Vertrauen in die Armee, mw=wenig Vertrauen in die Medien, mv=grosses Vertrauen in die Medien, ww=wenig Vertrauen in die Wirtschaft, wv=grosses Vertrauen in die Wirtschaft.

Tabelle VI

Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	sum
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	pw	pv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 ma	3.8	11.2	3.8	9.9	2.4	13.1	1.8	14.8	2.9	12.1	7.1	4.6	4.1	8.5	100.0
2 fr	2.7	12.6	2.8	10.5	2.1	13.2	1.2	15.6	2.3	12.9	7.5	4.7	5.0	6.7	100.0
3 al	3.3	12.1	3.2	9.5	2.1	13.7	3.2	13.4	4.0	9.0	7.6	4.6	5.3	9.1	100.0
4 a2	3.2	11.7	3.5	10.1	2.1	13.8	1.2	15.5	2.8	12.2	6.9	5.1	4.7	7.4	100.0
5 a3	3.3	12.2	3.1	10.9	2.6	11.5	1.3	15.6	1.4	14.9	8.0	3.8	4.1	7.3	100.0
6 ti	3.7	10.8	4.1	9.9	3.2	11.0	1.4	15.5	2.7	13.9	6.5	5.6	3.9	7.9	100.0
7 mi	3.2	12.0	3.2	10.1	2.1	13.3	1.6	15.2	2.2	12.6	7.7	4.4	4.9	7.5	100.0
8 ho	2.8	12.8	3.0	10.9	1.9	14.5	1.4	14.7	3.6	11.1	7.4	4.4	4.2	7.4	100.0
9 li	3.1	13.7	2.9	11.1	2.5	13.4	2.1	13.0	5.6	8.2	6.6	5.0	7.0	5.8	100.0
10 Mi	2.9	12.3	3.0	10.5	1.8	13.6	1.2	15.9	2.1	13.2	6.9	4.6	4.2	7.9	100.0
11 re	4.6	9.6	5.2	8.9	4.0	11.1	2.2	14.1	2.0	12.9	9.5	3.6	4.7	7.6	100.0
12 M2	2.7	11.8	3.3	8.7	2.0	14.0	1.4	14.7	4.5	11.3	8.1	4.5	3.4	9.6	100.0
13 F2	3.3	11.0	3.5	9.3	2.1	13.2	1.1	16.4	4.1	11.1	7.7	5.1	4.4	7.8	100.0
14 82	3.8	10.1	3.1	9.8	1.2	14.5	2.2	13.2	6.8	8.0	9.0	4.8	4.3	9.1	100.0
15 92	3.3	11.1	3.9	8.4	2.2	13.6	1.1	15.9	4.5	11.0	8.3	4.3	4.2	8.1	100.0
16 62	1.9	12.8	2.6	9.8	2.3	12.8	0.9	16.2	2.3	13.6	6.3	5.8	3.0	9.5	100.0
17 t2	3.9	11.2	3.5	8.9	2.5	11.8	1.0	17.2	2.3	13.7	6.4	6.6	3.3	7.7	100.0
18 m2	3.0	11.5	3.6	8.8	2.3	13.0	1.3	15.6	4.1	11.1	8.1	4.7	4.1	8.8	100.0
19 h2	2.7	11.3	2.9	9.5	1.4	15.5	1.2	15.0	5.3	10.5	8.0	4.3	3.6	8.8	100.0
20 l2	5.4	8.8	4.8	7.3	1.9	15.1	2.3	12.3	9.5	5.9	8.0	5.7	8.3	4.7	100.0
21 c2	2.6	11.5	3.2	9.2	2.1	13.8	1.1	16.1	4.2	11.5	7.7	4.8	3.5	8.7	100.0
22 r2	1.6	13.6	2.3	10.1	1.4	13.1	0.7	16.1	1.2	14.0	8.0	4.3	2.3	11.3	100.0
average	3.2	11.9	3.3	10.2	2.3	13.1	1.5	15.2	2.6	12.5	7.3	4.6	4.6	7.6	100.0

Bemerkungen: Die Reihen 12–22 zeigen die Reihenprofilpunkte für die supplementären Kennwerte aus dem Jahr 2004, während die vorhergehenden Reihen die Profilpunkte des Jahres für das Jahr 2003 abbilden. Die Variablen der Reihen 12–22 lauten in voller Länge: M2=Männer, F2=Frauen, 82=18–29-Jährige, 92=30–59-Jährige, 62=60+-Jährige, t2=tiefe Bildung, m2=mittlere Bildung, h2=hohe Bildung, l2=politisch links stehend, c2=politisch in der Mitte stehend, r2=politisch rechts stehend.

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle V) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VII

Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	average
	bw	bv	pw	pv	gw	gv	pw	pv	aw	av	mw	mv	ww	wv	
1 ma	14.4	11.6	14.2	11.9	12.9	12.3	14.5	12.1	13.9	12.0	12.1	12.2	11.1	13.9	12.4
2 fr	11.2	13.8	11.2	13.5	12.4	13.2	10.8	13.4	11.5	13.6	13.4	13.4	14.3	11.7	13.1
3 al	3.7	3.7	3.4	3.3	3.4	3.7	7.5	3.2	5.7	2.6	3.7	3.6	4.2	4.3	3.6
4 a2	14.4	14.3	15.2	14.3	13.5	15.3	11.4	14.8	15.6	14.2	13.7	16.0	14.7	14.2	14.5
5 a3	7.5	7.5	6.8	7.8	8.4	6.4	6.3	7.5	4.1	8.8	8.0	6.1	6.5	7.1	7.4
6 ti	5.5	4.3	5.9	4.6	6.8	4.0	4.5	4.9	5.0	5.3	4.3	5.8	4.1	5.0	4.8
7 mi	15.4	15.3	14.7	15.1	14.3	15.6	16.0	15.4	13.3	15.5	16.0	14.7	16.3	15.2	15.3
8 ho	4.4	5.5	4.7	5.4	4.2	5.6	4.8	4.9	7.1	4.5	5.2	4.8	4.6	5.0	5.1
9 li	3.3	3.9	3.0	3.7	3.8	3.5	4.8	2.9	7.5	2.2	3.0	3.7	5.1	2.6	3.4
10 Mi	14.7	16.9	14.8	16.9	13.5	17.0	13.6	17.3	13.3	17.4	15.5	16.6	15.0	17.2	16.5
11 re	5.5	3.1	6.0	3.4	6.8	3.3	5.7	3.6	3.0	4.0	5.0	3.1	4.0	3.9	3.9
sum	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle V) dividiert durch das Kolonnen-total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle VIII

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.005126	45.34%	*****
2	0.003439	30.41%	*****
3	0.001142	10.10%	*****
4	0.000907	8.03%	*****
5	0.000361	3.19%	****
6	0.000253	2.24%	**
7	0.000066	0.58%	*
8	0.000013	0.11%	
9	0.000000	0.00%	
10	0.000000	0.00%	
11	0.000000	0.00%	
12	0.000000	0.00%	
13	0.000000	0.00%	

	0.011306		

Bemerkungen: $\chi^2 = 248.53$, $df=130$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

Tabelle IX
 Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte der Sicherheitswahrnehmung, Staats- und Politikbeziehung sowie der politischen Integration nach soziodemographischen Daten

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	sum
	wa	ma	wm	ws	ms	we	ms	wo	mo	wk	mk	wc	mc	wv	mv	wd	md	wf	mf	wr	mr	wg	mg	d-	g-	g+	us	ai	ad	fd	ve	be	va	mc	a-	a+			
1 ma	46	282	210	38	22	307	61	195	30	311	8	292	37	123	41	181	31	122	84	140	34	148	11	278	35	278	36	232	68	509	253	266	280	29	196	386	317	251	6168
2 fr	12	422	184	38	11	394	28	319	14	406	4	341	28	143	16	229	18	170	79	204	22	369	6	363	16	332	22	320	107	514	239	270	310	31	159	438	232	369	6579
3 ti	3	72	26	14	0	70	5	59	2	59	0	71	2	144	6	45	5	36	15	30	5	45	2	66	3	70	0	57	28	77	52	53	29	7	50	95	39	61	1303
4 ba	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
5 bo	22	168	136	22	16	186	40	138	15	235	8	350	23	156	22	115	16	173	59	274	26	75	8	352	19	148	26	145	29	318	139	141	213	13	83	199	333	160	3005
6 ai	11	130	111	14	8	134	17	97	13	128	2	129	24	38	17	63	10	50	24	69	15	50	3	117	13	107	5	115	20	193	78	81	126	8	41	148	74	136	2419
7 ad	28	391	224	33	20	409	45	294	22	420	8	338	35	131	32	235	25	166	85	208	35	171	6	351	27	335	39	319	95	580	259	312	357	29	170	441	313	342	7310
8 ai	18	133	99	30	6	158	26	123	10	169	2	166	7	111	13	54	88	6	174	11	168	14	118	9	155	155	144	107	23	145	235	151	182	399	156	161	182	399	
9 ai	18	133	99	30	6	158	26	123	10	169	2	166	7	111	13	54	88	6	174	11	168	14	118	9	155	155	144	107	23	145	235	151	182	399	156	161	182	399	
10 mi	28	434	224	29	13	422	51	316	20	430	9	374	34	157	37	232	29	160	93	203	24	181	10	397	24	376	33	322	101	616	283	309	368	25	207	499	301	401	7772
11 re	27	110	48	30	19	111	29	72	21	95	2	165	11	60	11	73	9	52	34	56	10	84	4	147	10	137	19	91	44	198	131	131	86	29	109	154	144	92	2655
sum	230	2760	1553	293	134	2746	353	2005	176	2816	47	2478	256	1025	225	1600	387	1135	644	1344	221	1235	66	2505	199	2390	228	2167	683	4025	1910	2096	2334	236	1394	3229	2158	2437	51541

Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: ma=Männer, fr=Frauen, ai=18-29-Jährige, a2=30-59-Jährige, a3=ab 60-Jährige, ti=obligatorische Schulbildung, mi=Mittelschulabschluss / Berufsmatur, ho=Hochschulabschluss, li=politisch links stehend, Mi=politisch in der Mitte stehend, re=politisch rechts stehend.

Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge: wa=Arbeitslosigkeit: Staat sollte mehr tun, ma=Arbeitslosigkeit: Staat sollte weniger tun, wm=militärische Sicherheit: Staat sollte weniger tun, mm=militärische Sicherheit: Staat sollte mehr tun, ws=soziale Sicherheit: Staat sollte weniger tun, ms=soziale Sicherheit: Staat sollte mehr tun, we=Einkommen: Staat sollte weniger tun, me=Einkommenssicherheit: Staat sollte mehr tun, wo=ökologische Sicherheit: Staat sollte weniger tun, ökologische Sicherheit: Staat sollte mehr tun, wk=Sicherheit vor Kriminalität: Staat sollte weniger tun, Sicherheit vor Kriminalität: Staat sollte mehr tun, wi=Sicherheit vor Terrorismus: Staat sollte weniger tun, Sicherheit vor Terrorismus: Staat sollte mehr tun, wv=Verkehrssicherheit: Staat sollte weniger tun, Verkehrssicherheit: Staat sollte mehr tun, wd=Sicherheit demokratischer Grundrechte: Staat sollte weniger tun, md=Sicherheit demokratischer Grundrechte: Staat sollte mehr tun, wf=familiäre Geborgenheit: Staat sollte weniger tun, wf=familiäre Geborgenheit: Staat sollte mehr tun, mf=familiäre Geborgenheit: Staat sollte weniger tun, mr=Ruhe und Ordnung: Staat sollte weniger tun, mr=Ruhe und Ordnung: Staat sollte mehr tun, wg=Schutz vor Gewalt: Staat sollte weniger tun, mg=Schutz vor Gewalt: Staat sollte mehr tun, d=Schutz vor Drogenmissbrauch: Staat sollte weniger tun, d+=Schutz vor Drogenmissbrauch: Staat sollte mehr tun, g=gesicherte Gesundheitsversorgung: Staat sollte weniger tun, g+=gesicherte Gesundheitsversorgung: Staat sollte mehr tun, us=Gefühl der Unsicherheit, si=Gefühl der Unsicherheit, sd=sicherheitsdominant, fd=freiheitsdominant, ve=Veränderungsorientiert, be=bewahrungsorientiert, va=wer CH nicht als Vaterland empfindet ist schlechter Schweizer, sd=sicherheitsdominant, fd=freiheitsdominant, Linie für materielles Wohlergehen, a-=Staat sollte nicht mehr Aufgaben übernehmen a+=Staat sollte mehr Aufgaben übernehmen

Tabelle X
Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	sum
1 ma	0.7	4.6	3.4	0.6	0.4	5.0	1.0	3.2	0.5	5.0	0.1	4.7	0.6	2.0	0.7	2.9	0.5	2.0	1.4	2.3	0.6	2.4	0.2	4.5	0.6	4.5	0.6	3.8	1.1	8.3	4.1	4.3	4.5	0.5	3.2	6.3	5.1	4.1	100.0
2 ff	0.2	6.0	2.6	0.5	0.2	5.6	0.4	4.6	0.2	5.8	0.1	4.9	0.4	2.0	0.2	3.3	0.3	2.4	1.1	2.9	0.3	2.4	0.1	5.2	0.2	4.8	0.3	4.6	1.5	7.4	3.4	3.9	4.4	0.4	2.3	6.3	3.3	5.3	100.0
3 ti	0.2	5.5	2.0	1.1	0.0	5.4	0.4	4.5	0.2	5.4	0.0	5.4	0.2	3.4	0.5	3.5	0.4	2.8	1.2	2.3	0.4	3.5	0.2	5.1	0.2	5.4	0.0	4.4	2.1	5.9	4.0	4.1	2.2	0.5	3.8	7.3	3.0	4.7	100.0
4 h	0.6	4.7	3.8	0.6	0.4	5.2	1.1	3.3	0.4	6.0	0.2	4.2	0.6	1.4	0.6	3.2	0.4	2.0	1.6	2.1	0.7	2.1	0.2	4.2	0.5	4.1	0.7	4.0	0.8	8.8	3.9	3.9	5.9	0.4	2.3	5.5	5.1	4.4	100.0
5 hd	0.6	4.7	3.8	0.6	0.4	5.2	1.1	3.3	0.4	6.0	0.2	4.2	0.6	1.4	0.6	3.2	0.4	2.0	1.6	2.1	0.7	2.1	0.2	4.2	0.5	4.1	0.7	4.0	0.8	8.8	3.9	3.9	5.9	0.4	2.3	5.5	5.1	4.4	100.0
6 a1	0.5	5.4	4.6	0.6	0.3	5.5	0.7	4.0	0.5	5.3	0.1	5.3	1.0	1.6	0.7	2.6	0.4	2.1	1.0	2.9	0.6	2.1	0.1	4.8	0.5	4.4	0.2	4.8	0.8	8.0	3.2	3.3	5.2	0.3	1.7	6.1	3.1	5.6	100.0
7 a2	0.4	5.3	3.1	0.5	0.3	5.6	0.6	4.0	0.3	5.7	0.1	4.6	0.5	1.8	0.4	3.2	0.3	2.3	1.2	2.8	0.5	2.3	0.1	4.8	0.4	4.6	0.5	4.4	1.3	7.9	3.5	4.3	4.9	0.4	2.3	6.0	4.3	4.7	100.0
8 i3	0.5	6.4	5.7	0.9	0.2	6.6	0.8	4.6	0.3	7.0	0.1	5.7	0.2	2.0	0.2	4.3	0.3	2.2	1.6	2.1	1.2	1.9	0.2	5.8	0.3	5.5	0.9	5.3	2.9	3.2	2.1	0.2	4.3	6.0	4.0	5.2	4.0	100.0	
9 l1	0.5	6.4	5.7	0.9	0.2	6.6	0.8	4.6	0.3	7.0	0.1	5.7	0.2	2.0	0.2	4.3	0.3	2.2	1.6	2.1	1.2	1.9	0.2	5.8	0.3	5.5	0.9	5.3	2.9	3.2	2.1	0.2	4.3	6.0	4.0	5.2	4.0	100.0	
10 MI	0.4	5.6	2.9	0.4	0.2	5.4	0.7	4.1	0.3	5.5	0.1	4.8	0.4	2.0	0.5	3.0	0.4	2.1	1.2	2.6	0.3	2.3	0.1	5.1	0.3	4.8	0.4	4.1	1.3	7.9	3.6	4.0	4.7	0.3	2.7	6.4	3.9	5.2	100.0
11 re	1.0	4.1	1.8	1.1	0.7	4.2	1.1	2.7	0.8	3.6	0.1	6.2	0.4	2.3	0.4	2.7	0.3	2.0	1.3	2.1	0.4	3.2	0.2	5.5	0.4	5.2	0.7	3.4	1.7	7.5	4.9	4.9	3.2	1.1	4.1	5.8	5.4	3.5	100.0
average	0.4	5.4	3.0	0.6	0.3	5.3	0.7	3.9	0.3	5.5	0.1	4.8	0.5	2.0	0.4	3.1	0.4	2.2	1.2	2.6	0.4	2.4	0.1	4.9	0.4	4.6	0.4	4.2	1.3	7.8	3.7	4.1	4.5	0.5	2.7	6.3	4.2	4.7	100.0

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgröße (vgl. Tabelle IX) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle XII

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.012529	50.67%	*****
2	0.007844	31.73%	*****
3	0.001703	6.89%	*****
4	0.001123	4.54%	****
5	0.000851	3.44%	***
6	0.000387	1.57%	**
7	0.000259	1.05%	*
8	0.000020	0.08%	
9	0.000008	0.03%	
	0.024724		

Bemerkungen: $\chi^2 = 1274.32$, $df=370$; die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

ANHANG III

SICHERHEIT 2004

FRAGEBOGEN UND PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN

Stichprobe:

7. Januar–9. Februar 2004: Random-Quota-Verfahren, N=1200

Deutsche, französische und italienische Schweiz

22. März–28. März 2004: Random-Quota-Verfahren, N=803

Deutsche und französische Schweiz

Befragungsinstitute:

Isopublic, Schwerzenbach

Demoscope, Adligenswil

Sicherheit 2004

Mein Name ist ... vom Forschungsinstitut Isopublic.

Wir führen zur Zeit eine telefonische Umfrage zu sicherheitspolitischen Themen durch und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 20 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung) wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.

Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... Jahre

S3

INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

Mann..... 1
Frau..... 2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

Ja..... 1
Nein 2
→ bei nein Abbruch!

Q1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher	4
eher sicher	3
eher unsicher	2
ganz unsicher	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

ausserordentlich wichtig	10
.....	9
.....	8
.....	7
.....	6
.....	5
.....	4
.....	3
.....	2
völlig unwichtig	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	98
keine Antwort	99

(Reihenfolge a – n zufallsvariieren)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes
- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Sicherheit vor Terrorismus
- h) Verkehrssicherheit
- i) Sicherheit der demokratischen Grundrechte

- j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- k) Ruhe und Ordnung
- l) Schutz vor Gewalt
- m) Schutz vor Drogenmissbrauch
- n) Gesicherte Gesundheitsversorgung

Q3.

Wir bleiben noch bei dieser Liste von Sicherheitsaspekten. Schätzen Sie bitte für jeden Aspekt, den ich Ihnen vorlese ein, wie sehr er heute in der Schweiz gefährdet ist. Benutzen Sie dazu bitte wieder die Skala von 1 bis 10. Der Wert 1 bedeutet „überhaupt nicht gefährdet“, der Wert 10 bedeutet „ausserordentlich stark gefährdet“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstufen.

ausserordentlich stark gefährdet	10
.....	9
.....	8
.....	7
.....	6
.....	5
.....	4
.....	3
.....	2
überhaupt nicht gefährdet	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	98
keine Antwort	99

(Reihenfolge a – n zufallsvariieren)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes
- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Sicherheit vor Terrorismus
- h) Verkehrssicherheit
- i) Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- k) Ruhe und Ordnung
- l) Schutz vor Gewalt
- m) Schutz vor Drogenmissbrauch
- n) Gesicherte Gesundheitsversorgung

Q4.

Nochmals zu den gleichen Aspekten von vorhin: Sagen Sie bitte zu jedem Aspekt, ob Sie der Meinung sind, dass der Staat zur Gewährleistung der Sicherheit genügend tut oder ob er mehr oder weniger dafür tun sollte:

Der Staat sollte mehr tun.....	4
Der Staat tut genügend.....	3
Der Staat sollte weniger tun.....	2
Der Staat sollte gar nichts tun.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht.....	8
keine Antwort.....	9

(Reihenfolge a – n zufallsvariieren)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes
- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Sicherheit vor Terrorismus
- h) Verkehrssicherheit
- i) Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- j) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- k) Ruhe und Ordnung
- l) Schutz vor Gewalt
- m) Schutz vor Drogenmissbrauch
- n) Gesicherte Gesundheitsversorgung

Q5.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

eher besser und entspannter.....	3
bleibt etwa so wie heute.....	2
eher düsterer und gespannter.....	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/.....	8
keine Antwort.....	9

Q6.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch 4
 eher optimistisch 3
 eher pessimistisch 2
 sehr pessimistisch 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
 keine Antwort 9

Q7.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
 eher einverstanden 3
 eher nicht einverstanden 2
 gar nicht einverstanden 1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
 keine Antwort 9

(Reihenfolge A–O zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.
- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- K Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.

- L Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- M Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.
- N Die Schweiz sollte einen Sitz im Sicherheitsrat, dem Führungsgremium der UNO, anstreben.
- O Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.

Q8.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist ja ein ständiges Diskussionsthema. Wir hätten dazu auch eine Frage:

Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

- eher besser verlaufen3
- gleich verlaufen2
- eher schlechter verlaufen1

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Angabe9

Q9.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- unbedingt notwendig.....4
- eher notwendig.....3
- eher nicht notwendig.....2
- überhaupt nicht notwendig.....1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q10.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in heute der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

- Milizarmee auch in Zukunft genügend2
- wir würden eine Berufsarmee brauchen.....1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Antwort9

Q11.

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel5
zu viel4
gerade richtig3
zu wenig2
viel zu wenig1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/8
keine Antwort9

Q12.

In der Schweiz hat fast jeder Soldat eine Waffe und Munition zu Hause. Was meinen Sie dazu? Ist das sehr gut, eher gut, eher schlecht oder sehr schlecht?

sehr gut4
eher gut3
eher schlecht2
sehr schlecht1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Angabe9

Q13.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden4
eher einverstanden3
eher nicht einverstanden2
gar nicht einverstanden1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Antwort9

(Reihenfolge A–K zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen
- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen
- F Die Schweiz sollte sich der NATO (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern
- G Die Schweiz sollte der NATO beitreten
- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen
- I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.
- K Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q14.

Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen zum Staat und zur Politik? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden.....4
- eher einverstanden3
- eher nicht einverstanden2
- gar nicht einverstanden1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

(Reihenfolge A – K zufallsvariieren)

- A Wir kommen nicht mehr darum herum, dass der Staat in der heutigen Zeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss.
- B Der Staat sollte die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantieren, auch wenn dies auf Kosten der persönlichen Freiheit geht.
- C Ich bin zwar Schweizer / Schweizerin [INT. ANPASSEN], aber es würde mir nichts ausmachen, wenn ich Bürger / Bürgerin eines anderen Landes wäre.
- D In der Politik ist es besser, man bleibt bei dem, was man hat, als dass man Sachen versucht, die man nicht wirklich kennt.
- E Sinn und Zweck des Staates ist es, für das materielle Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen.
- F Der Staat bietet mir eine Heimat, in der ich mich geborgen fühle.
- G Wer die Schweiz nicht als Vaterland empfindet, ist ein schlechter Schweizer.

- H Es ist nicht so wichtig, dass der Staat dem Einzelnen eine Heimat bietet; wichtiger ist, dass er sich um das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger kümmert.
- I Wenn ich wählen müsste, so wäre mir meine persönliche Freiheit letztlich wichtiger als meine persönliche Sicherheit.
- J Grundsätzlich sollte man sich mit aller Kraft für neue und fortschrittliche Ideen in der Politik einsetzen und nicht auf halbem Weg stehen bleiben.
- K In der Schweiz sind wir bald soweit, dass sich der Staat überall einmischt, alles reglementiert und die Freiheit des Einzelnen verloren geht.

Q15.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen? Bitte wählen Sie die Antwortmöglichkeit, die am besten auf Sie zutrifft:

(NUR 1 ANTWORT)

- Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung). 1
- Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt und die Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient. 2
- Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens. .. 3
- Nein, überhaupt nicht. 4

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht/ 8
- keine Antwort 9

Q16.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert der Neutralität unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen? Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- sehr einverstanden 4
- eher einverstanden 3
- eher nicht einverstanden 2
- gar nicht einverstanden 1

[INT NICHT VORLESEN]

- weiss nicht 8
- keine Angabe 9

(Aussagen A–J zufallsvariieren)

- A Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.
- B Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.
- C Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten.
- D Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.
- E Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.
- F Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.
- G Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.
- H Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg geschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft.
- I Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.
- J Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.

Q17.

A) Eine Frage zur Polizei in der Schweiz: Was meinen Sie: Sollten wir mehr Polizistinnen und Polizisten haben, sollten es gleich viele sein wie heute oder sollten wir weniger Polizistinnen und Polizisten haben?

mehr	3
gleich viele wie heute.....	2
weniger	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe	9

B) Filter: Nur fragen falls 17 A) mit „mehr“ beantwortet wurde:

Falls die Vergrösserung der Polizei mit Mehrkosten verbunden ist, sind Sie dann immer noch dafür oder würden Sie in diesem Falle eine Vergrösserung des Umfangs ablehnen?

wäre auch dann für eine Vergrösserung.....	2
würde in diesem Fall eine Vergrösserung ablehnen.....	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe	9

Q18.

Die Polizei ist in der Schweiz Sache der Gemeinden, Städte und Kantone. Wären Sie mit der Schaffung einer nationalen Polizei, also einem Bundespolizeikorps, sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

- sehr einverstanden4
- eher einverstanden3
- eher nicht einverstanden2
- gar nicht einverstanden1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Angabe9

Q19.

Weil das Geld knapp ist, hat der Bundesrat entschieden, dass statt einer Aufstockung der Polizei mehr Milizsoldaten als bis jetzt zur Unterstützung der Polizei eingesetzt werden sollen. Sind Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

- sehr einverstanden4
- eher einverstanden3
- eher nicht einverstanden2
- gar nicht einverstanden1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Angabe9

Q20.

Heute wird viel über Sicherheit geredet. Was meinen Sie dazu? Sind Sie mit den folgenden Aussagen sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

- sehr einverstanden4
- eher einverstanden3
- eher nicht einverstanden2
- gar nicht einverstanden1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

(REIHENFOLGE A BIS M NICHT VARIIEREN!!)

- A Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Ausländeranteil in der Schweiz unter Kontrolle halten.
- B Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Rechtsextremismus stärker als bisher bekämpfen,
- C Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss.
- D Für unsere Sicherheit wäre es wichtig, wenn wir Ausländer bei uns leichter als heute einbürgern könnten.
- E Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass wir den Linksextremismus stärker als bisher bekämpfen.
- F Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass unsere Polizei enger als bisher mit der Polizei anderer Staaten zusammenarbeiten
- G Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass die Polizeipräsenz in Wohnquartieren und einzelnen Stadtgegenden erhöht wird.
- H Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass sich die Polizei bei Demonstrationen so weit wie möglich zurückhält.
- I Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass auf öffentlichen Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln vermehrt Überwachungen per Video stattfinden.
- J Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass die Polizei gegen gewaltbereite Demonstranten härter durchgreift.
- K Auf eine grössere Polizeipräsenz in Städten und Dörfern sollte verzichtet werden, denn sie kann provozierend wirken.
- L Unsere Polizei sollte auch dann enger mit unseren europäischen Nachbarn zusammenarbeiten, wenn wir Schweizerinnen und Schweizer dabei etwas von unserer Unabhängigkeit aufgeben müssen.
- M Für unsere Sicherheit ist es wichtig, dass in der Schweiz der Verkauf von Waffen strenger als heute kontrolliert wird.

Q21.

Es wird heute viel über das schweizerische Bankgeheimnis geredet. Was meinen Sie zum Bankgeheimnis in unserem Land?

(NUR EINE ANTWORT)

Es sollte so beibehalten werden, wie es heute ist1

Es sollte grundsätzlich beibehalten,
aber stärker eingeschränkt werden2

Es sollte aufgehoben werden.....3

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8

keine Antwort9

Q22.

Was würden Sie sagen: Ist Ihre persönliche Sicherheit nach der Serie von Terroranschlägen in letzter Zeit eher mehr gefährdet als vorher, etwa gleich gefährdet als vorher, eher weniger gefährdet als vorher oder war Ihre Sicherheit gar nie gefährdet?

- eher mehr gefährdet als vorher4
- etwa gleich gefährdet wie vorher.....3
- eher weniger gefährdet als vorher.....2
- meine Sicherheit war gar nie gefährdet.....1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q23.

Wie stehen Sie zur dieser Aussage: Mein Freundes- und Bekanntenkreis ist seit der Häufung von Terroranschlägen in der Welt ängstlicher geworden.

Würden Sie sagen, das trifft völlig zu, trifft eher zu, trifft eher nicht zu oder trifft gar nicht zu?

- trifft völlig zu.....4
- trifft eher zu3
- trifft eher nicht zu2
- trifft gar nicht zu1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q24.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet.

Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

- sehr stark.....4
- recht stark3
- ein bisschen2
- überhaupt nicht1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q25.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden, öfters, gelegentlich, selten oder nie?

- öfters4
- gelegentlich.....3
- selten.....2
- nie1

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht8
- keine Antwort9

Q26.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniessst, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)

- | | | | | | | | | | |
|-------------------------------|---|---|---|---|---|---|---|---|------------------|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 |
| überhaupt kein Vertrauen..... | | | | | | | | | volles Vertrauen |

[INT. NICHT VORLESEN]

- weiss nicht98
- keine Antwort99

(Reihenfolge A–G zufallsvariieren)

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern
- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft

Q27.

Welche Schule haben Sie zuletzt besucht?

- Primarschule1
- Sekundar-/Real-/Bezirksschule2

Berufsschule/Gewerbeschule/KV	3
Mittelschule/Gymnasium.....	4
Technikum/Fachhochschule/Seminar/Hochschule/Uni, Poly/ETH/HWV	5
andere	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q28.

Wie ist das bei Ihnen? Würden Sie Ihren Wohnort beschreiben als...

grosse Stadt.....	1
mittlere Stadt	2
Vorort, Aussenbezirk oder Agglomeration einer grossen oder mittleren Stadt	3
Kleinstadt.....	4
Dorf	5
Siedlung bzw. Weiler	6
[INT. NICHT VORLESEN]	
anderes.....	7
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q29.

Welches ist Ihre Muttersprache?

Deutsch.....	1
Französisch.....	2
Italienisch	3
Rätoromanisch.....	4
andere Sprache.....	5
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q30.

Zu welcher Kaufkraftklasse zählen Sie sich?

Gutsituierte	1
Oberer Mittelstand	2
Unterer Mittelstand.....	3
Wenig Bemittelte.....	4

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Antwort9

Q31.

Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

[INT: VORLESEN]

Ja, bin im Militär eingeteilt1
Ja, war im Militär eingeteilt2
Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)3

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht8
keine Antwort9

Q32.

„Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
ganz links.....ganz rechts
weiss nicht /98
keine Angabe99

BESTEN DANK FÜR DAS INTERVIEW!

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

